

Zwischenbericht zum 30. September 2016



Die Deutsche Bank

Der Konzern im Überblick

	Jan. – Sep.	
	2016	2015
Finanzkennzahlen		
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	1,0 %	-8,8 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)	1,2 %	-11,2 %
Aufwand-Ertrag-Relation	89,1 %	110,5 %
Personalaufwandsquote	39,4 %	37,9 %
Sachaufwandsquote	49,7 %	72,6 %
Erträge insgesamt, in Mio €	22.946	26.883
Risikovorsorge im Kreditgeschäft, in Mio €	891	576
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt, in Mio €	20.450	29.700
Bereinigte Kostenbasis	18.552	19.640
Ergebnis vor Steuern, in Mio €	1.606	-3.393
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern, in Mio €	534	-4.647
Ergebnis je Aktie (unverwässert)	0,15 €	-3,53 €
Ergebnis je Aktie (verwässert)	0,15 €	-3,53 €
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode	11,57 €	24,07 €
Aktienkurs höchst	22,10 €	33,42 €
Aktienkurs tiefst	9,90 €	22,95 €
	30.9.2016	31.12.2015
CRR/CRD4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung in %	3,5 %	3,5 %
CRR/CRD4-Verschuldungsquote, in Mrd €	1.354	1.395
Harte Kernkapitalquote (Vollumsetzung)	11,1 %	11,1 %
Harte Kernkapitalquote (Übergangsregelung)	12,6 %	13,2 %
Risikogewichtete Aktiva, in Mrd €	385	397
Bilanzsumme, in Mrd €	1.689	1.629
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital, in Mrd €	62	63
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)	44,42 €	45,16 €
Materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)	37,54 €	37,90 €
Andere Kennzahlen		
Niederlassungen	2.712	2.790
Davon: in Deutschland	1.807	1.827
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	101.115	101.104
Davon: in Deutschland	45.457	45.757
Langfristige Bonitätseinstufung		
Moody's Investors Service	Baa2	A3
Standard & Poor's	BBB+	BBB+
Fitch Ratings	A-	A-
DBRS Ratings	A	A

Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

Inhalt

Lagebericht

Überblick zur Finanz- und Ertragslage – 2
Wirtschaftliches Umfeld – 2
Ergebnis der Deutschen Bank – 3
Ertragslage des Konzerns – 4
Segmentergebnisse – 7
Segmentüberblick – 11
Vermögenslage – 27
Geschäfte mit nahestehenden Dritten – 30
Vorstand und Aufsichtsrat – 30
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag – 30
Strategie – 31
Ausblick – 32
Die Weltwirtschaft – 32
Die Bankenbranche – 33
Der Deutsche Bank-Konzern – 34
Unsere Geschäftsbereiche – 36
Risiken und Chancen – 39
Risikobericht – 41
Einführung – 41
Risiko und Kapital – Übersicht – 43
Risiko und Kapital Performance – 47
Verschuldungsquote – 57
Risikopositionswert des Kreditrisikos – 59
Qualität von Vermögenswerten – 65
Marktrisiko – 71
Operationelle Risiken – 74
Liquiditätsrisiko – 75

Bestätigungen

Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht – 78

Konzernabschluss

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung – 79
Konzern-Gesamtergebnisrechnung – 80
Konzernbilanz – 81
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung – 82
Konzern-Kapitalflussrechnung – 84

Anhangangaben

Grundlage der Erstellung – 86
Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden – 87
Segmentberichterstattung – 90
Angaben zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung – 94
Angaben zur Konzernbilanz – 98
Sonstige Finanzinformationen – 141

Sonstige Informationen

Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen – 146
Impressum – 153

Lagebericht

Überblick zur Finanz- und Ertragslage

Wirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft

Wirtschaftswachstum (%) ¹	30.9.2016	30.6.2016	Haupttreiber
Weltwirtschaft	3,2 %²	3,2 %	Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte angesichts des enttäuschenden Welthandels, hoher Verschuldung und struktureller Defizite weiter schwach bleiben. Das Wachstum in den Industrieländern dürfte sich leicht verlangsamen, während es sich in den Schwellenländern leicht beschleunigen dürfte.
Davon:			
Industrieländer	1,3 % ²	1,4 %	
Schwellenländer	4,9 % ²	4,8 %	Aufwertung des Euro seit Jahresanfang und schwache globale Konjunktur belasten im dritten Quartal 2016. Diese Faktoren dürften etwa so stark ausfallen wie die unterstützenden Effekte des niedrigen Ölpreises, der höheren Staatsausgaben und der extrem expansiven Geldpolitik.
Eurozone	1,6 %²	1,6 %	
Davon: Deutschland	1,7 % ²	1,7 %	Solider privater und staatlicher Konsum, aber externer Gegenwind.
USA	1,1 %²	1,3 %	Der starke US-Dollar ist negativ für exportorientierte Unternehmen und schwache Ölpreise eine Belastung für den Energiesektor. Solide Entwicklung des Konsums stützt das Wachstum.
Japan	0,5 %²	0,8 %	Abschwächung der Binnenwirtschaft dürfte moderate Impulse aus dem Ausland überwiegen.
Asien³	6,2 %²	6,2 %	Exportnachfrage dürfte Tiefpunkt durchschritten haben.
Davon: China	6,7 %	6,7 %	Das Wachstum blieb im dritten Quartal 2016 unverändert. Im Vergleich zum zweiten Quartal 2016 expandierten der primäre und der tertiäre Sektor etwas stärker und der sekundäre Sektor etwas schwächer.

¹ Quellen: Nationale Behörden, falls nicht anders angegeben.

² Quellen: Deutsche Bank Research Prognosen.

³ Enthält: China, Indien, Indonesien, Republik Korea und Taiwan.

Umfeld Bankenbranche

Im Euroraum konnten die Banken das Kreditgeschäft mit dem privaten Sektor im dritten Quartal 2016 im Vergleich zum Vorjahr um etwa 1 % ausbauen. Dies lag jedoch einzig am Wachstum in der Kreditvergabe an private Haushalte, während das Geschäft mit Unternehmen trotz des neuen „Targeted longer-term refinancing operations (TLTROs)“ - Rahmens der Europäischen Zentralbank (EZB) sogar leicht rückläufig war. Gleichzeitig bleiben die Zinsmargen erheblich unter Druck und sind gegenüber dem Vorjahr um rund 8 % gesunken. Das Einlagenvolumen der Haushalte und Unternehmen setzte seine Expansion fort und stieg um ca. 4 % an. Bedingt durch das Niedrigzinsniveau ist der Anteil täglich fälliger Einlagen an den Gesamteinlagen in den letzten Jahren kräftig gewachsen und beträgt inzwischen 54 %.

In Deutschland verlief das klassische Bankgeschäft mit dem privaten Sektor erneut deutlich positiver als im Durchschnitt des Euroraums: Die Kreditvergabe an Unternehmen stieg um knapp 2 %, während das Wachstum im Kreditgeschäft mit privaten Haushalten bei 3 % lag. Für Letzteres zeichnete neben dem nach wie vor starken Hypothekengeschäft auch die anhaltende Ausweitung der Konsumentenkreditvergabe verantwortlich.

In den USA hielt das positive Umfeld für die Banken dank des moderaten wirtschaftlichen Aufschwungs an. Das Immobilienkreditgeschäft hat noch etwas mehr Dynamik aufgenommen und stieg im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 7 % an. Auch die Unternehmens- und Konsumentenkredite wuchsen mit hohen einstelligen Raten. Auf der Passivseite hat sich das Einlagenwachstum im Vergleich zu den vorherigen Quartalen ebenfalls wieder etwas beschleunigt, auf etwa 4,5 %.

In Japan zeigte sich das Wachstum im Kredit- und Einlagengeschäft mit dem privaten Sektor stabil. Während das Kreditvolumen um mehr als 2 % stieg, konnten die Banken bei den Einlagen ein Plus von fast 5 % verzeichnen.

In China verlangsamte sich die Unternehmenskreditvergabe erneut, während das Geschäft mit Haushalten deutlich zulegte. Die Einlagen des privaten Sektors nahmen unverändert mit niedrigen zweistelligen Raten zu.

Ergebnis der Deutschen Bank

Im dritten Quartal 2016 war das Ergebnis der Deutschen Bank weiterhin in den meisten Bereichen von einem schwierigen Ertragsumfeld geprägt. Im späten dritten Quartal bis in den Anfang des vierten Quartals 2016 hinein wurden wir mit widrigen Marktbedingungen im Zusammenhang mit einer negativen Wahrnehmung der Marktteilnehmer konfrontiert. Dies ist insbesondere zurückzuführen auf unsere größeren Rechtsstreitigkeiten sowie Vollstreckungsmaßnahmen durch Aufsichtsbehörden und die potenziellen Kosten, welche bei ihrer Beilegung anfallen könnten. Hierdurch bedingt kam es zu rückläufigen Umsätzen und, in einigen unserer Geschäftsfelder, zu Mittelabflüssen. Die Erträge im dritten Quartal 2016 waren beeinflusst von der einmaligen Wertminderung der Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. Die zinsunabhängigen Aufwendungen waren infolge des ausgebliebenen Effekts aus Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte und aus höheren Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten deutlich niedriger als im dritten Quartal 2015. Wir haben im Jahr 2016 die umfassende Restrukturierung weiter vorangetrieben und uns auf die Umsetzung unserer Strategie konzentriert. Bei der Implementierung strategischer Entscheidungen haben wir enorme Fortschritte gemacht und investieren weiterhin in die zusätzliche Stärkung unserer Kontrollinfrastruktur. Zudem haben wir deutliche Fortschritte bei unserem kontinuierlichen Risikoabbau erzielt.

Die Konzernfinanzkennzahlen (KPIs) für die ersten neun Monate sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

Konzernfinanzkennzahlen	30.9.2016	30.9.2015
Erträge	22,9 Mrd €	26,9 Mrd €
Ergebnis vor Steuern	1,6 Mrd €	- 3,4 Mrd €
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern	0,5 Mrd €	- 4,6 Mrd €
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren materiellen Eigenkapital) ¹	1,2 %	- 11,2 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) ¹	1,0 %	- 8,8 %
Bereinigte Kostenbasis ²	18,6 Mrd €	19,6 Mrd €
Aufwand-Ertrag-Relation ³	89,1 %	110,5 %
Risikogewichtete Aktiva	384,7 Mrd €	407,6 Mrd €
Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) ⁴	11,1 % ⁵	11,5 %
CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung ⁶	3,5 %	3,6 %

¹ Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären und zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbaren Ergebnis nach Steuern. Weitere Einzelheiten sind im Abschnitt „Sonstige Informationen: Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ dieses Berichts zu finden.

² Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt ohne Wertberichtigungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Aufwendungen im Versicherungsgeschäft sowie Restrukturierung und Abfindungszahlungen. Weitere Einzelheiten sind im Abschnitt „Sonstige Informationen: Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ dieses Berichts enthalten.

³ Prozentualer Anteil der zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft zuzüglich der zinsunabhängigen Erträge.

⁴ Die Common Equity Tier-1-Kapitalquote gemäß der CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) entspricht unserer Kalkulation der Common Equity Tier-1-Kapitalquote ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen der CRR/CRD 4. Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.

⁵ Im Einklang mit der Entscheidung des Vorstands, keine Dividende auf Stammaktien für das Geschäftsjahr 2016 vorzuschlagen.

⁶ Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht zu finden.

Ertragslage des Konzerns

in Mio € (sofern nicht anders angege- ben)	3. Quartal		Absolute Verän- derung	Verän- derung in %	Jan. – Sep.		Absolute Verän- derung	Verän- derung in %
	2016	2015			2016	2015		
Erträge:								
Davon:								
GM	2.588	2.344	243	10	7.826	9.355	-1.529	-16
CIB	1.963	1.988	-24	-1	5.676	6.277	-601	-10
PW&CC	1.740	1.450	290	20	5.338	5.633	-296	-5
Deutsche AM	823	633	190	30	2.220	2.151	69	3
Postbank	779	837	-58	-7	2.542	2.497	45	2
NCOU	-191	236	-427	N/A	-524	854	-1.378	N/A
C&A	-209	-158	-51	32	-132	115	-247	N/A
Erträge insgesamt	7.493	7.330	163	2	22.946	26.883	-3.937	-15
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	327	207	120	58	891	576	314	55
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	2.894	3.309	-415	-13	9.047	10.189	-1.142	-11
Sachaufwand	3.490	4.171	-681	-16	10.447	13.575	-3.128	-23
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	167	-29	196	N/A	285	134	151	113
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-49	5.770	-5.820	N/A	236	5.770	-5.535	-96
Restrukturierungsaufwand	45	2	43	N/A	435	31	404	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	6.547	13.224	-6.676	-50	20.450	29.700	-9.250	-31
Ergebnis vor Steuern	619	-6.101	6.720	N/A	1.606	-3.393	4.999	N/A
Ertragsteueraufwand/ -ertrag (-)	340	-77	417	N/A	1.071	1.254	-183	-15
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern	278	-6.024	6.302	N/A	534	-4.647	5.182	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

Das dritte Quartal 2016 war von einer verbesserten Dynamik und einem positiven Geschäftsverlauf in den marktsensitiven Unternehmens- und Geschäftsbereichen gekennzeichnet. Eine Verschlechterung des Zinsumfelds, verstärkt durch die Implementierung strategischer Entscheidungen, wirkte sich nachteilig auf unsere Erträge aus. Dies wurde durch niedrigere Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte sowie niedrigere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten im Vergleich zum dritten Quartal 2015, größtenteils kompensiert.

Die Konzernerträge erhöhten sich im dritten Quartal 2016 geringfügig um 163 Mio € (2 %) auf 7,5 Mrd €. Dieser Anstieg war vorwiegend auf den positiven Geschäftsverlauf in marktsensitiven Unternehmens- und Geschäftsbereichen wie Global Markets (GM) und Corporate Finance zurückzuführen, was durch rückläufige Erträge in zinsensitiven Unternehmens- und Geschäftsbereichen wie Transaction Banking, Private, Wealth & Commercial Clients (PW&CC) und Postbank (PB) aufgehoben wurde. Die Erträge waren außerdem durch Verluste aus dem anhaltenden Risikoabbau in der Non-Core Operations Unit (NCOU) beeinflusst, die durch in Deutsche Asset Management (AM) enthaltene Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft von Abbey Life teilweise kompensiert wurden. Die Erträge in GM stiegen hauptsächlich aufgrund der starken Entwicklung in Sales & Trading (Debt), was durch die Entwicklung in Sales & Trading (Equity), überwiegend infolge der geringeren Kundenvolumina und des Rückgangs der durchschnittlichen Kundenpositionen, teilweise neutralisiert wurde. Die Erträge in PW&CC erhöhten sich in erster Linie aufgrund der im dritten Quartal 2015 erfassten und nun ausgebliebenen Wertminderungen betreffend die Hua Xia Bank Co. Ltd.

Teilweise wurde dieser Anstieg durch rückläufige Erträge in Private & Commercial Clients (PCC) aufgrund des Niedrigzinsumfelds und der verminderten Kundenaktivität aufgehoben.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im dritten Quartal 2016 auf 327 Mio € und war damit um 120 Mio € (58 %) höher als im Vorjahreszeitraum. Dies war im Wesentlichen auf höhere Wertberichtigungen in Corporate & Investment Banking (CIB) zurückzuführen, hauptsächlich aufgrund der anhaltenden Marktschwäche in den Sektoren Schifffahrt sowie Öl und Gas.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen im dritten Quartal 2016 mit 6,5 Mrd € um 6,7 Mrd € (50 %) unter dem Wert des dritten Quartals 2015. Die deutliche Reduzierung wurde hauptsächlich durch einen sich nicht wiederholenden im dritten Quartal 2015 erfassten Wertminderungsaufwand für Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 5,8 Mrd € in den damaligen CB&S und PBC Segmenten verursacht, und von Vorsorge für regulatorische und rechtliche Angelegenheiten in Höhe von 1,2 Mrd €. Der Personalaufwand verringerte sich um 415 Mio € (13 %) auf 2,9 Mrd €, was vor allem auf niedrigere Kosten für leistungsbezogene Vergütungen zurückzuführen war, teilweise aufgehoben durch höhere Gehaltskosten. Der Sach- und sonstige Aufwand belief sich auf 3,5 Mrd €, was einem Rückgang um 681 Mio € beziehungsweise 16 % entspricht. Dies resultierte vorwiegend aus einem deutlichen Rückgang der Kosten für Rechtsstreitigkeiten im Vergleich zum dritten Quartal 2015, teilweise aufgehoben durch höhere EDV-Aufwendungen. Der Rückgang der Zinsunabhängigen Aufwendungen wurde durch höhere Aufwendungen im Versicherungsgeschäft und eine Zunahme der Restrukturierungskosten teilweise aufgehoben.

Der Gewinn vor Steuern betrug im dritten Quartal 2016 619 Mio € nach einem Verlust von 6,1 Mrd € im dritten Quartal 2015. Die Verbesserung ist vornehmlich auf sich nicht wiederholende Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert, sonstige immaterielle Vermögenswerte und die Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. in Höhe von 6,4 Mrd € im dritten Quartal 2015 zurückzuführen.

Im dritten Quartal 2016 wurde ein Gewinn nach Steuern von 278 Mio € verzeichnet gegenüber einem Verlust nach Steuern von 6,0 Mrd € im Vorjahreszeitraum. Der Ertragsteueraufwand lag im Berichtsquartal bei 340 Mio € nach einem Steuerertrag von 77 Mio € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die effektive Steuerquote von 55 % (drittes Quartal 2015: 1 %) wurde im Wesentlichen durch steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten beeinflusst.

Neunmonatsvergleich 2016 versus 2015

Die ersten neun Monate 2016 waren durch ein schwieriges Marktumfeld, eine verminderte Kundenaktivität, das ungünstige makroökonomische und geopolitische Umfeld und die Implementierung strategischer Entscheidungen geprägt. Dies führte zu einem Ertragsrückgang gegenüber den ersten neun Monaten 2015, die eine Wertminderung aus unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. enthalten. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen gingen deutlich zurück, hauptsächlich bedingt durch sich nicht wiederholende Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und Personalkosten sowie veräußerte Aktivitäten.

Die Konzernerträge verringerten sich in den ersten neun Monaten 2016 um 4,0 Mrd € (15 %) auf 22,9 Mrd € gegenüber 26,9 Mrd € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Erträge wurden hauptsächlich durch schwierige Marktbedingungen, eine höhere Volatilität und eine verminderte Kundenaktivität vor allem in den Bereichen GM, Corporate Finance und Deutsche AM beeinflusst. Das geringere Zinsniveau wirkte sich auf die Erträge von Transaction Banking, PW&CC und der Postbank aus. In den ersten neun Monaten 2015 enthielten die Erträge in PW&CC die vorgenannte Wertminderung aus unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. Die Erträge in der NCOU sanken gegenüber den ersten neun Monaten 2015, was im Wesentlichen den Verlusten beim Risikoabbau und dem Verkauf von Vermögenswerten zuzuschreiben ist. Dieser Rückgang wurde teilweise durch positive Bewertungs- und Marktwertanpassungen kompensiert.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich in den ersten neun Monaten 2016 auf 891 Mio € und war damit um 314 Mio € (55 %) höher als im Vorjahreszeitraum. Dies war im Wesentlichen bedingt durch höhere Wertberichtigungen in CIB sowie in GM hauptsächlich aufgrund der anhaltenden Marktschwäche des Schifffahrtssektors und geringerer Preise im Metall- und Bergbausektor, die von nachteiligen makroökonomischen Entwicklungen beeinträchtigt wurden. Die Zunahme wurde teilweise durch einen Rückgang der Risikovorsorge im Kreditgeschäft in PW&CC und der Postbank ausgeglichen, was unter anderem die weiterhin hohe Qualität des Kreditportfolios und das günstige Wirtschaftsumfeld widerspiegelt. In der NCOU erhöhte sich die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in erster Linie aufgrund der nach IAS 39 umklassifizierten Vermögenswerte in den europäischen Hypothekenportfolios.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen in den ersten neun Monaten 2016 mit 20,5 Mrd € um 9,2 Mrd € (31 %) unter dem Wert des Vorjahreszeitraumes. Die Reduzierung der Zinsunabhängigen Aufwendungen war im Wesentlichen bedingt durch sich nicht wiederholende im dritten Quartal 2015 erfasste Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und andere immaterielle Vermögenswerte in den damaligen CB&S und PBC Segmenten und Aufwendungen für regulatorische und rechtliche Angelegenheiten in Höhe von 1,2 Mrd €. Der Personalaufwand verringerte sich um 1,1 Mrd € (11 %) auf 9,0 Mrd €, was vor allem auf niedrigere Kosten für die variable Vergütung zurückzuführen war, teilweise aufgehoben durch die höhere fixe Vergütung. Der Sach- und sonstige Aufwand ging um 3,1 Mrd € (23 %) auf 10,4 Mrd € zurück. Dies war hauptsächlich auf geringere Kosten für Rechtsstreitigkeiten, welche teilweise durch höhere EDV-Aufwendungen aufgehoben wurden, zurückzuführen. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen wurden überdies durch höhere Restrukturierungskosten und Abfindungszahlungen von 404 Mio € sowie durch eine Zunahme der Aufwendungen im Versicherungsgeschäft beeinträchtigt.

Das Konzernergebnis vor Steuern belief sich in den ersten neun Monaten 2016 auf 1,6 Mrd € gegenüber einem Verlust von 3,4 Mrd € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Dieser Anstieg war vornehmlich auf die im Jahr 2015 erfassten Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte sowie geringere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten zurückzuführen. Teilweise aufgehoben wurde dies durch die niedrigeren Erträge infolge der schwierigen Marktbedingungen.

Der Gewinn nach Steuern betrug im Berichtszeitraum 534 Mio € nach einem Verlust von 4,6 Mrd € in den ersten neun Monaten 2015. Der Ertragsteueraufwand belief sich in den ersten neun Monaten 2016 auf 1,1 Mrd € gegenüber 1,3 Mrd € in der Vergleichsperiode. Die effektive Steuerquote von 67 % (Vergleichszeitraum 2015: minus 37 %) wurde im Wesentlichen durch steuerlich nicht abzugsfähige Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und Steuereffekte im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungen beeinflusst.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmenten einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS für das dritte Quartal 2016 und 2015 und den Neunmonatszeitraum des entsprechenden Jahres. Für Informationen zu den Änderungen in der Segmentberichterstattung siehe den entsprechenden Abschnitt „Segmentberichterstattung“ in den Anhangangaben.

	3. Quartal 2016							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Manage- ment	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments	Konzern insgesamt
Erträge	2.588	1.963	1.740	823	779	- 191	- 209	7.493
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	30	176	57	0	45	17	2	327
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	454	414	635	153	332	13	895	2.894
Sachaufwand	1.733	713	938	275	334	367	- 869	3.490
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	167	0	0	0	167
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	- 49	0	- 49
Restrukturierungsaufwand	20	19	- 7	12	0	0	0	45
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.206	1.147	1.566	608	665	330	26	6.547
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	22	0	- 0	0	0	- 0	- 22	0
Ergebnis vor Steuern	330	640	117	216	68	- 538	- 215	619
Aufwand-Ertrag-Relation (in %)	85	58	90	74	85	N/M	N/M	87
Aktiva	1.106.758	189.748	196.090	26.404	141.184	11.157	17.608	1.688.951
Risikogewichtete Aktiva (CRD 4 Vollumsetzung)	163.899	82.256	48.720	13.273	44.757	17.768	14.027	384.701
Verschuldungsposition (CRD 4) – Stichtagswert	705.187	265.096	202.623	4.327	146.343	15.189	15.484	1.354.248
Durchschnittliches Eigenkapital	25.092	12.098	8.805	6.222	6.084	4.027	- 321	62.008
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnitt- lichen materiellen Eigenkapital) (in %) ¹	3,7	15,4	4,2	33,3	3,1	N/A	N/A	2,0
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnitt- lichen Eigenkapital) (in %) ¹	3,4	13,8	3,5	9,1	2,9	N/A	N/A	1,6

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Eigenkapital unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die für das dritte Quartal 2016 55 % betrug. Für die Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Eigenkapital der Segmente, wurde eine Steuerquote von 35 % zugrunde gelegt.

	3. Quartal 2015							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Manage- ment	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments	Konzern insgesamt
Erträge	2.344	1.988	1.450	633	837	236	-158	7.330
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0	90	54	1	64	-0	-1	207
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	559	532	641	218	329	17	1.013	3.309
Sachaufwand	2.216	953	885	301	332	410	-926	4.171
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	-29	0	0	0	-29
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	1.568	600	1.006	0	2.597	0	0	5.770
Restrukturierungsaufwand	2	1	-1	0	0	-0	-1	2
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	4.345	2.086	2.531	491	3.258	427	86	13.224
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-13	0	-0	-0	0	1	12	0
Ergebnis vor Steuern	-1.989	-188	-1.135	142	-2.486	-192	-255	-6.101
Aufwand-Ertrag-Relation (in %)	185	105	175	78	N/M	N/A	N/A	180
Aktiva	1.184.485	139.238	174.773	32.398	135.404	29.054	24.022	1.719.374
Risikogewichtete Aktiva (CRD 4 Vollumsetzung)	166.774	87.839	49.936	6.370	42.423	39.831	14.452	407.626
Verschuldungsposition (CRD 4) – Stichtagswert	723.423	293.153	186.985	5.896	140.862	54.553	15.406	1.420.276
Durchschnittliches Eigenkapital	25.263	12.973	10.950	5.698	8.183	5.891	75	69.034
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnitt- lichen materiellen Eigenkapital) (in %)¹	-23,1	-4,3	-35,8	42,7	-121,0	N/A	N/A	-43,9
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnitt- lichen Eigenkapital) (in %)¹	-20,3	-3,7	-26,8	6,4	-78,5	N/A	N/A	-34,8

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Eigenkapital unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die für das dritte Quartal 2015 1 % betrug. Für die Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Eigenkapital der Segmente, wurde eine Steuerquote von 35 % zugrunde gelegt.

	Jan. – Sep. 2016							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Manage- ment	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments	Konzern Insgesamt
Erträge	7.826	5.676	5.338	2.220	2.542	- 524	- 132	22.946
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	84	427	160	1	121	96	1	891
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	1.372	1.352	1.894	463	1.025	45	2.897	9.047
Sachaufwand	5.163	2.357	2.804	879	1.028	1.083	- 2.867	10.447
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	285	0	0	0	285
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	285	0	0	0	0	- 49	0	236
Restrukturierungsaufwand	122	152	113	44	0	4	- 0	435
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	6.942	3.861	4.811	1.671	2.052	1.083	30	20.450
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	46	0	0	0	0	- 0	- 47	0
Ergebnis vor Steuern	753	1.387	367	549	369	- 1.703	- 116	1.606
Aufwand-Ertrag-Relation (in %)	89	68	90	75	81	N/A	N/A	89
Aktiva	1.106.758	189.748	196.090	26.404	141.184	11.157	17.608	1.688.951
Risikogewichtete Aktiva (CRD 4 Vollumsetzung)	163.899	82.256	48.720	13.273	44.757	17.768	14.027	384.701
Verschuldungsposition (CRD 4) – Stichtagswert	705.187	265.096	202.623	4.327	146.343	15.189	15.484	1.354.248
Durchschnittliches Eigenkapital	24.504	12.036	9.057	6.311	5.903	4.560	- 79	62.292
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnitt- lichen materiellen Eigenkapital) (in %) ¹	2,9	11,1	4,3	30,1	5,8	N/A	N/A	1,2
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnitt- lichen Eigenkapital) (in %) ¹	2,7	10,0	3,5	7,6	5,5	N/A	N/A	1,0

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Eigenkapital unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die für die ersten neun Monate 2016 67 % betrug. Für die Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Eigenkapital der Segmente, wurde eine Steuerquote von 35 % zugrunde gelegt.

	Jan. – Sep. 2015							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Manage- ment	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments	Konzern Insgesamt
Erträge	9.355	6.277	5.633	2.151	2.497	854	115	26.883
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	7	179	208	1	147	34	0	576
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	1.840	1.672	1.935	603	1.005	66	3.067	10.189
Sachaufwand	6.754	2.690	2.733	903	1.032	2.130	-2.665	13.575
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	134	0	0	0	134
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	1.568	600	1.006	0	2.597	0	0	5.770
Restrukturierungsaufwand	24	7	-1	-0	0	2	-1	31
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	10.186	4.969	5.672	1.639	4.634	2.198	401	29.700
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	25	-0	0	-1	0	1	-26	0
Ergebnis vor Steuern	-863	1.130	-247	511	-2.285	-1.379	-260	-3.393
Aufwand-Ertrag-Relation (in %)	109	79	101	76	186	N/A	N/A	110
Aktiva	1.184.485	139.238	174.773	32.398	135.404	29.054	24.022	1.719.374
Risikogewichtete Aktiva (CRD 4 Vollumsetzung)	166.774	87.839	49.936	6.370	42.423	39.831	14.452	407.626
Verschuldungsposition (CRD 4) – Stichtagswert	723.423	293.153	186.985	5.896	140.862	54.553	15.406	1.420.276
Durchschnittliches Eigenkapital	24.683	12.459	10.563	5.620	8.393	7.012	1.717	70.447
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) (in %) ¹	-3,3	8,8	-2,6	52,4	-35,4	N/A	N/A	-11,2
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) (in %) ¹	-3,0	7,8	-2,0	7,8	-23,4	N/A	N/A	-8,8

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Eigenkapital unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die sich in den ersten neun Monaten 2015 auf minus 37 % belief. Für die Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Eigenkapital der Segmente, wurde eine Steuerquote von 35 % zugrunde gelegt.

Segmentüberblick

Global Markets (GM)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	3. Quartal				Jan. – Sep.			
	2016	2015	Absolute Veränderung	Veränderung in %	2016	2015	Absolute Veränderung	Veränderung in %
Erträge:								
Sales & Trading (Equity)	603	632	-30	-5	2.074	2.780	-706	-25
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	2.067	1.818	248	14	5.959	6.970	-1.011	-15
Sales & Trading	2.669	2.450	219	9	8.033	9.750	-1.717	-18
Sonstige Produkte	-82	-106	25	-23	-207	-395	188	-48
Erträge insgesamt	2.588	2.344	243	10	7.826	9.355	-1.529	-16
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	30	0	29	N/A	84	7	78	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	454	559	-106	-19	1.372	1.840	-468	-25
Sachaufwand	1.733	2.216	-483	-22	5.163	6.754	-1.591	-24
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	1.568	-1.568	N/A	285	1.568	-1.283	-82
Restrukturierungsaufwand	20	2	17	N/A	122	24	98	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.206	4.345	-2.139	-49	6.942	10.186	-3.244	-32
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	22	-13	35	N/A	46	25	21	83
Ergebnis vor Steuern	330	-1.989	2.318	N/A	753	-863	1.616	N/A

N/A – nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

Im dritten Quartal 2016 beliefen sich die Erträge des Bereichs Global Markets auf 2,6 Mrd €, ein Anstieg von 243 Mio € (10 %) gegenüber dem Vorjahr. Der Ertragsanstieg war insbesondere auf die Geschäftsbereiche Rates und Credit zurückzuführen. In bestimmten Geschäftsbereichen, im Speziellen Equities, ging die Kundenaktivität hingegen aufgrund geringerer Marktvolumina und eines niedrigeren Fremdkapitalbedarfs bei Kunden zurück.

Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) erzielte Erträge von 2,1 Mrd €, die um 248 Mio € (14 %) über dem Wert des Vorjahresquartals lagen. Im Devisengeschäft lagen die Erträge auf dem Niveau des Vorjahres. Im Rates-Geschäft stiegen die Erträge vor allem in Europa deutlich durch die starke Entwicklung im kundenbezogenen Geschäft mit Zinsderivaten für Geschäftskunden und den öffentlichen Sektor. Der starke Ertragszuwachs im Kreditgeschäft war zum einen auf das Geschäft mit Finanzierungen und Krediten zurückzuführen, während der Handel mit Kreditprodukten von der höheren Aktivität im kundenbezogenen Geschäft und dem günstigeren Marktumfeld profitierte. Der Geschäftsbe- reich verzeichnete auch höhere Erträge aus chinesischen Onshore-Investments. Die Erträge in Emerging Markets sanken aufgrund des schwächeren kundenbezogenen Geschäfts, der Reduzierung der Länderpräsenz und der makroökonomischen Unsicherheit. Im Bereich Asia Pacific Local Markets gingen die Erträge im Vergleich zu dem starken Vorjahresquartal aufgrund der weniger günstigen Rahmenbedingungen in Asien deutlich zurück.

Sales & Trading (Equity) verzeichnete Erträge von 603 Mio €, was einem Rückgang um 30 Mio € (5 %) gegenüber dem Vorjahresquartal entsprach. Die Abnahme der Erträge von Cash Equities war auf geringere Volumina zurückzuführen. Im Bereich Equity Derivatives stiegen die Erträge deutlich im Vergleich zu einem schwierigen Vorjahresquartal. Die Erträge in Prime Finance sanken aufgrund höherer Finanzierungskosten und eines Rückgangs der durchschnittlichen Kundenpositionen.

Die Erträge aus sonstigen Produkten beliefen sich auf negative 82 Mio € im dritten Quartal 2016 im Vergleich zu negativen 106 Mio € im dritten Quartal 2015. Sie beinhalteten Transfers aus dem und in den Bereich Corporate & Investment Banking, die aus der Kundenbetreuung und dem Produktvertrieb resultierten, sowie drei Bewertungsanpassungen: erstens einen Marktwertverlust von 2 Mio € (2015: Gewinn von 82 Mio €) im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Reduzierung der risikogewichteten Aktiva für kreditbezogene Bewertungsanpassungen (Credit Valuation Adjustments – CVAs); zweitens einen Gewinn aus refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustments – FVAs) von 4 Mio € (2015: Verlust von 8 Mio €); drittens einen Gewinn von 47 Mio € (2015: Verlust von 13 Mio €) aufgrund der Auswirkungen einer forderungsbezogenen Bewertungsanpassung (Debt Valuation Adjustment – DVA) bei bestimmten Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Global Markets belief sich auf 30 Mio € (kein Aufwand in 2015), was auf mehrere Engagements in verschiedenen Industrien zurückzuführen war.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich auf 2,2 Mrd €. Dies entspricht einem Rückgang um 2,1 Mrd € gegenüber dem Wert des Vorjahresquartals, der eine Wertminderung auf Geschäfts- oder Firmenwerte von 1,6 Mrd € beinhaltete. Die restliche Abnahme geht vor allem auf niedrigere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und einen geringeren Personalaufwand zurück.

Das Ergebnis vor Steuern entsprach einem Gewinn von 330 Mio € (2015: Verlust von 2,0 Mrd €). Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus der 2015 erfassten Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert, den geringeren Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und den höheren Erträgen in 2016.

Neunmonatsvergleich 2016 versus 2015

In den ersten neun Monaten 2016 wurde die Performance von Global Markets durch ein schwieriges Marktumfeld und die makroökonomische Unsicherheit, insbesondere im ersten Halbjahr, beeinflusst. Die Erträge spiegelten auch die Auswirkungen der Implementierung mehrerer Initiativen im Rahmen der Strategie 2020 wider. Dazu zählen unter anderem der Risikoabbau und die Reduzierung der geografischen Präsenz. Die Erträge beliefen sich auf 7,8 Mrd €, was einem Rückgang um 1,6 Mrd € (16 %) entspricht.

Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) erzielte Erträge von 6,0 Mrd €, die um 1,0 Mrd € (15 %) unter dem Wert des Vorjahreszeitraums lagen. Im Devisengeschäft waren die Erträge niedriger als im starken Jahr 2015. Die Erträge im Rates-Geschäft lagen nach dem positiven Geschäftsverlauf im dritten Quartal 2016, vor allem in Europa, etwas über dem Vorjahreswert. Die Erträge aus dem Handel mit Kreditprodukten waren rückläufig. Während die herausfordernden Marktbedingungen besonders das kundenbezogene Geschäft im ersten Halbjahr beeinträchtigten, verzeichnete das Finanzierungsgeschäft weiterhin ein gutes Ergebnis. Die Erträge wurden zudem durch einen Abbau von Positionen mit hoher Risikogewichtung im Bereich Securitized Trading im Rahmen der Strategie 2020 belastet. Die Erträge im Bereich Emerging Markets sanken deutlich infolge des Rückzugs aus bestimmten Ländern im Rahmen der Strategie 2020 und des schwierigen Umfelds, das durch makroökonomische Unsicherheit geprägt war. Im Bereich Asia Pacific Local Markets gingen die Erträge wegen des schwierigen Umfelds in Asien deutlich zurück.

Sales & Trading (Equity) verzeichnete Erträge von 2,1 Mrd €, was einem Rückgang um 706 Mio € (25 %) entspricht. Die Abnahme der Erträge von Cash Equities war in erster Linie auf geringere Volumina zurückzuführen. Im Bereich Equity Derivatives sanken die Erträge deutlich infolge einer schwächeren Kundenaktivität, ausgelöst durch die makroökonomische Unsicherheit und ein schwierigeres Marktumfeld. Die Erträge von Prime Finance lagen aufgrund eines Rückgangs der Kundenpositionen, geringerer Kundenaktivität und höheren Finanzierungskosten unter dem Vorjahreswert.

Die Erträge aus sonstigen Produkten beliefen sich auf negative 207 Mio € (2015: negative 395 Mio €). Sie beinhalteten Transfers aus dem und in den Bereich Corporate & Investment Banking, die aus der Kundenbetreuung und dem Produktvertrieb resultierten, sowie drei gegenläufige Bewertungsanpassungen, die zu einem Gewinn von insgesamt 194 Mio € führten: erstens einen Marktwertgewinn von 64 Mio € (2015: Gewinn von 162 Mio €) im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Reduzierung der risikogewichteten Aktiva für kreditbezogene Bewertungsanpassungen (Credit Valuation Adjustments – CVAs); zweitens einen Verlust aus refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustments – FVAs) von 108 Mio € (2015: Verlust von 202 Mio €, der einen negativen Effekt von 84 Mio € aufgrund einer Verfeinerung der Berechnungsmethode beinhaltete); drittens einen Gewinn von 239 Mio € (2015: Gewinn von 79 Mio €) im Zusammenhang mit den Auswirkungen einer forderungsbezogenen Bewertungsanpassung (Debt Value Adjustment – DVA) bei bestimmten Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Global Markets belief sich auf 84 Mio € (2015: 7 Mio €), was hauptsächlich auf den Metall- und Minensektor zurückzuführen war und sich dort auf ein größeres Engagement konzentrierte.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen sanken um 3,2 Mrd € (32 %) auf 6,9 Mrd €. Dieser Rückgang war hauptsächlich auf eine Abnahme der Kosten für Rechtsstreitigkeiten um 1,9 Mrd € und Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert zurückzuführen. Das dritte Quartal 2015 enthielt die vorgenannte Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert von € 1,6 Mrd €, während sich im zweiten Quartal 2016 eine Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert von 285 Mio € infolge der Übertragung von Geschäftsaktivitäten („Fund Solutions“, „Certificates“, „Warrants“) aus dem Unternehmensbereich Deutsche Asset Management im Einklang mit IFRS ergab. Der Personalaufwand ging im Vergleich zum Vorjahr zurück.

Das Ergebnis vor Steuern entsprach einem Gewinn von 753 Mio € (2015: Verlust von 863 Mio €). Dieser Anstieg resultierte im Wesentlichen aus den niedrigeren Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten im Berichtszeitraum und der 2015 angefallenen Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert und wurde teilweise durch geringere Erträge ausgeglichen.

Unternehmensbereich Corporate & Investment Banking (CIB)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	3. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %	Jan. – Sep.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2016	2015			2016	2015		
Erträge:								
Trade Finance & Cash Management Corporates	690	713	-24	-3	1.982	2.092	-110	-5
Institutional Cash & Securities Services	453	484	-31	-6	1.393	1.386	6	0
Equity-Emissionsgeschäft	88	79	9	12	276	536	-260	-49
Debt-Emissionsgeschäft	391	376	15	4	1.094	1.282	-188	-15
Beratung	142	181	-39	-21	367	471	-104	-22
Kreditgeschäft & Sonstiges	201	156	44	28	566	511	55	11
Erträge insgesamt	1.963	1.988	-24	-1	5.676	6.277	-601	-10
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	176	90	87	96	427	179	248	139
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	414	532	-118	-22	1.352	1.672	-320	-19
Sachaufwand	713	953	-240	-25	2.357	2.690	-333	-12
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	600	-600	N/A	0	600	-600	N/A
Restrukturierungsaufwand	19	1	18	N/A	152	7	145	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	1.147	2.086	-939	-45	3.861	4.969	-1.107	-22
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0	0	22	0	-0	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	640	-188	828	N/A	1.387	1.130	257	23

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

Das dritte Quartal 2016 war von einer besseren Dynamik gekennzeichnet. Insbesondere konnten die Erträge im Corporate Finance-Geschäft gegenüber einem schwächeren dritten Quartal 2015 gesteigert werden. Die Erträge im Transaction Banking gingen zwar gegenüber 2015 etwas zurück, waren jedoch in Anbetracht des niedrigen Zinsniveaus und der Auswirkungen der strategischen Initiativen weiterhin robust.

Die Erträge lagen bei 2 Mrd € und damit um 24 Mio € unter dem Wert des Vorjahresquartals. Im Bereich Trade Finance & Cash Management Corporates sanken die Erträge um 24 Mio € (3 %). Die Ertragslage wird weiterhin durch das Niedrigzinsumfeld und die geringen Volumina bei den handelbaren Krediten belastet, wobei diese Einflüsse durch im Zusammenhang mit Verbriefungstransaktionen erhaltene Zahlungen im Kreditgeschäft teilweise kompensiert wurden. Die Erträge im Bereich Institutional Cash and Securities Services sanken um 31 Mio € (6 %). Das schlechtere Ergebnis war jedoch im wesentlichen auf zeitliche Unterschiede bei der Ertragsrealisierung im Verwahrgeschäft und die Änderung interner Refinanzierungsvorgaben (ohne Auswirkungen auf der Konzernebene) zurückzuführen. Das Aktienemissionsgeschäft verbesserte sich gegenüber einem schwachen Vorjahresquartal um 12 %. Vor allem im September zog die Emissionstätigkeit an. Die Erträge im Anleiheemissionsgeschäft erhöhten sich im Jahresvergleich um 15 Mio € (4 %). Das anhaltende Niedrigzinsumfeld förderte die Anlegernachfrage nach höherverzinslichen Anlagen einhergehend mit starken Emissionsvolumina bei Anleihen mit „Investment Grade“-Rating.

Im Beratungsgeschäft verbesserten sich die Erträge gegenüber dem zweiten Quartal, positiv beeinflusst von dem vorzeitigen Abschluss bestimmter Transaktionen und einer stärkeren Pipeline. Gegenüber dem sehr starken dritten Quartal 2015 sanken die Erträge allerdings um 21 %.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stieg um 87 Mio € auf 176 Mio € im Quartal. Die Zunahme war größtenteils auf die anhaltende Bonitätsverschlechterung in der Schifffahrtsbranche zurückzuführen. Außerdem wurden zusätzlich zu der in diesem Jahr bereits getroffenen Risikovorsorge weitere Rückstellungen für bestimmte Öl- und Gasengagements gebildet.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen sanken im Jahresvergleich um 939 Mio € (45 %). In den Vorjahreswerten waren jedoch Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte und Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten von mehr als 780 Mio € enthalten. Ohne diese Faktoren verringerten sich die Aufwendungen im dritten Quartal 2016 um 159 Mio € (12 %). Diese Verbesserung ist erneut überwiegend auf den geringeren Personalaufwand zurückzuführen, wobei 28 Mio € auf einen Rückgang des direkten Sachaufwands um 12 % entfielen.

Das Ergebnis vor Steuern stieg gegenüber 2015 um 640 Mio € auf 828 Mio €. Ohne die wesentlichen oben aufgeführten einmaligen Effekte war das Ergebnis im Quartal praktisch unverändert gegenüber dem Vorjahresquartal. Die Kostenersparnis wurde durch die höhere Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgeglichen; die Erträge blieben stabil.

Neunmonatsvergleich 2016 versus 2015

In den ersten neun Monaten 2016 sind die Erträge des Geschäftsbereichs zurückgegangen. Die Erträge im Corporate Finance-Geschäft wurden durch geringere Kundenaktivitäten infolge des ungünstigen makroökonomischen und geopolitischen Umfelds belastet. Die Erträge im Transaction Banking waren jedoch weiterhin robust. Die Reduzierung der Zinsunabhängigen Aufwendungen kommt weiter voran – selbst ohne Berücksichtigung der Wertminderung auf Geschäfts- oder Firmenwert und der Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten im Jahr 2015. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ist deutlich gestiegen, bedingt durch die Schwäche bei der Schiffsfinanzierung und im Metall- und Minensektor, der weiterhin von negativen makroökonomischen Entwicklungen beeinflusst wird.

Die Erträge lagen bei 5,7 Mrd € und damit um 601 Mio € (10 %) unter dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Innerhalb von Transaction Banking verzeichnete der Bereich Trade Finance & Cash Management Corporates einen Ertragsrückgang um 110 Mio € (5 %). Das Kassa-Geschäft in der Eurozone wird weiterhin durch negative Zinssätze und hohen Margendruck belastet, die Region Asien-Pazifik stand unter dem Einfluss schwächerer Handelsvolumina. Das Ergebnis von Institutional Cash and Securities Services war gegenüber 2015 unverändert. Der Bereich Institutional Cash wurde vom Zinsumfeld in den USA unterstützt und kompensierte die geringeren Erträge aus Securities Services. Im Bereich Corporate Finance wurde der Ertragsrückgang im dritten Quartal reduziert. Gleichwohl lagen die Erträge um 18 % unter dem Vorjahreswert. Den größten Anteil daran hatte das Aktienemissionsgeschäft, das in den ersten neun Monaten um 260 Mio € (49 %) zurückging. Im dritten Quartal wurden einige Aktienemissionen auf den Markt gebracht, wobei das Provisionsaufkommen im Jahresvergleich immer noch über 30 % niedriger ist. Das Anleiheemissionsgeschäft verzeichnete einen Rückgang um 15 % nach einem schwachen ersten Quartal infolge der geringeren Anlegernachfrage nach Leveraged Finance-Produkten. Im weiteren Jahresverlauf belebte sich das Geschäft, sodass die Erträge im Vergleich zu 2015 weitgehend stabil blieben. Die Erträge im Beratungsgeschäft sanken um 22 %, da sich ein Rückgang der angekündigten Volumina um 22 % gegenüber dem Vorjahr negativ auf die Transaktions-Pipeline ausgewirkt hat. Der Bereich Kreditgeschäft & Sonstiges erzielte einen Ertragsanstieg um 55 Mio € (11 %), resultierend aus der Kreditvergabe an Unternehmen sowie Überträgen aus dem und in das Segment Global Markets.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich in den ersten neun Monaten um 248 Mio € (139 %), weiterhin getrieben durch Schiffsfinanzierungen sowie Metall- und Bergbauengagements.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen sanken im Jahresvergleich um 1,1 Mrd € (22 %) auf 3,9 Mrd €. Ohne die Wertminderung auf Geschäfts- oder Firmenwert von 600 Mio € und Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten von 325 Mio € im Vorjahr 2015 sind die Zinsunabhängigen Aufwendungen in den ersten neun Monaten trotz des um 145 Mio € höheren Restrukturierungsaufwands um 190 Mio € (5 %) gesunken. Diese Verbesserung ist auf die geringeren fixen und variablen Personalkosten sowie eines konsequenten Kostenmanagements bei den Sachaufwendungen zurückzuführen, was durch den Rückgang im dritten Quartal belegt wird.

Der Gewinn vor Steuern stieg um 257 Mio € (23 %) auf 1,4 Mrd €. Diese Verbesserung ergab sich aus den oben aufgeführten wesentlichen Posten, die in 2015 erfasst wurden. Ohne diese wesentlichen Posten in 2015, blieb die Performance hinter dem Vorjahreszeitraum zurück, da die Kosteneinsparungen den Ertragsrückgang und den Anstieg der Risikovorsorge im Kreditgeschäft nur zum Teil ausgleichen konnten.

Unternehmensbereich Private, Wealth & Commercial Clients (PW&CC)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	3. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %	Jan. – Sep.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2016	2015			2016	2015		
Erträge:								
Kreditgeschäft	570	540	30	5	1.668	1.606	62	4
Einlagengeschäft	269	326	-57	-17	869	1.009	-140	-14
Wertpapier- und Versicherungsgeschäft	247	313	-66	-21	812	1.026	-214	-21
Zahlungsverkehrs-, Karten- und Kontengeschäft	143	150	-7	-4	420	442	-22	-5
Sonstige Produkte	35	125	-90	-72	222	193	29	15
Private & Commercial Clients (PCC) Erträge insgesamt	1.264	1.454	-190	-13	3.991	4.276	-285	-7
Zinsüberschuss	203	200	3	1	616	600	16	3
Managementgebühren	156	177	-20	-11	510	570	-60	-11
Transaktionsbezogene Erträge	90	119	-29	-25	283	402	-119	-30
Sonstige Erträge	48	5	43	N/A	75	22	53	N/A
Wealth Management (WM) Erträge insgesamt	497	501	-4	-1	1.485	1.595	-110	-7
Hua Xia	-20	-504	484	-96	-138	-237	99	-42
Erträge insgesamt	1.740	1.450	290	20	5.338	5.633	-296	-5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	57	54	3	5	160	208	-48	-23
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	635	641	-6	-1	1.894	1.935	-41	-2
Sachaufwand	938	885	53	6	2.804	2.733	71	3
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	1.006	-1.006	N/A	0	1.006	-1.006	N/A
Restrukturierungsaufwand	-7	-1	-6	N/A	113	-1	114	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	1.566	2.531	-965	-38	4.811	5.672	-862	-15
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-0	-0	0	N/A	0	0	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	117	-1.135	1.252	N/A	367	-247	614	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

Das Geschäftsumfeld von PW&CC blieb im dritten Quartal 2016 herausfordernd. Neben dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld führte die weiterhin volatile Marktlage zu geringerer Kundenaktivität. Am 6. September 2016 schloss PW&CC den Verkauf der Private Client Services-Einheit („PCS“) in den USA an Raymond James Financial, Inc. ab. Diese Transaktion führte im dritten Quartal 2016 zu einem Verkaufsgewinn, dem zum Teil Entkonsolidierungseffekte entgegenstanden. Die Ergebnisse von PW&CC verbesserten sich gegenüber dem dritten Quartal 2015, da das Vorjahresquartal durch Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 1,0 Mrd € und dem negativen Ergebnisbeitrag der Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. in Höhe von 505 Mio € belastet wurde. Letzterer ergab sich aus einer Wertminderung in Höhe von 649 Mio €, die teilweise durch laufende Erträge aus der Beteiligung ausgeglichen wurden.

Die Erträge in PW&CC stiegen gegenüber dem Vorjahresquartal um 290 Mio € (20 %) auf 1,7 Mrd €. Hierzu trug vor allem die sich nicht wiederholende Wertminderung, die im dritten Quartal 2015 im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. erfasst wurde, bei. Das dritte Quartal 2016 enthielt 20 Mio € negative Bewertungseffekte im Zusammenhang mit der Hua Xia Bank Co. Ltd. Im Geschäftsbereich Private & Commercial Clients (PCC) sanken die Erträge um 190 Mio € (13 %). Fast die Hälfte des Rückgangs war in den Erträgen aus Sonstigen Produkten zu verzeichnen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass das dritte Quartal 2015 eine Dividendenzahlung von 101 Mio € aus einer Verkaufstransaktion eines Beteiligungsunternehmens enthielt. Das turbulente Marktumfeld führte zu weiter reduzierten Aktivitäten unserer Kunden. Dadurch gingen die Erträge aus dem Wertpapier- und Versicherungsgeschäft um 66 Mio € (21 %) zurück. Darüber hinaus sanken die Erträge im Einlagengeschäft infolge der anhaltend niedrigen Zinsen um 57 Mio € (17 %). Diese Ertragsrückgänge wurden teilweise durch einen Anstieg der Erträge aus Kreditprodukten um 30 Mio € (5 %) kompensiert, der auf höhere Kreditvolumina sowie einen leichten Anstieg der Margen zurückzuführen war. Im Geschäftsbereich Wealth Management (WM) sanken die Erträge geringfügig um 4 Mio € (1 %). In den Sonstigen Erträgen war ein Gewinn aus dem Verkauf der Privat Client Services-Einheit („PCS“) enthalten, dem entgangene Erträge, hauptsächlich in der Kategorie Managementgebühren, entgegenstanden. Der Rückgang der Erträge bei WM war vornehmlich auf um 29 Mio € (25 %) geringere transaktionsbezogene Erträge und rückläufige Managementgebühren von 20 Mio € (11 %) zurückzuführen. Ausschlaggebend hierfür waren das schwierigere Marktumfeld mit geringerer Kundenaktivität und die entgangenen Erträge infolge des Verkaufs von PCS sowie einer sehr geringen Aktivität an den Aktienmärkten in den USA. Die Zinserträge blieben gegenüber dem Vorjahreszeitraum stabil.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft blieb mit 57 Mio € auf einem sehr niedrigen Niveau. Dies spiegelt die anhaltend hohe Qualität des Kreditportfolios und das günstige wirtschaftliche Umfeld wider.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich auf 1,6 Mrd € und sanken damit gegenüber dem Vorjahresquartal um 965 Mio € (38 %). Das dritte Quartal 2015 enthielt die oben genannten Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert von 1,0 Mrd €. Ohne diesen Effekt erhöhten sich die Zinsunabhängigen Aufwendungen geringfügig, dies schloss höhere Abschreibungen auf Software, Kosten im Zusammenhang mit dem Verkauf von PCS, Investitionen in die Digitalisierung und weitere Aufwendungen im Zusammenhang mit der Strategie 2020 ein.

Das Ergebnis vor Steuern erhöhte sich gegenüber dem dritten Quartal 2015 um 1,3 Mrd € auf 117 Mio €. Der Anstieg war auf die vorgenannten Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und den negativen Ergebnisbeitrag der Hua Xia Co. Ltd. im Jahr 2015 zurückzuführen. Ohne diese Effekte ging das Ergebnis von PW&CC im Vergleich zum Vorjahresquartal zurück. Dies war im Wesentlichen auf geringere Erträge in einem weiterhin schwierigen Marktumfeld sowie Investitionen in die Digitalisierung und weitere Investitionen im Zusammenhang mit der Strategie 2020 zurückzuführen. Darüber hinaus profitierten die Erträge im Vorjahresquartal von der zuvor genannten Dividendenzahlung in Höhe von 101 Mio €.

Die Invested Assets in PW&CC gingen gegenüber dem 30. Juni 2016 um 43 Mrd € zurück. Dies war hauptsächlich auf den Dekonsolidierungseffekt aus der Veräußerung von PCS in Höhe von 37 Mrd € und Nettomittelabflüsse von 9 Mrd € (7 Mrd € in WM, 3 Mrd € in PCC) zurückzuführen. Diese Abflüsse entstanden vor allem bei Produkten mit niedrigen Margen in der zweiten Hälfte des Monats September im Anschluss an die negative Marktwahrnehmung in Bezug auf die Bank. Diese Effekte wurden teilweise durch 6 Mrd € positive Markt- und Währungseffekte ausgeglichen.

Neunmonatsvergleich 2016 versus 2015

Die ersten neun Monate des Jahres 2016 waren durch anhaltend niedrige Zinsen an Kernmärkten und ein turbulentes Marktumfeld geprägt, das zu weiterhin geringer Kundenaktivität, insbesondere im Wertpapiergeschäft, führte. Zudem enthielten die Zinsunabhängigen Aufwendungen Restrukturierungskosten und Abfindungszahlungen von 137 Mio € im Rahmen der Strategie 2020. Die Ergebnisse von PW&CC verbesserten sich gegenüber den ersten neun Monaten des Jahres 2015, da der Vorjahreszeitraum durch Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert von 1,0 Mrd € und den negativen Ergebnisbeitrag der Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. in Höhe von 237 Mio € belastet wurde. Letzterer ergab sich aus einer Wertminderung in Höhe von 649 Mio €, die nur teilweise durch regelmäßige Beteiligungserträge ausgeglichen wurde.

Die Erträge in PW&CC von insgesamt 5,3 Mrd € blieben gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 296 Mio € (5 %) zurück. Im Geschäftsbereich Private & Commercial Clients (PCC) verringerten sich die Erträge um 285 Mio € (7 %). Diese Entwicklung war insbesondere auf die Erträge aus Wertpapier- und Versicherungsprodukten zurückzuführen, die wegen reduzierter Aktivität unserer Kunden in dem schwierigen Marktumfeld um 214 Mio € (21 %) sanken. Die Erträge im Einlagengeschäft gingen infolge weiter gesunkener Zinsen um 140 Mio € (14 %) gegenüber dem Vergleichszeitraum des Jahres 2015 zurück. Diese Ertragsrückgänge in PCC wurden teilweise durch einen Anstieg der Erträge aus Kreditprodukten um 62 Mio € (4 %) kompensiert, der auf höhere Kreditvolumina sowie einen leichten Anstieg der Margen zurückzuführen war. Die Erträge aus sonstigen Produkten in PCC beinhalteten einen Gewinn von 97 Mio € aus der Veräußerung der Anteile an der VISA Europe Limited sowie eine Dividendenzahlung von 50 Mio €, die im Nachgang zu einer von einem Beteiligungsunternehmen von PCC in 2015 durchgeführten Verkaufstransaktion entstand. Der Vorjahreszeitraum enthielt eine Dividendenzahlung von 101 Mio € aus einer Verkaufstransaktion eines Beteiligungsunternehmens. Im Geschäftsbereich Wealth Management (WM) sanken die Erträge um 110 Mio € (7 %). Der Rückgang war vornehmlich auf 119 Mio € (30 %) geringere transaktionsbezogene Erträge sowie 60 Mio € (11 %) niedrigere Managementgebühren zurückzuführen. Ursächlich hierfür waren das turbulente Marktumfeld und die reduzierten Aktivitäten unserer Kunden. Der Rückgang der Erträge im Wealth Management in den ersten neun Monaten 2016 spiegelte auch die sehr geringen Aktivitäten auf den Aktienmärkten in den USA wider. Diese Entwicklung wurde teilweise durch einen Anstieg des Zinsüberschusses um 16 Mio € (3 %) und durch eine Zunahme der Erträge aus sonstigen Produkten um 53 Mio € kompensiert. In den Sonstigen Erträgen war ein Gewinn aus dem Verkauf der Private Client Services-Einheit („PCS“) enthalten, dem teilweise entgangene Erträge, hauptsächlich in der Kategorie Managementgebühren, entgegenstanden. Die Erträge aus der Beteiligung an Hua Xia stiegen um 99 Mio € (42 %). Der negative Ergebnisbeitrag von 237 Mio € im Vorjahreszeitraum war auf die vorgenannte Wertminderung von 649 Mio € zurückzuführen, die durch laufende Beteiligungserträge teilweise ausgeglichen wurde. Die ersten neun Monate des Jahres 2016 waren durch einen negativen Bewertungseffekt von 138 Mio € belastet.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft reduzierte sich gegenüber dem Vergleichszeitraum 2015 um 48 Mio € (23 %) auf 160 Mio €. Dies spiegelt die anhaltend hohe Qualität des Kreditportfolios und das günstige wirtschaftliche Umfeld wider. Sowohl die ersten neun Monate 2016 als auch die Vorjahresperiode enthielten zudem positive Effekte aus ausgewählten Portfolioverkäufen in vergleichbarer Höhe.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen verringerten sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 862 Mio € (15 %) auf 4,8 Mrd €. Im Vorjahreszeitraum waren die vorgenannten Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert von 1,0 Mrd € enthalten, während die ersten neun Monate in 2016 durch höhere Aufwendungen von 113 Mio € für Restrukturierungen und 24 Mio € für Abfindungszahlungen, die im Personalaufwand ausgewiesen werden, belastet wurden. Ohne diese Faktoren blieben die Zinsunabhängigen Aufwendungen stabil trotz Investitionen in die Digitalisierung, höherer Abschreibungen auf Software sowie weiterer Aufwendungen im Zusammenhang mit der Strategie 2020 und der Kosten im Zusammenhang mit dem Verkauf von PCS.

Das Ergebnis vor Steuern erhöhte sich gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 614 Mio € auf 367 Mio €. Der Anstieg war auf die vorgenannten Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert im Jahr 2015 zurückzuführen. Der weitere Ergebnisrückgang in PW&CC war im Wesentlichen auf den Ertragsrückgang in einem weiterhin schwierigen Marktumfeld sowie Investitionen in die Digitalisierung, Restrukturierungsaufwendungen und weitere Aufwendungen im Rahmen der Strategie 2020 zurückzuführen.

Die Invested Assets in PW&CC reduzierten sich gegenüber dem 31. Dezember 2015 um 66 Mrd €. Dies war hauptsächlich auf den Dekonsolidierungseffekt aus der Veräußerung von PCS in Höhe von 37 Mrd € und auf 10 Mrd € negative Markt- und Währungseffekte zurückzuführen. Die Nettomittelabflüsse von 15 Mrd € (11 Mrd € in WM, 4 Mrd € in PCC) beinhalten die zuvor genannten 9 Mrd € Abflüsse aus dem dritten Quartal 2016 im Anschluss an die negative Marktwahrnehmung in Bezug auf die Bank. In WM reflektiert diese Entwicklung darüber hinaus die anhaltenden Risikoabbauaktivitäten unserer Kunden und Maßnahmen zur Optimierung des Risikomanagements und Effizienzsteigerungen bei länderübergreifenden Dienstleistungen.

Unternehmensbereich Deutsche Asset Management (Deutsche AM)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	3. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %	Jan. – Sep.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2016	2015			2016	2015		
Erträge:								
Managementgebühren	550	583	-33	-6	1.632	1.758	-127	-7
Transaktionsbezogene Erträge	44	29	15	53	92	141	-49	-35
Sonstige Erträge	34	68	-35	-50	188	122	66	54
Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft in Abbey Life	195	-47	242	N/A	309	130	178	137
Erträge insgesamt	823	633	190	30	2.220	2.151	69	3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0	1	-1	-99	1	1	-0	-47
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	153	218	-65	-30	463	603	-140	-23
Sachaufwand	275	301	-26	-9	879	903	-24	-3
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	167	-29	196	N/A	285	134	151	113
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	12	0	12	N/A	44	-0	44	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	608	491	117	24	1.671	1.639	31	2
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	-0	0	N/A	0	-1	1	N/A
Ergebnis vor Steuern	216	142	74	52	549	511	37	7

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

Deutsche AM erzielte im dritten Quartal 2016 eine solide Performance trotz anhaltend schwieriger Marktbedingungen. Diese spiegelten die anhaltende Marktunsicherheit infolge des weiterhin niedrigen globalen Wachstums sowie der Volatilität nach dem Referendum in Großbritannien wider.

Die Erträge beliefen sich auf 823 Mio €. Dies entspricht einem Anstieg von 190 Mio € (30 %). Die Managementgebühren sanken um 33 Mio € (6 %), hauptsächlich aufgrund der Nettomittelabflüsse sowie Margenrückgänge bei den Invested Assets. Die erfolgsabhängigen und transaktionsbezogenen Erträge stiegen um 15 Mio € (53 %). Hierzu trugen vor allem die höheren erfolgsabhängigen Provisionserträge bei alternativen Produkten bei. Die sonstigen Erträge verringerten sich um 35 Mio € (50 %) infolge der im Vergleich zum starken Vorjahresquartal geringeren Dividendenerträge und Anlagegewinne aus alternativen und aktiven Investmentprodukten. Die Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft von Abbey Life stiegen durch höhere Marktgewinne um 242 Mio €.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen erhöhten sich um 117 Mio € (24 %) auf 608 Mio €. Diese Zunahme resultiert aus höheren Aufwendungen (überkompensiert durch gestiegene Erträge) im Versicherungsgeschäft, die zum Teil durch einen niedrigeren Personalaufwand und geringere allgemeine Verwaltungskosten kompensiert wurden.

Das Ergebnis vor Steuern betrug 216 Mio €, ein Anstieg von 74 Mio € (52 %). Hauptsächlich hierfür waren die vorgenannten günstigen Marktwertbewegungen im Versicherungsgeschäft von Abbey Life, die teilweise durch die höheren Aufwendungen im Versicherungsgeschäft kompensiert wurden.

Die Invested Assets beliefen sich zum 30. September 2016 auf 715 Mrd € und spiegeln einen Rückgang um 5 Mrd € gegenüber dem 30. Juni 2016 wider. Dies ergibt sich aus Mittelabflüssen von 8 Mrd € sowie ungünstigen Währungs-

kursentwicklungen von 4 Mrd €, die teilweise durch günstige Marktentwicklungen in Höhe von 10 Mrd € ausgeglichen werden.

in Mrd €	Alternativ	Geldmarkt	Aktien	Renten	Multi Asset	Gesamtes Vermögen
Bestand zum 30. Juni 2016	85	63	168	317	85	719
Zuflüsse	4	8	8	15	7	42
Abflüsse	-3	-7	-14	-20	-7	-50
Nettomittelaufkommen	1	2	-6	-5	0	-8
Währungsentwicklung	0	0	-1	-2	0	-4
Marktentwicklung	0	-1	9	3	-1	10
Sonstiges	0	-2	-1	0	0	-2
Bestand zum 30. September 2016	85	62	170	313	84	715
Durchschnittlicher Gebührensatz (Basispunkte)	56	6	52	15	41	31

Neunmonatsvergleich 2016 versus 2015

Deutsche AM erzielte in den ersten neun Monaten des Jahres 2016 eine solide Performance trotz schwieriger Marktbedingungen, die die anhaltende Marktunsicherheit infolge des weiterhin niedrigen globalen Wachstums und die Marktschwankungen nach einem günstigen Marktumfeld im Vergleichszeitraum des Vorjahres widerspiegelten.

Die Erträge beliefen sich in den ersten neun Monaten des Jahres 2016 auf 2,2 Mrd €, was einem Anstieg von 69 Mio € (3 %) gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Managementgebühren sanken um 127 Mio € (7 %). Die Abnahme war darauf zurückzuführen, dass sich die Invested Assets infolge des niedrigeren durchschnittlichen Marktniveaus und der Nettomittelabflüsse verringerten. Die erfolgsabhängigen und transaktionsbezogenen Erträge gingen gegenüber dem starken Vorjahreszeitraum bei alternativen Produkten um 49 Mio € (35 %) zurück. Die sonstigen Erträge stiegen um 66 Mio € (54 %) aufgrund von Abschreibungen im Zusammenhang mit dem HETA-Engagement im Vorjahr sowie infolge der im laufenden Jahr ausgewiesenen Erträge aus dem Verkauf von Asset Management India. Die Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft von Abbey Life stiegen infolge höherer Marktgewinne um 178 Mio € (137 %).

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 31 Mio € (2 %) auf 1,7 Mrd €. Ursächlich dafür waren die höheren Aufwendungen (überkompensiert durch gestiegene Erträge) im Versicherungsgeschäft, die teilweise durch den geringeren Personalaufwand ausgeglichen wurden.

Das Ergebnis vor Steuern betrug 549 Mio €, ein Anstieg von 37 Mio € (7 %) gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Diese Zunahme resultiert aus den vorgenannten günstigen Marktwertbewegungen im Versicherungsgeschäft von Abbey Life, die teilweise durch die höheren Aufwendungen im Versicherungsgeschäft kompensiert wurden.

Die Invested Assets beliefen sich zum 30. September 2016 auf 715 Mrd €. Dies entspricht einem Rückgang um 30 Mrd € gegenüber dem 31. Dezember 2015 und wurde durch Mittelabflüsse in Höhe von 29 Mrd €, ungünstige Währungskursentwicklungen, die zu einem Verlust von 11 Mrd € führten, sowie Veräußerungen in Höhe von 6 Mrd € verursacht und teilweise durch günstige Marktentwicklungen in Höhe von 16 Mrd € kompensiert.

in Mrd €	Alternativ	Geldmarkt	Aktien	Renten	Multi Asset	Gesamtes Vermögen
Bestand zum 31. Dezember 2015	84	77	183	314	86	744
Zuflüsse	12	10	29	51	17	119
Abflüsse	-11	-19	-39	-60	-19	-148
Nettomittelaufkommen	1	-9	-10	-9	-2	-29
Währungsentwicklung	-2	-1	-3	-5	-1	-11
Marktentwicklung	2	-2	0	15	1	16
Sonstiges	-1	-3	-1	-2	0	-6
Bestand zum 30. September 2016	85	62	170	313	84	715
Durchschnittlicher Gebührensatz (Basispunkte)	56	6	52	15	41	31

Postbank

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	3. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %	Jan. – Sep.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2016	2015			2016	2015		
Erträge:								
Girogeschäft	267	295	-28	-9	822	892	-70	-8
Kreditgeschäft	298	308	-10	-3	896	893	3	0
Spargeschäft	143	173	-30	-18	454	528	-74	-14
Baufinanzierung & Bauspar	52	59	-7	-12	165	173	-7	-4
Wertpapier- und Versicherungsgeschäft	21	22	-1	-5	72	75	-3	-4
Postdienstleistungen	55	57	-3	-4	168	175	-7	-4
NCOU	-59	-67	8	-12	-157	-148	-8	6
Sonstiges	1	-12	13	N/A	122	-90	212	N/A
Erträge insgesamt	779	837	-58	-7	2.542	2.497	45	2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	45	64	-19	-30	121	147	-26	-18
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	332	329	3	1	1.025	1.005	19	2
Sachaufwand	334	332	1	0	1.028	1.032	-4	-0
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	2.597	-2.597	N/A	0	2.597	-2.597	N/A
Restrukturierungsaufwand	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	665	3.258	-2.593	-80	2.052	4.634	-2.582	-56
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0	0	N/A	0	0	-0	N/A
Ergebnis vor Steuern	68	-2.486	2.554	N/A	369	-2.285	2.654	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

Das weiterhin anhaltende Niedrigzinsumfeld stellte die Postbank auch im dritten Quartal 2016 vor Herausforderungen. Eine niedrige Risikovorsorge sowie kontinuierliche Maßnahmen zur Kostensenkung und Effizienzsteigerung konnten jedoch den Ertragsrückgang kompensieren und die nachteiligen Auswirkungen auf das Ergebnis vor Steuern reduzieren.

Die Erträge verminderten sich im Vergleich zum Vorjahresquartal insgesamt um 58 Mio € (7 %). Die Erträge im Giro- und Spar-, Baufinanzierungs- und Bauspargeschäft waren aufgrund des weiterhin bestehenden Niedrigzinsumfelds rückläufig. Die Erträge aus dem Kredit-, Wertpapier- und Versicherungs- sowie dem Postdienstleistungsgeschäft blieben gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres nahezu stabil. Die Erträge im NCOU-Segment der Postbank erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahresquartal um 8 Mio €, bedingt durch eine Reduzierung hochverzinslicher Verbindlichkeiten. Die deutliche Verbesserung in den Sonstigen Erträgen ist vorwiegend auf den Verkauf von Finanzanlagen zurückzuführen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft verringerte sich um 30 % beziehungsweise 19 Mio € im Vergleich zum Vorjahresquartal aufgrund der anhaltend günstigen Wirtschaftslage in Deutschland.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen gingen im Vergleich zum Vorjahresquartal um 2,6 Mrd € zurück, hauptsächlich infolge einer Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 2,6 Mrd € im entsprechenden Zeitraum.

Die Postbank erzielte im dritten Quartal 2016 ein positives Ergebnis vor Steuern in Höhe von 68 Mio € gegenüber einem negativen Ergebnis vor Steuern von 2,5 Mrd € im Vorjahresquartal, welches die vorgenannte Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte im dritten Quartal 2015 beinhaltete.

Die Invested Assets beliefen sich zum 30. September 2016 auf 72 Mrd € und waren stabil im Vergleich zum 30. Juni 2016.

Neunmonatsvergleich 2016 versus 2015

Das weiterhin anhaltende Niedrigzinsumfeld stellte die Postbank auch in den ersten neun Monaten 2016 vor Herausforderungen. Dank erhöhter Erträge aus einem Veräußerungsgewinn im Zusammenhang mit dem Verkauf einer Beteiligung an VISA Europe Ltd., einer niedrigen Risikovorsorge und einer stabilen Entwicklung der zinsunabhängigen Aufwendungen - ohne Berücksichtigung der Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 2,6 Mrd € im dritten Quartal 2015 - ist das Ergebnis vor Steuern gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum jedoch um 19 % auf 369 Mio € moderat gestiegen.

Die Erträge erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum insgesamt um 45 Mio € (2 %). Die Erträge im Giro- und Spargeschäft waren aufgrund des weiterhin bestehenden Niedrigzinsumfelds rückläufig. Die Erträge aus dem Kredit-, Baufinanzierungs- und Bauspar-, Wertpapier- und Versicherungs- sowie dem Postdienstleistungsgeschäft blieben gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres nahezu stabil. Die Erträge im NCOU-Segment der Postbank waren unverändert, während sich die Sonstigen Erträge deutlich verbesserten, in erster Linie aufgrund erzielter Gewinne aus dem Verkauf von Finanzanlagen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft verminderte sich gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 26 Mio € (18 %), wenngleich die ersten neun Monate 2015 positiv von einer Non Performing Loan (NPL)-Verkaufstransaktion beeinflusst wurden. Ohne diesen positiven Effekt aus dem NPL-Verkauf wäre die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stärker zurückgegangen, was die anhaltend günstige Wirtschaftslage in Deutschland widerspiegelt.

Die gesamten zinsunabhängigen Aufwendungen gingen um 2,6 Mrd € im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zurück, da dieser durch eine Wertminderung auf Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 2,6 Mrd € belastet war.

Die Postbank erzielte ein positives Ergebnis vor Steuern in Höhe von 369 Mio € € gegenüber einem negativen Ergebnis vor Steuern von 2,3 Mrd € in den ersten neun Monaten 2015, welches die vorgenannte Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte im dritten Quartal 2015 beinhaltete.

Die Invested Assets beliefen sich zum 30. September 2016 auf 72 Mrd €, was einem Rückgang um 3 Mrd € im Vergleich zum 31. Dezember 2015 entspricht.

Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit (NCOU)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	3. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %	Jan. – Sep.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2016	2015			2016	2015		
Erträge insgesamt	-191	236	-427	N/A	-524	854	-1.378	N/A
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	17	-0	17	N/A	96	34	62	182
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	13	17	-4	-26	45	66	-21	-32
Sachaufwand	367	410	-44	-11	1.083	2.130	-1.047	-49
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-49	0	-49	N/A	-49	0	-49	N/A
Restrukturierungsaufwand	0	-0	0	N/A	4	2	2	72
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	330	427	-97	-23	1.083	2.198	-1.115	-51
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-0	1	-1	N/A	-0	1	-2	N/A
Ergebnis vor Steuern	-538	-192	-346	181	-1.703	-1.379	-323	23

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

Im dritten Quartal 2016 hat die NCOU ihre Strategie zum Risikoabbau mit besonderem Fokus auf den Kapitalbeitrag und Initiativen zum Schuldenabbau fortgesetzt. In verschiedenen Portfolios erfolgten Aktivitäten zum Risikoabbau, was einen erheblichen Fortschritt in Bezug auf die geplante Schließung der NCOU zum Jahresende bedeutet.

Die Erträge der NCOU beliefen sich im Berichtszeitraum auf negative 191 Mio €, nach positiven Erträgen von 236 Mio € im Vorjahr. Dies war in erster Linie auf die Aktivitäten zum Risikoabbau zurückzuführen. Die NCOU generierte negative Erträge in Höhe von 310 Mio € vornehmlich aus der Auflösung von langfristigen Derivaten und der Abwicklung damit zusammenhängender Vermögenswerte, verglichen mit Erträgen von 146 Mio € im Vergleichszeitraum des Vorjahres, in denen ein Gewinn von 195 Mio € aus dem Verkauf von Maher Prince Rupert enthalten war.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich um 17 Mio € im Berichtsquartal. Dieser Anstieg ist überwiegend auf nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen gingen um 97 Mio € beziehungsweise 23 % auf 330 Mio € zurück. Die Kosten ohne Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten sanken gegenüber dem Vorjahr um 41 %, was auf die Auswirkungen aus dem Verkauf von Vermögenswerten und einer teilweisen Aufhebung einer früheren Abschreibung in Bezug auf bestimmte Vermögenswerte zurückzuführen war.

Der Verlust vor Steuern erhöhte sich um 346 Mio € auf 538 Mio €. Dieser Anstieg gegenüber dem Vergleichsquartal 2015 resultierte im Wesentlichen aus den oben erwähnten Auswirkungen im Zusammenhang mit dem Risikoabbau.

Neunmonatsvergleich 2016 versus 2015

In den ersten neun Monaten im Jahr 2016 hat die NCOU ihre Strategie zum Risikoabbau mit besonderem Fokus auf die Abwicklung komplexer Engagements und langfristiger Derivate fortgesetzt. Der Risikoabbau hatte einen positiven Kapitaleffekt, der Verlust vor Steuern war jedoch durch die gezielte Beschleunigung des Risikoabbaus beeinflusst.

Die Erträge in der NCOU in den ersten neun Monaten im Jahr 2016 waren um 1,4 Mrd € niedriger, primär verursacht durch Verluste beim Risikoabbau im Berichtszeitraum in Höhe von 861 Mio €. Darin sind Verluste in Verbindung mit der Auflösung eines langfristigen Derivats enthalten. Diese Verluste wurden durch einen Gewinn in Höhe von 255 Mio € aus dem Börsengang von Red Rock Resorts teilweise kompensiert. Der Vergleichszeitraum 2015 beinhaltet einen Zahlungseingang in Höhe von 219 Mio € im Zusammenhang mit einer Rechtsstreitigkeit sowie einen Gewinn von 195 Mio € aus dem Verkauf von Maher Prince Rupert. Außerdem wurden die geringeren Portfolioerträge nach dem Verkauf von Beteiligungen teilweise durch Bewertungs- und Marktwertanpassungen kompensiert.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stieg um 62 Mio € auf 96 Mio €. Diese Zunahme war vorwiegend auf eine höhere Risikovorsorge für nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte in den europäischen Hypothekenportfolios zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen gingen um 1,1 Mrd € (51 %) auf 1,1 Mrd € zurück. Dieser Rückgang war im Wesentlichen durch niedrigere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten in Höhe von 917 Mio € bedingt. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen ohne Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten waren im Jahresvergleich um 23 % niedriger, was auf den anhaltenden Risikoabbau und die teilweise Aufhebung einer früheren Abschreibung in Bezug auf bestimmte Vermögenswerte zurückzuführen ist. Das vorherige Jahr beinhaltet den Verkauf von Maher Prince Rupert.

Der Verlust vor Steuern erhöhte sich infolge der Auswirkungen aus dem Risikoabbau um 323 Mio € auf 1,7 Mrd €, was durch niedrigere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten im Berichtszeitraum teilweise ausgeglichen wurde.

Consolidation & Adjustments (C&A)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	3. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %	Jan. – Sep.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2016	2015			2016	2015		
Erträge insgesamt	-209	-158	-51	32	-132	115	-247	N/A
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2	-1	3	N/A	1	0	1	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	895	1.013	-118	-12	2.897	3.067	-171	-6
Sachaufwand	-869	-926	57	-6	-2.867	-2.665	-201	8
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	0	-1	1	N/A	-0	-1	1	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	26	86	-60	-70	30	401	-371	-93
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-22	12	-34	N/A	-47	-26	-21	78
Ergebnis vor Steuern	-215	-255	40	-16	-116	-260	144	-56

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

C&A verzeichnete im dritten Quartal 2016 einen Verlust vor Steuern von 215 Mio € gegenüber einem Verlust von 255 Mio € im Vergleichsquarter des Vorjahres. Ursächlich hierfür sind ein negativer einmaliger Effekt in Höhe von 69 Mio € in Verbindung mit dem Squeeze-out der Postbank-Minderheitsaktionäre und Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten von 20 Mio € im Vorjahresquarter. Diese positiven Effekte wurden teilweise ausgeglichen durch ein negatives Ergebnis der refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassung (Funding Valuation Adjustment – FVA) in einer Gesamthöhe von 20 Mio €, verglichen mit positiven 31 Mio € im Vorjahresquarter. Die Verluste aus Bewertungs- und Terminierungsdifferenzen betragen 153 Mio €, nach 147 Mio € im Vorjahresquarter.

Neunmonatsvergleich 2016 versus 2015

C&A verzeichnete in den ersten neun Monaten 2016 einen Verlust vor Steuern von 116 Mio € gegenüber einem negativen Ergebnis von 260 Mio € in den ersten neun Monaten des Vorjahres. Dies ist auf einen Gewinn von 90 Mio € im Zusammenhang mit Bewertungs- und Terminierungsdifferenzen zurückzuführen, der in den ersten neun Monaten 2015 noch 21 Mio € betrug. Ursächlich für den Gewinn in den ersten neun Monaten waren eine Erweiterung des EUR/USD-Basispreads sowie höhere Risikoaufschläge für eigene Verbindlichkeiten. Des Weiteren ist die Verbesserung in den ersten neun Monaten auf eine negative refinanzierungsbezogene Bewertungsanpassung (Funding Valuation Adjustment – FVA) bei internen unbesicherten Derivaten in Höhe von 40 Mio €, nach negativen 77 Mio € im Vorjahr zurückzuführen. Des Weiteren profitierten die ersten neun Monate von einem positiven Effekt aus einer Versicherungsleistung in Höhe von 73 Mio € aus dem Abschluss des Kirch-Vergleichs. Außerdem sind in den Zahlen für die ersten neun Monate 2016 Ausgaben in Höhe von 105 Mio € im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Entkonsolidierung der Postbank enthalten im Vergleich zu 172 Mio € im Vorjahreszeitraum. Diese positiven Effekte wurden teilweise durch einen negativen Effekt aus dem Wechselkursbedingten Aufwand in Höhe von 133 Mio € – gegenüber 47 Mio € im Vorjahr – im Zusammenhang mit der Emission von zusätzlichem Kernkapital in britischen Pfund aufgehoben.

Vermögenslage

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	30.9.2016	31.12.2015	Absolute Veränderung	Veränderung in %
Barreserven und Zentralbankeinlagen	108.250	96.940	11.310	12
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	10.608	12.842	-2.234	-17
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	51.424	56.013	-4.589	-8
Handelsaktiva	176.456	196.035	-19.579	-10
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	542.205	515.594	26.611	5
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	116.518	109.253	7.265	7
Davon:				
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	65.507	51.073	14.434	28
Forderungen aus Wertpapierleihen	19.072	21.489	-2.417	-11
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	422.979	427.749	-4.770	-1
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere	3.215	0	3.215	N/A
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	139.946	94.939	45.006	47
Übrige Aktiva	117.350	119.765	-2.415	-2
Summe der Aktiva	1.688.951	1.629.130	59.821	4
Einlagen	540.609	566.974	-26.365	-5
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	23.056	13.073	9.983	76
Handelspassiva	61.785	52.304	9.481	18
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	524.113	494.076	30.037	6
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	54.967	44.852	10.115	23
Davon:				
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	43.499	31.637	11.862	37
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	1.029	554	474	86
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	22.352	28.010	-5.658	-20
Langfristige Verbindlichkeiten	162.277	160.016	2.261	1
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	167.285	134.637	32.648	24
Übrige Passiva	65.779	67.563	-1.784	-3
Summe der Verbindlichkeiten	1.622.224	1.561.506	60.718	4
Eigenkapital insgesamt	66.727	67.624	-897	-1

N/A – Nicht aussagekräftig

Entwicklung der Aktiva

Zum 30. September 2016 erhöhte sich unsere Bilanzsumme im Vergleich zum Jahresende 2015 um 59,8 Mrd € (oder 4 %).

Haupttreiber dieser Erhöhung war die Zunahme der Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung um 45,0 Mrd € infolge des üblicherweise zu verzeichnenden saisonalen Musters von niedrigeren Beständen zum Jahresende gegenüber höheren Volumina im Jahresverlauf sowie durch erhöhte Sicherheitsleistungen, die mit dem Anstieg der negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten einhergingen.

Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten erhöhten sich um 26,6 Mrd €, was auf Zins- und Währungsschwankungen als Folge der Verringerung der Swap Spreads zurückzuführen war.

Barreserven und Zentralbankeinlagen zusammen mit Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken) erhöhten sich um 9,1 Mrd € aufgrund unserer Liquiditätsmanagement-Aktivitäten, die auch eine Umwidmung von liquiden Wertpapieren in Zentralbankguthaben umfassten.

Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) sowie Wertpapierleihen, sowohl auf Basis fortgeführter Anschaffungskosten als auch zum beizulegenden Zeitwert bewertet, sind zusammen um 7,4 Mrd € angestiegen, überwiegend getrieben durch Geldleihe vor dem Hintergrund niedriger Handelsbestände, die zur Stellung von Sicherheiten verfügbar sind, sowie einer Erhöhung der Short-Positionen von Kunden.

Diese Anstiege wurden teilweise durch einen Rückgang der Handelsaktiva um 19,6 Mrd € ausgeglichen, hauptsächlich getrieben durch nicht festverzinsliche Wertpapiere aufgrund einer geringeren Kundennachfrage und fallender Märkte sowie infolge des Risikoabbaus unseres Handelsbuches in unserer Non-Core Operations Unit.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft gingen um 4,8 Mrd € zurück, hauptsächlich aufgrund des gesteuerten Abbaus in unserer Non-Core Operations Unit.

Beginnend in 2016 haben wir bestimmte Anlagen in Wertpapieren als Teil unserer strategischen Liquiditätsreserve von der Position „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ in die Position „Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere“ umgewidmet. Die per 30. Juni 2016 berichteten 3,2 Mrd € in der Position „Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere“ entsprechen dem Rückgang über den gleichen Betrag in der Position „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ (in den Übrigen Aktiva enthalten).

Der Gesamtanstieg der Bilanz beinhaltet einen Rückgang in Höhe von 27,0 Mrd € aufgrund von Wechselkursveränderungen, überwiegend aufgrund der Aufwertung des Euro gegenüber dem Pfund Sterling sowie dem US-Dollar. Diese durch Wechselkursveränderungen bedingten Effekte sind auch in den Veränderungen pro Bilanzposition enthalten, die in diesem Abschnitt diskutiert werden.

Entwicklung der Verbindlichkeiten

Zum 30. September 2016 erhöhte sich die Summe der Verbindlichkeiten um 60,7 Mrd € (oder 4 %) gegenüber dem Jahresende 2015.

Diese Erhöhung wurde hauptsächlich von Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung sowie negativen Marktwerten aus derivativen Finanzinstrumenten getrieben, welche um 32,6 Mrd € bzw. 30,0 Mrd € angestiegen sind; diese Bewegungen waren überwiegend auf die gleichen Ursachen zurückzuführen, die für positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten bzw. für Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung bereits oben beschrieben wurden.

Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankguthaben, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen, sowohl auf Basis fortgeführter Anschaffungskosten als auch zum beizulegenden Zeitwert bewertet, sind insgesamt um 22,3 Mrd € gestiegen, überwiegend aufgrund gestiegener besicherter Finanzierung unserer liquiden Handelsbestände sowie höherer Kundennachfrage.

Die Erhöhung der Handelspassiva um 9,5 Mrd € entfiel hauptsächlich auf Neugeschäft und Hedging-Aktivitäten, verbunden mit geringeren Aufrechnungsmöglichkeiten aufgrund von verringerten Kundenpositionen.

Einlagen verringerten sich im Berichtszeitraum um 26,4 Mrd €, teilweise beeinflusst durch die negative Wahrnehmung der Marktteilnehmer gegenüber der Deutschen Bank in den letzten Wochen des dritten Quartals.

Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen gingen um 5,7 Mrd € zurück, überwiegend aus einer Reduktion unserer Commercial Paper-Bestände in der Berichtsperiode, die durch andere Finanzierungsquellen ersetzt wurden, sowie aufgrund von Risikoabbau-Maßnahmen.

Ähnlich wie für die Aktivseite spiegelt die Gesamterhöhung der Verbindlichkeiten ebenfalls den Effekt aus Wechselkursveränderungen während der Berichtsperiode wider.

Liquidität

Die Liquiditätsreserven beliefen sich zum 30. September 2016 auf 200 Mrd € (im Vergleich zu 215 Mrd € zum 31. Dezember 2015), woraus im internen Stressszenario zum 30. September 2016 ein positives Ergebnis resultierte (in einem kombinierten Szenario), und unsere Mindestliquiditätsquote zum 30. September 2016 war 122 % (im Vergleich zu 119 % zum 31. Dezember 2015).

Eigenkapital

Das Eigenkapital hat sich zwischen dem 31. Dezember 2015 und dem 30. September 2016 insgesamt um 897 Mio € reduziert. Diese Verminderung resultierte hauptsächlich aus folgenden Effekten: negativen Wechselkursveränderungen in Höhe von 1,1 Mrd € (vor allem US-Dollar), der Kuponzahlung für Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile von 276 Mio € nach Steuern sowie Neubewertungsverlusten in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen von 533 Mio €. Teilweise gegenläufig zu dieser negativen Entwicklung waren unrealisierte Gewinne (per Saldo) aus der Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in Höhe von 427 Mio € sowie der den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbare Konzerngewinn von 488 Mio €.

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Unser Hartes Kernkapital gemäß CRR/CRD 4-Übergangsregeln verringerte sich in den ersten neun Monaten 2016 um 4,0 Mrd € auf 48,5 Mrd €. Die RWA gemäß CRR/CRD 4 betragen per 30. September 2016 385,3 Mrd €, verglichen mit 397,4 Mrd € zum Jahresende 2015. Der Rückgang im CRR/CRD 4-Kernkapital und der Rückgang in den RWA führten zu einer CRR/CRD 4-Kernkapitalquote von 12,6 % per 30. September 2016, verglichen mit 13,2 % zum Jahresende 2015.

Unser CRR/CRD 4-Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 42,9 Mrd € zum 30. September 2016 und lag damit um 1,2 Mrd € unter den 44,1 Mrd € per 31. Dezember 2015. Die risikogewichteten Aktiva gemäß CRR/CRD 4 in der Vollumsetzung beliefen sich auf 384,7 Mrd € zum 30. September 2016, verglichen mit 396,7 Mrd € zum Jahresende 2015. Aufgrund des verringerten Harten Kernkapitals und der verringerten Risikoaktiva blieb unsere Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 -Vollumsetzung zum 30. September 2016 unverändert bei 11,1 %, wie auch zum Jahresende 2015.

Weitere Einzelheiten zur Entwicklung des Aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals und der RWA stehen im Risikoberichtsteil dieses Berichtes im Abschnitt „Aufsichtsrechtliches Eigenkapital“.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

Zum 30. September 2016 beliefen sich die Buchwerte umgewidmeter Vermögenswerte auf 1,4 Mrd € (31. Dezember 2015: 4,4 Mrd €). Der beizulegende Zeitwert dieser Vermögenswerte betrug 1,2 Mrd € per 30. September 2016 (31. Dezember 2015: 4,3 Mrd €). Diese Vermögenswerte werden vom Unternehmensbereich NCOU gehalten.

Für zusätzliche Informationen bezüglich dieser Vermögenswerte und zu den Auswirkungen ihrer Umwidmung wird auf die Anhangangabe „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“ verwiesen.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Wir unterhalten Geschäftsbeziehungen zu einigen Unternehmen, an denen wir bedeutenden Anteilsbesitz halten. Zudem haben wir Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe von Unternehmen, bei denen Mitglieder unseres Vorstands Mandate in Aufsichtsräten oder Non-Executive Boards wahrnehmen. Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehungen zu diesen Unternehmen erbringen wir diverse Finanzdienstleistungen, die wir üblicherweise unseren Kunden anbieten. Weitere Informationen sind in den „Sonstigen Finanzinformationen“ dieses Berichts enthalten.

Vorstand und Aufsichtsrat

Am 28. Juli 2016 wurden Kimberly Hammonds und Werner Steinmüller mit Wirkung vom 1. August 2016 bis zum 31. Juli 2019 und Nicolas Moreau mit Wirkung vom 1. Oktober 2016 bis zum 30. September 2019 vom Aufsichtsrat zu Mitgliedern des Vorstands der Deutsche Bank AG bestellt.

Kimberly Hammonds ist als Chief Operating Officer verantwortlich für Technologie und Operations, für die Informationssicherheit, das Datenmanagement, die digitale Transformation und Corporate Services.

Werner Steinmüller ist als Chief Executive Officer Asia Pacific verantwortlich für die Region Asien/Pazifik.

Nicolas Moreau verantwortet den Bereich Vermögensverwaltung (Asset Management). Er ist der Nachfolger von Quintin Price, der sein Amt im Juni 2016 aus gesundheitlichen Gründen niederlegen musste.

Jan Duscheck ist neues Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG. Er ist gerichtlich mit Wirkung vom 2. August 2016 als Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat der Deutsche Bank AG bestellt worden und folgt auf Rudolf Stockem, der aus gesundheitlichen Gründen sein Amt zum 31. Juli 2016 niedergelegt hat.

Prof. Dr. Stefan Simon ist als neues Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG mit Wirkung vom 23. August 2016 gerichtlich bestellt worden.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Informationen hierzu sind in den „Sonstigen Finanzinformationen“ dieses Berichts enthalten.

Strategie

In unserem Geschäftsbericht 2015 haben wir Details unserer neuen „Strategie 2020“ bekannt gegeben, die das Ziel verfolgt, unser gesamtes Produkt- und Serviceangebot stärker zu fokussieren, um eine weniger komplexe und effizientere Bank mit verringerten Risiken und einer gestärkten Kapitalbasis zu werden.

Im Einzelnen haben wir uns vier Ziele gesetzt:

- erstens unsere Bank einfacher und effizienter zu machen,
- zweitens Risiken abzubauen,
- drittens unsere Kapitalposition zu stärken,
- viertens die Bank disziplinierter zu führen.

Diese vier Ziele sind mit klaren finanziellen Vorgaben unterlegt. Beginnend mit den wichtigsten aufsichtsrechtlichen Kennzahlen planen wir, unsere Kapitalposition durch eine Common Equity Tier-1-Kapitalquote von mindestens 12,5 % ab Ende 2018 und eine Verschuldungsquote von mindestens 4,5 % bis Ende 2018 und 5 % bis Ende 2020 zu stärken. Ferner möchten wir die bereinigten Kosten bis 2018 auf unter 22 Mrd € reduzieren und eine Aufwand-Ertrag-Relation von rund 70 % bis 2018 und rund 65 % bis 2020 erreichen. Bezüglich der Renditen für unsere Aktionäre beabsichtigen wir bis 2018 eine Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital, von mehr als 10 % zu erreichen.

Die Umsetzung der Strategie 2020 vor dem Hintergrund dieser vier Ziele kommt gut voran. Wir haben bereits Fortschritte in den Verhandlungen mit den Arbeitnehmervertretern in Deutschland verzeichnen können um die Bank einfacher, effizienter und risikoloser zu gestalten. Dabei wurde eine Einigung über den Abbau von ungefähr 4.000 Stellen in Deutschland getroffen. PW&CC hat bereits mit dem Stellenabbau begonnen und Vorbereitungen zur Schließung von Filialen in 2017 getroffen. Wir haben 29 größere rechtliche Einheiten in diesem Jahr geschlossen, mit einem Gesamtziel von insgesamt 90. Wir haben den Marktaustritt aus Dänemark, Norwegen sowie Finnland vollzogen und dem Verkauf unserer argentinischen Tochtergesellschaft an Banco Comafi S.A. zugestimmt. Überdies haben wir unsere Geschäftstätigkeit in Chile, Peru, Malta und Neuseeland eingestellt, wofür wir behördliche Zustimmung erhalten haben und uns in der Abwicklung befinden. Global Markets hat bereits 75 % seiner Ziele zur Länderoptimierungsstrategie in 2016 erreicht und liegt damit dem Zeitplan voraus. Auch die Restrukturierung unserer Präsenz in Russland und Brasilien haben wir beschleunigt. Weitere Vereinfachung wurde durch Veräußerungen erzielt: WM hat erfolgreich den Verkauf des US Private Client Services (PCS) an Raymond James abgeschlossen. Zudem haben wir kürzlich den Verkauf von Abbey Life Assurance an Phoenix Life Holdings vereinbart.

Als Teil unserer Konzentration auf eine bessere Kapitalausstattung hat GM die Umgestaltung des Bereichs Securitised Trading dem Zeitplan der Strategie 2020 voraus abgeschlossen und den Verschuldungsgrad in Positionen von mit Hypotheken besicherten Wertpapieren (Agency RMBS) gesenkt. Dies entspricht einer Reduzierung der Bilanz von 90 %. Darüber hinaus wurde der Abbau der NCOU im dritten Quartal 2016 fortgeführt, mit einer wesentlichen Verringerung der risikogewichteten Aktiva von ca. 10 Mrd €, der CRD 4 - Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote von ca. 5 Mrd € und IFRS - Vermögensgegenständen von ca. 5 Mrd €.

Zuletzt haben wir unsere Ausführung durch eine Neuausrichtung der regionalen Führungsstrukturen verbessert, zu der auch die Ernennung von Werner Steinmüller als Leiter der Region Asien-Pazifik und von Nicolas Moreau als Leiter des Asset Managements gehören. Werner und Nicolas wurden beide auch in den Vorstand berufen.

Ausblick

Der folgende Abschnitt sollte in Verbindung mit dem Ausblick im Lagebericht des Geschäftsberichts für das Jahr 2015 gelesen werden.

Die Weltwirtschaft

Im Jahr 2016 dürfte sich das Wachstum der Weltwirtschaft mit 3,0 % mehr oder weniger seitwärts bewegen und damit das fünfte Jahr in Folge unter der Trendwachstumsrate liegen. Die globale Inflationsrate dürfte sich auf 4,2 % beschleunigen, was hauptsächlich darauf zurückgeht, dass der dämpfende Effekt der Rohstoffpreise auf die Gesamtinflation im Vergleich zum Vorjahr geringer ausfallen dürfte. Für die Industrieländer rechnen wir mit einer Wachstumsverlangsamung auf 1,4 % und einem Anstieg der Verbraucherpreise um 0,7 %. Dagegen erwarten wir in den Schwellenländern ein leicht höheres Wachstum von 4,2 %. Die dortige Inflationsrate dürfte bei 6,7 % liegen.

Das BIP der Eurozone dürfte dank des niedrigen Ölpreises, der langsamen Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt sowie der gestiegenen flüchtlingsbezogenen Staatsausgaben im Jahr 2016 um 1,6 % steigen. Unterstützt wird die Konjunktur der Eurozone zudem voraussichtlich weiter durch die expansiv ausgerichtete Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Dämpfend wirken jedoch geopolitische Risiken, das Stocken der Strukturreformen und das hohe Niveau der privaten und öffentlichen Verschuldung sowie der festere Euro. Die erwartete schwächere Nachfrage und Unsicherheit nach dem Referendum in Großbritannien, in dem sich die knappe Mehrheit für einen Austritt aus der Europäischen Union entschied, dämpfen ebenfalls das europäische Wachstum. Die Verbraucherpreise in der Eurozone dürften um 0,2 % steigen. Die deutsche Wirtschaft dürfte im Jahr 2016, allein binnenwirtschaftlich getrieben, um 1,9 % wachsen.

Für die USA erwarten wir im Jahr 2016 ein Wachstum von 1,3 %. Während das externe Umfeld infolge der Stärke des US-Dollar, der verhaltenen globalen Nachfrage zusammen mit den negativen Effekten des niedrigen Ölpreises auf den Energiesektor und der noch nicht vollzogene Lagerabbau dämpfen, sorgen die solide Arbeitsmarktentwicklung und der Häusermarkt für positive Impulse. Die Verbraucherpreise steigen wahrscheinlich um 1,3 %. Die Geldpolitik der Federal Reserve dürfte insgesamt weiter die US-Konjunktur unterstützen. Wir rechnen mit einer Erhöhung des Leitzinses auf 0,6 % zum Jahresende 2016.

Die japanische Wirtschaft dürfte im Jahr 2016 binnenwirtschaftlich getrieben um 0,6 % wachsen. Die Geldpolitik könnte noch expansiver ausgerichtet werden. Das Preisniveau für Konsumgüter dürfte leicht fallen. Das Wachstum in den Schwellenländern insgesamt wird im Jahr 2016 wahrscheinlich in etwa dem des Vorjahres entsprechen. Das Wachstum in Asien (ohne Japan) dürfte sich mit 6,0 % leicht abkühlen und die Inflation bei 2,6 % liegen. Chinas Wirtschaft dürfte im Jahr 2016 zum Großteil durch die Abkühlung des Industriesektors und insbesondere der privaten Investitionen nur noch um 6,6 % zulegen und eine Inflationsrate von 1,9 % erreichen. Die Ausrichtung der Geldpolitik dürfte im Jahr 2016 nicht noch expansiver ausgerichtet werden.

Zahlreiche Risiken erhöhen derzeit die Unsicherheit unserer globalen Prognose über das übliche Maß hinaus. Der Ausblick für die US-Geldpolitik und der Ausgang der US-Wahlen im November sind sehr unsicher. Zudem könnte es zu einer Eskalation geopolitischer Risiken kommen, insbesondere der Konflikte im Nahen Osten. Ebenfalls könnte eine harte Landung Chinas infolge des Platzens der Immobilienblase globale Verwerfungen nach sich ziehen. In Europa könnten die politischen und wirtschaftlichen Kosten des Referendums im Vereinigten Königreich höher als erwartet ausfallen. Zudem könnten eine aufflammende Diskussion über den weiteren Kurs der Geldpolitik und die Zukunft der Eurozone, eine ausbleibende Konsolidierung im öffentlichen oder privaten Sektor, ein Stoppen bei der Implementierung von Strukturreformen oder aber eine gestiegene Zustimmung für populistische Parteien erhebliches Störpotenzial für unsere Prognosen entfalten. Regionale Unabhängigkeitsbestrebungen und weiter schwierige Verhandlungen mit Griechenland stellen weitere Risiken dar. Außerdem könnte die Flüchtlingskrise die politische Uneinigkeit in der Europäischen Union erneut aufflammen lassen.

Die Bankenbranche

Der globale Bankensektor muss nach der Brexit-Entscheidung in Großbritannien in den nächsten Monaten weiter mit einer erhöhten Volatilität der Aktien- und Kreditmärkte rechnen, wobei die britische Regierung den EU-Austritt spätestens Ende des ersten Quartals 2017 offiziell beantragen will. Weitere politische Risiken in Europa bestehen vor dem Hintergrund anstehender wichtiger nationaler Wahlen vor allem in Form einer weiteren Fragmentierung mit zunehmend europakritischen Positionen und der Flüchtlingskrise. Darüber hinaus existieren ökonomische Risikofaktoren insbesondere in einer stärker als erwarteten konjunkturellen Abkühlung in China, in möglichen Turbulenzen am Markt für Unternehmensanleihen in den Schwellenländern sowie im Hochzins-Segment in den USA.

Im Euroraum wird das anhaltende Niedrigzinsniveau den Druck auf die Profitabilität der Banken weiter erhöhen. Diese Entwicklung wird durch zusätzliche Faktoren wie die hohe Wettbewerbsintensität innerhalb des Sektors und das Auftreten neuer Wettbewerber verstärkt. Der TLTRO-II-Rahmen sollte den europäischen Banken Anreize bieten, mehr Kredite an den privaten Sektor zu vergeben, auch wenn sich dies nach Beginn des neuen Programms noch nicht in den tatsächlichen Zahlen niedergeschlagen hat. Auf der Passivseite wird das Einlagenwachstum voraussichtlich weiter anhalten. Aufgrund des Niedrigzinsumfelds sollte sich der Trend eines abnehmenden Anteils mittel- bis langfristiger Einlagen fortsetzen.

In Deutschland dürfte das im Vergleich zum Euroraum stärkere Kreditwachstum anhalten. Die strenge Umsetzung der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie könnte mittelfristig jedoch zu einer leichten Dämpfung des Hypothekengeschäfts in Deutschland führen, insbesondere für den Fall, dass die Zinsen in diesem Segment nicht weiter fallen sollten.

In den USA sollten die Banken von der weiter moderaten Konjunktorentwicklung und den geringen Arbeitslosenzahlen profitieren. Die Konsumentenkreditvergabe wird wahrscheinlich weiter mit hohen einstelligen Raten wachsen, während auf der Unternehmensseite ein stärkerer US-Dollar und eine verhaltenere globale Nachfrage dazu führen könnten, dass die Dynamik in diesem Segment etwas zurückgeht. Infolge zu erwartender weiterer Leitzinserhöhungen der Federal Reserve ist davon auszugehen, dass sich die Ertragskraft der US-amerikanischen Banken durch steigende Zinsmargen verbessert.

In Japan dürfte sich die Konjunktur in den nächsten zwölf Monaten weiter erholen, wovon auch das Kreditwachstum profitieren sollte. In China könnte die auf hohem Niveau liegende Kreditvergabe etwas gedämpft werden, insbesondere aufgrund einer leichten konjunkturellen Verlangsamung. Die mögliche Übertreibung am Immobilienmarkt in den chinesischen Großstädten stellt mittelfristig ein weiteres Abwärtsrisiko dar.

Mit Blick auf wesentliche Themen der Finanzmarktregulierung können Banken in den nächsten Monaten finale Regelungen der neuen Eigenkapitalanforderungen erwarten. Der Baseler Ausschuss wird den überarbeiteten Standardansatz finalisieren (was zu einem Anstieg der risikogewichteten Aktiva führen dürfte), die Leverage Ratio-Anforderungen für global systemrelevante Banken festlegen und einen Vorschlag zur Eigenkapitalunterlegung von Risikopositionen gegenüber Staaten vorlegen. Zudem wird das Financial Stability Board (FSB) Vorschläge zur Abwicklung von zentralen Clearing-Gegenparteien unterbreiten. Im Euroraum wird das Single Resolution Board (SRB) festlegen, wie viel Eigen- und bail-in-fähiges Fremdkapital große Banken für den Abwicklungsfall vorhalten müssen (MREL, „Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities“).

Der Deutsche Bank-Konzern

Im Oktober 2015 haben wir die Details unserer Strategie 2020 veröffentlicht. Seitdem haben wir wichtige Fortschritte bei dem umfassenden Umbau der Bank gemacht. Wir werden weiter daran arbeiten, Risiken durch den Abbau von Bilanzpositionen zu reduzieren und unsere Prozesse und Strukturen zu vereinfachen. Um die Ziele der Strategie 2020 zu unterstreichen, haben wir verschiedene Finanzziele definiert. Die wichtigsten Finanzkennzahlen des Konzerns werden in der folgenden Tabelle dargestellt.

Finanzkennzahlen

Konzernfinanzkennzahlen	30.9.2016	Ziel für 2018	Ziel für 2020
Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) ¹	11,1 % ²	Mindestens 12,5 %	Mindestens 12,5 %
Verschuldungsquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) ³	3,5 %	Mindestens 4,5 %	Mindestens 5,0 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital ⁴	1,2 %	Größer als 10,0 %	Größer als 10,0 %
Bereinigte zinsunabhängige Aufwendungen ⁵	18,6 Mrd €	Weniger als 22 Mrd € pro Jahr	Weniger als 22 Mrd € pro Jahr
Aufwand-Ertrag-Relation ⁶	89,1 %	~ 70,0 %	~ 65,0 %
Risikogewichtete Aktiva ⁷	385 Mrd €	320 Mrd €	310 Mrd €

¹ Die Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) entspricht unserer Kalkulation der Harten Kernkapitalquote ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen der CRR/CRD 4. Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.

² Im Einklang mit der Entscheidung des Vorstands, keine Dividende auf Stammaktien für das Geschäftsjahr 2016 vorzuschlagen.

³ Weitere Informationen zur Berechnung der Verschuldungsquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) sind im Risikobericht zu finden.

⁴ Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis nach Steuern. Die Berechnung basiert auf einer effektiven Steuerquote von 67 % zum 30. September 2016. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ enthalten.

⁵ Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt ohne Restrukturierungs- und Abfindungskosten, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts und der sonstigen immateriellen Vermögenswerte sowie Aufwendungen im Versicherungsgeschäft. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ enthalten.

⁶ Prozentualer Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikoversorge im Kreditgeschäft zuzüglich der Zinsunabhängigen Erträge.

⁷ Ohne Berücksichtigung des erwarteten aufsichtsrechtlich bedingten Anstiegs.

In unserem strategischen Plan haben wir einen USD/EUR-Wechselkurs von 1,07 und einen GBP/EUR-Wechselkurs von 0,72 bei der Festlegung der Finanzkennzahlen für die Jahre 2018 und 2020 zugrunde gelegt.

Bis zum Ende des Jahres 2016 erwarten wir weitere Beeinträchtigungen unserer Erträge durch das Niedrigzinsumfeld, die schwierigen Marktbedingungen und die makroökonomischen Unsicherheiten. Des Weiteren wird die Implementierung der Maßnahmen der Strategie 2020 voraussichtlich unsere Erträge beeinträchtigen.

Von größerer Bedeutung für das Ergebnis unserer Geschäftstätigkeit und unsere finanzielle Lage werden kurz- bis mittelfristig die Rechtsstreitigkeiten und Vollstreckungen sein, denen wir ausgesetzt sind. Wir erwarten, dass diese Angelegenheiten und die potenziellen Kosten für deren Beilegungen weiterhin einen negativen Einfluss auf uns haben werden. Diskussionen mit dem Justizministerium der USA (U.S. Department of Justice, DoJ) bezüglich der potentiellen Beilegung von Zivilklagen zu Hypothekenkrediten und Verbriefungsaktivitäten, die zwischen 2005 und 2007 stattfanden, die das Ministerium in Erwägung zieht, begannen mit einer Eröffnungssumme von 14 Mrd US-\$. Wir waren und sind aktiv in die Vergleichsverhandlungen mit dem DOJ eingebunden. Diese Verhandlungen laufen noch und sind konstruktiv. Vor diesem Hintergrund sind jedoch negative Einschätzungen über unser Geschäft und unsere weiteren Perspektiven aufgetaucht. Wir haben im späten dritten Quartal bis in den Anfang des vierten Quartals 2016 hinein Rückgänge im Geschäftsvolumen sowie Abflüsse von Vermögenswerten in Teilen unseres Geschäftsbereiches Global Markets und unseres Geschäftsbereiches Wealth Management aufgrund vorgenannter Einschätzungen und vermehrt negativer öffentlicher Wahrnehmung verzeichnen müssen. Diese Rückgänge im Geschäftsvolumen sowie Abflüsse von Vermögenswerten haben seitdem bereits nachgelassen und sich teilweise umgekehrt. Wir sind zudem aktiv bemüht, andere größere Rechtsstreitigkeiten beizulegen. Das Ausmaß unserer finanziellen Verpflichtungen daraus könnte weiterhin materiell sein und die dafür gegenwärtigen zurückgestellten Beträge überschreiten.

Falls die oben beschriebenen Auswirkungen auf die direkten Kosten und die damit zusammenhängenden Auswirkungen auf unser Geschäft eintreten, könnte dies unsere Profitabilität nach beiden Rechnungslegungsstandards, IFRS und HGB, vermindern und demzufolge auch die Berechnung unserer ausschüttbaren Posten („available distributable items“, ADI) der Deutschen Bank AG beeinträchtigen, die unserer Zinszahlungskapazität für die AT1-Koupons zugrundeliegt. Dies könnte auch dazu führen, dass sich der Druck auf unser Kapital, unsere Liquidität und andere regulatorischen Kennzahlen weiter erhöht.

Unser Kapitalmanagement konzentriert sich nichtsdestotrotz auch künftig auf die Erreichung einer Harten Kernkapitalquote (CET1-Kapitalquote) bei CRR/CRD 4-Vollumsetzung von mindestens 12,5 %. Dieses Ziel unserer Strategie 2020 wollen wir bis zum Jahr 2018 erreichen. Für das Jahr 2016 planen wir mit einer nahezu unveränderten Harten Kernkapitalquote, so dass unsere Kapitalausstattung nach wie vor über den aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen liegen wird. Zusätzlich zu den Auswirkungen unserer Rechtsstreitigkeiten und Vollstreckungen erwarten wir, dass das Harte Kernkapital durch Aufwendungen für Restrukturierungsmaßnahmen und den Risikoabbau in der NCOU beeinflusst wird. Dabei gehen wir davon aus, dass ein wesentlicher Teil der Restrukturierungskosten bis zum Ende des Jahres 2016 angefallen sein wird.

Die risikogewichteten Aktiva dürften sich im Jahr 2016 hauptsächlich durch die geplante Beschleunigung des Risikoabbaus in der NCOU verringern, was zum Teil durch den Anstieg der risikogewichteten Aktiva für das operationelle Risiko kompensiert werden dürfte.

Zur Verbesserung der Kapitalausstattung und wie bereits angekündigt hat der Vorstand der Deutschen Bank dem Aufsichtsrat vorgeschlagen, einen Ausfall der Dividende für das Geschäftsjahr 2016 zu empfehlen. In unserer Ankündigung zur Strategie 2020 haben wir betont, dass wir mittelfristig die Ausschüttung einer marktgerechten Dividende anstreben.

Wir bleiben weiterhin entschlossen, gemäß der Strategie 2020 eine Verschuldungsquote bei CRR/CRD 4-Vollumsetzung von mindestens 4,5 % im Jahr 2018 und mindestens 5 % im Jahr 2020 zu erreichen. Obwohl wir an unserem aktiven CRD 4-Exposure Management festhalten, erwarten wir, dass die CRR/CRD 4-Verschuldungsquote im Jahr 2016 im Wesentlichen durch die Entwicklung des Kapitalangebots beeinflusst wird.

Die Umsetzung der Strategie 2020 ist bereits in vollem Gange. Anhaltende Belastungen durch Rechtsstreitigkeiten sowie ein kontinuierlicher Kostendruck durch Aufwendungen zur Umsetzung regulatorischer Anforderungen, Bankabgaben sowie rückläufige Ertragskapazitäten in einigen unserer Kerngeschäfte könnten im aktuell schwierigen Marktumfeld die zeitgerechte und vollständige Erreichung der Ziele unserer Strategie 2020 beeinträchtigen. Wir sind gleichwohl entschlossen, unsere angestrebte Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital, von 10 % nach vollständiger Implementierung der Strategie 2020 zu erreichen. Die Umsetzung der für das Jahr 2016 geplanten Maßnahmen werden zwar die Finanzkennzahlen in diesem Jahr belasten, jedoch entscheidend zur Erfüllung dieses Ziels beitragen. Insgesamt erwarten wir eine teilweise Verbesserung der Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital, im Jahr 2016.

Die Erzielung einer strukturell vertretbaren Kostenbasis zählt zu unseren obersten Prioritäten. Wir halten weiterhin an unserem im Rahmen der Strategie 2020 erklärten Ziel einer Aufwand-Ertrag-Relation von rund 70 % bis zum Jahr 2018 fest. Es wird jedoch einige Zeit dauern, bis unser Restrukturierungsprogramm vollständig in unserer Kostenbasis sichtbar sein wird. Wir werden laufend essentielle Investitionen in Technologie sowie Programme zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen tätigen und höhere Aufwendungen aus der Abschreibung von Software schultern müssen. Gleichzeitig beabsichtigen wir, auch weiterhin Effizienzen zu identifizieren und werden im Jahr 2016 von niedrigeren leistungsbezogenen Vergütungskosten profitieren. Daher erwarten wir für das Jahr 2016, dass unsere bereinigte Kostenbasis etwas niedriger als im Jahr 2015 ausfallen wird. Darüber hinaus wird unsere Gesamtkostenbasis auch im Jahr 2016 von Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und Restrukturierungsmaßnahmen belastet werden. Vor diesem Hintergrund dürfte sich unsere Aufwand-Ertrag-Relation im Geschäftsjahr 2016 verbessern, aber auf einem hohen Niveau bleiben, da infolge des Niedrigzinsumfelds, marktbedingter Unsicherheiten, den oben beschriebenen Wahrnehmung im Markt sowie strategischer Entscheidungen, inklusive der Optimierung der KYC-Prozesse und des Rückzugs aus Hochrisikoländern, mit Herausforderungen auf der Ertragsseite zu rechnen ist.

Nach der Entscheidung im Referendum in Großbritannien zum Verbleib in der Europäischen Union sind wir gegenwärtig nicht der Auffassung, dass auf kurze Sicht wesentliche Änderungen unserer derzeitigen Organisationsstruktur beziehungsweise unseres Geschäftsmodells in Großbritannien vorzunehmen sind. Als Bank mit einer Zentrale in Deutschland und einer starken Präsenz in Großbritannien glauben wir, dass wir gut auf die Konsequenzen des Austritts Großbritanniens aus der EU vorbereitet sind. Wir werden weiterhin sicherstellen, dass wir dort präsent sind, wo unsere Kunden ihre Geschäfte tätigen. Das gilt unabhängig vom Ergebnis der Verhandlungen.

Unsere Geschäftsbereiche

Die folgenden Abschnitte enthalten den Ausblick für unsere Geschäftsbereiche.

Für **Global Markets** (GM) erwarten wir potentielle makroökonomische Unsicherheit für das vierte Quartal 2016, insbesondere vor dem Hintergrund der Wahlen und einer möglichen Zinserhöhung in den USA. Dies könnte eine hohe Volatilität am Markt zur Folge haben und in einigen Bereichen die Kundenaktivität ansteigen lassen, in anderen Bereichen aber auch die Transaktionsvolumina verringern. Zusätzlich könnte die negative Wahrnehmung der Deutschen Bank am Markt weiterhin Gegenwind für GM darstellen. Nichtsdestotrotz erwarten wir für GM höhere Erträge im letzten Quartal 2016 im Vergleich zum Vorjahr. In der Zukunft werden weiterhin Herausforderungen zu meistern sein: regulatorische Änderungen, Druck auf Ressourcen, Optimierung der KYC-Prozesse und Kosten für Rechtsstreitigkeiten. Wir gehen davon aus, dass unsere Ausgaben im Zusammenhang mit der Einhaltung regulatorischer Anforderungen im vierten Quartal 2016 weiterhin auf hohem Niveau anfallen werden.

Für **Corporate & Investment Banking** (CIB) werden die schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch im weiteren Verlauf 2016 aufgrund negativer Zinssätze in unseren Hauptmärkten, der volatilen Konjunkturlage, anhaltender aufsichtsbehördlichen Anforderungen und geopolitischer Unsicherheit fortbestehen, was sich vermutlich langfristig auf die Provisionsaufkommen und das Erstemissionsgeschäft auswirken wird.

CIB legt den Schwerpunkt darauf, die Ressourcen effizient zu nutzen und die Kosten gering zu halten, um eine starke Basis für zukünftiges Wachstum zu schaffen. Dies wollen wir durch eine strikte Kapital-, Kosten- und Risikodisziplin erreichen, um die Widerstandsfähigkeit und Solidität unseres Geschäftsmodells zu erhöhen. Wir werden auch weiterhin in unsere Kontrollrahmenwerke, Prozesse und IT-Infrastruktur investieren. Hierzu zählt die anhaltende Fokussierung auf die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften, Know-Your-Customer-Verfahren und Weiterentwicklungen im Kundenannahmeprozess, Kontrollen und Verhaltensweisen sowie die Systemstabilität.

CIB wird sich auch weiterhin auf die Pflege strategischer Kundenbeziehungen mit dem Ziel konzentrieren, zu den Top-Drei-Banken unserer wichtigsten Firmenkunden zu zählen. Wir werden mit anderen Divisionen zusammenarbeiten, um einen effizienten Einsatz unserer Ressourcen sicherzustellen, indem wir Ressourcen hin zu rentableren Produkten und Kundenbeziehungen verlagern, bei gleichzeitiger Optimierung renditeschwacher und mit höherem Risiko behafteter Kunden sowie von Geschäften in Hochrisikoländern. Wie auch in vergangenen Jahren erwarten wir für das Corporate Finance Geschäft aufgrund saisonaler Effekte einen Ertragsrückgang im vierten Quartal 2016. Ebenso gehen wir für die Erträge im Global Transaction Banking aufgrund nachlassender Nachfrage und Zinsmargendruck von einen Rückgang im vierten Quartal gegenüber dem dritten Quartal 2016 aus.

In **Private, Wealth & Commercial Clients (PW&CC)** verfolgen wir das Ziel, eine führende, digital unterstützte Beratungsbank zu werden. Damit verbunden liegt ein Schwerpunkt auf Wachstum im Private Banking, im Commercial Banking und im Wealth Management. Im Geschäftsbereich **Private & Commercial Clients (PCC)** werden wir unser Vertriebsmodell dem veränderten Kundenverhalten anpassen. Durch ein optimiertes Filialnetzwerk mit modernisierten Filialen, dem Aufbau von Beratungszentren, durch mobilen Vertrieb und Vertriebs-Kooperationspartner, sowie einem führenden Angebot digitaler Lösungen wollen wir ein leistungsstarkes Omnikanal-Modell schaffen. Im Geschäftsbereich **Wealth Management (WM)** beabsichtigen wir, unsere europäische Präsenz zu stärken und die Beratung und den Service für sehr vermögende Privatkunden in Asien, Amerika und dem Nahen Osten auszubauen.

Der Abschluss der Verkaufstransaktion unserer Beteiligung an der **Hua Xia Bank Co. Ltd.** unterliegt den üblichen Vollzugsbedingungen und behördlichen Genehmigungen, einschließlich der von der chinesischen Bankenaufsichtsbehörde (**China Banking Regulatory Commission**). Der Antrag der **PICC Property and Casualty Company Limited** zur Genehmigung des Erwerbs der Beteiligung der Deutschen Bank an **Hua Xia** wurde von der **China Banking Regulatory Commission** im Juni 2016 formell angenommen, so dass der Genehmigungsprozess nun voraussichtlich im vierten Quartal 2016 abgeschlossen sein wird.

Für das verbleibende Geschäftsjahr 2016 bleiben wir in unserer Einschätzung bezüglich der Entwicklung von Nettomittelabflüssen und Ertragsdynamiken der Investmentprodukte in **WM** und **PCC** vorsichtig, da diese Geschäftsbereiche weiterhin vom Marktumfeld und Kundenverhalten beeinflusst bleiben werden. Zusätzlich erwarten wir für **PCC**, dass sich das niedrige Zinsniveau und die damit verbundenen geringeren Erträge aus dem Einlagengeschäft fortsetzen werden, während wir im Kreditgeschäft leicht ansteigende Erträge vor dem Hintergrund einer anhaltend hohen Nachfrage und dem selektiven Ausbau unseres Kreditportfolios erwarten. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft war in den ersten drei Quartalen 2016 auf niedrigem Niveau und profitierte zudem im ersten Quartal von ausgewählten Portfolio-Verkäufen, so dass wir für das verbleibende Jahr 2016 von etwas höheren Nettozuführungen ausgehen. Die mit der Strategie 2020 verbundenen Initiativen werden weiterhin zu höheren Investitionskosten und damit zu höheren zinsunabhängigen Aufwendungen im Jahr 2016 führen. Ferner könnten weitere aufsichtsrechtliche Anforderungen sowohl unsere Erträge als auch unsere Kostenbasis negativ beeinflussen.

Im Mittelpunkt des Ausblicks für **Deutsche Asset Management (Deutsche AM)** steht die Präsidentschaftswahl in den USA mit ihren Auswirkungen auf die Märkte. Je nachdem, wie das Ergebnis ausfällt, könnten die Märkte letztlich aber mehr durch andauernde geopolitische Ereignisse, etwa divergierende geldpolitische Maßnahmen, Schwankungen in der Ölproduktion oder Auswirkungen des Referendums in Großbritannien, beeinflusst werden. Weitere Marktschwankungen sind möglich. Während dieser für Investoren unsicheren Phase wird Deutsche AM weiter seine Aufgaben als vertrauenswürdiger Partner und Anbieter von Investmentlösungen für unsere Kunden wahrnehmen.

Wir sind optimistisch, dass die langfristigen Wachstumstrends unsere Kapazitäten im Bereich passiver und alternativer Investments sowie Multi-Asset-Lösungen begünstigen werden. Dennoch sind wir vor dem Hintergrund des volatilen Nettomittelaufkommens und der Marktschwankungen in den ersten neun Monaten des Jahres 2016 nach wie vor zurückhaltend, was den Vermögensanlagebereich und die Ertragserwartungen für das verbleibende Jahr 2016 angeht. Durch die schwierigen Anlagebedingungen hat sich der Druck auf die Branche erhöht, die bereits mit Herausforderungen wie geringen Margen sowie wachsendem Regulierungsaufwand und Wettbewerb konfrontiert ist. In Anbetracht dieser Herausforderungen werden wir die Disziplin bezüglich unserer Kostenbasis beibehalten. Wir werden die Investitionen in unsere Geschäftsplattform und das Kontrollumfeld fortsetzen, um damit für Stabilität, einen verbesserten Kundenservice und Effizienzsteigerung in unserem Geschäft zu sorgen.

Wir erwarten, dass die Erträge der **Postbank** (PB) im Vergleich zu 2015 stabil bleiben werden. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen, ohne die Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts im Geschäftsjahr 2015, dürften hingegen dank unserer Anstrengungen, die Effizienz weiter zu steigern, leicht abnehmen.

Wir planen, unser Kreditgeschäft weiterhin zu stärken, unsere Effizienz zu steigern und uns auf ein striktes Kostenmanagement zu konzentrieren. Für das vierte Quartal 2016 erwarten wir, dass die Nettoerträge aus dem Spar- und Girogeschäft, die Konsumentenkredite, das Baufinanzierungs- und Bauspargeschäft, die Postdienstleistungen sowie in der NCOU stabil bleiben werden. Vor dem Hintergrund unseres Ziels, die Profitabilität in Zukunft weiter zu erhöhen, wird das verbleibende Jahr 2016 durch zusätzliche Investitionen in unsere digitale Kapazitäten und Maßnahmen zur weiteren Effizienzsteigerung gekennzeichnet sein. Wir erwarten, dass sich das Niedrigzinsumfeld mit Negativzinsen in bestimmten Schlüsselmärkten sowie zunehmende regulatorische Anforderungen weiterhin nachteilig auf unsere Rentabilität auswirken werden.

Die **Non-Core Operations Unit** (NCOU) wird sich weiterhin auf die Reduzierung der Verschuldungsquote und der risikogewichteten Aktiva konzentrieren. Ziel ist es, die restlichen Positionen bis Ende Dezember 2016 im Wesentlichen so weit aufzulösen, dass die risikogewichteten Aktiva insgesamt unter 10 Mrd € liegen. Die Umsetzung verläuft nach Plan, und die Einstellung der NCOU wird voraussichtlich zum 31. Dezember 2016 wirksam. Die Herausforderungen im Marktumfeld insgesamt könnten sich dennoch auf die genaue Größe des verbleibenden Portfolios und die damit verbundenen Kosten für die Umsetzung der Strategie auswirken. Dennoch wird diese beschleunigte Abwicklung voraussichtlich positive Auswirkungen auf die Kapitalquoten des Konzerns für das vierte Quartal 2016 haben. Wir erwarten weiterhin, dass das Umfeld für Rechtsstreitigkeiten und Rechtsdurchsetzungen auch in absehbarer Zukunft schwierig bleiben wird.

Risiken und Chancen

Die Risiken und Chancen, deren Eintreten wir für wahrscheinlich halten, sind in unserem Ausblick berücksichtigt. Der folgende Abschnitt konzentriert sich auf solche zukünftigen Trends und Ereignisse, die gegenüber den im Ausblick reflektierten Erwartungen Verschlechterungen oder Verbesserungen darstellen könnten.

Das Erreichen unserer angestrebten Ziele wird durch verschiedene externe und interne Faktoren beeinflusst. Insbesondere die fristgerechte und vollständige Umsetzung unserer Strategie 2020 könnte durch die reduzierte Ertragskraft einiger unserer Kerngeschäftsfelder beeinträchtigt werden. Dazu tragen auch das gegenwärtig schwierige makroökonomische und Marktumfeld, die anhaltenden Herausforderungen aufsichtsrechtlicher Reformen und/oder die Auswirkungen der juristischen und aufsichtsrechtlichen Untersuchungen auf uns bei.

Wir unterliegen einer Anzahl von Rechtsstreitigkeiten und aufsichtsrechtlichen Untersuchungen, deren Ausgang schwer zu prognostizieren ist und die unser geplantes Geschäftsergebnis, unsere finanzielle Situation und unsere Reputation erheblich und nachteilig beeinflussen könnten. Solche Angelegenheiten schließen auch die Untersuchung des DOJ zu Hypothekenkrediten und Verbriefungsaktivitäten ein, für die wir im Moment Vergleichsgespräche mit dem DOJ führen. Wenn diese oder andere Angelegenheiten zu Bedingungen beigelegt werden, die schlechter ausfallen als von uns erwartet, sei es in Bezug auf ihre Kosten oder notwendige Veränderungen der Geschäftsstruktur oder sei es, dass die damit zusammenhängende negative Wahrnehmung bezüglich unseres Geschäftes, und der weiteren Aussichten weiter zunimmt mit entsprechendem Einfluss auf unsere Geschäftsaktivitäten, könnten wir möglicherweise unsere strategischen Ziele nicht erreichen oder wären gezwungen, diese anzupassen.

Sollten die direkten Aufwendungen und die Auswirkungen auf unser Geschäft wie oben und im Ausblick beschrieben signifikant größer sein, als wir gegenwärtig erwarten, könnte sich dies auf die Ermittlung unserer „ausschüttbaren Posten“ auswirken und damit unsere Fähigkeit beeinträchtigen, AT1- Kapitalinstrumente ganz oder teilweise zu bedienen. Falls das Ergebnis der Deutschen Bank im Jahresabschluss nach HGB nicht in ausreichendem Maße ausschüttbare Posten („available distributable items“, ADI) generiert, könnte dies die Fähigkeit der Deutschen Bank beeinträchtigen, AT1- Kupons zu bedienen. Dies könnte zu höheren Refinanzierungskosten führen und die Wahrnehmung der Deutschen Bank am Markt weiter beeinträchtigen, woraus sich potentiell negative Effekte auf unser Geschäftsergebnis und unsere Finanzlage ergeben könnten. Dies könnte auch dazu führen, dass sich der Druck auf unser Kapital, unsere Liquidität und andere regulatorischen Kennzahlen weiter erhöht.

Je nachdem, ob sich die makroökonomischen und Marktbedingungen schlechter oder besser entwickeln als in unserem Ausblick angenommen, könnte dies die Pläne für unsere Geschäftsaktivitäten und unser Geschäftsergebnis sowie unsere strategischen Pläne entweder in nachteiliger oder günstiger Weise beeinflussen.

Es ist schwer zu prognostizieren, welche makroökonomischen Auswirkungen die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, aus der Europäischen Union auszuschcheiden, insgesamt haben wird, da diese von der politischen Antwort Europas auf den Brexit abhängen werden. Generell erwarten wir eine längere Periode der Unsicherheit in Bezug auf den zukünftigen Status des Vereinigten Königreichs mit der Europäischen Union. Infolgedessen sind schwächere Investitionen und damit verbundenes langsames Wirtschaftswachstum für die Zeit der Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich zu erwarten. Demzufolge werden wir die Entwicklungen und ihre potenziellen Auswirkungen auf unser Geschäfts- und Betriebsmodell eingehend beobachten. Dies könnte möglicherweise dazu führen, dass Vermögenswerte abgeschrieben werden müssen.

Die Stimmung in Bezug auf den italienischen Bankensektor hat sich im zweiten Quartal verschlechtert, hervorgerufen durch Unsicherheiten hinsichtlich der Kapitalisierung, notleidende Kredite und erwartete Auswirkungen des Vorlegens der Ergebnisse des EU-weiten Stresstests am 29. Juli 2016. Diskussionen in der EU über ein potenzielles Bailout-Risiko verstärken die Anspannungen in einer Zeit, in der die Entscheidung des Vereinigten Königreichs die Europäische Union zu verlassen, die populistischen und separatistischen Stimmen innerhalb Europas erstarken lassen. Die bevorstehenden Wahlen in den USA sowie das Referendum in Italien über eine Senatsreform stellen ein mögliches zusätzliches Risiko für die politische Stabilität dar. Diese Entwicklungen könnten sich nachteilig auf unsere Geschäftstätigkeit, auf unser Geschäftsergebnis oder unsere strategischen Pläne auswirken.

Eine Verschlechterung unserer Bonitätseinstufung könnte sich auf unsere Finanzierungskosten und Geschäftsaktivitäten auswirken, wobei wir nicht prognostizieren können, ob und in welchem Umfang diese Auswirkung eintreten würde.

Die als Antwort auf die Schwächen in der Finanzbranche erlassenen oder vorgeschlagenen Reformen sowie die vermehrte aufsichtsrechtliche Überprüfung und größere Ermessensspielräume werden für uns mit materiellen Kosten und erheblicher Unsicherheit verbunden sein sowie nachteilige Folgen für unsere Geschäftspläne als auch für die Durchführung unserer strategischen Pläne haben. Darüber hinaus könnten die sich auf Abwicklungsfähigkeit und Abwicklungsmaßnahmen beziehenden Reformen sich auch auf unsere Anteilseigner und Gläubiger auswirken.

Obwohl wir in erheblichem Maße Ressourcen eingesetzt haben, um unsere Risikomanagementgrundsätze, -verfahren und -methoden für Markt-, Kredit, Liquiditäts- und operationelle Risiken weiterzuentwickeln, könnten diese nicht vollumfänglich wirksam sein, unsere Risiken zu mindern.

Risikobericht

Einführung

Der nachstehende Risikobericht enthält qualitative und quantitative Angaben zu Kredit-, Markt- und sonstigen Risiken auf Basis des International Financial Reporting Standard 7 (IFRS 7). Daraus resultiert, dass die Berichterstattung grundsätzlich auf den IFRS-Regeln für Bewertungen und Konsolidierung beruht. Jedoch sind für bestimmte aufsichtsrechtliche Veröffentlichungen die aufsichtsrechtlichen Regeln zur Konsolidierung relevant, die von denen für den Konzernabschluss abweichen.

CRR/CRD 4-Kapitalrahmenwerk

In der Europäischen Union wurde das neue Basel 3-Kapitalrahmenwerk durch die am 27. Juni 2013 veröffentlichte „Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation, „CRR“) und die am 27. Juni 2013 veröffentlichte „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Directive 4, „CRD 4“) eingeführt. Das neue aufsichtsrechtliche Rahmenwerk trat am 1. Januar 2014 unter Berücksichtigung von Übergangsregeln in Kraft. Insofern verwenden wir bei der Darstellung der Ergebnisse unter Berücksichtigung der Übergangsregeln die Bezeichnung „CRR/CRD 4“. Bei Darstellung der Ergebnisse auf Basis einer vollständigen Anwendung des finalen Rahmenwerks (und damit ohne Berücksichtigung der anwendbaren Übergangsregeln) verwenden wir den Begriff „CRR/CRD 4-Vollumsetzung“. In einigen Fällen bestehen trotz der CRR/CRD 4 unverändert Übergangsbestimmungen, die von den früheren Kapitaladäquanz-Rahmenwerken Basel 2 oder Basel 2.5 eingeführt worden waren.

Details zu unseren regulatorischen Risikopositionen sowie zu den anwendbaren Quoten werden im Folgenden dargestellt.

ICAAP/ILAAP und SREP

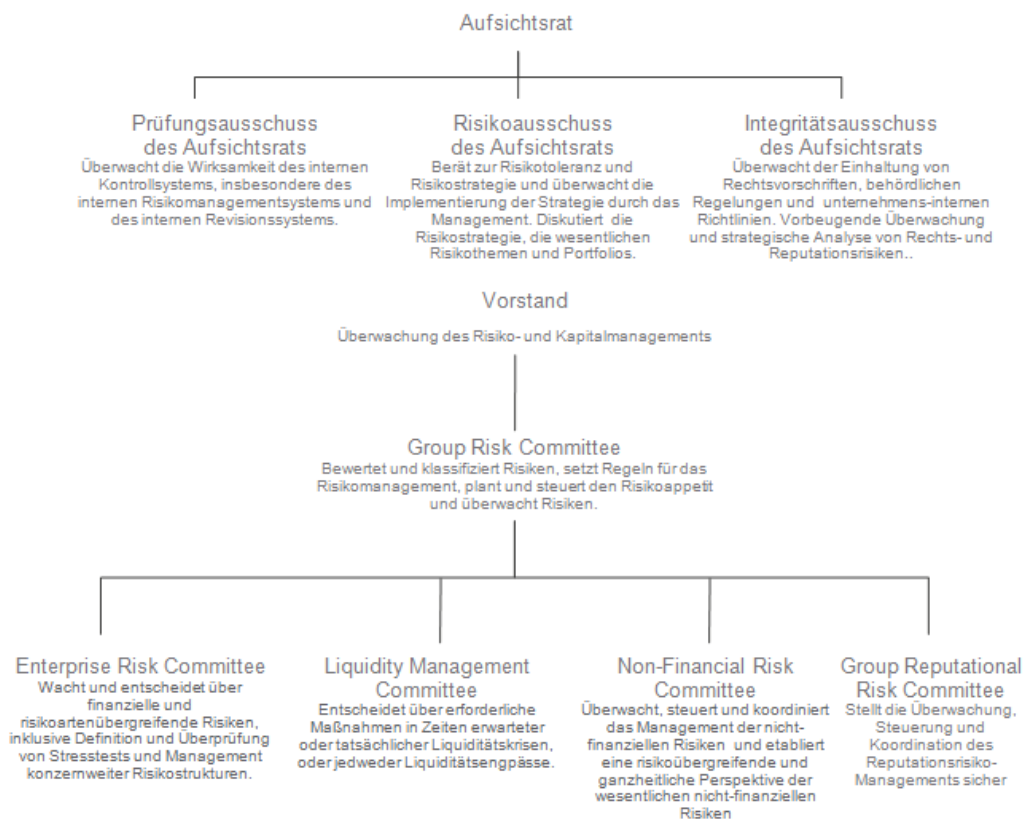
Die internen Prozesse zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit (Internal Capital Adequacy Assessment Process, auch ICAAP) im Sinne von Säule 2 des Baseler Rahmenwerks verlangen von Banken, ihre Risiken zu identifizieren und zu bewerten, ausreichend Kapital zur Abdeckung der Risiken vorzuhalten und geeignete Risikomanagement-Techniken anzuwenden, um eine angemessene Kapitalisierung permanent sicherzustellen. Ähnlich wie ICAAP konzentrieren sich die internen Verfahren zur Beurteilung der Angemessenheit der Liquidität (Internal Liquidity Adequacy Assessment Process-ILAAP) darauf, ein adäquates Liquiditätsrisikomanagement sicherzustellen. Der aufsichtsrechtliche Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) bezieht sich auf die einheitlichen Methoden und Standards, die von der Europäischen Zentralbank (EZB) in ihrer Rolle im Rahmen des einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) verwendet werden. In Übereinstimmung mit Artikel 97 der Eigenkapitalrichtlinie (CRD 4) überprüfen die Aufsichtsbehörden regelmäßig die von den Banken implementierten Verfahren, Strategien, Prozesse, Mechanismen und bewerten: (a) die Risiken, denen die Banken ausgesetzt sein könnten, (b) das Risiko der Bank für das Finanzsystem im Allgemeinen und (c) die von Stresstests offenlegten Risiken.

Risikomanagement-Rahmenwerk

Die Vielfältigkeit unseres Geschäftsmodells erfordert es, Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu messen, zu aggregieren und zu steuern sowie die verschiedenen Geschäftsbereiche mit Eigenkapital zu unterlegen. Risiken und Kapital werden mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen gesteuert, die eng an den Tätigkeiten der Unternehmens- und Geschäftsbereiche ausgerichtet sind. Weitere Details befinden sich im Abschnitt „Grundsätze des Risikomanagements und der Risikosteuerung“ und „Risikosteuerung“ in unserem Jahresbericht 2015.

Per April 2016 sind das Risk Executive Committee (Risk ExCo) und das Capital and Risk Committee (CaR) zum neu geschaffenen Group Risk Committee (GRC) zusammengelegt worden. Das GRC wird von vier Unterkomitees unterstützt: dem Group Reputational Risk Committee, dem Non-Financial Risk Committee, dem Enterprise Risk Committee und dem Liquidity Management Committee.

Governance-Struktur des Risikomanagements des Deutsche Bank-Konzerns



Bezüglich unserer als wesentlich identifizierten Risikoarten (Kredit-, Markt-, operationelle, Liquiditäts-, Geschäfts- und Reputations-Risiken,) sind weitere Informationen zu deren Definition, Identifikation und Management im Abschnitt „Risiko- und Kapitalmanagement“ in unserem Geschäftsbericht 2015 zu finden.

Innerhalb operationeller Risiken stellen Rechtsrisiken aus regulatorischen und zivilrechtlichen Ansprüchen die überwiegende Komponente. Im Bereich Legal befasst sich die „Legal Risk Management - LRM“- Funktion ausschließlich mit der Identifizierung und Steuerung von Rechtsrisiken. Sie führt zahlreiche Maßnahmen durch, um Rechtsrisiken proaktiv zu steuern. Dazu zählen die Entwicklung, Implementierung und Überwachung eines jährlichen Programms zur Bewertung von historischen und bestehenden Rechtsrisiken („Annual Legal Risk Assessment Program“) sowie die Durchführung des Legal-Lessons-Learned-Prozesses.

Rechtsrisiken entwickeln sich üblicherweise über einen Mehrjahreszeitraum, wobei mit zunehmenden Informationen die Wahrscheinlichkeit und die Abschätzung des Verlustbetrags über den Zeitraum einer Rechtsstreitigkeit abgeleitet werden können. Unser Legal Risk Management- Rahmenwerk berücksichtigt die unterschiedlichen Phasen von Rechtsstreitigkeiten in der Messung von Rechtsrisiken wie unter „Operationelle Risiken“ in diesem Bericht geschildert.

Alle als wesentlich identifizierten Risikoarten werden in unserem internen Kapitaladäquanz-Bewertungsprozess (ICAAP) abgedeckt, der im Abschnitt „Interne Kapitaladäquanz“ dieses Berichts dargestellt wird. Modellierungs- und Bewertungsansätze zur Quantifizierung von Kapital und Kapitalanforderungen sind über alle wesentlichen Risikoarten implementiert. Unsere wesentlichen Nicht-Standard-Risikoarten (zum Beispiel Reputationsrisiko, Modellrisiko und Compliance-Risiko) sind implizit durch unser Rahmenwerk zum Ökonomischen Kapital abgedeckt, hier primär im operationellen und strategischen Risiko.

Risiko und Kapital – Übersicht

Wichtige Risikokennzahlen

Die folgenden ausgewählten Risikokennzahlen und die zugehörigen Metriken sind wichtiger Bestandteil unseres ganzheitlichen Risikomanagements über alle Risikoarten. Die Common Equity Tier-1-Kapitalquote (CET1 Ratio), die Interne Kapitaladäquanzquote (Internal Capital Adequacy Ratio, ICA), die Verschuldungsquote (Leverage Ratio, LR), die Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR) und die Netto-Liquiditätsposition unter Stress (Stressed Net Liquidity Position, SNLP) sind übergeordnete Metriken und integraler Bestandteil unserer strategischen Planung, des Risikotoleranz-Rahmenwerks, unserer Stresstests und der Sanierungs- und Abwicklungsplanung, die unser Vorstand mindestens einmal jährlich überprüft und genehmigt. Mit Ausnahme der internen Kennzahlen Interne Kapitaladäquanzquote und Ökonomischer Kapitalbedarf basieren die Risikokennzahlen und Metriken auf einer CRR/CRD 4-Vollumsetzung ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen.

Common Equity Tier 1 - Kapitalquote

30.9.2016 ¹	11,1 %
31.12.2015	11,1 %

Risikogewichtete Aktiva

30.9.2016	384,7 Mrd €
31.12.2015	396,7 Mrd €

Interne Kapitaladäquanzquote²

30.9.2016	153 %
31.12.2015	158 %

Ökonomischer Kapitalbedarf

30.9.2016	38,4 Mrd €
31.12.2015	38,4 Mrd €

Verschuldungsquote

30.9.2016	3,5 %
31.12.2015	3,5 %

Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote

30.9.2016	1.354 Mrd €
31.12.2015	1.395 Mrd €

Mindestliquiditätsquote (LCR)

30.9.2016	122 %
31.12.2015	119 %

Netto-Liquiditätsposition unter Stress (sNLP)

30.9.2016	18 Mrd € ³
31.12.2015	46 Mrd €

¹ Im Einklang mit der Entscheidung des Vorstands, keine Dividende auf Stammaktien für das Geschäftsjahr 2016 vorzuschlagen.

² Die Definition des Kapitalangebots zur Ermittlung der internen Kapitaladäquanzquote wurde weiter an CRR/CRD 4- Regeln angeglichen. Immaterielle Vermögenswerte und Goodwill Vermögenswerte werden nun als Kapitalabzugsposition behandelt, anstatt der ökonomischen Kapitalnachfrage hinzugerechnet zu werden. Weitere Informationen finden Sie im Abschnitt „Interne Kapitaladäquanz“.

³ Vorläufiges Ergebnis.

Für weitere Details verweisen wir auf die Kapitel „Risikoprofil“, „Interne Kapitaladäquanz“, „Kapitalinstrumente“, „Entwicklung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals“, „Entwicklung der risikogewichteten Aktiva (RWA)“, und „Verschuldungsquote“, in diesem Bericht und in unserem Geschäftsbericht 2015 auf die Kapitel „Risikotoleranz und Risikokapazität“, „Sanierungs- und Abwicklungsplanung“, „Stress Testing“ und „Interner Kapitaladäquanz-Bewertungsprozess – ICAAP“.

Zusammenfassende Risikobewertung

Haupt-Risikokategorien sind 1) finanzielle Risiken wie das Kreditrisiko (einschließlich Kontrahenten-, Industrie-, Länder-, Produkt- und Branchenrisiken), Marktrisiko (einschließlich Marktrisiko aus Handelsaktivitäten, aus Nicht-Handelsaktivitäten sowie aus dem handelsbezogenen Ausfallrisiko), Liquiditätsrisiken, Geschäftsrisiken (einschließlich des steuerlichen und strategischen Risikos) und 2) nichtfinanzielle Risiken (NFRs) wie das Reputationsrisiko und das operationelle Risiko (mit den wichtigen Unterkategorien Compliance-Risiko, Rechtsrisiko, Modellrisiko, Informationssicherheitsrisiko, Betrugsrisiko und Geldwäscherisiko). Wir verwalten die Identifizierung, Bewertung und Minderung der wichtigsten aktuellen und aufkommenden Risiken durch einen internen Steuerungsprozess und die Verwendung von Risiko-Management-Instrumenten und -Verfahren. Unser Ansatz zur Identifizierung und Folgenabschätzung soll sicherstellen, dass wir die Auswirkungen dieser Risiken auf unsere Finanzergebnisse und langfristigen strategischen Ziele und den Ruf mildern. Weitere Details zum Management unserer wesentlichen Risiken befinden sich im Abschnitt „Risiko- und Kapitalmanagement“ in unserem Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2015.

Im Rahmen unserer regelmäßigen Analyse von Risiken und deren Zusammenhängen werden die Sensitivitäten der wichtigsten Portfoliorisiken durch eine induktive Risikobewertung sowie eine deduktive Analyse makroökonomischer und politischer Szenarien überprüft. Dieser duale Ansatz erlaubt es uns, nicht nur Risiken zu erfassen, die sich auf unsere Risikobestände und Geschäftsbereiche auswirken, sondern auch solche, die nur für bestimmte Portfolios relevant sind.

Die Nachwirkungen der Entscheidung Großbritanniens vom 23. Juni 2016, die Europäische Union zu verlassen, war einer der wichtigsten Portfolio-Schwerpunkte im dritten Quartal. Die Finanzmärkte haben sich vom ersten Schock erholt, gleichwohl notiert das Pfund Sterling immer noch wesentlich schwächer und wir sehen weiterhin eine Underperformance bei EU-Bankaktien. Die Konjunkturindikatoren deuten darauf hin, dass die Auswirkungen der Entscheidung auf die Volkswirtschaften im Euroraum und Großbritanniens bereits reflektiert sind, aber wir wahrscheinlich eine längere Zeit der Unsicherheit in Bezug auf den künftigen Status Großbritanniens gegenüber der EU erwarten, welche das Wachstum im Jahr 2017 hemmen wird. Die politischen Risiken bleiben hoch auf der Tagesordnung, zudem haben die bevorstehenden US-Wahlen und die italienische Abstimmung über eine Senatsreform im Dezember 2016 das Potenzial, erneut Marktvolatilität im vierten Quartal zu verursachen.

Die Bewertung der potenziellen Auswirkungen dieser Risiken ist integriert in unsere konzernweiten Stresstests, die unsere Absorptionsfähigkeit dieser Ereignisse für den Fall ihres Eintritts bewerten. Die Ergebnisse dieser Tests zeigen, dass wir derzeit ausreichend Kapital und Liquiditätsreserven vorhalten, um die Auswirkungen dieser Risiken zu absorbieren, falls sie in Übereinstimmung mit den Testparametern eintreten.

In den ersten neun Monaten in 2016 hielt der in den Vorjahren beobachtete globale Trend zu mehr Regulierung der Finanzdienstleistungsindustrie an, und er wird sich aus unserer Sicht auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Wir konzentrieren uns darauf, potenzielle politische und aufsichtsrechtliche Änderungen zu identifizieren und deren mögliche Auswirkungen auf unser Geschäftsmodell und unsere Prozesse zu bewerten. Unsere wesentliche Rechtsstreitigkeiten und Angelegenheiten zur aufsichtsbehördliche Durchsetzung von Forderungen werden in der Anhangangabe „Rückstellungen“ in diesem Bericht beschrieben.

Insgesamt lag der Fokus des Risiko- und Kapitalmanagements darauf, unser Risikoprofil in Übereinstimmung mit unserer Risikostrategie zu halten, unsere Kapitalbasis zu stärken und unsere strategischen Initiativen zu unterstützen. Ein besonderes Augenmerk galt dabei der Optimierung der Bilanzstruktur.

Risikoprofil

Die folgende Tabelle zeigt unsere Gesamtrisikoposition, gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf, berechnet für das Kredit-, Markt-, operationelle und Geschäftsrisiko, für die angegebenen Stichtage. Zur Ermittlung unserer (nicht aufsichtsrechtlichen) Gesamtrisikoposition ziehen wir in der Regel Diversifikationseffekte zwischen den Risikoklassen in Betracht.

Gesamtrisikoposition, gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf nach Risikoklasse

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	30.9.2016	31.12.2015	Veränderung 2016 gegenüber 2015	
			in Mio €	in %
Kreditrisiko	13.314	13.685	- 371	- 3
Marktrisiko	16.740	17.436	- 696	- 4
Marktrisiko aus Handelspositionen	4.906	4.557	349	8
Marktrisiko aus Nichthandelspositionen	11.834	12.878	- 1.044	- 8
Operationelles Risiko	11.010	10.243	767	7
Geschäftsrisiko	6.146	5.931	215	4
Diversifikationseffekte über die Risikoarten ¹	- 8.830	- 8.852	22	- 0
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	38.380	38.442	- 62	- 0

¹ Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).

Zum 30. September 2016 betrug unser gesamter Ökonomischer Kapitalbedarf 38,4 Mrd €. Dies entspricht einem Rückgang um 62 Mio € gegenüber dem Vorjahresbedarf von 38,4 Mrd € zum 31. Dezember 2015.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Kreditrisiko reduzierte sich um 371 Mio € oder 3 % im Vergleich zum Jahresende 2015. Der Rückgang resultierte hauptsächlich aus einer niedrigeren Abwicklungsrisiko Komponente.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Handelspositionen erhöhte sich zum 30. September 2016 auf 4,9 Mrd € im Vergleich zu 4,6 Mrd € zum Jahresende 2015. Die Änderung resultiert hauptsächlich aus einem Anstieg der Fair-Value Bankbuchkomponente. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Nichthandelspositionen reduzierte sich um 1,0 Mrd € oder 8 %. Der Rückgang resultiert hauptsächlich aus niedrigeren Positionswerten bei den strukturellen Währungsrisiken und der Einführung einer neuen Methode zur Berechnung des Ökonomischen Kapitals aus dem Deposit Bucketing, teilweise kompensiert durch ein höheres Risiko aus Pensionsverpflichtungen.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken betrug 11,0 Mrd € zum 30. September 2016, was einem Anstieg von 767 Mio € oder 7 % gegenüber 10,2 Mrd € zum 31. Dezember 2015 entspricht. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus einer Erhöhung von Verlusten und Rückstellungen aus Rechtsstreitigkeiten sowie aus der Erhöhung des operationellen Verlustrisikoprofils der kompletten Branche. Dies drückt sich in den Verlustdaten aus, welche zur Erhöhung des Ökonomischen Kapitalbedarfs führten und weitgehend der Häufung von Rechtsstreitigkeiten, Untersuchungen und regulatorischen Durchsetzungsmaßnahmen geschuldet sind.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Geschäftsrisiko besteht aus einer strategischen Risikokomponente, die implizit auch Komponenten von Nicht-Standard-Risiken wie das Refinanzierungs- und das Reputationsrisiko beinhaltet, sowie einer Steuerrisikokomponente. Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Geschäftsrisiko reduzierte sich um 215 Mio € auf 6,1 Mrd € zum 30. September 2016. Der Rückgang reflektiert einen niedrigeren Ökonomischen Kapitalbedarf für die strategische Risikokomponente, resultierend aus dem aktualisierten Geschäftsausblick für die nächsten zwölf Monate.

Der Diversifikationseffekt des Ökonomischen Kapitalbedarfs zwischen den einzelnen Risiken über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko hinweg änderte sich nur geringfügig um 22 Mio €.

Die Vielfalt unserer Geschäftsaktivitäten impliziert verschiedene Risikoübernahmen durch unsere Geschäftsbereiche. Wir messen die wesentlichen inhärenten Risiken in unseren entsprechenden Geschäftsmodellen durch unsere nicht diversifizierte Gesamtgröße für das Ökonomische Kapital. Diese spiegelt das Risikoprofil für jeden Unternehmensbereich vor risikoartenübergreifenden Effekten auf Konzernebene wider.

Risikoprofil unserer Geschäftsbereiche auf Basis des Ökonomischen Kapitals

30.9.2016									
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth and Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments and Other	Insgesamt	Insgesamt (in %)
Kreditrisiko	4.883	3.308	1.644	65	2.703	194	518	13.314	35
Marktrisiko	4.749	801	1.956	2.214	1.375	1.471	4.174	16.740	44
Operationelles Risiko	6.934	1.725	884	505	691	270	0	11.010	29
Geschäftsrisiko	5.309	212	89	310	0	234	-8	6.146	16
Diversifikations- effekte ¹	-5.224	-1.047	-909	-496	-612	-313	-228	-8.830	-23
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	16.651	4.999	3.663	2.598	4.158	1.856	4.457	38.380	100
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt (in %)	43	13	10	7	11	5	12	100	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).

31.12.2015 ¹									
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth and Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments and Other	Insgesamt	Insgesamt (in %)
Kreditrisiko	4.838	3.899	1.678	90	2.601	537	42	13.685	36
Marktrisiko	4.971	819	2.564	2.095	1.611	899	4.478	17.436	45
Operationelles Risiko	6.274	1.613	958	282	600	452	64	10.243	27
Geschäftsrisiko	5.154	405	1	0	0	261	110	5.931	15
Diversifikations- effekte ²	-5.123	-1.172	-964	-373	-647	-369	-204	-8.852	-23
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	16.112	5.564	4.237	2.093	4.165	1.780	4.490	38.442	100
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt (in %)	42	14	11	5	11	5	12	100	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Die Beträgszuordnung für die Unternehmensbereiche wurde an die Struktur zum 30. September 2016 angepasst.

² Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).

Das Risikoprofil von Global Markets (GM) wird geprägt vom Handel zur Unterstützung der Tätigkeiten als Originator sowie Strukturierungs- und Marktpflegeaktivitäten, welche Markt- und Kreditrisiken unterliegen. Der Anteil der operationellen Risiken am Risikoprofil von GM hat sich im Vergleich zum Jahresende 2015 erhöht und reflektiert ein erhöhtes Verlustrisikoprofil der kompletten Branche und interne Verluste. Der übrige Teil des Risikoprofils von GM leitet sich aus dem Geschäftsrisiko ab, welches Ertragsschwankungsrisiken reflektiert.

Die Erträge von Corporate & Investment Banking (CIB) resultieren aus einer Vielzahl von Produkten mit unterschiedlichen Risikoprofilen. Der Großteil der Risiken resultiert aus Kreditrisiken in den Geschäftsbereichen Trade Finance und Corporate Finance, während andere Geschäftsbereiche wenig bis kein Kreditrisiko haben. Der Rückgang des Ökonomischen Kapitalbedarfs für Kreditrisiken in den ersten neun Monaten resultiert hauptsächlich aus geringeren Positionswerten. Die Marktrisiken ergeben sich aus der Modellierung der Kundeneinlagen und Handelsaktivitäten.

Das Risikoprofil von Private, Wealth & Commercial Clients (PW&CC) spiegelt Kreditrisiken aus dem Kreditgeschäft mit Privatkunden, kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) sowie Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten aus Investitionsrisiken, aus der Einlagenmodellierung und aus Credit-Spread-Risiken wider.

Der Hauptrisikotreiber in unserem Unternehmensbereich Deutsche Asset Management (Deutsche AM) sind Garantien auf Investmentfonds, die wir unter Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten ausweisen. Weiterhin bringt das Beratungs- und Kommissionsgeschäft von Deutsche AM entsprechende operationelle Risiken mit sich. Der Ökonomische Kapitalbedarf für operationelle Risiken und das Geschäftsrisiko erhöhten sich im Vergleich zum Jahresende 2015.

Das Risikoprofil der Postbank-Einheit beinhaltet hauptsächlich Kredit- und Einlagengeschäft mit Privat- und Firmenkunden, aus dem Kreditrisiken, unter Marktrisiko erfasste Credit-Spread-Risiken im Bankbuch sowie operationale Risiken resultieren.

Zum Portfolio der Non-Core Operations Unit (NCOU) gehören Aktivitäten, die entsprechend der Geschäftsstrategie der Bank nicht zum zukünftigen Kerngeschäft zählen, sowie Vermögenswerte, die für Risikoabbaumaßnahmen vorgesehen sind. Die NCOU umfasst auch weitere zur Abtrennung geeignete Vermögenswerte, Vermögenswerte mit erheblicher Kapitalbindung und niedrigen Renditen sowie Vermögenswerte, die Rechtsrisiken unterliegen. Das Risikoprofil der NCOU umfasst Risiken über die gesamte Bandbreite unseres Unternehmens und enthält hauptsächlich Kredit- und Marktrisiken, für die der gezielte beschleunigte Risikoabbau vorgesehen ist. Der höhere Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko im Vergleich zum Jahresende 2015 reflektiert hauptsächlich einen temporären Anstieg, der aus der zeitlichen Abfolge des Risikoabbaus resultiert.

Consolidation & Adjustments beinhalten hauptsächlich Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten für strukturelle Währungsrisiken, das Risiko aus Pensionsverpflichtungen sowie das Aktienvergütungsrisiko. Der Rückgang im Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten in den ersten neun Monaten in 2016 resultiert hauptsächlich aus einem geringeren strukturellen Währungsrisiko.

Risiko und Kapital Performance

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Interne Kapitaladäquanz

Die Ermittlung unseres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals berücksichtigt die Kapitalanforderungen gemäß der „Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation oder „CRR“) und die „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Directive 4 oder „CRD 4“), die in deutsches Recht Eingang gefunden haben. Die Informationen in diesem Kapitel und im Kapitel „Entwicklung der risikogewichteten Aktiva“ basieren auf der aufsichtsrechtlichen Konsolidierung.

Gemäß den CRR/CRD 4-Übergangsregeln werden Kapitalinstrumente, die nicht mehr anrechnungsfähig sind, schrittweise eliminiert, während die neuen Regeln zu den aufsichtsrechtlichen Anpassungen sukzessive eingeführt werden. Diese Übergangsregeln sind zur Erleichterung des Übergangs der Banken zu den vollständig umgesetzten Regeln zugelassen. Die CRR/CRD 4-Werte bei Anwendung der Vollumsetzung berücksichtigen die Übergangsregeln nicht (das heißt, alle nicht mehr anrechnungsfähigen Kapitalinstrumente werden eliminiert und alle neuen aufsichtsrechtlichen Anpassungen werden angewendet). Gleichzeitig bestehen trotz der CRR/CRD 4 unverändert Übergangs-

bestimmungen für die Risikogewichtung bestimmter Gruppen von Vermögenswerten, die von früheren Kapitaladäquanz-Rahmenwerken einschließlich Basel 2.5 eingeführt wurden, die zum Beispiel den Bestandsschutz von Beteiligungen mit einem Risikogewicht von 100 % ermöglichen. In diesem Fall geht unsere CRR/CRD 4-Methodik von der Annahme aus, dass die Auswirkungen des Ablaufs dieser Übergangsregelungen durch den Verkauf von zugrunde liegenden Vermögenswerten oder andere Maßnahmen vor dem Ablauf dieser Übergangsregeln Ende 2017 gemindert werden.

Kapitalinstrumente

Unser Vorstand erhielt von der Hauptversammlung 2015 die Ermächtigung, bis zu 137,9 Millionen Aktien bis Ende April 2020 zurückzukaufen. Davon können 69,0 Millionen Aktien über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Diese Ermächtigungen ersetzen die Genehmigungen des Vorjahres. Wir haben die Genehmigung für vergütungsbezogene Aktienrückkäufe von der BaFin für 2015 und von der EZB für 2016 gemäß neuen CRR/CRD 4-Regeln erhalten. Während des Zeitraums von der Hauptversammlung 2015 bis zur Hauptversammlung 2016 (19. Mai 2016) wurden 37,9 Millionen Aktien zurückgekauft, davon 4,7 Millionen Aktien durch die Ausübung von Call Optionen. Die zurückgekauften Aktien wurden im gleichen Zeitraum oder werden im anstehenden Zeitraum zu Aktienvergütungszwecken verwendet, so dass der Bestand an zurückgekauften Eigenen Aktien in Treasury zur Hauptversammlung 2016 12,1 Millionen war.

Die Hauptversammlung 2016 gewährte unserem Vorstand die Ermächtigung, bis zu 137,9 Millionen Aktien bis Ende April 2021 zurückzukaufen. Davon können 69,0 Millionen Aktien über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Diese Ermächtigungen ersetzen die Genehmigungen des Vorjahres. Im Zeitraum seit der Hauptversammlung 2016 bis zum 30. September 2016 wurden 0,8 Millionen Aktien zurückgekauft. Die zurückgekauften Aktien wurden im gleichen Zeitraum oder werden im anstehenden Zeitraum zu Aktienvergütungszwecken verwendet, so dass der Bestand an zurückgekauften Eigenen Aktien in Treasury 0,1 Millionen zum 30. September 2016 betrug.

Seit der Hauptversammlung 2015 beträgt der Nennwert des dem Vorstand zur Verfügung stehenden genehmigten Kapitals 1.760 Mio € (688 Millionen Aktien). Das verfügbare bedingte Kapital beträgt 486 Mio € (190 Millionen Aktien).

Unsere ehemals emittierten Hybriden Kernkapital-Instrumente (im Wesentlichen alle nicht kumulativen Vorzugsaktien) werden unter CRR/CRD 4-Vollumsetzungsregeln nicht anerkannt – hauptsächlich, da sie über keinen Abschreibungs- oder Eigenkapitalwandlungsmechanismus verfügen. Allerdings werden sie während der CRR/CRD 4-Übergangsphase größtenteils als Zusätzliches Kernkapital (Additional Tier-1) und unter den CRR/CRD 4-Vollumsetzungsregeln teilweise als Ergänzungskapital anerkannt. Während der Übergangsphase reduziert sich der maximal anerkennbare Betrag an Zusätzlichen Kernkapital-Instrumenten aus Basel 2.5-konformen Emissionen zum 31. Dezember 2012 jeweils zum Jahresanfang um 10 % oder 1,3 Mrd € bis 2022. Zum 30. September 2016 führte dies zu anrechenbaren Zusätzlichen Kernkapital-Instrumenten in Höhe von 10,9 Mrd € (4,6 Mrd € der neu begebenen AT1-Anleihen sowie noch übergangsweise anrechenbare Hybride Kernkapital-Instrumente von 6,3 Mrd €). 5,8 Mrd € ehemals emittierter Hybrider Kernkapital-Instrumente können unter CRR/CRD 4-Vollumsetzung noch als Ergänzungskapital angerechnet werden. Ein Hybrides Kernkapital-Instrument mit einem Nominalbetrag in Höhe von 0,2 Mrd \$ und einem anrechenbaren Betrag in Höhe von 0,1 Mrd € wurde im ersten Quartal 2016 gekündigt.

Die Summe unserer Ergänzungskapital-Instrumente, die während der CRR/CRD 4-Übergangsphase anerkannt sind, betrug 6,7 Mrd € zum 30. September 2016. Es gab zum 30. September 2016 keine ehemals emittierten Hybriden Kernkapital-Instrumente mehr, die während der CRR/CRD 4-Übergangsphase noch als Ergänzungskapital anerkannt werden. Der Nominalbetrag der Ergänzungskapital-Instrumente betrug 7,8 Mrd €. Seit dem 31. Dezember 2015 wurden keine Ergänzungskapital-Instrumente gekündigt.

Am 19. Mai 2016 haben wir neue festverzinsliche nachrangige Tier-2-Anleihen mit einem gesamten Nominalvolumen von 750 Mio € begeben. Die Anleihen haben eine Stückelung von 100.000 € und werden am 19. April 2026 fällig. Sie wurden in Transaktionen außerhalb der USA emittiert und waren nicht Bestandteil der Registrierungsanforderungen des US Securities Act von 1933, in seiner geänderten Fassung, und wurden nicht in den USA angeboten oder verkauft.

Weiterhin haben wir neue festverzinsliche nachrangige Tier-2-Papiere mit einem gesamten Nominalvolumen von 31 Mio € am 15. Juni 2016 begeben. Die Papiere haben eine Stückelung von 100.000 € und werden am 15. Juni 2026 fällig. Sie wurden in Transaktionen außerhalb der USA emittiert und waren nicht Bestandteil der Registrierungsanforderungen des US Securities Act von 1933, in seiner geänderten Fassung, und wurden nicht in den USA angeboten oder verkauft.

Mindestkapitalanforderungen und zusätzliche Kapitalpuffer

Seit 2015 beläuft sich die für den Konzern geltende Mindestanforderung an das Harte Kernkapital auf 4,5 % der risikogewichteten Aktiva (RWA). Um die vollständige Mindestanforderung an das Gesamtkapital von 8 % zu erfüllen, kann auf bis zu 1,5 % Zusätzliches Kernkapital und bis zu 2 % Ergänzungskapital zurückgegriffen werden.

Zusätzlich zu diesen Mindestkapitalanforderungen wurden die folgenden Kapitalpuffer schrittweise ab 2016 eingeführt und werden ab 2019 zur Vollumsetzung kommen. Im März 2015 wurde die Deutsche Bank von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank als global systemrelevantes Institut („Global Systemically Important Institution“, G-SII) eingestuft. Die daraus resultierende G-SII-Kapitalpufferanforderung von 2 % Hartem Kernkapital in 2019 wurde in 2016 mit 0,5 % eingeführt. Der Kapitalerhaltungspuffer gemäß § 10c KWG, welcher die Umsetzung des Artikels 129 CRD 4 widerspiegelt, beläuft sich auf 2,5 % Hartes Kernkapital der RWA in 2019 und wurde in 2016 mit 0,625 % eingeführt. Der institutsspezifische antizyklische Kapitalpuffer für die Deutsche Bank berechnet sich als gewichteter Durchschnitt der antizyklischen Kapitalpuffer jener Länder, in denen unsere relevanten kreditbezogenen Positionswerte getätigt wurden. Zum 30. September 2016 beläuft sich der antizyklische Kapitalpuffer auf 0,01 %.

Ferner kann die Europäische Zentralbank (EZB) gemäß dem aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) einzelnen Banken Eigenkapitalanforderungen auferlegen, die strenger als die gesetzlichen Anforderungen sind. Am 4. Dezember 2015 hat die EZB der Deutschen Bank mitgeteilt, dass der Konzern verpflichtet ist, eine Harte Kernkapitalquote von mindestens 10,25 % basierend auf den gemäß CRR/CRD 4 anzuwendenden Übergangsregelungen zu jeder Zeit aufrechtzuerhalten. Bei Berücksichtigung des G-SII-Kapitalpuffers in Höhe von 0,5 % und des antizyklischen Kapitalpuffers in Höhe von 0,01 % betragen unsere gesamten CET 1- Kapitalanforderungen 10,76 % zum 30. September 2016.

Weitere Informationen zu den für uns anwendbaren Mindestkapitalanforderungen und zusätzlichen Kapitalpuffern sind in unserem Geschäftsbericht 2015 enthalten.

Entwicklung des Aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals

Unser Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 belief sich zum 30. September 2016 auf 55,8 Mrd €, bestehend aus Hartem Kernkapital (CET 1) in Höhe von 48,5 Mrd € und Zusätzlichem Kernkapital (AT1) in Höhe von 7,3 Mrd €. Das Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 war um 2,4 Mrd € niedriger als zum Jahresende 2015, überwiegend zurückzuführen auf einen Rückgang im Harten Kernkapital um 4,0 Mrd € seit Jahresende 2015, während das Zusätzliche Kernkapital in derselben Periode um 1,5 Mrd € anstieg.

Der Rückgang des Harten Kernkapitals gemäß CRR/CRD 4 um 4,0 Mrd € war im Wesentlichen die Folge höherer aufsichtsrechtlicher Anpassungen aufgrund der höheren Phase-in Rate von 60 % in 2016 im Vergleich zu 40 % in 2015. Darüber hinaus trugen negative Effekte aus Fremdwährungsschwankungen in Höhe von 1,1 Mrd € sowie aus Neubewertungsverlusten in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen in Höhe von 0,5 Mrd € in 2016 zum Rückgang des Harten Kernkapitals in 2016 bei. Ein positiver Beitrag resultierte aus unserem positiven Ergebnis in Höhe von 0,5 Mrd € per 30. September 2016. Die Dividendenrichtlinie der Deutschen Bank folgt dem Beschluss (EU) (2015/4) der Europäischen Zentralbank (EZB) über die Anrechnung von Jahresend- oder Zwischengewinnen im Harten Kernkapital für die Bestimmung der Dividendenabgrenzung des jeweiligen Jahres. Diese Vorgehensweise kommt zur Anwendung, sofern der Vorstand für das entsprechende Jahr keine geänderte Ausschüttungshöhe entscheidet und diese offiziell bekanntgibt. Im Einklang mit der Entscheidung des Vorstands, keine Dividendenzahlung auf Stammaktien für das Geschäftsjahr 2016 vorzuschlagen, wurde keine Dividendenabgrenzung für die ersten neun Monate 2016 vorgenommen.

Der Anstieg im Zusätzlichen Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 um 1,5 Mrd € resultierte im Wesentlichen aus verringerten aufsichtsrechtlichen Anpassungen (1,7 Mrd € niedriger als zum Jahresende 2015), die schrittweise abnehmend vom Zusätzlichen Kernkapital während der Übergangsphase abgesetzt werden. Diese Abzüge stellen den Restbetrag von bestimmten Kapitalabzügen vom Harten Kernkapital dar, die bei der Anwendung der CRR/CRD 4 in der Vollumsetzung vom Harten Kernkapital abgezogen werden, während der Übergangszeit jedoch vom Zusätzlichen Kernkapital abgezogen werden dürfen. Die Phase-in Rate für diese Abzüge im CET 1-Kapital erhöhte sich auf 60 % in 2016 (40 % in 2015) und verringerte sich entsprechend auf Ebene des AT1-Kapitals auf 40 % in 2016 (60 % in 2015). Die geringeren aufsichtsrechtlichen Anpassungen im AT1-Kapital überstiegen den Effekt aus dem Rückgang in unseren Instrumenten des Zusätzlichen Kernkapitals gemäß CRR/CRD 4 in Höhe von 0,2 Mrd € (im Vergleich zum 31. Dezember 2015), der im Wesentlichen verursacht war durch unsere Kündigung von ehemals emittiertem Hybriden Kernkapital sowie durch negative Beiträge aus Fremdwährungsbewegungen unserer in US-Dollar denominierten Instrumente.

Unser Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 47,4 Mrd € zum 30. September 2016 im Vergleich zu 48,7 Mrd € zum Jahresende 2015. Unser Hartes Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 42,9 Mrd € zum 30. September 2016, verglichen mit 44,1 Mrd € zum 31. Dezember 2015. Unser Zusätzliches Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 4,6 Mrd € zum 30. September 2016, unverändert im Vergleich zum Jahresende 2015.

Der Rückgang unseres Harten Kernkapitals gemäß Vollumsetzung um 1,2 Mrd € im Vergleich zum Jahresende 2015 war im Wesentlichen das Ergebnis negativer Effekte aus Fremdwährungsschwankungen in Höhe von 1,1 Mrd €, etwas ermäßigt durch einige positive, ebenfalls fremdwährungsbedingte Gegeneffekte bei den Kapitalabzugspositionen. Zum Rückgang trugen außerdem noch Neubewertungsverluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen in Höhe von 0,5 Mrd € sowie zusätzliche negative Effekte aufgrund erhöhter regulatorischer Anpassungen aus prudentiellen Filtern (zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen unter der Fair Value Option und forderungsbezogene Bewertungsanpassungen) in Höhe von 0,4 Mrd € bei. Ein positiver Beitrag resultierte aus unserem positiven Ergebnis in Höhe von 0,5 Mrd € per 30. September 2016.

Offenlegung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten (nicht testiert)

in Mio €	30.9.2016		31.12.2015	
	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4
Hartes Kernkapital (CET 1): Instrumente und Rücklagen				
Kapitalinstrumente und Emissionsagiokonto	37.101	37.101	37.088	37.088
Gewinnrücklagen	19.726	19.726	27.607	27.607
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	3.548	3.650	4.096	4.281
Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne, abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden	349	349	-7.025	-7.025
Sonstige	0	72	0	92
Hartes Kernkapital (CET 1) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	60.724	60.897	61.766	62.042
Hartes Kernkapital (CET 1): aufsichtsrechtliche Anpassungen				
Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)	-1.526	-1.526	-1.877	-1.877
Sonstige prudentielle Filter (außer Zusätzliche Bewertungsanpassungen)	-1.038	-747	-622	-330
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten) (negativer Betrag)	-8.440	-5.064	-8.439	-3.376
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen diejenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind) (negativer Betrag)	-3.431	-2.059	-3.310	-1.324
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-410	-258	-106	-58
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds (negativer Betrag)	-1.028	-617	-1.173	-469
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des Harten Kernkapitals (negativer Betrag)	-29	-22	-76	-39
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 15 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspostionen) (negativer Betrag)	-733	-373	-818	-278
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind) (Betrag liegt über der 15 %-Schwelle) (negativer Betrag)	-942	-482	-953	-324
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	-284	-1.287	-291	-1.537
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Harten Kernkapitals (CET 1)	-17.860	-12.436	-17.665	-9.613
Hartes Kernkapital (CET 1)	42.864	48.462	44.101	52.429
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Instrumente				
Kapitalinstrumente und Emissionsagiokonto	4.676	4.676	4.676	4.676
Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (4) CRR zuzüglich der entsprechenden Emissionsagiokonten, deren Anrechnung im AT1-Kapital ausläuft	N/M	6.277	N/M	6.482
Zusätzliches Kernkapital (AT1) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	4.676	10.952	4.676	11.157
Zusätzliches Kernkapital (AT1): aufsichtsrechtliche Anpassungen				
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des Zusätzliches Kernkapitals (negativer Betrag)	-125	-52	-125	-48
Vom Zusätzliches Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom Harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 472 CRR	N/M	-3.586	N/M	-5.316
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	0	0	0	0
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Zusätzliches Kernkapitals (AT1)	-125	-3.639	-125	-5.365
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	4.551	7.314	4.551	5.793
Kernkapital (T1 = CET 1 + AT1)	47.414	55.775	48.651	58.222
Ergänzungskapital (T2)	12.352	6.450	12.325	6.299
Gesamtkapital (TC = T1 + T2)	59.766	62.225	60.976	64.522
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	384.701	385.326	396.714	397.382
Kapitalquoten				
Harte Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	11,1 ¹	12,6	11,1	13,2
Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	12,3	14,5	12,3	14,7
Gesamtkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	15,5	16,1	15,4	16,2

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Im Einklang mit der Entscheidung des Vorstands, keine Dividende auf Stammaktien für das Geschäftsjahr 2016 vorzuschlagen.

Überleitung vom bilanziellen Eigenkapital auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital

in Mio €	30.9.2016 CRR/CRD 4	31.12.2015 CRR/CRD 4
Eigenkapital per Bilanzausweis	61.770	62.678
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	-907	-681
Davon:		
Kapitalrücklage	-6	-5
Gewinnrücklage	-647	-369
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung nach Steuern	-255	-307
Eigenkapital in der aufsichtsrechtlichen Bilanz	60.862	61.997
Anteile ohne beherrschenden Einfluss unter Anwendung der Übergangsregeln	72	92
Abgrenzung für Dividenden und AT1-Kupons	-138	-231
Umkehrerfekt der Dekonsolidierung/Konsolidierung der Position "Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern", während der Übergangsphase	102	184
Hartes Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	60.897	62.042
Prudentielle Filter	-3.278	-3.453
Davon:		
Zusätzliche Bewertungsanpassungen	-1.526	-1.877
Anstieg des Eigenkapitals durch verbriefte Vermögenswerte	-26	-20
Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen und durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten	-722	-310
Aufsichtsrechtliche Anpassungen in Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Art. 467 und 468 CRR	-1.004	-1.246
Aufsichtsrechtliche Anpassungen	-9.158	-6.159
Davon:		
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten)	-5.064	-3.376
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche	-2.541	-1.648
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-258	-58
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds	-617	-469
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Harten Kernkapitals von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	-373	-278
Verbriefungspositionen, nicht in risikogewichteten Aktiva enthalten	0	0
Sonstiges ¹	-306	-330
Hartes Kernkapital	48.462	52.429
Zusätzliches Kernkapital	7.314	5.793
Zusätzliche Kernkapital-Anleihen	4.623	4.627
Gemäß Bilanz	4.673	4.675
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	0	0
Aufsichtsrechtliche Anpassungen zum Bilanzausweis	-50	-48
Hybride Kapitalinstrumente	6.261	6.464
Gemäß Bilanz	6.135	7.020
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	283	388
Aufsichtsrechtliche Anpassungen zum Bilanzausweis	-157	-944
Davon:		
Vom AT1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommener Betrag	0	0
Sonstiges	-157	-944
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	16	18
Abzüge vom Zusätzlichem Kernkapital	-3.586	-5.316
Kernkapital	55.775	58.222
Ergänzungskapital	6.450	6.299
Nachrangige Verbindlichkeiten	6.374	6.263
Gemäß Bilanz	7.658	7.826
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	0	0
Aufsichtsrechtliche Anpassungen zum Bilanzausweis	-1.284	-1.563
Davon:		
Abschreibungen gemäß Art. 64 CRR	-903	-1.321
Sonstiges	-381	-242
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	285	289
Davon:		
Berücksichtigung des vom AT1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommenen Betrags	0	0
Sonstiges	285	289
Abzüge vom Ergänzungskapital	-210	-252
Gesamtkapital	62.225	64.522

¹ Bezieht sich im Wesentlichen auf prudentielle Filter für Fonds zur baupartechnischen Absicherung.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva

Die nachfolgende Tabelle zeigt die RWA nach Risikoart und Geschäftsbereich. Sie beinhaltet die aggregierten Effekte der segmentellen Reallokation von infrastrukturbezogenen Positionen, soweit anwendbar, sowie Reallokationen zwischen den Segmenten.

Risikogewichtete Aktiva nach Modell und Geschäftsbereich

30.9.2016

in Mio €	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth and Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko	61.379	66.353	41.170	8.739	38.142	7.575	14.364	237.723
Abwicklungsrisiko	18	0	0	0	0	0	0	18
Kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)	10.552	35	58	134	512	207	9	11.508
Markttrisiko	31.433	811	0	2	72	7.629	0	39.946
Operationelles Risiko	60.544	15.064	7.721	4.410	6.033	2.359	0	96.132
Insgesamt	163.926	82.264	48.949	13.286	44.758	17.770	14.374	385.326

31.12.2015

in Mio €	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth and Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko	61.132	70.748	41.310	8.194	37.553	11.558	11.524	242.019
Abwicklungsrisiko	9	0	0	0	0	0	0	9
Kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)	11.971	8	74	309	391	3.082	41	15.877
Markttrisiko	32.502	1.191	6	1.262	32	14.286	275	49.553
Operationelles Risiko	54.777	14.165	8.518	2.739	5.266	3.972	487	89.923
Insgesamt	160.391	86.112	49.909	12.504	43.242	32.898	12.326	397.382

Die RWA gemäß CRR/CRD 4 betragen 385,3 Mrd € zum 30. September 2016 im Vergleich zu 397,4 Mrd € zum Jahresende 2015. Der Gesamtrückgang von 12,1 Mrd € resultiert größtenteils aus einem Rückgang der RWA im Markttrisiko von 9,6 Mrd € der NCOU aufgrund fortschreitender Risikoreduktionen sowie einem niedrigeren Multiplikator. Die Reduktion in den kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen (CVA) von 4,4 Mrd € ergibt sich hauptsächlich aus weiteren Risikoreduktionen in den Basisportfolios. Der Rückgang der RWA aus dem Kreditrisiko in Höhe von 4,3 Mrd € resultiert hauptsächlich aus Fremdwährungsbewegungen. Der Gesamtrückgang wurde teilweise ausgeglichen durch höhere RWA des operationellen Risikos von 6,2 Mrd € aus der Berücksichtigung von hinreichend wahrscheinlichen Verlusten aus Rechtsstreitigkeiten sowie durch die Erhöhung des operationellen Verlustprofils der Finanzbranche. Die RWA aus dem Kreditrisiko ohne Fremdwährungseinflüsse wurden überwiegend durch Bewegungen bei „Methoden und Grundsätze“ beeinflusst, teilweise kompensiert durch Verbesserungen in „Portfolioqualität“.

Die RWA gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung betragen 384,7 Mrd € zum 30. September 2016 im Vergleich zu 396,7 Mrd € zum Jahresende 2015. Der Rückgang resultiert aus den gleichen Veränderungen wie zuvor für die risikogewichteten Aktiva unter Anwendung der Übergangsbestimmungen beschrieben. Die risikogewichteten Aktiva gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung waren um 0,6 Mrd € geringer als die RWA unter Anwendung der Übergangsbestimmungen. Der Unterschiedsbetrag kommt zu gleichen Teilen aus niedrigeren risikogewichteten Aktiva aus unseren latenten Steueransprüchen, die aus temporären Differenzen resultieren, und unseren signifikanten Beteiligungen in Instrumenten des Harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, welche beide in die Schwellenwert-Ausnahmeregelung gemäß Artikel 48 CRR einbezogen werden.

Die nachfolgenden Tabellen stellen eine Analyse der wesentlichen Einflussgrößen auf die RWA-Berechnungen für das Kredit-, Markt- und operationelle Risiko sowie die kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung in der Berichtsperiode dar.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das Kreditrisiko

in Mio €	Jan. – Sep. 2016 CRR/CRD 4		Jan. – Dez. 2015 CRR/CRD 4	
	Kreditrisiko	Davon: Derivate- und Wertpapier- finanzierungs- geschäfte	Kreditrisiko	Davon: Derivate- und Wertpapier- finanzierungs- geschäfte
RWA-Bestand für Kreditrisiko am Periodenanfang	242.019	37.276	244.128	41.117
Portfoliogröße	425	108	- 4.822	- 6.224
Portfolioqualität	- 1.481	640	- 2.103	- 95
Modellanpassungen	583	0	728	0
Methoden und Grundsätze	2.315	2.315	- 3.346	0
Akquisitionen und Verkäufe	- 709	- 709	- 206	0
Fremdwährungsbewegungen	- 4.972	- 1.149	10.378	2.479
Sonstige	- 458	0	- 2.738	0
RWA-Bestand für Kreditrisiko am Periodenende	237.723	38.481	242.019	37.276

Die Klassifizierung der Kategorien für die Entwicklung der RWA für das Kreditrisiko ist mit den Anforderungen aus der „Enhanced Disclosure Task Force“ (EDTF) vollständig abgestimmt. Die Kategorie „Portfolioqualität“ zeigt hauptsächlich Effekte aufgrund von Veränderungen der Bonitätseinstufungen, der Verlustquoten bei Ausfall, der regelmäßigen Parameterrekalibrierungen sowie zusätzlichen Anwendungen von Sicherheitenvereinbarungen. Die Kategorie „Portfoliogröße“ beinhaltet organische Veränderungen im Umfang wie auch in der Zusammensetzung der Portfolios. Die Kategorie „Modellanpassungen“ zeigt vornehmlich den Einfluss von Modellverbesserungen und der zusätzlichen Anwendung fortgeschrittener Modelle. RWA-Veränderungen aufgrund externer, aufsichtsrechtlich bestimmter Veränderungen, wie zum Beispiel der Anwendung neuer Regelwerke, werden in der Kategorie „Methoden und Grundsätze“ berücksichtigt. Die Kategorie „Akquisitionen und Verkäufe“ beinhaltet signifikante Veränderungen der Portfoliozusammensetzung, welche durch neue Geschäftsaktivitäten oder Veräußerungen von bestehenden Geschäften gekennzeichnet sind. Die Kategorie „Sonstige“ enthält alle weiteren Änderungen, welche nicht den zuvor genannten Positionen zugeordnet werden können.

Der RWA-Rückgang für das Kreditrisiko um 4,3 Mrd € (1,8 %) seit dem 31. Dezember 2015 ergibt sich hauptsächlich aus Fremdwährungsbewegungen, die vor allem aus der Schwächung des US-Dollar resultieren. Weiterer Rückgang in der Kategorie „Portfolioqualität“ wurde durch Verbesserungen in unseren Verlustquotenparametern und in dem Sicherheitenallokationsprozess verursacht. Die Verringerung in der Kategorie „Akquisitionen und Verkäufe“ reflektiert den Verkauf unseres größten Einzelvermögensgeschäfts in NCOU. Der Anstieg in der Kategorie „Methoden und Grundsätze“ resultiert aus der veränderten Behandlung von Teilen unseres illiquiden Derivateportfolios im Zusammenhang mit der Nachschuss-Risikoperiode. Der moderate Anstieg in der Kategorie „Modellanpassungen“ steht im Zusammenhang mit der Bestimmung unserer Anteile aus Ausfallfonds mit zentralen Gegenparteien. Trotz eines ausgeglicheneren Ergebnisses im Vergleich zum 31. Dezember 2015 reflektiert die Kategorie „Portfoliogröße“ einen materiellen Rückgang im dritten Quartal im Vergleich zu den ersten sechs Monaten als Ergebnis fortschreitender Risikoreduzierung.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)

in Mio €	Jan. – Sep. 2016 CRR/CRD 4		Jan. – Dez. 2015 CRR/CRD 4	
	RWA-Bestand für CVA am Periodenanfang	15.877		21.203
Veränderungen des Risikovolumens	- 3.309		- 5.591	
Veränderungen der Marktdaten und Rekalibrierungen	411		- 1.552	
Modellverbesserungen	0		0	
Methoden und Grundsätze	- 1.000		- 77	
Akquisitionen und Verkäufe	0		0	
Fremdwährungsbewegungen	- 471		1.894	
RWA-Bestand für CVA am Periodenende	11.508		15.877	

Auf Basis des CRR/CRD 4-aufsichtsrechtlichen Rahmenwerks berechnen wir RWA für die CVA, welche die Kreditqualität unserer Kontrahenten berücksichtigt. Die RWA für die CVA bilden das Risiko von Marktwertverlusten auf das erwartete Gegenpartierisiko für alle OTC-Derivate ab. Wir berechnen den überwiegenden Teil der CVA auf Basis unseres eigenen internen Modells, das von der BaFin genehmigt wurde. Per 30. September 2016 beliefen sich die RWA für

CVA-Risiken auf € 11,5 Mrd, was einer Reduktion von € 4,4 Mrd (28 %) im Vergleich zu € 15,9 Mrd € zum 31. Dezember 2015 entspricht. Diese Reduzierung ist im Wesentlichen durch den Rückgang unseres OTC-Derivate-Portfolios, Modell- und Richtlinienanpassungen sowie Währungsschwankungen getrieben.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das Marktrisiko

in Mio €	Jan. – Sep. 2016 CRR/CRD 4	Jan. – Dez. 2015 CRR/CRD 4
RWA-Bestand für Marktrisiko am Periodenanfang	49.553	64.209
Risikovolumen	- 10.944	- 27.671
Marktdaten und Rekalibrierungen	2.192	3.919
Modellverbesserungen	148	1.501
Methoden und Grundsätze	- 754	5.707
Akquisitionen und Verkäufe	0	0
Fremdwährungsbewegungen	- 248	1.888
RWA-Bestand für Marktrisiko am Periodenende	39.946	49.553

Die Analyse für das Marktrisiko umfasst Bewegungen in unseren internen Modellen für den Value-at-Risk, den Stress-Value-at-Risk, den inkrementellen Risikoaufschlag, den umfassenden Risikoansatz sowie Ergebnisse vom Marktrisiko-Standardansatz, zum Beispiel für Handelsbuchverbriefungen und nth-to-default-Kreditderivate. Die Marktrisiko-RWA-Bewegungen, die sich durch Veränderungen in Marktdaten, Volatilitäten, Korrelationen, Liquidität und Bonitätseinstufungen ergeben, sind in der Kategorie „Marktdaten und Rekalibrierungen“ enthalten. Veränderungen in unseren internen Modellen für Marktrisiko-RWA, wie Methodenverbesserungen oder die Erweiterungen des Umfangs der erfassten Risiken, werden in die Kategorie „Modellverbesserungen“ einbezogen. In der Kategorie „Methoden und Grundsätze“ werden aufsichtsrechtlich vorgegebene Anpassungen unserer RWA-Modelle oder Berechnungen berücksichtigt. Signifikante neue Geschäftstätigkeiten und Verkäufe würden in der Zeile „Akquisitionen und Verkäufe“ einbezogen.

Der RWA-Rückgang für Marktrisiken um 9,6 Mrd € (19 %) seit dem 31. Dezember 2015 ergab sich im Wesentlichen aus Rückgängen in den Kategorien „Risikovolumen“ sowie „Methoden und Grundsätze“. Der Rückgang in der Kategorie „Risikovolumen“ resultiert hauptsächlich aus dem Verkauf von oder nach Ende der Laufzeit verfallenen Positionen im Portfolio, welche sich auf den Marktrisiko-Standardansatz auswirkte, und aus dem Risikoabbau in NCOU, welche sich auf den umfassenden Risikoansatz auswirkten. Dies wurde zum Teil aufgewogen durch Erhöhungen in der Kategorie „Marktdaten und Rekalibrierungen“.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das operationelle Risiko

in Mio €	Jan. – Sep. 2016 CRR/CRD 4	Jan. – Dez. 2015 CRR/CRD 4
RWA-Bestand für das operationelle Risiko am Periodenanfang	89.923	67.082
Veränderungen des Verlustprofils (intern und extern)	4.868	24.170
Veränderung der erwarteten Verluste	- 955	- 2.216
Zukunftsgerichtete Risikokomponente	2.296	163
Modellverbesserungen	0	724
Methoden und Grundsätze	0	0
Akquisitionen und Verkäufe	0	0
RWA-Bestand für das operationelle Risiko am Periodenende	96.132	89.923

Der Anstieg der risikogewichteten Aktiva um insgesamt 6,2 Mrd € resultierte vorrangig aus großen operationellen Risikoereignissen wie beispielsweise aufsichtsrechtlich bedingten Vergleichszahlungen von Finanzinstituten, die in unserem AMA-Modell berücksichtigt werden.

Weitere in den Modellverbesserungen enthaltene Auswirkungen auf die übrigen RWA-Komponenten des operationellen Risikos werden sich erwartungsgemäß im Einklang mit der Umsetzung der Modelländerungen einstellen, welche kürzlich von der gemeinschaftlichen Aufsicht genehmigt wurde.

Ökonomisches Kapital

Interne Kapitaladäquanz

Die von uns im Rahmen unseres internen Prozesses zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit („Internal Capital Adequacy Assessment Process“, auch ICAAP) auf Basis eines unterstellten Liquidationsszenarios („Gone Concern Approach“) verwendete primäre Messgröße zur Ermittlung unserer internen Kapitaladäquanz ist das Verhältnis unseres Kapitalangebots zu unserer Kapitalanforderung, wie in der nachstehenden Tabelle dargestellt. Die Definition des Kapitalangebots wurde im ersten Quartal 2016 weiter an die Vorschriften des CRR/CRD 4-Kapitalrahmenwerks angepasst. Der Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte werden jetzt vom Säule 2-Kapitalangebot abgezogen, anstatt zur Kapitalanforderung addiert zu werden. Der Vorjahresvergleich wurde angepasst.

Interne Kapitaladäquanz

in Mio €
(sofern nicht anders angegeben)

	30.9.2016	31.12.2015
Kapitalangebot		
Den Aktionären zurechenbares Eigenkapital	61.770	62.678
Gewinne aus beizulegenden Zeitwerten eigener Verbindlichkeiten und Debt Valuation Adjustments, in Bezug auf eigenes Kreditrisiko ¹	- 785	- 407
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds ²	- 1.028	- 1.173
Aktive latente Steuern	- 7.711	- 7.762
Zusätzliche Bewertungsanpassung ³	- 1.526	- 1.877
Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust	- 410	- 106
Fonds baupartentechnische Absicherung	- 284	- 291
Eigene Instrumente des Harten Kernkapitals	- 16	- 62
Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts für Anlagevermögen, für das keine kongruente Refinanzierung vorliegt ⁴	- 624	- 147
Anteile ohne beherrschenden Einfluss ⁵	0	0
Immaterielle Vermögenswerte	- 9.560	- 10.078
Hybride Tier-1-Kapitalinstrumente	11.026	11.962
Tier-2-Kapitalinstrumente	7.822	8.016
Kapitalangebot	58.674	60.745
Ökonomischer Kapitalbedarf		
Kreditrisiko	13.314	13.685
Marktrisiko	16.740	17.436
Operationelles Risiko	11.010	10.243
Geschäftsrisiko	6.146	5.931
Diversifikationseffekte	- 8.830	- 8.852
Kapitalanforderung	38.380	38.442
Interne Kapitaladäquanzquote in %	153	158

¹ Beinhaltet Abzüge von Fair-Value-Erträgen auf eigene Krediteffekte in Bezug auf eigene Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, sowie Debt Valuation Adjustments.

² Beinhaltet Netto-Vermögenswerte (Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten) leistungsdefinierter Pensionsfonds, im vorliegenden Beispiel angewandt auf den Fall einer Überdeckung von Pensionsverpflichtungen.

³ Analog zum Abzug beim regulatorischen Kapital.

⁴ Beinhaltet Adjustierungen des beizulegenden Zeitwerts für in Übereinstimmung mit IAS 39 umgewidmete Vermögenswerte sowie für Anlagevermögen, für das keine kongruente Refinanzierung vorliegt. Positive Beträge werden nicht berücksichtigt.

⁵ Beinhaltet Anteile ohne beherrschenden Einfluss bis zum Betrag des Ökonomischen Kapitalbedarfs für jede Tochtergesellschaft.

Eine Quote von mehr als 100 % bestätigt, dass unser gesamtes Kapitalangebot ausreicht, die über die Risikopositionen ermittelte Kapitalanforderung abzudecken. Diese Quote betrug 153 % zum 30. September 2016 im Vergleich zu 158 % zum 31. Dezember 2015. Die Änderung der Quote resultierte aus einem reduzierten Kapitalangebot. Der Rückgang des den Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals um 909 Mio € resultierte hauptsächlich aus Wechselkursänderungen. Der Rückgang der hybriden Tier-1-Instrumente um 936 Mio € resultierte im Wesentlichen aus zurückgezahlten Kapitalinstrumenten.

Die obigen Messgrößen zur Risikotragfähigkeit werden auf den konsolidierten Konzern (inklusive Postbank) angewandt und bilden einen integralen Teil unseres Rahmenwerks für das Risiko- und Kapitalmanagement.

Verschuldungsquote

Wir steuern unsere Bilanz auf Konzernebene und gegebenenfalls in den einzelnen Regionen lokal. Wir weisen unsere Finanzressourcen bevorzugt den Geschäftsportfolios zu, die sich am positivsten auf unsere Rentabilität und das Aktionärsvermögen auswirken. Wir überwachen und analysieren die Bilanzentwicklung und beobachten bestimmte marktrelevante Bilanzkennzahlen. Diese dienen als Basis für Diskussionen und Managemententscheidungen des Group Risk Committee. Mit der Veröffentlichung des CRR/CRD 4-Rahmenwerks haben wir die Berechnung unserer Verschuldungsquote an dieses Rahmenwerk angepasst.

Verschuldungsquote gemäß dem überarbeiteten CRR/CRD 4-Rahmenwerk auf Basis einer Vollumsetzung

Im Rahmen der CRR/CRD 4 wurde eine nicht risikobasierte Verschuldungsquote eingeführt, die neben den risikobasierten Kapitalanforderungen als zusätzliche Kennzahl genutzt werden soll. Ziel ist es, die Zunahme der Verschuldung in der Bankenbranche zu begrenzen, das Risiko eines destabilisierenden Schuldenaufbaus, der dem Finanzsystem und der Wirtschaft schaden kann, zu mindern und die risikobasierten Anforderungen durch einen einfachen, nicht risikobasierten Sicherheitsmechanismus zu ergänzen.

Wir berechnen die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung gemäß Artikel 429 der CRR (Verordnung Nr. 575/2013), der mit der durch die Europäische Kommission am 10. Oktober 2014 verabschiedeten delegierten Verordnung (EU 2015/62), veröffentlicht am 17. Januar 2015 im Amtsblatt der Europäischen Union, geändert wurde.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote besteht aus den Komponenten Derivate, Wertpapierfinanzierungsgeschäfte, außerbilanzielle Risikopositionen und andere Bilanzpositionen (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte).

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für Derivate wird auf Grundlage der regulatorischen Marktbewertungsmethode für Derivate, die die aktuellen Wiederbeschaffungskosten zuzüglich eines regulatorisch definierten Aufschlags für den potenziellen künftigen Wiederbeschaffungswert beinhaltet, berechnet. Von Gegenparteien erhaltene variable Barnachschusszahlungen werden von den aktuellen Wiederbeschaffungskosten von Derivaten, an Gegenparteien geleistete variable Barnachschusszahlungen werden von der Gesamtrisikopositionsmessgröße, die sich aus Forderungen ergibt, die als Vermögenswerte bilanziert wurden, abgezogen, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Der effektive Nominalwert für geschriebene Kreditderivate, das heißt der Nominalwert reduziert um alle negativen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, die in die Berechnung des Kernkapitals eingeflossen sind, ist in die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote eingerechnet. Die sich daraus ergebende Gesamtrisikopositionsmessgröße wird um den effektiven Nominalwert eines gekauften Kreditderivats auf den gleichen Referenznamen reduziert, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt sind.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte beinhaltet die Brutto-Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften, die mit Verbindlichkeiten aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften aufgerechnet werden, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Zusätzlich zu den Brutto-Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften wird ein Aufschlag für das Gegenparteiausfallrisiko aus Wertpapierfinanzierungstransaktionen in die Gesamtrisikopositionsmessgröße aufgenommen.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für außerbilanzielle Risikopositionen berücksichtigt die Gewichtungsfaktoren (Credit Conversion Factors) aus dem Standardansatz für das Kreditrisiko von 0 %, 20 %, 50 % oder 100 % je nach Risikokategorie, mit einer Untergrenze von 10 %.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für andere Bilanzpositionen (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte) beinhaltet den Bilanzwert der jeweiligen Positionen (ohne Derivate und Wertpapierfi-

nanzierungsgeschäfte) sowie aufsichtsrechtlichen Anpassungen für Positionen, die bei der Ermittlung des aufsichtsrechtlichen Kernkapitals abgezogen wurden.

Die folgenden Tabellen zeigen die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote und die Verschuldungsquote, beide auf Basis einer Vollumsetzung:

Summarische Abstimmung zwischen bilanzierten Aktiva und Risikopositionen für die Verschuldungsquote

in Mrd €	30.9.2016	31.12.2015
Summe der Aktiva laut veröffentlichtem Abschluss	1.689	1.629
Anpassung für Unternehmen, die für Rechnungslegungszwecke konsolidiert werden, aber nicht dem aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis angehören	- 13	3
Anpassungen für derivative Finanzinstrumente	- 322	- 263
Anpassung für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT)	28	25
Anpassung für außerbilanzielle Posten (das heißt Umrechnung außerbilanzieller Risikopositionen in Kreditäquivalenzbeträge)	99	109
Sonstige Anpassungen	- 127	- 107
Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	1.354	1.395

Einheitliche Offenlegung der Verschuldungsquote

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	30.9.2016	31.12.2015
Summe Risikopositionen aus Derivaten	181	215
Summe Risikopositionen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (SFT)	178	164
Summe außerbilanzielle Risikopositionen	99	109
Sonstige bilanzwirksame Risikopositionen	913	924
Bei der Ermittlung des Kernkapitals auf Basis einer Vollumsetzung abgezogene Aktivabeträge	- 17	- 17
Kernkapital auf Basis einer Vollumsetzung	47,4	48,7
Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	1.354	1.395
Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung in Bezug auf das Kernkapital (in %)	3,5	3,5

Beschreibung der Einflussfaktoren, die die Verschuldungsquote in den ersten neun Monaten 2016 beeinflusst haben

Zum 30. September 2016 betrug unsere CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung 3,5 %, verglichen mit 3,5 % am 31. Dezember 2015, unter Berücksichtigung des Kernkapitals auf Basis einer Vollumsetzung in Höhe von 47,4 Mrd € im Verhältnis zur anzuwendenden Gesamtrisikopositionsmessgröße in Höhe von 1.354 Mrd € (48,7 Mrd € sowie 1.395 Mrd € per 31. Dezember 2015).

Im Laufe der ersten neun Monate 2016 verringerte sich unsere Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote um 41 Mrd € auf 1.354 Mrd €. Das spiegelt größtenteils einen Rückgang bei Derivaten um 34 Mrd € wider, der hauptsächlich auf geringere Aufschläge für den potenziellen künftigen Wiederbeschaffungswert sowie den effektiven Nominalwerten geschriebener Kreditderivate nach Aufrechnung zurückzuführen ist. Außerbilanziellen Positionen reduzierten sich um 10 Mrd €, was mit niedrigeren Nominalwerten bei unwiderruflichen Kreditzusagen und ausleihebezogenen Eventualverbindlichkeiten korrespondiert. Des Weiteren gab es einen Rückgang in Höhe von 11 Mrd € bei sonstigen bilanzwirksamen Risikopositionen, hauptsächlich bei Handelsaktiva, der teilweise durch höhere Barreserven und Zentralbankeinlagen kompensiert wurde. Den genannten Rückgängen der Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote steht ein Anstieg bei Wertpapierfinanzierungsgeschäften um 14 Mrd € gegenüber, welcher die Erhöhung in der Bilanz bei den Bilanzpositionen für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen, sowohl auf Basis fortgeführter Anschaffungskosten als auch zum beizulegenden Zeitwert bewertet, und Prime-Brokerage-Geschäfte) widerspiegelt. Zusätzlich trug ein höherer Aufschlag für Gegenparteiausfallrisiko zum Anstieg bei Wertpapierfinanzierungsgeschäften bei.

Der Rückgang unserer Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote im Laufe der ersten drei Quartale 2016 enthält Währungseffekte in Höhe von minus 22 Mrd €, die hauptsächlich auf der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar sowie dem Pfund Sterling beruhen.

Unsere Verschuldungsquote berechnet auf Basis der gesamten IFRS-Aktiva im Vergleich zum gesamten IFRS-Eigenkapital betrug 25 zum 30. September 2016, verglichen mit 24 zum 31. Dezember 2015.

Für die zentralen Treiber der Kernkapital-Entwicklung verweisen wir auf den Abschnitt „Aufsichtsrechtliches Eigenkapital“ dieses Berichts.

Risikopositionswert des Kreditrisikos

Klassifizierung des Kreditrisikoengagements

Wir teilen unser Kreditrisikoengagement in zwei Gruppen auf: das Firmenkreditengagement und das Konsumentenkreditengagement.

- Unser Konsumentenkreditengagement besteht aus kleineren standardisierten homogenen Krediten, insbesondere in Deutschland, Italien und Spanien. Es umfasst Privatdarlehen, Immobilienfinanzierungen für Wohnungsbau und Gewerbe sowie Kreditlinien und Kredite an Selbständige und Kleingewerbetreibende aus unserem Privatkunden- und Retailgeschäft.
- Unser Firmenkreditengagement setzt sich aus allen Engagements zusammen, die nicht als Konsumentenkreditengagements definiert werden.

Firmenkreditengagement

Wesentliche Kategorien des Firmenkreditengagements, gegliedert nach unseren internen Bonitätsklassen unserer Geschäftspartner

30.9.2016							
in Mio €	Ausfallwahrscheinlichkeit ¹	Kredite	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Festverzinsliche Wertpapiere ⁴	Insgesamt
iAAA–iAA	0,00–0,04 %	46.909	21.371	5.358	20.320	55.839	149.796
iA	0,04–0,11 %	45.712	41.941	14.063	12.745	7.790	122.251
iBBB	0,11–0,50 %	59.094	43.321	16.378	7.819	2.617	129.230
iBB	0,50–2,27 %	49.752	31.743	10.113	5.436	636	97.679
iB	2,27–10,22 %	23.725	16.708	4.321	1.522	13	46.289
iCCC und schlechter	10,22–100 %	13.306	4.600	1.863	393	15	20.177
Insgesamt		238.497	159.684	52.096	48.236	66.909	565.422

¹ Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von einem Jahr.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,8 Mrd € zum 30. September 2016 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

⁴ Enthält zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere und bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere.

31.12.2015							
in Mio €	Ausfallwahrscheinlichkeit ¹	Kredite	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
iAAA–iAA	0,00–0,04 %	50.712	23.035	6.384	22.753	59.157	162.042
iA	0,04–0,11 %	49.197	46.220	15.464	10.998	4.515	126.394
iBBB	0,11–0,50 %	62.044	44.603	18.283	7.871	1.911	134.711
iBB	0,50–2,27 %	51.454	37.643	10.827	5.358	2.621	107.904
iB	2,27–10,22 %	20.610	21.212	4.668	1.558	57	48.105
iCCC und schlechter	10,22–100 %	9.853	1.834	1.700	515	4	13.906
Insgesamt		243.871	174.548	57.325	49.053	68.266	593.063

¹ Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von einem Jahr.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,2 Mrd € zum 31. Dezember 2015 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

Die obige Tabelle zeigt einen generellen Rückgang unseres Firmenkreditengagements von 27,6 Mrd € oder 5 % in den ersten neun Monaten 2016. Die Qualität des Firmenkreditengagements vor Kreditrisikominderung mit Investment-Grade-Bewertung ist konstant bei 71 % geblieben.

Der Rückgang unseres Firmenkreditengagements von Dezember 2015 bis September 2016 ist vor allem auf unwiderrufliche Kreditzusagen (Rückgang um 14,9 Mrd € oder 9 %), Kredite (Rückgang um 5,4 Mrd € oder 2 %) und Eventualverbindlichkeiten (Rückgang um 5,2 Mrd € oder 9 %) zurückzuführen. Die Reduzierung in unwiderruflichen Kreditzusagen ist hauptsächlich auf Wechselkursänderungen und einem Rückgang der NCOU zurückzuführen. Eventualverbindlichkeiten sind größtenteils wegen ausgelaufenem Geschäft zurückgegangen und der Rückgang in unserem Kreditportfolio ist hauptsächlich auf einen gesteuerten Abbau in der NCOU zurückzuführen.

Konsumentenkreditengagement

In unserem Konsumentenkreditengagement überwachen wir den Anteil der Kredite, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, und die auf Jahresbasis berechneten Nettokreditkosten nach Eingängen auf abgeschriebene Forderungen.

Konsumentenkreditengagement

	Gesamtengagement in Mio €		90 Tage oder mehr überfällig in % des Gesamtengagements		Nettokreditkosten in % des Gesamtengagements ²	
	30.9.2016	31.12.2015	30.9.2016	31.12.2015	30.9.2016	31.12.2015
Konsumentenkreditengagement Deutschland	150.936	150.202	0,73	0,87	0,13	0,16
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	20.497	20.326	2,21	2,77	0,92	0,89
Immobilienfinanzierungen	130.440	129.876	0,50	0,57	0,01	0,05
Konsumentenkreditengagement außerhalb Deutschlands	38.107	38.704	4,45	4,95	0,48	0,55
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	14.405	13.259	8,75	9,55	0,80	1,18
Immobilienfinanzierungen	23.703	25.444	1,83	2,55	0,28	0,22
Konsumentenkreditengagement insgesamt¹	189.044	188.906	1,48	1,70	0,20	0,24

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 3,1 Mrd € zum 30. September 2016 und 3,6 Mrd € zum 31. Dezember 2015.

² Nettokreditkosten für den zum Bilanzstichtag endenden 12-Monats-Zeitraum dividiert durch das Kreditengagement an diesem Bilanzstichtag.

Zum 30. September 2016 ist unser Konsumentenkreditengagement gegenüber dem Jahresende 2015 um 138 Mio € oder 0,07 % gestiegen. Der Anstieg kommt überwiegend aus den Portfolios in Deutschland (+734 Mio €) und Indien (+207 Mio €) und wird gemindert durch Reduktionen in Italien (-802 Mio €). Der Gesamtanstieg ist durch selektive Verkäufe in Italien und Deutschland gemindert.

Die Quote der 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite im gesamten Konsumentenkreditengagement sank von 1,70 % per Jahresende 2015 auf 1,48 % zum 30. September 2016. Die Nettokreditkosten als Prozentsatz des Gesamtengagements gingen von 0,24 % per Jahresende 2015 auf 0,20 % zum 30. September 2016 zurück. Diese Entwicklung basiert auf einer sich weiter verbessernden oder stabilisierenden allgemeinen Wirtschaftslage in Ländern, in denen wir aktiv sind, und dem Portfolioverkauf in Italien.

Konsumenten-Immobilienfinanzierungsengagement, gruppiert nach Beleihungsauslaufklassen¹

	30.9.2016	31.12.2015
≤ 50 %	68 %	68 %
> 50 ≤ 70 %	16 %	16 %
> 70 ≤ 90 %	9 %	9 %
> 90 ≤ 100 %	3 %	3 %
> 100 ≤ 110 %	2 %	2 %
> 110 ≤ 130 %	1 %	1 %
> 130 %	1 %	2 %

¹ Der Ausweis des Gesamtengagements in den Beleihungsauslaufklassen erfolgt durch den relativen Anteil des Gesamtengagements an dem Immobilienwert, der der Kalkulation zugrunde liegt.

Der Beleihungsauslauf setzt das Gesamtengagement in Verhältnis zum Wert einer Immobilie.

Unser Beleihungsauslauf wird berechnet, indem das Gesamtengagement durch den aktuellen Immobilienwert der zugrunde liegenden Immobiliensicherheit geteilt wird. Diese Werte werden regelmäßig aktualisiert. Das Gesamtengagement von Transaktionen, welche zusätzlich durch liquide Sicherheiten besichert werden, wird um den Wert dieser Sicherheiten reduziert, wohingegen vorrangige Verbindlichkeiten das Gesamtengagement erhöhen. Der berechnete Beleihungsauslauf von Immobilienfinanzierungen beinhaltet lediglich durch Immobilien besicherte Gesamtengagements. Immobilienfinanzierungen, welche ausschließlich durch andere Arten als Immobiliensicherheiten besichert sind, fließen nicht in die Kalkulation ein.

Die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers, der Beleihungsauslauf und die Qualität der Sicherheiten sind integrale Bestandteile unseres Risikomanagements bei der Kreditvergabe, deren Überwachung sowie bei der Steuerung unseres Kreditrisikos. In der Regel akzeptieren wir umso höhere Beleihungsausläufe, je besser die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers ist. Dennoch gibt es Restriktionen für Beleihungsausläufe in Ländern mit einem negativen Konjunkturausblick oder erwarteten Rückgängen von Immobilienwerten.

Zum 30. September 2016 verzeichneten wir unverändert zum Jahresende 2015 für 68 % des Gesamtengagements an Immobilienfinanzierungen einen Beleihungsauslauf kleiner oder gleich 50 %.

Kreditrisikoengagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone

Vor dem Hintergrund der Risikosituation in der Eurozone wird in nachstehenden Tabellen ein Überblick über ausgewählte Länder der Eurozone gegeben. Das erhöhte Risiko für die betroffenen Staaten wird von einer Reihe von Faktoren bestimmt, unter anderem hoher Staatsverschuldung und/oder von Budgetdefiziten, eingeschränktem Zugang zu Kapitalmärkten, anstehenden Fälligkeiten, schwachen ökonomischen Rahmendaten beziehungsweise Aussichten (einschließlich geringem Wachstum des Bruttoinlandproduktes, geringer Wettbewerbsfähigkeit, hoher Arbeitslosigkeit und politischer Unsicherheit).

Die Risiken aufgrund politischer Entscheidungen in bestimmten Ländern der Eurozone sind weiterhin hoch. Das Referendum in Italien über den Senat im Dezember birgt das Risiko politischer Instabilität sowie potenzieller Neuwahlen, sofern Reformen abgelehnt werden. Spanien befand sich in einer politisch ausweglosen Situation nach einer ergebnislosen Wahl. Die Implementierung des griechischen Wahlprogramms ist unsicher, da notwendige Unterstützung während der Wahlen zurückgegangen ist. Die makroökonomischen Auswirkungen des Brexit fielen bisher moderat aus und ein positives Wachstum des BIP in 2017 wird für alle in diesem Kapitel dargestellten Länder in der Eurozone erwartet, obgleich für große Volkswirtschaften eine geringere Wachstumsrate als in 2016 vorhergesagt wird. Zusätzlich zu den politischen Risiken hat der Druck auf den europäischen Bankensektor das Potenzial, den wirtschaftlichen Aufschwung zu verzögern. Die Geldmarktpolitik wird weiterhin extrem expansiv bleiben.

Für die Darstellung unserer Engagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone verwenden wir zwei grundsätzliche Konzepte wie folgt:

- In unserer „Risikomanagement-Perspektive“ berücksichtigen wir das Sitzland der Konzernmutter und spiegeln die Kreditnehmereinheit wider. Darunter werden alle Kreditlinien an eine Gruppe von Kreditnehmern, die miteinander verbunden sind (zum Beispiel durch eine Einheit, die eine Mehrheit der Stimmrechte oder des Kapitals an einer anderen Einheit hält), unter einem Schuldner konsolidiert. Diese Gruppe von Kreditnehmern wird in der Regel dem Herkunftsland der jeweiligen Muttergesellschaft zugeordnet. Beispielsweise ist ein Darlehen an einen Geschäftspartner in Spanien ein spanisches Risiko aus Sicht des Sitzlandes der Gesellschaft, aber ein deutsches Risiko aus Risikomanagement-Perspektive, wenn die jeweilige Gegenpartei eine Muttergesellschaft mit Sitz in Deutschland hat, die nach dem oben genannten Prinzip mit einem Schuldner verbunden ist. Aufrechnungen im Derivategeschäft sowie Sicherungsgeschäfte und Kreditsicherheiten werden in der Risikomanagement-Perspektive berücksichtigt. Die Bewertung der Sicherheiten folgt denselben Methoden und Prinzipien wie an anderer Stelle in unserem Geschäftsbericht 2015 aufgezeigt. Ergänzend ordnen wir aus Sicht des Risikomanagements das Engagement gegenüber Zweckgesellschaften dem Sitzland der zugrunde liegenden Vermögenswerte und nicht dem Sitzland der Zweckgesellschaft zu. Zusätzliche Überlegungen gelten für strukturierte Produkte. Wenn beispielsweise ein strukturiertes Wertpapier von einer Zweckgesellschaft in Irland ausgegeben wird, wird es als ein irisches Risiko in der „Sitzland-

Perspektive“ betrachtet, aber wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte, die das strukturierte Wertpapier besichern, deutsche Hypothekendarlehen sind, wären die Engagements als deutsches Risiko in der Risikomanagement-Perspektive enthalten.

- In unserer „Sitzland-Perspektive“ aggregieren wir das Kreditrisikoengagement unabhängig von jeglichen Verbindungen zu anderen Kreditnehmern auf Basis des Sitzlandes des Kreditnehmers oder im Falle von Kreditabsicherungen (CDS) nach den zugrunde liegenden Vermögensgegenständen zu den entsprechenden Ländern der Eurozone. Aus diesem Grund beziehen wir auch Kunden mit ein, deren Muttergesellschaft außerhalb dieser Länder ansässig ist, sowie Engagements mit Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögensgegenstände ihr Sitzland außerhalb dieser Länder haben.

Zusammengefasstes Nettoengagement gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone – Risikomanagement-Perspektive

in Mio €	30.9.2016	31.12.2015
Griechenland	558	473
Irland	3.380	2.809
Italien	14.113	13.269
Portugal	1.183	729
Spanien	11.834	8.884
Insgesamt	31.069	26.164

Das Nettoengagement erhöhte sich um 4,9 Mrd € seit Jahresende 2015 (der Anstieg um 0,7 Mrd € seit Juni 2016 hängt überwiegend mit spanischen und italienischen nicht-staatlich garantierten handelbaren Kreditpositionen zusammen). Dies ist hauptsächlich auf Erhöhungen in Italien, Spanien und Irland zurückzuführen, dabei im Wesentlichen auf kurzfristiges Liquiditätsexposure in Italien und Spanien, sowie ein erhöhtes Engagement in handelbaren Krediten in verschiedenen Ländern. Das Engagement in Griechenland erhöht sich leicht um 0,1 Mrd € im Vergleich zum Jahresende 2015 aufgrund der Wertanpassung von Sicherheiten im US-Dollar denominierten Schiffsfinanzierungsportfolio von 0,4 Mrd €. Das verbleibende Engagement in Höhe von 0,2 Mrd € wird unverändert eng begleitet.

Unser oben dargestelltes Engagement besteht hauptsächlich aus stark diversifizierten, risikoarmen Retail-Portfolios, Klein- und Mittelstandskunden in Italien und Spanien sowie stärkeren Unternehmen und diversifizierten Mittelstandskunden. Unser Engagement gegenüber Finanzinstituten ist vornehmlich auf größere Banken in Spanien und Italien ausgerichtet, die typischerweise besichert sind. Das Engagement gegenüber Staaten ist unserer Ansicht nach auf einem überschaubaren Niveau. Nicht beachtet wurde dabei ein grundsätzliches Ansteckungsrisiko nach einem Ausstieg Griechenlands aus dem Euro.

Die folgenden, auf der Sitzland-Perspektive basierenden Tabellen zeigen unsere Bruttoexposition, den Anteil an nicht gezogenen Kreditlinien (ausgewiesen als „darunter“-Position) und unser Nettoengagement gegenüber diesen ausgewählten Ländern der Eurozone. Die Bruttoexposition reflektiert unser Nettoengagement vor Berücksichtigung von Kreditderivaten mit Referenz des zugrunde liegenden Vermögenswerts auf eines dieser Länder, erhaltener Garantien und Sicherheiten. Sicherheiten werden insbesondere in unserem Retail-Portfolio gehalten, aber auch gegenüber Finanzinstituten – vorwiegend in Bezug auf Nachschussvereinbarungen für Derivate – sowie Unternehmen. Zusätzlich reflektieren die Beträge auch die Wertberichtigungen für Kreditausfälle. Die Nettoengagements werden nach Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, erhaltenen Garantien und sonstigen Kreditrisikominderungen inklusive der nominalen Nettoexposition aus gekauften beziehungsweise verkauften Kreditderivaten gezeigt. Die dargestellten Brutto- und Nettoforderungen an ausgewählte Länder der Eurozone beinhalten keine Tranchen von Kreditderivaten und Kreditderivate in Bezug auf unser Korrelationsgeschäft, die konstruktionsbedingt kreditrisikoneutral sein sollen. Die Tranchenstruktur sowie die Korrelationen dieser Positionen eignen sich außerdem nicht für eine disaggregierte Darstellung der Nominalwerte je Land, da zum Beispiel identische Nominalwerte unterschiedliche Risikostufen für verschiedene Tranchenebenen repräsentieren.

Bruttoposition, darin enthaltene nicht gezogene Kreditlinien und unser Nettoengagement gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone – Sitzland-Perspektive

in Mio €	Staat		Finanzinstitutionen		Unternehmen		Retail		Sonstige		Insgesamt	
	30.9. 2016	31.12. 2015	30.9. 2016	31.12. 2015	30.9. 2016	31.12. 2015	30.9. 2016	31.12. 2015	30.9. 2016	31.12. 2015	30.9. 2016 ¹	31.12. 2015
Griechenland												
Brutto	106	0	838	732	1.157	1.539	6	7	0	0	2.107	2.277
Nicht gezogen	0	0	25	23	50	118	0	0	0	0	75	142
Netto	100	0	263	237	61	95	1	1	0	0	425	333
Irland												
Brutto	933	459	1.112	998	9.442	8.752	32	35	3.218 ²	4.361 ²	14.737	14.605
Nicht gezogen	0	0	49	23	2.264	2.568	1	0	63 ²	393 ²	2.377	2.984
Netto	667	28	451	528	5.682	5.327	4	5	3.412 ²	4.347 ²	10.215	10.235
Italien												
Brutto	4.260	4.048	4.142	2.421	11.029	10.642	17.189	17.841	261	470	36.881	35.421
Nicht gezogen	28	25	76	73	4.943	4.622	162	148	33	24	5.243	4.892
Netto	1.375	507	1.871	754	7.381	7.093	7.050	6.989	259	448	17.936	15.792
Portugal												
Brutto	82	112	161	260	1.653	1.509	1.684	1.743	67	59	3.648	3.684
Nicht gezogen	0	0	16	22	235	210	26	25	0	0	278	258
Netto	199	64	81	181	1.239	1.111	178	202	67	59	1.765	1.616
Spanien												
Brutto	1.231	729	1.937	1.292	8.599	9.350	9.920	9.928	190	257	21.876	21.556
Nicht gezogen	0	0	248	203	3.866	4.235	275	298	6	14	4.395	4.750
Netto	1.255	757	771	516	6.662	6.838	1.946	1.872	346	476	10.980	10.458
Brutto insgesamt	6.612	5.348	8.190	5.703	31.882	31.792	28.830	29.553	3.735	5.147	79.249	77.544
Nicht gezogen	29	25	414	344	11.359	11.754	463	472	103	431	12.368	13.026
Netto insgesamt³	3.597	1.356	3.437	2.216	21.025	20.463	9.179	9.069	4.084	5.330	41.322	38.434

¹ Ungefähr 65 % des Gesamtengagements werden innerhalb der nächsten fünf Jahre fällig.

² Sonstige Engagements gegenüber Irland enthalten Engagements an Kreditnehmer, bei denen der Sitz der Konzernmutter außerhalb Irlands liegt, sowie Engagements gegenüber Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögenswerte von Kreditnehmern in anderen Ländern stammen.

³ Nettoposition insgesamt beinhaltet keine Bewertungsanpassungen für das Ausfallrisiko für Derivate in Höhe von 230 Mio € zum 30. September 2016 und 159 Mio € zum 31. Dezember 2015.

Das Nettoengagement insgesamt gegenüber den ausgewählten Ländern der Eurozone erhöhte sich in den ersten neun Monaten im Jahr 2016 um 2,9 Mrd €. Der Anstieg resultierte hauptsächlich aus steigenden Engagements in Italien und Spanien.

Aggregiertes Netto-Kreditrisikoengagement nach Finanzinstrumenten gegenüber Kunden mit Sitz in ausgewählten Staaten der Eurozone

in Mio €	30.9.2016						
	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte			Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte ²	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente		Insgesamt ³
	Kredite vor Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Kredite nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Sonstige ¹		Derivate	Sonstige	
Griechenland	138	110	269	0	101	5	484
Irland	3.279	3.279	2.914	1.336	1.066	1.463	10.059
Italien	11.898	11.075	4.433	621	3.630	1.485	21.244
Portugal	548	486	419	13	23	771	1.712
Spanien	5.096	4.503	3.274	927	297	1.353	10.354
Insgesamt	20.959	19.454	11.309	2.897	5.117	5.077	43.854

¹ Enthält überwiegend Eventualverbindlichkeiten und nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen.

² Ohne Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen.

³ Nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

in Mio €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte			Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente		
	Kredite vor Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Kredite nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Sonstige ¹	Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte ²	Derivate	Sonstige	Insgesamt ³
Griechenland	139	104	177	0	54	28	363
Irland	3.616	3.615	2.845	852	988	2.092	10.392
Italien	11.249	10.298	4.094	671	3.433	1.480	19.976
Portugal	604	545	392	12	39	776	1.763
Spanien	5.205	4.598	3.355	198	335	1.539	10.025
Insgesamt	20.813	19.160	10.863	1.733	4.849	5.915	42.520

¹ Enthält überwiegend Eventualverbindlichkeiten und nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen.

² Ohne Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen.

³ Nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

Die obigen Tabellen enthalten keine derivativen Kreditengagements, welche separat in der folgenden Tabelle dargestellt werden. Für unsere derivativen Kreditengagements in diesen Ländern der Eurozone zeigen wir Nominalwerte für gekaufte und verkaufte Sicherungsinstrumente als Bruttowerte und die resultierenden Nettonominalwerte sowie ihre beizulegenden Zeitwerte. Eine detailliertere Beschreibung über die Verwendung von Kreditderivaten, um unser Kreditrisiko zu steuern, befindet sich im entsprechenden Risikoabschnitt unseres Geschäftsberichts 2015.

Engagement in Kreditderivaten mit Sitz der Referenzaktiva in diesen europäischen Staaten

in Mio €	30.9.2016				31.12.2015			
	Eigene Verkäuferposition	Eigene Käuferposition	Nettoposition	Beizulegender Zeitwert netto	Eigene Verkäuferposition	Eigene Käuferposition	Nettoposition	Beizulegender Zeitwert netto
Griechenland	1.132	-1.191	-59	-5	1.144	-1.174	-31	-2
Irland	2.875	-2.718	156	229	3.332	-3.489	-157	4
Italien	51.115	-54.424	-3.309	-67	44.132	-48.316	-4.184	-35
Portugal	4.822	-4.768	53	11	4.497	-4.645	-147	23
Spanien	23.373	-22.748	625	-168	18.489	-18.056	433	-2
Insgesamt	83.317	-85.850	-2.533	0	71.594	-75.680	-4.086	-13

Kreditengagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone

Die nachfolgende Darstellung reflektiert eine Netto-Sitzland-Perspektive für das Kreditengagement gegenüber Staaten.

Kreditengagement gegenüber staatlichen Kreditnehmern ausgewählter Länder der Eurozone

in Mio €	30.9.2016				31.12.2015			
	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Nettonominalbetrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokreditengagement gegenüber Staaten	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten (Nettoposition) ²	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Nettonominalbetrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokreditengagement gegenüber Staaten	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten (Nettoposition) ²
Griechenland	106	-6	100	2	0	0	0	0
Irland	661	7	667	1	55	-28	28	1
Italien	4.184	-2.808	1.375	104	3.989	-3.482	507	36
Portugal	82	117	199	-10	112	-48	64	-9
Spanien	1.227	28	1.255	4	725	32	757	-12
Insgesamt	6.259	-2.662	3.597	100	4.881	-3.526	1.356	17

¹ Beinhaltet Schuldverschreibungen, klassifiziert als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen, als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sowie Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten.

² Die Beträge reflektieren den beizulegenden Netto-Zeitwert (im Sinne des Kontrahentenrisikos) von Kreditabsicherungen, die sich auf staatliche Verbindlichkeiten des jeweiligen Landes beziehen.

Der Anstieg des Nettokreditengagements um 2,2 Mrd € im Vergleich zum Jahresende 2015 resultiert hauptsächlich aus Änderungen des Engagements in Italien, Irland und Spanien. In Irland und Spanien erhöhte sich das Engagement hauptsächlich bei Schuldverschreibungen. Das Nettokreditengagement in Italien erhöhte sich größtenteils durch eine verringerte Netto-Position in gekauften Kreditausfallversicherungen (CDS).

Das oben abgebildete direkte Engagement gegenüber Staaten beinhaltet Bilanzwerte für staatliche Kredite, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden und sich zum 30. September 2016 für Italien auf 290 Mio € und für Spanien auf 468 Mio € belaufen (zum 31. Dezember 2015: für Italien 273 Mio € und für Spanien 478 Mio €).

Qualität von Vermögenswerten

Unsere Kreditinanspruchnahme in jeder der unter Beobachtung stehenden Branchen „Öl und Gas“, „Metalle, Bergbau & Stahl“ und „Schifffahrt“ beträgt ungefähr 2 % im Verhältnis zum gesamten Kreditvolumen.

Unser Kreditvolumen in der Öl- und Gasbranche beträgt rund 9 Mrd €. Rund 50 % unserer Kreditengagements sind Investment-Grade, hauptsächlich in den belastbareren Segmenten Ölkonzerne und staatliche Ölfirmen. Weniger als 25 % unseres „Öl und Gas“ Kreditportfolios ist in Bereichen mit erhöhtem Risiko, die von dem niedrigen Ölpreis betroffen sind, zum Beispiel Sub-Investment-Grade in Exploration & Production (hauptsächlich besichert) und Öl & Gas Services & Equipment.

Unser Kreditvolumen in unserem Portfolio „Metalle, Bergbau und Stahl“ beträgt rund € 5 Mrd. Dieses Portfolio hat eine geringere Kreditqualität im Vergleich zum gesamten Kreditportfolio und hat eine Investment-Grade-Ratio von ungefähr einem Drittel. Vergleichbar mit der Branchenstruktur ist ein wesentlicher Teil des Portfolios in Entwicklungsländern. Unsere Strategie ist, dieses Kreditportfolio angesichts der gestiegenen Risiken in der Branche weiterhin zu reduzieren, insbesondere besteht ein Überangebot mit dem Ergebnis von Preis- und Margendruck.

Unser Kreditvolumen in der Schifffahrtsbranche beträgt rund 5 Mrd € und ist weitestgehend besichert. Das Portfolio ist diversifiziert über die Schiffstypen mit globalem Risikoprofil und international diversifiziertem Einkommen, trotz der Tatsache, dass eine Mehrzahl der Kunden in Europa angesiedelt ist. Ein hoher Anteil des Portfolios ist Sub-Investment-Grade bewertet, um die andauernden, herausfordernden Marktbedingungen der letzten Jahre abzubilden. Das letzte Quartal war durch einen deutlichen Preisdruck insbesondere im Container-Markt geprägt. Das Exposure zu dem Deutschen „KG“-Sektor beträgt weniger als 10 % des gesamten Schiffsexposures.

Das folgende Kapitel beschreibt die Qualität unserer Kredite. Alle Kredite, bei denen vorliegende Informationen über mögliche Kreditprobleme von Schuldnern dazu führen, dass unser Management schwerwiegende Zweifel an der Einbringlichkeit der vertraglichen Verpflichtungen des Schuldners hat, sind in diesem Abschnitt enthalten.

Übersicht über nicht leistungsgestörte, überfällige, neuverhandelte und wertgeminderte Kredite nach Kundengruppen

in Mio €	30.9.2016			31.12.2015		
	Unternehmenskredite	Konsumentenkredite	Insgesamt	Unternehmenskredite	Konsumentenkredite	Insgesamt
Kredite weder überfällig noch neuverhandelt oder wertgemindert	231.656	183.692	415.348	237.758	182.306	420.064
Überfällige Kredite, nicht neuverhandelt oder wertgemindert	1.976	1.755	3.731	1.137	2.544	3.687
Neuverhandelte, nicht wertgeminderte Kredite	461	467	929	438	437	875
Wertgeminderte Kredite	4.403	3.129	7.532	4.532	3.619	8.151
Insgesamt	238.497	189.044	427.541	243.871	188.906	432.777

Wertgeminderte Kredite

Unser Kreditrisikomanagement beurteilt zu jedem Bilanzstichtag, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kredits oder einer Gruppe von Krediten vorliegen. Ein Kredit oder eine Gruppe von Krediten gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, die nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments bis zum Bilanzstichtag eingetreten sind („Verlustereignis“). Bei unserer Beurteilung berücksichtigen wir entsprechend den Anforderungen in IAS 10 Informationen zu solchen Ereignissen, die uns bis zum Zeitpunkt vorliegen, an dem der Geschäftsbericht zur Veröffentlichung autorisiert wird;
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Zahlungsströme des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte und
- eine verlässliche Schätzung des Verlustbetrags zu jedem Berichtsstichtag vorgenommen werden kann.

Die Verlusteinschätzungen unseres Kreditrisikomanagements unterliegen einer regelmäßigen Prüfung, die in Zusammenarbeit mit Finance durchgeführt wird.

Wertminderungsverlust und Wertberichtigungen für Kreditausfälle

Bestehen Hinweise auf eine Wertminderung, wird der Wertminderungsverlust in der Regel auf Basis der diskontierten erwarteten künftigen Zahlungsströme unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits ermittelt. Werden infolge finanzieller Schwierigkeiten des Kreditnehmers die Konditionen eines Kredits neu verhandelt oder auf sonstige Weise angepasst, ohne dass der Kredit ausgebucht wird, wird der Wertminderungsverlust auf der Grundlage des ursprünglichen Effektivzinssatzes vor Anpassung der Konditionen ermittelt. Wir reduzieren den Buchwert der wertgeminderten Kredite mittels einer Wertberichtigung und erfassen den Verlustbetrag in unserer Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Eine Erhöhung unseres Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle geht als Erhöhung der Wertberichtigung für Kreditausfälle in unsere Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ein. Abschreibungen führen zu einer Ermäßigung des Wertberichtigungsbestands, während mögliche Eingänge auf abgeschriebene Kredite den Wertberichtigungsbestand erhöhen. Auflösungen von Wertberichtigungen, die als nicht mehr notwendig erachtet werden, führen zu einem entsprechenden Rückgang des Wertberichtigungsbestands und zu einer Reduzierung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unserer Gewinn- und Verlustrechnung. Wenn wir feststellen, dass es keine realistische Aussicht auf Beitreibung mehr gibt, und sämtliche Sicherheiten liquidiert oder auf uns übertragen wurden, werden der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle abgeschrieben, wodurch der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle aus der Bilanz entfernt werden.

Wir beurteilen zunächst Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, hinsichtlich der Frage, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf Wertminderung vorliegt.

Weitere Details zur Bestimmung des Wertminderungsverlusts und zu den Wertberichtigungen für Kreditausfälle sind in unserer Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ in unserem Geschäftsbericht 2015 zu finden.

Wertgeminderte Kredite, Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle und Deckungsquoten der Geschäftsbereiche

in Mio €	30.9.2016			31.12.2015			Veränderung 2016 gegenüber 2015	
	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungsbestand	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungsbestand	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %	Wertgeminderte Kredite	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %-Punkten
Global Markets	203	157	77	5	83	1.814 ²	198	-1.736
Corporate & Investment Banking	2.628	1.590	60	2.154	1.375	64	474	-3
Private, Wealth and Commercial Clients	1.958	1.182	60	2.157	1.332	62	-199	-1
Deutsche Asset Management	0	1	N/A ¹	0	1	0	0	N/A
Postbank	1.603	975	61	1.846	1.126	61	-243	-0
Non-Core Operations Unit	1.141	654	57	1.989	1.109	56	-848	2
Davon: gem. IAS 39 in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmete Aktiva	157	102	65	667	389	58	-510	7
Consolidation & Adjustments and Other	0	3	N/A ¹	0	0	0	0	N/A
Insgesamt	7.532	4.562	61	8.151	5.028	62	-619	-1

¹ Der Wertberichtigungsbestand in Deutsche Asset Management und Consolidation & Adjustments and Other resultiert vollständig aus kollektiv ermittelten Wertberichtigungen für nicht wertgeminderte Kredite.

² Die Wertgeminderten Kredite in Global Markets sind in 2015 mehr als voll gedeckt durch den Wertberichtigungsbestand, da letzterer kollektiv ermittelte Wertberichtigungen für nicht wertgeminderte Kredite beinhaltet.

Wertgeminderte Kredite nach Branchenzugehörigkeit

in Mio €	30.9.2016			31.12.2015		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Finanzintermediation	109	3	113	150	5	155
Fondsmanagement	9	1	10	6	2	8
Verarbeitendes Gewerbe	528	200	728	498	215	712
Handel	461	196	657	275	222	497
Private Haushalte	307	2.390	2.698	332	2.931	3.263
Gewerbliche Immobilien	982	240	1.222	1.365	281	1.646
Öffentliche Haushalte	11	0	11	16	0	16
Sonstige ¹	1.892	201	2.094	1.594	260	1.854
Insgesamt	4.300	3.232	7.532	4.236	3.915	8.151

¹ Davon „Transport, Lagerung und Kommunikation“: wertgeminderte Kredite, insgesamt 975 Mio € (47 %), sowie „Wohnimmobilien, Vermietung und verwandte Geschäftsbereiche“: wertgeminderte Kredite, insgesamt 535 Mio € (25 %). Der Rest verteilt sich über mehrere Branchen, wovon keine einen Anteil von 25 % oder mehr an den Gesamtwerten der Kategorie „Sonstige“ aufweist.

Wertgeminderte Kredite nach Regionen

in Mio €	30.9.2016			31.12.2015		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Deutschland	1.321	1.379	2.700	1.362	1.642	3.004
Westeuropa (ohne Deutschland)	2.066	1.690	3.756	2.280	2.057	4.337
Osteuropa	48	146	195	76	179	255
Nordamerika	368	1	369	340	2	342
Mittel- und Südamerika	15	0	15	0	6	6
Asien/Pazifik	310	15	325	155	23	178
Afrika	22	1	23	21	5	26
Sonstige	149	0	149	2	0	2
Insgesamt	4.300	3.232	7.532	4.236	3.915	8.151

Entwicklung der wertgeminderten Kredite

in Mio €	Jan. – Sep. 2016			Gesamtjahr 2015		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	4.236	3.915	8.151	4.990	4.359	9.348
Im Jahr als wertgemindert klassifiziert	1.611	936	2.547	898	1.176	2.073
Aufgehobene Wertminderungen im Jahr ¹	- 707	- 855	- 1.561	- 1.010	- 859	- 1.869
Abschreibungen	- 613	- 740	- 1.353	- 537	- 717	- 1.254
Verkäufe wertgeminderter Kredite	- 162	- 11	- 173	- 239	- 53	- 292
Wechselkursveränderungen/Sonstige	- 65	- 13	- 78	135	10	145
Bestand am Periodenende	4.300	3.232	7.532	4.236	3.915	8.151

¹ Unter Berücksichtigung von Rückzahlungen.

In den ersten neun Monaten 2016 reduzierten sich unsere wertgeminderten Kredite um 619 Mio € (8 %) auf 7,5 Mrd €, größtenteils verursacht durch unser kollektiv bewertetes Portfolio in PCC, Postbank und NCOU und teilweise kompensiert durch einen Anstieg unserer einzeln bewerteten notleidenden Kredite, verursacht durch neue Wertminderungen in CIB und Global Markets, die unter anderem mit dem schwachen Marktumfeld in der Schifffahrtsbranche sowie den gesunkenen Rohstoffpreisen in den Branchen Metalle und Bergbau in Zusammenhang stehen.

Die Deckungsquote der wertgeminderten Kredite (definiert als Summe des in der Bilanz ausgewiesenen Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle für alle einzeln wertgeminderten oder kollektiv ermittelten Kredite im Verhältnis zu den gemäß IFRS wertgeminderten Krediten (ohne Berücksichtigung von Sicherheiten) verringerte sich von 62 % zum Jahresende 2015 auf 61 % zum 30. September 2016.

Unsere wertgeminderten Kredite enthielten 157 Mio € an reklassifizierten Krediten und Forderungen gemäß IAS 39. Diese Position reduzierte sich um 510 Mio € oder 76 % im Vergleich zum letzten Jahresende vornehmlich aufgrund von Abschreibungen.

Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Unsere Risikovorsorge im Kreditgeschäft besteht aus den Wertberichtigungen für Kreditausfälle sowie den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft.

Veränderungen im Wertberichtigungsbestand

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Jan. – Sep. 2016						Insgesamt
	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	
Bestand am Jahresanfang	2.252	2.776	5.028	144	168	312	5.340
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	508	370	878	-6	19	12	891
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	3	-16	-13	0	0	0	-13
Nettoabschreibungen:							
Abschreibungen	-585	-653	-1.238	0	0	0	-1.238
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	-613	-740	-1.353	0	0	0	-1.353
Eingänge aus abgeschriebenem Krediten	29	86	115	0	0	0	115
Sonstige Veränderungen	14	-121	-107	-8	-4	-12	-119
Bestand am Periodenende	2.189	2.372	4.562	129	183	312	4.874
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	333	33	366	-57	5	-52	314
In %	190	10	72	-113	39	-81	55
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	-266	-118	-384	0	0	0	-384
In %	83	22	45	0	0	0	45

Der Wertberichtigungsbestand für Ausfälle im Kreditgeschäft betrug 4,9 Mrd € am 30. September 2016 im Vergleich zu 5,3 Mrd € zum Jahresende 2015. Dieser Rückgang wurde durch Abschreibungen verursacht, die teilweise durch neue Risikovorsorgen kompensiert wurden.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich um 314 Mio € im Vergleich zu den ersten neun Monaten 2015, verursacht durch den Anstieg der Risikovorsorge für Kreditausfälle um 366 Mio € und teilweise kompensiert durch einen Rückgang der Risikovorsorge für außerbilanzielle Verpflichtungen aus dem Kreditgeschäft in Höhe von 52 Mio €. Der Anstieg der Risikovorsorge in unserem Portfolio einzeln bewerteter Kredite resultiert hauptsächlich aus CIB und Global Markets, verursacht durch die anhaltende Marktschwäche im Schifffahrtssektor sowie die geringeren Rohstoffpreise in den Branchen Metalle und Bergbau. Der Anstieg der Risikovorsorge für Kreditausfälle in unserem kollektiv bewerteten Portfolio wurde durch nach IAS 39 reklassifizierte Kredite in der NCOU verursacht und teilweise kompensiert durch Reduktionen in PW&CC und Postbank, was unter anderem auf unsere gute Portfolioqualität sowie das gute wirtschaftliche Umfeld zurückzuführen war. Der Rückgang der Risikovorsorge für außerbilanzielle Verpflichtungen aus dem Kreditgeschäft resultiert insbesondere aus CIB und reflektiert Auflösungen aufgrund der Ziehung einiger weniger Garantien, was zu einer vergleichbaren Erhöhung der Risikovorsorge aus dem Kreditgeschäft führte.

Der Anstieg der Abschreibungen im Vergleich zu den ersten neun Monaten des Vorjahres um 384 Mio € resultiert insbesondere aus Verkäufen in PCC International und Postbank sowie aus nach IAS 39 reklassifizierten Krediten in der NCOU.

Unsere Wertberichtigung für Kreditausfälle, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden und in der NCOU berichtet werden, betrug 102 Mio € zum 30. September 2016 und damit 2 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle, ein Rückgang um 74 % gegenüber 389 Mio € zum Jahresende 2015 (8 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle). Dieser Rückgang resultierte hauptsächlich aus Nettoabschreibungen in Höhe von 319 Mio € und aus Wechselkursdifferenzen der nach IAS 39 reklassifizierten Vermögenswerte, die mehrheitlich nicht in Euro denominated wurden, teilweise kompensiert von zusätzlicher Risikovorsorge in Höhe von 64 Mio €.

Im Vergleich zu den ersten neun Monaten 2015 erhöhte sich die Risikovorsorge für Kreditausfälle für nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte um 103 Mio €, hauptsächlich verursacht durch unsere European-Mortgage-Portfolios. Die Nettoabschreibungen erhöhten sich um 204 Mio €, insbesondere verursacht durch unser European-Mortgage-Portfolio sowie ein großes Einzelengagement.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Jan. – Sep. 2015						Insgesamt
	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen-summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen-summe	
Bestand am Jahresanfang	2.364	2.849	5.212	85	141	226	5.439
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	176	337	512	51	14	64	576
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminder-ten Krediten	- 56	- 45	- 100	0	0	0	- 100
Nettoabschreibungen:	- 319	- 535	- 854	0	0	0	- 854
Abschreibungen	- 360	- 623	- 983	0	0	0	- 983
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	41	87	129	0	0	0	129
Sonstige Veränderungen	30	- 4	27	2	7	9	36
Bestand am Periodenende	2.251	2.646	4.897	137	162	300	5.197
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	- 125	- 105	- 230	40	1	41	- 189
In %	42	- 24	- 31	387	5	175	- 25
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	441	- 108	333	0	0	0	333
In %	- 58	25	- 28	0	0	0	- 28

Marktrisiko

Marktrisiko der Handelsportfolios (ohne Postbank)

Die nachfolgende Tabelle zeigt den Value-at-Risk unserer Handelsbereiche mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag.

Value-at-Risk der Handelsbereiche nach Risikoarten

in Mio €	Insgesamt		Diversifikations-effekt		Zins-risiko		Credit-Spread Risk		Aktienkurs-risiko		Währungs-risiko ¹		Rohwarenpreis-risiko	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Durchschnitt ²	33,8	43,3	-33,9	-40,9	19,5	20,3	27,0	30,9	9,8	16,6	10,6	15,0	0,8	1,3
Maximum ²	46,5	65,6	-47,7	-59,2	29,5	30,2	32,5	40,3	17,6	28,3	16,4	25,0	3,3	4,0
Minimum ²	22,2	28,7	-25,6	-31,0	14,9	16,2	23,7	24,0	5,5	9,2	3,6	6,0	0,3	0,5
Perioden-ende ³	22,6	33,3	-43,9	-38,8	22,7	18,3	32,5	26,2	5,5	11,7	5,2	15,1	0,5	0,9

¹ Beinhaltet Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

² Die Werte geben die Schwankungsbreiten an, innerhalb deren sich die Werte während der Periode vom 1. Januar 2016 bis zum 30. September 2016 beziehungsweise im Gesamtjahr 2015 bewegten.

³ Angaben für 2016 zum 30. September 2016 und Angaben für 2015 zum 31. Dezember 2015.

Der durchschnittliche Value-at-Risk innerhalb der ersten neun Monate 2016 betrug 33,8 Mio €, ein Rückgang von 9,4 Mio € verglichen mit dem Kalenderjahr 2015. Der Rückgang des Durchschnittswertes war getrieben durch Rückgänge im Credit-Spread-Risiko, Währungsrisiko und Aktienkursrisiko, resultierend aus dem allgemeinen Rückgang von direktonalem Exposure über die verschiedenen Risikoklassen hinweg im Durchschnitt verglichen mit dem Kalenderjahr 2015.

In den ersten neun Monaten 2016 erzielten unsere Handelsbereiche an 90 % der Handelstage einen positiven Ertrag gegenüber 91 % im Kalenderjahr 2015.

Aufsichtsrechtliche Kennzahlen zum handelsbezogenen Marktrisiko

Stress-Value-at-Risk

Die folgende Tabelle zeigt den Stress-Value-at-Risk (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag) unserer Handelsbereiche.

Stress-Value-at-Risk nach Risikoarten¹

in Mio €	Insgesamt		Diversifikations-effekt		Zins-risiko		Credit-Spread Risk		Aktienkurs-risiko		Währungs-risiko ²		Rohwarenpreis-risiko	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Durchschnitt ³	87,7	105,1	-75,3	-114,5	50,9	60,7	78,4	106,7	18,5	22,8	13,9	26,7	1,2	2,5
Maximum ³	121,5	135,7	-128,1	-186,7	82,5	84,2	99,3	154,5	82,0	68,7	30,4	59,8	3,9	7,6
Minimum ³	66,3	82,4	-53,4	-71,7	37,4	45,1	65,3	82,6	2,4	0,1	3,4	5,7	0,4	0,7
Perioden-ende ⁴	71,6	106,3	-78,5	-98,0	51,2	45,5	69,5	90,9	21,4	44,1	6,7	22,6	1,3	1,2

¹ Ende März 2015 wurde der Aggregierungsansatz von bestimmten Komponenten verbessert, woraus sich ein Rückgang im Credit-Spread-Stress-Value-at-Risk ergab.

² Beinhaltet Stressed Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

³ Die Werte geben die Schwankungsbreiten an, innerhalb deren sich die Werte während der Periode vom 1. Januar 2016 bis zum 30. September 2016 beziehungsweise im Gesamtjahr 2015 bewegten.

⁴ Angaben für 2016 zum 30. September 2016 und Angaben für 2015 zum 31. Dezember 2015.

Der durchschnittliche Stress-Value-at-Risk in den ersten neun Monaten 2016 betrug 87,7 Mio €, ein Rückgang von 17,4 Mio € im Vergleich zu 2015. Der Rückgang des durchschnittlichen Stress-Value-at-Risk war getrieben durch Rückgänge im Credit-Spread-Risiko, Währungsrisiko und Aktienkursrisiko, resultierend aus demselben allgemeinen Rückgang von direktonalem Exposure im Durchschnitt, welches auch unseren Value at Risk aus Handelstätigkeiten trieb. Darüber hinaus ging der Zinsrisiko-Stress-Value-at-Risk im Durchschnitt über das Jahr 2016 hinweg zurück, vorwiegend aufgrund einer veränderten Zusammensetzung des Zinsrisikos.

Inkrementeller Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge, „IRC“)

Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung repräsentiert der Inkrementelle Risikoaufschlag den jeweils höheren Wert aus dem Stichtags- oder dem Durchschnittswert der letzten zwölf Wochen vor dem Stichtag. Der Inkrementelle Risikoaufschlag für die in der nachstehenden Tabelle aufgeführten Berichtstage ist der Stichtagswert sowie der Durchschnitts-, Maximum- und Minimumwert für den Zeitraum von zwölf Wochen vor dem jeweiligen Stichtag.

Inkrementeller Risikoaufschlag der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von einem Jahr)^{3,4,5}

in Mio €	Insgesamt		Non-Core Operations Unit		Global Credit Trading		Core Rates		Fixed Income & Currencies APAC		Emerging Markets - Debt		Sonstige	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Durchschnitt ¹	974,0	974,9	36,6	17,5	345,5	539,3	234,9	105,6	290,9	159,6	112,0	235,2	-46,0	-82,4
Maximum ¹	1.106,2	1.020,8	72,8	84,7	520,7	692,8	364,8	178,9	702,7	350,7	180,4	299,7	-29,8	-52,1
Minimum ¹	877,9	843,8	15,7	-4,8	181,4	435,0	133,5	50,2	169,4	112,6	63,9	144,2	-65,7	-128,4
Periodenende ²	1.052,5	843,8	72,8	2,8	520,7	435,0	173,0	90,0	169,4	119,8	180,4	264,4	-63,9	-68,2

¹ Die Werte wurden auf Basis eines Zeitraums von zwölf Wochen berechnet, welcher dem 30. September 2016 beziehungsweise dem 31. Dezember 2015 vorausging.

² Angaben für 2016 zum 30. September 2016 und Angaben für 2015 zum 31. Dezember 2015.

³ Die Aufteilung auf die Geschäftsfelder wurde für das Reporting in 2016 angepasst, um die aktuelle Geschäftsstruktur besser abzubilden.

⁴ Alle Liquiditätshorizonte betragen 12 Monate.

⁵ Spot-Wert, Durchschnitts- und Maximumwerte zum Jahresende 2015 berechnen sich aus dem Spot und Aufschlag des IRC-Bestandes.

Der Inkrementelle Risikoaufschlag zum Ende des dritten Quartals des Jahres 2016 betrug 1,053 Mio € und erhöhte sich um 209 Mio € (25 %) verglichen mit dem Jahresende 2015. Der Zwölf-Wochen-Durchschnitt des Inkrementellen Risikoaufschlags am Ende des dritten Quartals des Jahres 2016 belief sich auf 974 Mio € und blieb mit 1 Mio € (0 %) Abweichung relativ unverändert im Vergleich zum Zwölf-Wochen-Durchschnitt für die am 31. Dezember 2015 endende Periode. Der höhere durchschnittliche inkrementelle Risikoaufschlag ist getrieben durch eine Erhöhung des Credit Spread Exposures im Rentenbereich im Vergleich zum gesamten Jahr 2015.

Umfassender Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure, „CRM“)

Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung entspricht der Umfassende Risikoansatz für die jeweiligen Berichtsstichtage dem höheren Wert aus dem Tageswert an den Berichtstagen, dem Durchschnittswert während der vorhergegangenen zwölf Wochen sowie dem Minimumwert (Floor). Dieser Minimumwert beträgt 8 % des äquivalenten Kapitalabzugs nach dem Verbriefungsrahmenwerk.

Umfassender Risikoansatz der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von zwölf Monaten)^{3,4}

in Mio €	2016	2015
Durchschnitt ¹	104,5	188,4
Maximum ¹	176,6	197,3
Minimum ¹	44,4	180,3
Periodenende ²	37,7	190,2

¹ Der Wert für den aufsichtsrechtlichen Umfassenden Risikoansatz wurde auf Basis eines Zeitraums von zwölf Wochen berechnet, der am 30. September 2016 beziehungsweise am 31. Dezember 2015 endete.

² „Spot“-Betrag des internen Modells auf Basis des Umfassenden Risikoansatzes zum Periodenende.

³ Zum Ende des Monats September 2016 enthält der Umfassende Risikoansatz Add-ons, welche Worst-Stress-Test-Verluste, die das Resultat aus dem internen Modell übersteigen, kapitalisieren.

⁴ Alle Liquiditätshorizonte betragen zwölf Monate.

Der Umfassende Risikoansatz am Periodenende der ersten neun Monate im Jahr 2016 betrug 38 Mio € und reduzierte sich um 153 Mio € (-80 %) gegenüber dem Jahresende 2015. Der Zwölf-Wochen-Durchschnitt unseres regulatorischen Umfassenden Risikoansatzes für die ersten neun Monate 2016 betrug 104 Mio € und lag damit um 84 Mio € (45 %) unter dem Zwölf-Wochen-Durchschnittswert für die am 31. Dezember 2015 endende Periode. Die Reduzierung erfolgte aufgrund des anhaltenden Risikoabbaus in diesem Portfolio.

Marktrisiko-Standardansatz (Market Risk Standardized Approach, „MRSA“)

Zum 30. September 2016 führten Verbriefungspositionen, für die das spezifische Zinsrisiko gemäß dem Marktrisiko-Standardansatz berechnet wird, zu Eigenkapitalanforderungen in Höhe von 461,3 Mio €, die risikogewichteten Aktiva in Höhe von 5,8 Mrd € entsprachen. Zum 31. Dezember 2015 erzeugten diese Positionen Eigenkapitalanforderungen von 811 Mio € mit entsprechenden risikogewichteten Aktiva in Höhe von 10,1 Mrd €.

Die Eigenkapitalanforderungen für nth-to-Default-Derivate verringerten sich auf 3,7 Mio €, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 46,6 Mio € entsprach, verglichen mit 6 Mio € und 78 Mio € zum 31. Dezember 2015.

Des Weiteren beliefen sich die Eigenkapitalanforderungen für Investmentanteile im Marktrisiko-Standardansatz zum 30. September 2016 auf 49 Mio €, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 611 Mio € entsprach, im Vergleich zu 70 Mio € und 873 Mio € zum 31. Dezember 2015.

Die Eigenkapitalanforderungen für das Langlebigkeitsrisiko im Marktrisiko-Standardansatz betrugen zum 30. September 2016 36 Mio € für NCOU und Pensions and Insurance Risk Markets (PIRM), was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 449 Mio € entsprach, im Vergleich zu 36 Mio € und 451 Mio € zum 31. Dezember 2015.

Marktrisiko des Handelsbuchs der Postbank

Der Value-at-Risk des Postbank-Handelsbuchs betrug bei einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag 0 € am 30. September 2016 sowie am 31. Dezember 2015. Die derzeitige Handelsbuch-Strategie der Postbank erlaubt keine neuen Handelsaktivitäten in Bezug auf das Handelsbuch. Daher enthielt das Handelsbuch der Postbank zum 30. September 2016 sowie am 31. Dezember 2015 keine Positionen. Gleichwohl wird die Postbank als Handelsbuchinstitut klassifiziert.

Operationelle Risiken

In den ersten neun Monaten 2016 waren unsere operationellen Risikoverluste vorwiegend durch Verluste aus Rechtsstreitigkeiten und durch Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten bestimmt, die den Großteil unserer operationellen Risiken ausmachen. Da Verluste aus Rechtsstreitigkeiten einen Anteil von 90 % der operationellen Risikoverluste einnehmen, ist der überwiegende Teil des regulatorischen und ökonomischen Kapitalbedarfs für operationelle Risiken durch Rechtsrisiken bedingt. Für einen Überblick über unsere bestehenden rechtlichen und regulatorischen Verfahren verweisen wir auf das Kapitel „Laufende Einzelverfahren“ in diesem Zwischenbericht. Unsere nicht auf Rechtsstreitigkeiten beruhenden operationellen Risikoverluste waren höher als in den ersten neun Monaten 2015. Der Ausblick für das verbleibende Jahr bleibt aufgrund des rechtlichen und regulatorischen Umfeldes, das sich unseres Erachtens weiterhin auf unser Geschäft auswirken wird, verhalten.

Unser operationelles Risikomanagement unterstützt die zukunftsorientierte Steuerung unseres operationellen Risikos durch die Überwachung der potenziellen Gewinn- und Verlustsituation auf Basis von regulären Überprüfungen von Rechtsrisiken, Trendanalysen zu eingetretenen Verlusten und Risikoindikatoren.

Dies kommt insbesondere im Management und in der Messung unserer Rechtsrisiken zur Geltung. Wir nutzen hierzu sowohl interne als auch externe Datenquellen, um Entwicklungen spezifisch für die Deutsche Bank wie auch für die Finanzindustrie im Allgemeinen beurteilen zu können. Die Messung unserer Rechtsrisiken bildet den mehrjährigen Charakter von Rechtsstreitigkeiten zudem durch Berücksichtigung der zunehmenden Informationssicherheit in den unterschiedlichen Phasen von Rechtsstreitigkeiten ab.

Wir messen operationelle Risiken inklusive Rechtsrisiken, indem wir den maximalen Verlustbetrag bestimmen, der unter Annahme einer bestimmten Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird. Dieser maximale Verlustbetrag beinhaltet eine Komponente, die aufgrund der IFRS Bestimmungen in unserem Finanzbericht ausgewiesen ist, sowie eine Komponente, die als regulatorischer und ökonomischer Kapitalbedarf ausgedrückt wird und nicht als Rückstellungen in unserem Finanzbericht dargestellt wird.

- Die Verluste aus Rechtsrisiken, welche die Bank mit einer Wahrscheinlichkeit von über 50 % erwartet, sind in unserem Finanzbericht beschrieben. Diese Verluste beinhalten Veränderungen von Rückstellungen auf neue oder existierende Verluste, soweit diese für einen bestimmten Zeitraum wahrscheinlich und schätzbar sind, nach Maßgabe von IAS 37. Für einen Überblick über unsere bestehenden rechtlichen und regulatorischen Verfahren verweisen wir auf die Anhangangabe „Rückstellungen“ in diesem Bericht.
- Die Rechtsrisiken, die nicht als Rückstellungen in unserem Finanzbericht ausgewiesen werden, da diese nicht den IAS 37 Bestimmungen unterliegen, werden als „regulatorischer und ökonomischer Kapitalbedarf“ angegeben. Wir berechnen und messen den aufsichtsrechtlichen und ökonomischen Kapitalbedarf für operationelle Risiken inklusive des Rechtsrisikos mittels des „Advanced Measurement Approach (AMA)“-Ansatzes. Das AMA-Modell berechnet den regulatorischen Kapitalbedarf für ein Konfidenzniveau von 99,9 %; für den ökonomischen Kapitalbedarf werden 99,98 % angesetzt.

Um die Verluste aus Rechtsstreitigkeiten in unserem AMA-Modell zu quantifizieren, berücksichtigen wir historische Verluste, Rückstellungen, Eventualverbindlichkeiten und Legal Forecasts. Legal Forecasts sind üblicherweise Spannen möglicher Verlusthöhen aus laufenden Verfahren, die nicht als wahrscheinlich, aber denkbar eingestuft werden. Denkbare Verluste aus Rechtsstreitigkeiten können aus anhängigen und auch künftigen Verfahren resultieren, welche auf Bewertungen unserer Rechtsexperten basieren und mindestens jedes Quartal überprüft werden.

Wir berücksichtigen die Legal Forecasts in unserem „Relevant Loss Data“-Set, welches in das AMA-Modell eingeht. Hierbei sind die Legal Forecasts nicht auf den Jahreshorizont der Kapitalberechnung beschränkt, sondern werden unter der konservativen Annahme einer frühen Beilegung voll angerechnet, womit ihr mehrjähriger Charakter berücksichtigt wird. Diese Berücksichtigung der Legal Forecasts im AMA-Modell erfolgt bereits seit 2014 als Teil einer proaktiven Einführung unserer vorgestellten Modellverbesserung, für die wir jetzt die Genehmigung der Europäischen Aufsichtsbehörde EZB erhalten haben.

Liquiditätsrisiko

Zusammensetzung unserer externen Finanzierungsquellen in Milliarden Euro sowie als prozentualer Anteil an den externen Finanzierungsquellen insgesamt

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	30.9.2016		31.12.2015	
Kapitalmarktemissionen und Eigenkapital	205	21 %	212	22 %
Privatkunden	299	31 %	312	32 %
Transaction Banking	189	20 %	197	20 %
Sonstige Kunden ¹	62	6 %	81	8 %
Unbesicherte Wholesale Refinanzierung	50	5 %	60	6 %
Besicherte Refinanzierung und Shortpositionen	151	16 %	110	11 %
Finanzierungsvehikel	2	0 %	4	0 %
Externe Finanzierungsquellen insgesamt	957	100 %	976	100 %

¹ „Sonstige Kunden“ enthält treuhänderische, sich selbst finanzierende Strukturen (zum Beispiel X-Markets), Margen/Barguthaben aus dem Prime-Brokerage-Geschäft (netto).

Hinweis: Zum Abgleich zur Bilanzsumme sind zu berücksichtigen: Derivate- und Abwicklungssalden 595,3 Mrd € (527,7 Mrd €), Nettingeffekte für Margin- und Prime-Brokerage-Barsalden (auf Nettobasis) 80,5 Mrd € (71,1 Mrd €) und sonstige nicht der Refinanzierung dienende Verbindlichkeiten 55,9 Mrd € (54,3 Mrd €), jeweils zum 30. September 2016 und zum 31. Dezember 2015.

Der Rückgang um 6,8 Mrd € im Bereich Kapitalmarktemissionen und Eigenkapital zeigt ein erhöhtes Volumen von Fälligkeiten, die die Emissionsaktivitäten (Tilgungen und Rückzahlungen) überstiegen, und die Wirkung aus dem öffentlichen Rückkaufangebot im ersten Quartal 2016. Einlagen von Privatkunden (inklusive Einlagen von Vermögensverwaltungskunden) und im Transaction Banking sind um 13,2 Mrd € beziehungsweise um 8,0 Mrd € zurückgegangen. Diese Rückgänge sind teilweise beeinflusst worden von Initiativen, die Profitabilität durch eine Refokussierung auf Kunden-, Länder und Produktumfang als Teil der Strategie 2020 zu erhöhen, als auch durch eine Kundenreaktion begründet durch eine negative Wahrnehmung der Marktteilnehmer in Bezug auf die Deutsche Bank im dritten Quartal. Der Rückgang um 19,4 Mrd € bei Sonstigen Kunden reflektiert die Entwicklungen in Beständen, die nicht als stabile Quellen der Refinanzierung angesehen werden, hauptsächlich getrieben durch Netto-Margin-Zahlungen und Prime-Brokerage Bestände, und wurde teilweise durch die vorgenannte Marktwahrnehmung beeinflusst. Fälligkeiten von kurzfristigen Ausleihungen und Commercial Papers resultieren in einem Rückgang von 10,1 Mrd € in Unbesicherter Wholesale Refinanzierung. Der Anstieg von 40,4 Mrd € im Bereich besicherte Refinanzierung und Shortpositionen in den ersten neun Monaten des Jahres 2016 spiegelt zum einen ein erhöhtes Geschäftsvolumen im Vergleich zum niedrigen Jahresendniveau wider und beinhaltet zusätzliche 8,2 Mrd € besicherte Refinanzierungen im Rahmen der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (GLRG) der Europäischen Zentralbank. Effekte in den Fremdwährungswchselkursen leisten einen Beitrag zum Rückgang in den meisten Refinanzierungsquellen.

Im dritten Quartal 2016 haben wir Mittel in Höhe von 2,8 Mrd € zu einem durchschnittlichen Spread über dem 3-Monats-EURIBOR von 84 Basispunkten (alle Nicht-Euro-Refinanzierungsspreads wurden in den entsprechenden 3-Monats-EURIBOR umklassifiziert), mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 9,2 Jahren aufgenommen. Insgesamt haben wir in den ersten neun Monaten von 2016 Mittel in Höhe von 23 Mrd € im Rahmen eines Gesamtrefinanzierungsplans für 2016 von 30 Mrd € aufgenommen, was einer Erfüllungsquote von 77 % entspricht, 2 Prozentpunkte über dem anteiligen Jahreswert. Der durchschnittliche Spread in den ersten neun Monaten des Jahres 2016 über dem 3-Monats-EURIBOR war 106 Basispunkte mit einer durchschnittlichen Laufzeit von sieben Jahren. Die bedeutendste Transaktion in diesem Zeitraum war eine 0,5 Mrd € große Pfandbrief-Benchmark-Emission mit einer Laufzeit von zwölf Jahren. Für das restliche Jahr beabsichtigen wir, den Rest unserer Anforderungen durch eine Vielzahl von Möglichkeiten einschließlich Emissionen gezielt an Privatanleger, Privatplatzierungen mit institutionellen Investoren und weiteren öffentlichen Benchmark-Emissionen sicherzustellen.

Regelmäßige Stresstestanalysen stellen sicher, dass wir zu jeder Zeit ausreichende Barreserven und liquide Aktiva zur Verfügung haben, um eine potenzielle Finanzierungslücke schließen zu können, die in einem kombinierten idiosynkratischen und marktbezogenen Stressszenario auftreten kann. Zu diesem Zweck halten wir Liquiditätsreserven vor, die verfügbare Barmittel und Barmitteläquivalente, hochliquide Wertpapiere (unter anderem Staatsanleihen, von Staaten garantierte Anleihen und Anleihen staatlicher Einrichtungen) sowie weitere unbelastete und zentralbankfähige Vermögenswerte umfassen. Das Volumen der Liquiditätsreserve ist eine Funktion des erwarteten Stresstest-Ergebnisses, sowohl auf einer aggregierten als auch auf einer individuellen Währungsebene. Wenn wir zunehmend kurzfristige Wholesale-Verbindlichkeiten erhalten, die einen hohen Liquiditätsabfluss unter Stress mit sich bringen, so halten wir diese Liquidität zur Absicherung überwiegend in Barmitteln oder hochliquiden Wertpapieren. Somit schwankt das Gesamtvolumen der Liquiditätsreserven mit den erhaltenen kurzfristigen Wholesale-Verbindlichkeiten, obwohl dies keine materiellen Auswirkungen auf unsere Gesamtliquiditätsposition unter Stress hat. Liquiditätsreserven beinhalten nur Aktiva, die innerhalb des Konzerns frei übertragbar sind oder zur Schließung von Liquiditätsabflüssen in lokalen Geschäftseinheiten verwendet werden können. Diese Reserven werden in den wichtigsten Währungen und an den Hauptstandorten gehalten, an denen die Bank aktiv ist. Die überwiegende Mehrheit unserer Liquiditätsreserven wird zentral auf Gruppenebene oder in unseren ausländischen Niederlassungen gehalten. Die Größe und Zusammensetzung der Liquiditätsreserven unterliegt einer regelmäßigen Überprüfung durch die Geschäftsführung. Die angewandten Sicherheitsabschläge spiegeln unsere Annahmen des aktuellen Liquiditätswerts wider, der primär durch besicherte Refinanzierung erzielt werden könnte, und berücksichtigen die Erfahrungen, die in den besicherten Refinanzierungsmärkten unter Stress gemacht wurden.

Zusammensetzung unserer Liquiditätsreserven nach Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen) und Tochtergesellschaften

in Mrd €	30.9.2016		31.12.2015	
	Buchwert	Liquiditätswert	Buchwert	Liquiditätswert
Verfügbare Barsalden und Äquivalente (vorwiegend bei Zentralbanken)	111	111	98	98
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	87	87	75	75
Tochtergesellschaften	24	24	23	23
Hochliquide Wertpapiere (enthalten Staatsanleihen, von Staaten garantierte Anleihen und Anleihen staatlicher Einrichtungen)	68	65	100	94
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	53	51	78	73
Tochtergesellschaften	16	14	22	21
Sonstige unbelastete zentralbankfähige Wertpapiere	21	13	17	13
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	17	10	14	11
Tochtergesellschaften	4	3	3	2
Gesamte Liquiditätsreserven	200	189	215	205
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	157	148	167	159
Tochtergesellschaften	44	41	48	46

Während der ersten neun Monate des Jahres 2016 sanken unsere Liquiditätsreserven um 15 Mrd € oder 7 % gegenüber dem Jahresende 2015.

Unsere gestresste Netto-Liquiditätsposition (Stressed Net Liquidity Position, „sNLP“) stellt den Liquiditätsüberschuss der vorhandenen Liquiditätsreserven und anderer Liquiditätseingänge in den Geschäftsbereichen gegenüber unserem gestressten Liquiditätsbedarf unter unserem kombinierten Liquiditätsstress-Szenario dar, das sowohl Markt- als auch institutsspezifische Liquiditätsstress-Ereignisse berücksichtigt. Die sNLP wird als eine der wichtigen Risikokennzahlen der Bank überwacht. Unsere sNLP lag zum 30. September 2016 bei 18 Mrd € (vorläufige Schätzung; zum 31. Dezember 2015 war die sNLP 46 Mrd €). Die sNLP schwankt aufgrund von Geschäftsaktivitäten, Marktereignissen und Marktwahrnehmungen, auch in Bezug auf uns, sowie aufgrund von Änderungen an unseren internen Methodenannahmen. Unser interner Risikoappetit zielt darauf ab, einen positiven Liquiditätsüberschuss von mindestens 5 Mrd € zu haben.

Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio – LCR)

Finalisiert vom Baseler Ausschuss im Januar 2013, soll die LCR die kurzfristige Widerstandsfähigkeit des Liquiditätsrisikoprofils einer Bank über einen Zeitraum von 30 Tagen in Stressszenarien unterstützen. Die Quote ist definiert als der Betrag des Volumens liquider Vermögenswerte mit hoher Bonität (High Quality Liquid Assets, „HQLA“), die zur Beschaffung von Liquidität genutzt werden könnten, verglichen mit dem Gesamtvolumen der Nettomittelabflüsse, die aus tatsächlichen und Eventualrisiken in einem gestressten Szenario resultieren.

Diese Anforderung wurde im Rahmen der Delegierten-Verordnung (EU) 2015/61 der Kommission, die im Oktober 2014 verabschiedet wurde, in europäisches Recht umgesetzt. Die Übereinstimmung mit der LCR muss in Europa ab dem 1. Oktober 2015 erfolgen.

Unsere LCR von 122 % zum 30. September 2016 wurde gemäß der Delegierten-Verordnung (EU) 2015/61 der Kommission berechnet (im Einklang mit dem technischen Implementierungsstandard der EBA zum Reporting der LCR an Aufsichtsbehörden). Die LCR zum 31. Dezember 2015 war 119 %.

Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht

An die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Wir haben den verkürzten Konzernzwischenabschluss – bestehend aus Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzernbilanz, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung und Konzern-Kapitalflussrechnung sowie ausgewählten erläuternden Anhangangaben – und den Konzernzwischenlagebericht der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. September 2016, die Bestandteile des Quartalsfinanzberichts nach § 37w WpHG sind, einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Die Aufstellung des verkürzten Konzernzwischenabschlusses nach dem International Accounting Standard IAS 34 „Zwischenberichterstattung“, wie er in der EU anzuwenden ist und nach IAS 34 „Zwischenberichterstattung“, wie er vom International Accounting Standards Board (IASB) verlautbart worden ist, und des Konzernzwischenlageberichts nach den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG liegt in der Verantwortung des Vorstands der Deutsche Bank Aktiengesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, eine Bescheinigung zu dem verkürzten Konzernzwischenabschluss und dem Konzernzwischenlagebericht auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht abzugeben.

Wir haben die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses und des Konzernzwischenlageberichts unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze für die prüferische Durchsicht von Abschlüssen vorgenommen. Danach ist die prüferische Durchsicht so zu planen und durchzuführen, dass wir bei kritischer Würdigung mit einer gewissen Sicherheit ausschließen können, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit IAS 34 „Zwischenberichterstattung“, wie er in der EU anzuwenden ist, und mit IAS 34 „Zwischenberichterstattung“, wie er vom IASB verlautbart worden ist, und der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden sind. Eine prüferische Durchsicht beschränkt sich in erster Linie auf Befragungen von Mitarbeitern der Gesellschaft und auf analytische Beurteilungen und bietet deshalb nicht die durch eine Abschlussprüfung erreichbare Sicherheit. Da wir auftragsgemäß keine Abschlussprüfung vorgenommen haben, können wir einen Bestätigungsvermerk nicht erteilen.

Auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit IAS 34 „Zwischenberichterstattung“, wie er in der EU anzuwenden ist, und mit IAS 34 „Zwischenberichterstattung“ wie er vom IASB verlautbart worden ist, oder dass der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden ist.

Frankfurt am Main, den 26. Oktober 2016

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Pukropski
Wirtschaftsprüfer

Beier
Wirtschaftsprüfer

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (nicht testiert)

Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio €	3. Quartal		Jan. – Sep.	
	2016	2015	2016	2015
Zinsen und ähnliche Erträge	6.359	6.661	19.112	20.054
Zinsaufwendungen	2.834	2.968	7.971	8.029
Zinsüberschuss	3.525	3.693	11.142	12.025
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	327	207	891	576
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	3.198	3.486	10.251	11.448
Provisionsüberschuss	3.027	3.108	8.825	9.836
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	390	700	2.111	4.279
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	111	59	476	297
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	75	-542	427	-121
Ergebnis aus bis zur Endfälligkeit gehaltenen Wertpapieren	0	0	0	0
Sonstige Erträge	366	312	-34	568
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	3.968	3.637	11.805	14.858
Personalaufwand	2.894	3.309	9.047	10.189
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	3.490	4.171	10.447	13.575
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	167	-29	285	134
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-49	5.770	236	5.770
Restrukturierungsaufwand	45	2	435	31
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	6.547	13.224	20.450	29.700
Ergebnis vor Steuern	619	-6.101	1.606	-3.393
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	340	-77	1.071	1.254
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern	278	-6.024	534	-4.647
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	22	-12	47	26
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	256	-6.013	488	-4.674

Ergebnis je Aktie

	3. Quartal		Jan. – Sep.	
	2016	2015	2016	2015
Ergebnis je Aktie:¹				
Unverwässert	0,18 €	-4,35 €	0,15 €	-3,53 €
Verwässert	0,18 €	-4,35 €	0,15 €	-3,53 €
Anzahl der Aktien in Millionen:				
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (unverwässert)	1.387,0	1.383,3	1.386,9	1.388,3
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (verwässert) ²	1.418,8	1.383,3	1.409,9	1.388,3

¹ Im Zusammenhang mit jeweils zum April gezahlten Kupons auf Zusätzliche Tier-1-Anleihen wurde das Ergebnis im Neunmonatszeitraum 2016 um 276 Mio € und 2015 um 228 Mio € nach Steuern angepasst.

² Aufgrund der Verlustsituation im dritten Quartal 2015 sowie in den ersten neun Monaten 2015 werden potentiell verwässernde Aktien grundsätzlich nicht für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie berücksichtigt, da diese nach angenommener Wandlung den Nettoverlust je Aktie verringern würden. In einer Gewinnsituation hingegen wäre der bereinigte gewichtete Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung für das dritte Quartal 2015 um 26,2 Millionen sowie für die ersten neun Monate 2015 um 27,5 Millionen Aktien höher gewesen.

Konzern-Gesamtergebnisrechnung (nicht testiert)

in Mio €	3. Quartal		Jan. – Sep.	
	2016	2015	2016	2015
In der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigter Gewinn/Verlust (–), nach Steuern	278	– 6.024	534	– 4.647
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung				
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden				
Neubewertungsgewinne/-verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, vor Steuern	– 405	87	– 977	– 26
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	146	– 89	444	– 117
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können				
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	243	87	1.094	– 197
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	– 82	– 68	– 407	– 282
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	12	23	46	4
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	– 12	5	– 4	15
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	0	0	0	0
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	0	0	0	0
Anpassungen aus der Währungsumrechnung				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	– 307	– 323	– 1.101	2.320
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	– 10	4	– 7	4
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen				
Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	– 2	– 1	13	66
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können	– 85	– 145	– 241	– 5
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	– 502	– 421	– 1.140	1.783
Gesamtergebnis, nach Steuern	– 224	– 6.446	– 605	– 2.864
Zurechenbar:				
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss	21	– 13	41	44
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen	– 245	– 6.433	– 647	– 2.908

Konzernbilanz (nicht testiert)

Aktiva

in Mio €	30.9.2016	31.12.2015
Barreserven und Zentralbankeinlagen	108.250	96.940
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	10.608	12.842
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	22.327	22.456
Forderungen aus Wertpapierleihen	29.096	33.557
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte		
Handelsaktiva	176.456	196.035
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	542.205	515.594
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	116.518	109.253
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	835.179	820.883
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	68.921	73.583
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	928	1.013
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	422.979	427.749
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere	3.215	0
Sachanlagen	2.697	2.846
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	9.560	10.078
Sonstige Aktiva	166.264	118.137
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	1.215	1.285
Steuerforderungen aus latenten Steuern	7.711	7.762
Summe der Aktiva	1.688.951	1.629.130

Passiva

in Mio €	30.9.2016	31.12.2015
Einlagen	540.609	566.974
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	20.484	9.803
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.572	3.270
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen		
Handelsspassiva	61.785	52.304
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	524.113	494.076
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	54.967	44.852
Investmentverträge	7.822	8.522
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	648.687	599.754
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	22.352	28.010
Sonstige Passiva	207.458	175.005
Rückstellungen	9.560	9.207
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	1.261	1.699
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	828	746
Langfristige Verbindlichkeiten	162.277	160.016
Hybride Kapitalinstrumente	6.135	7.020
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0
Summe der Verbindlichkeiten	1.622.224	1.561.506
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	3.531	3.531
Kapitalrücklage	33.597	33.572
Gewinnrücklagen	20.860	21.182
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	-21	-10
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern ¹	3.803	4.404
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	61.770	62.678
Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile ²	4.673	4.675
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	284	270
Eigenkapital insgesamt	66.727	67.624
Summe der Passiva	1.688.951	1.629.130

¹ Ohne Neubewertungseffekte in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern.

² Beinhaltet Zusätzliche Tier-1-Anleihen, die unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank darstellen und unter IFRS als Eigenkapital klassifiziert sind.

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung (nicht testiert)

in Mio €	Stamm- aktien (ohne Nennwert)	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen	Eigene Aktien im Bestand zu An- schaffungs- kosten	Ver- pflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finan- ziellen Vermögenswerten, nach Steuern und sonstigen Anpassungen ¹
Bestand zum 31. Dezember 2014	3.531	33.626	29.279	- 8	0	1.675
Gesamtergebnis, nach Steuern ²	0	0	- 4.674	0	0	- 365
Begebene Stammaktien	0	0	0	0	0	0
Gezahlte Bardividende	0	0	- 1.034	0	0	0
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, nach Steuern	0	0	- 228	0	0	0
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	- 143	0	0	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	- 221	0	0	0	0
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	780	0	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	0	0	0	0	0
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	- 34	0	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	- 8.340	0	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	7.538	0	0
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	1	0	0	0	0
Sonstige	0	75	- 31	0	0	0
Bestand zum 30. September 2015	3.531	33.447	23.170	- 30	0	1.309
Bestand zum 31. Dezember 2015	3.531	33.572	21.182	- 10	0	1.384
Gesamtergebnis, nach Steuern ²	0	0	488	0	0	427
Begebene Stammaktien	0	0	0	0	0	0
Gezahlte Bardividende	0	0	0	0	0	0
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, nach Steuern	0	0	- 276	0	0	0
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	- 533	0	0	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	- 142	0	0	0	0
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	237	0	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	0	0	0	0	0
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	- 129	0	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	- 3.750	0	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	3.503	0	0
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	10	0	0	0	0
Sonstige	0	286	0	0	0	0
Bestand zum 30. September 2016	3.531	33.597	20.860	- 21	0	1.811

¹ Ohne unrealisierte Gewinne/Verluste aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

² Ohne Neubewertungsgewinne/-verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern.

Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern, nach Steuern ¹	Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten, nach Steuern ¹	Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern ¹	Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern ²	Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile ³	Anteile ohne beherrschenden Einfluss	Eigenkapital insgesamt
79	0	151	18	1.923	68.351	4.619	253	73.223
13	0	2.194	66	1.908	-2.765	0	44	-2.721
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	-1.034	0	-6	-1.040
0	0	0	0	0	-228	0	0	-228
0	0	0	0	0	-143	0	0	-143
0	0	0	0	0	-221	0	0	-221
0	0	0	0	0	780	0	0	780
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	-34	0	0	-34
0	0	0	0	0	-8.340	0	0	-8.340
0	0	0	0	0	7.538	0	0	7.538
0	0	0	0	0	1	0	0	1
0	0	0	0	0	44	56 ⁴	-35	65
93	0	2.345	84	3.831	63.949	4.674	256	68.879
97	662	2.196	66	4.404	62.678	4.675	270	67.624
28	0	-1.069	13	-601	-113	0	41	-72
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	-11	-11
0	0	0	0	0	-276	0	0	-276
0	0	0	0	0	-533	0	0	-533
0	0	0	0	0	-142	0	0	-142
0	0	0	0	0	237	0	0	237
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	-129	0	0	-129
0	0	0	0	0	-3.750	0	0	-3.750
0	0	0	0	0	3.503	0	0	3.503
0	0	0	0	0	10	0	0	10
0	0	0	0	0	286	-2 ⁴	-17	267
125	662	1.126	79	3.803	61.770	4.673	284	66.727

³ Beinhaltet Zusätzliche Tier-1-Anleihen, die unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank darstellen und unter IFRS als Eigenkapital klassifiziert sind.

⁴ Beinhaltet die Nettoerlöse aus dem Rückkauf und dem Verkauf von Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen.

Konzern-Kapitalflussrechnung (nicht testiert)

in Mio €	Jan. – Sep	
	2016	2015
Gewinn/Verlust (–) nach Steuern	534	– 4.647
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	891	576
Restrukturierungsaufwand	435	31
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	– 713	– 422
Latente Ertragsteuern, netto	384	144
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	1.521	8.319
Anteilige Gewinne aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	– 176	– 572
Gewinn/Verlust (–) nach Steuern, bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	2.876	3.429
Anpassungen aufgrund einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:		
Verzinsliche Termineinlagen bei Zentralbanken und Kreditinstituten ohne Zentralbanken ¹	– 1.054	28.928
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	4.115	– 11.105
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	– 8.776	8.698
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	3.505	– 14.839
Sonstige Aktiva	– 47.033	– 12.358
Einlagen	– 24.875	30.086
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen und Investmentverträge ²	10.449	– 210
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	10.159	– 3.679
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	– 5.601	– 13.870
Sonstige Passiva	36.043	25.495
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten ³	2.427	14.026
Handelsaktiva und -passiva, positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, per Saldo	32.357	10.523
Sonstige, per Saldo	– 5.671	– 17.109
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	8.921	48.015
Cashflow aus Investitionstätigkeit:		
Erlöse aus:		
Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	14.407	14.250
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	4.649	2.836
Bis zur Endfälligkeit gehaltenen Wertpapieren	0	0
Verkauf von nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	36	29
Verkauf von Sachanlagen	217	96
Erwerb von:		
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	– 16.996	– 22.238
Bis zur Endfälligkeit gehaltenen Wertpapieren	0	0
Nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	– 17	– 5
Sachanlagen	– 435	– 311
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	239	518
Sonstige, per Saldo	– 1.031	– 720
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	1.069	– 5.545

in Mio €	Jan. – Sep	
	2016	2015
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:		
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten	784	2.883
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten	- 1.001	- 949
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten	98	784
Rückzahlung/Rücklauf hybrider Kapitalinstrumente	- 838	- 601
Begebene Stammaktien	0	0
Kauf Eigener Aktien	- 3.750	- 8.340
Verkauf Eigener Aktien	3.470	7.568
Begebene Zusätzliche Tier-1-Anleihen	0	0
Kauf von Zusätzlichen Tier-1-Anleihen	- 145	- 340
Verkauf von Zusätzlichen Tier-1-Anleihen	145	376
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, vor Steuern	- 333	- 269
Dividendenzahlung an Anteile ohne beherrschenden Einfluss	- 11	- 6
Nettoveränderung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss	- 17	- 35
Gezahlte Bardividende an Deutsche Bank Aktionäre	0	- 1.034
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	- 1.598	37
Nettoeffekt aus Wechselkursveränderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	- 395	2.841
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	7.997	45.348
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	105.478	51.960
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	113.473	97.306
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet		
Gezahlte Ertragsteuern, netto	1.126	761
Gezahlte Zinsen	8.270	8.438
Erhaltene Zinsen und Dividenden	19.321	20.183
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten		
Barreserven und Zentralbankeinlagen (nicht eingeschlossen verzinsliche Termineinlagen bei Zentralbanken) ¹	106.166	87.652
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken) (nicht eingeschlossen: Termineinlagen in Höhe von 5.385 Mio € per 30. September 2016 und von 5.256 Mio € per 30. September 2015) ¹	7.307	9.654
Insgesamt	113.473	97.306

¹ Die Vorjahreswerte wurden angepasst. Siehe Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze – Wesentliche Änderungen in den Einschätzungen und Angaben“ zum Konzernabschluss in unserem Geschäftsbericht 2015.

² Einschließlich Emissionen von vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von 4.810 Mio € und Rückzahlungen/Rückläufen in Höhe von 5.372 Mio € bis zum 30. September 2016 (bis 30. September 2015: 6.783 Mio € und 6.564 Mio €).

³ Einschließlich Emissionen in Höhe von 36.492 Mio € und Rückzahlungen/Rückläufen in Höhe von 34.846 Mio € bis zum 30. September 2016 (bis 30. September 2015: 53.697 Mio € und 38.933 Mio €).

Grundlage der Erstellung (nicht testiert)

Der vorliegende verkürzte Konzernzwischenabschluss beinhaltet die Abschlüsse der Deutschen Bank AG sowie ihrer Tochtergesellschaften (zusammen der „Konzern“) und wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Dieser Abschluss wird in Übereinstimmung mit dem IFRS-Standard zur Zwischenberichterstattung (IAS 34, „Interim Financial Reporting“) dargestellt und steht im Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Die Anwendung der IFRS führt zu keinen Unterschieden zwischen den von der EU übernommenen IFRS und den vom IASB veröffentlichten IFRS.

Einige im Lagebericht enthaltene IFRS-Anhangangaben sind ein wesentlicher Bestandteil des Konzernzwischenabschlusses. Diese sind die Segmentergebnisse in den Angaben zur Segmentberichterstattung, die im „Überblick zur Finanz- und Ertragslage: Segmentüberblick“ des Lageberichts dargestellt sind. Die Darstellung dieser Informationen erfolgt in Übereinstimmung mit IAS 34 und IFRS 8, „Operating Segments“.

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank ist nicht testiert und beinhaltet zusätzliche Angaben zur Segmentberichterstattung. Diese wurde im ersten Quartal 2016 angepasst und spiegelt die neue Struktur und die neuen Geschäftsbereiche der Deutschen Bank wider. Der verkürzte Konzernzwischenabschluss beinhaltet auch zusätzliche Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung, zur Bilanz und zu Sonstigen Finanzinformationen. Er sollte in Verbindung mit dem testierten Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2015 gelesen werden, der mit Ausnahme der in der Anhangangabe „Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden“ dargelegten erstmals angewandten Rechnungslegungsvorschriften nach den gleichen Rechnungslegungsgrundsätzen und wesentlichen Rechnungslegungseinschätzungen aufgestellt wurde.

Die Erstellung von Abschlüssen gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen.

Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Die veröffentlichten Ergebnisse können nicht notwendigerweise als Indikatoren für ein zu erwartendes Gesamtergebnis des Geschäftsjahres gewertet werden.

Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden (nicht testiert)

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Nachstehend werden diejenigen Rechnungslegungsvorschriften erläutert, die für den Konzern von Bedeutung sind und bei der Erstellung dieses verkürzten Konzernzwischenabschlusses zur Anwendung kamen.

IAS 1

Zum 1. Januar 2016 setzte der Konzern Änderungen zu IAS 1, „Presentation of Financial Statements“ („IAS 1“), um. Diese resultierten aus einer Initiative zur Verbesserung von Finanzabschlüssen bezüglich Darstellung und Anhangangaben. Sie stellen klar, dass das Prinzip der Wesentlichkeit auf den gesamten Finanzabschluss anzuwenden ist, dass professionelle Einschätzungen bei der Bestimmung von Anhangangaben anzuwenden sind und dass die Aufnahme von nicht materiellen Informationen zu einer reduzierten Effektivität der Anhangangaben führen kann. Die Umsetzung der Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Änderungen der IFRS 2012–2014 („Improvements to IFRS 2012–2014 Cycle“)

Zum 1. Januar 2016 setzte der Konzern mehrere Änderungen bestehender IFRS um. Diese resultierten aus den IASB-Annual-Improvement-Projekten „Improvements to IFRS 2012–2014 Cycle“. Sie umfassen Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen wie auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die Umsetzung der Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

Die nachfolgenden Rechnungslegungsvorschriften, die für den Konzern von Bedeutung sein können, waren zum 30. September 2016 noch nicht in Kraft getreten und kamen daher bei der Erstellung dieses verkürzten Konzernzwischenabschlusses nicht zur Anwendung.

IFRS 2 „Share-Based Payments“

Im Juni 2016 veröffentlichte das IASB Änderungen im begrenzten Umfang zu IFRS 2, „Share-Based Payments“ („IFRS 2“). Diese durch das IFRS Interpretations Committee entwickelten Änderungen stellen die Bilanzierung von bestimmten Arten von anteilsbasierten Vergütungstransaktionen klar. Sie erläutern die Bilanzierung von mit Barmitteln erfüllten anteilsbasierten Vergütungstransaktionen, die von Markt-Performance-Kriterien abhängen, die Klassifizierung von anteilsbasierten Vergütungstransaktionen mit Nettoausgleich sowie die Bilanzierung von Modifikationen von mit Barmitteln erfüllten anteilsbasierten Vergütungstransaktionen zu Transaktionen, die durch Eigenkapitalinstrumente erfüllt werden. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Der Konzern prüft derzeit die Auswirkungen der Klarstellungen von IFRS 2. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

IFRS 9, „Financial Instruments“

Im Juli 2014 veröffentlichte das IASB IFRS 9, „Financial Instruments“ („IFRS 9“). Der Standard ersetzt IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“ („IAS 39“). IFRS 9 führt neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten für Unternehmen ein, erfordert Änderungen der Bilanzierung der Effekte aus der Veränderung des eigenen Kreditrisikos für aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen, ersetzt die derzeitigen Regelungen zur Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten und ändert die Bilanzierungsvorschriften für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen. IFRS 9 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Der Konzern beurteilt im Moment die Auswirkungen der Bilanzierungsvorschriften von IFRS 9. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

Der Konzern führt ein zentral gemanagtes und vom Finanzvorstand des Konzerns gesponsertes IFRS-9-Programm durch, das von Fachexperten für die Themen Methodik, Datenbeschaffung und Modellierung, IT-Prozesse sowie Rechnungslegung unterstützt wird. Die Gesamtsteuerung obliegt einem IFRS-9-Steuerungskomitee, in dem Mitarbeiter der Finanz- und Risikoabteilung gemeinsam vertreten sind. Richtlinien und Training zu IFRS 9 werden über alle Konzerngeschäftsbereiche und Konzernfunktionen als Teil des konzerninternen Kontrollsystems zur Vorbereitung auf das Inkrafttreten von IFRS 9 für den Konzern zum 1. Januar 2018 bereitgestellt.

Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

IFRS 9 verlangt, dass das Geschäftsmodell des Unternehmens und die Charakteristika der Zahlungsströme des jeweiligen finanziellen Vermögenswerts die Klassifizierung und dessen Bewertung bestimmen. Zum erstmaligen Ansatz wird der jeweilige finanzielle Vermögenswert entweder als „zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung“, als „zu fortgeführten Anschaffungskosten“ oder als „zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen“ klassifiziert. Da die Anforderungen an die Klassifizierung von den bestehenden Beurteilungen unter IAS 39 abweichen, sind einige Unterschiede zur Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten unter IAS 39 zu erwarten.

Die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Verpflichtungen unter IFRS 9 bleibt weitgehend unverändert zu den derzeitigen Regelungen. Allerdings werden die aus dem eigenen Kreditrisiko resultierenden Zeitwertveränderungen von zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten ausgegebenen Schulverschreibungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen und nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der Standard erlaubt die vorzeitige Anwendung des Ausweises der aus dem eigenen Kreditrisiko resultierenden Zeitwertveränderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen auch vor der vollständigen Umsetzung von IFRS 9. Der Konzern hat diese Anforderungen des Standards nicht vorzeitig umgesetzt, da IFRS 9 noch nicht von der EU in europäisches Recht übernommen wurde.

Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten

Die Regelungen zur Wertminderung unter IFRS 9 werden auf zu fortgeführten Anschaffungskosten oder auf zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen bewertete Vermögenswerte und auf außerbilanzielle Kreditzusagen wie Kreditzusagen und Finanzgarantien angewandt. Das Modell zur Bestimmung der Wertminderung und der Risikovorsorge ändert sich von einem Modell eingetretener Kreditausfälle, bei dem Kreditausfälle bei Eintritt eines auslösenden Ereignisses erfasst werden, hin zu einem erwarteten Kreditausfallmodell, bei dem Rückstellungen für Kreditausfälle bei Erstansatz des finanziellen Vermögenswerts (oder dem Zeitpunkt, an dem der Konzern Vertragspartner der Kreditzusage oder der Finanzgarantie wird) auf Basis der zu diesem Zeitpunkt herrschenden Erwartungen potenzieller Kreditausfälle erfasst werden.

Unter dem erwarteten Kreditausfallmodell des IFRS 9 erfasst der Konzern Rückstellungen für erwartete Kreditausfälle, die aus möglichen Ausfallereignissen bei nicht notleidenden homogenen und nicht homogenen Kreditbeständen innerhalb der nächsten 12 Monate entstehen können (Stufe 1). Für Vermögenswerte, bei denen sich das Kreditrisiko seit Entstehung oder Kauf signifikant erhöht hat, aber der Vermögenswert noch nicht notleidend ist (Stufe 2), sowie für notleidende Vermögenswerte (Stufe 3) erfordert IFRS 9 die Erfassung von Rückstellungen für erwartete Kreditausfälle,

die über die restliche Laufzeit eines Vermögenswerts auftreten können (üblicherweise als „lifetime expected losses“ bezeichnet). Die „lifetime expected losses“ werden unter IFRS 9 unter Berücksichtigung von zukunftsorientierten Informationen wie makroökonomischen Faktoren bestimmt.

Als Folge der Regelungsänderungen zur Wertminderung kommt es unter IFRS 9 zu einer erhöhten Subjektivität, da die Risikovorsorge auf angemessenen und belegbaren zukunftsorientierten wahrscheinlichkeitsgewichteten Informationen basiert. Diese Informationen über die zukünftige Wirtschaftslage werden fortlaufend überwacht und über die Laufzeit des finanziellen Vermögenswerts aktualisiert. Das steht im Gegensatz zur Erfassung von Wertminderungen unter IAS 39, dessen Regeln für die Erfassung einer Risikovorsorge den Eintritt eines oder mehrerer Verlustereignisse erfordern. Es wird erwartet, dass IFRS 9 insgesamt zu einer übergreifenden Erhöhung des Risikovorsorgenniveaus führen wird. Diese Einschätzung beruht auf der Anforderung zum Ansatz einer Risikovorsorge in Höhe der erwarteten Kreditausfälle für die ersten 12 Monate auch für solche Instrumente, bei denen sich das Kreditrisiko seit Erstansatz nicht wesentlich erhöht hat. Darüber hinaus beruht es auf der Einschätzung, dass der Bestand an Vermögenswerten, auf die der „lifetime expected loss“ angewendet wird, wahrscheinlich größer ist als der Bestand an Vermögenswerten, bei denen Verlustereignisse nach IAS 39 bereits eingetreten sind.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

IFRS 9 beinhaltet auch neue Regeln zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen mit dem Ziel, die Bilanzierung mit dem Risikomanagement in Einklang zu bringen. Grundsätzlich sind einige der Einschränkungen der derzeitigen Regelungen beseitigt worden, so dass eine größere Auswahl von Sicherungsinstrumenten und gesicherten Grundgeschäften für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen verfügbar wird.

IFRS 15, „Revenue from Contracts with Customers“

Im Mai 2014 veröffentlichte das IASB IFRS 15, „Revenue from Contracts with Customers“ („IFRS 15“). Die Bilanzierungsvorschriften bestimmen, wie und wann Erträge vereinnahmt werden, haben aber keine Auswirkungen auf die Vereinnahmung von Erträgen, die im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten des Regelungsbereiches von IAS 39/IFRS 9 entstehen. IFRS 15 ersetzt mehrere andere IFRS-Vorschriften und -Interpretationen, die im Moment die Ertragsvereinnahmung unter IFRS bestimmen, und stellt ein einzelnes, auf Prinzipien basiertes Fünf-Stufen-Modell dar, das auf alle Kundenvereinbarungen angewendet wird. Zudem verlangen die Vorschriften von Unternehmen die Bereitstellung von aussagefähigeren und relevanteren Anhangangaben an die Nutzer von Finanzabschlüssen. IFRS 15 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Der Konzern prüft derzeit die Auswirkungen von IFRS 15. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

IFRS 16, „Leases“

Im Januar 2016 veröffentlichte das IASB IFRS 16, „Leases“, der ein einziges Bilanzierungsmodell für Leasingnehmer einführt. Es führt beim Leasingnehmer dazu, dass aus allen Leasingvereinbarungen mit einer Laufzeit von mehr als 12 Monaten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Bilanz zu erfassen sind; es sei denn, es handelt sich um einen geringwertigen Vermögenswert. Der Leasingnehmer erfasst einen Vermögenswert, der sein Recht auf Nutzung des zugrunde liegenden Leasinggegenstandes repräsentiert. Zudem erfasst er eine Leasingverbindlichkeit, die seine Verpflichtung zur Zahlung der Mietzahlungen darstellt. Im Vergleich mit den derzeitigen Bilanzierungsanforderungen ändert sich die Bilanzierung aus Sicht des Leasinggebers nur geringfügig. Zudem verlangt der Standard von Unternehmen die Bereitstellung von aussagefähigeren und relevanteren Anhangangaben für die Nutzer von Finanzabschlüssen. IFRS 16 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen. Der Konzern prüft derzeit die Auswirkungen von IFRS 16. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

Segmentberichterstattung (nicht testiert)

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf dem sogenannten „Managementansatz“, dem zufolge Segmentinformationen auf der Grundlage der internen Managementberichterstattung darzustellen sind. Der Vorstand der Deutschen Bank als sogenannter Chief Operating Decision Maker überprüft diese regelmäßig, um den verschiedenen Segmenten Ressourcen zuzuteilen und ihre Performance zu bewerten.

Segmente

Die Segmentberichterstattung folgt der den internen Managementberichtssystemen zugrunde liegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Auf dieser Basis wird die finanzielle Performance der Segmente beurteilt und über die Zuteilung der Ressourcen zu den Segmenten entschieden. Vergleichszahlen für frühere Perioden wurden bei organisatorischen Änderungen angepasst, wenn diese in den Managementberichtssystemen des Konzerns berücksichtigt wurden.

Ab 2016 sind die Geschäftsaktivitäten des Konzerns gemäß seiner Strategie 2020 unter den folgenden Segmenten organisiert:

- Global Markets („GM“),
- Corporate & Investment Banking („CIB“),
- Private, Wealth and Commercial Clients („PW&CC“),
- Deutsche Asset Management („Deutsche AM“),
- Postbank („PB“) und
- Non-Core Operations Unit („NCOU“).

Im Folgenden werden die wesentlichen Änderungen im Jahr 2016 erläutert.

Global Markets („GM“) – Mit Wirkung vom ersten Quartal 2016 umfasst das Segment GM die Verkaufs- und Handelsaktivitäten des ehemaligen Unternehmensbereichs Corporate Banking & Securities („CB&S“). Erträge aus bestimmten Finanzierungsaktivitäten, die zuvor in den Kreditprodukten („Loan Products“) von CB&S ausgewiesen wurden, haben wir der Kategorie „Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)“ zugeordnet. Marktwertgewinne und -verluste aus Maßnahmen zur Senkung der risikogewichteten Aktiva (RWA) im Zusammenhang mit kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen (Credit Valuation Adjustments; CVA), refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustments; FVA) und bestimmten Veränderungen der Berechnungsmethode für CVA, die bislang unter den Erträgen aus dem Bereich „Sales & Trading“ erfasst wurden, haben wir unter „Sonstige“ ausgewiesen. Die forderungsbezogenen Bewertungsanpassungen (Debt Valuation Adjustments; DVA) wurden weiterhin unter der Position „Sonstige“ erfasst. Diese Kategorie beinhaltete auch Überträge aus dem und in den Unternehmensbereich Corporate & Investment Banking („CIB“), die sich aus dem geänderten Konzept für Kundenbetreuung und Produktvertrieb ergeben haben. Zudem wurden im zweiten Quartal 2016 Geschäftsbereiche von Deutsche Asset Management auf Global Markets übertragen, die gemäß IFRS auch die Übertragung des Geschäfts- oder Firmenwert nach einer vergleichenden Analyse auf der Grundlage ähnlicher am Markt beobachtbarer Transaktionen und in Übereinstimmung mit der Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts von Deutsche Asset Management auf Global Markets vorsehen. Die anschließende Werthaltigkeitsprüfung ergab einen Verlust aus Wertminderungen von 285 Mio € in Global Markets.

Corporate & Investment Banking („CIB“) – Mit Wirkung vom ersten Quartal 2016 umfasst das neue Segment CIB die Corporate-Finance-Aktivitäten der ehemaligen Unternehmensbereiche Corporate Banking and Securities („CB&S“) und Global Transaction Banking („GTB“). Überträge aus dem und in das Segment Global Markets, die aus dem geänderten Ansatz für Kundenbetreuung und Produktvertrieb resultieren, wurden in der Kategorie „Kreditprodukte und Sonstige“ erfasst.

Private, Wealth & Commercial Clients („PW&CC“) – Im Unternehmensbereich PW&CC führten wir im ersten Quartal 2016 die Aktivitäten von Private and Commercial Clients („PCC“) in Deutschland und anderen Ländern, die davor zu Private & Business Clients („PBC“) gehörten, mit dem Geschäftsbereich Wealth Management („WM“) zusammen, der zuvor in Deutsche Asset & Wealth Management („DeAWM“) integriert war. Die Erträge aus der Hua Xia Bank werden in PW&CC separat ausgewiesen, um die angestrebte Veräußerung dieser Beteiligung im Rahmen der Strategie 2020 widerzuspiegeln.

Deutsche Asset Management („Deutsche AM“) – Seit dem ersten Quartal 2016 umfasste das Segment Deutsche AM die Asset-Management-Aktivitäten des ehemaligen Unternehmensbereichs DeAWM. Sein Fokus lag auf der Bereitstellung von Investmentlösungen für Finanzinstitute und -intermediäre, die einzelne Kunden betreuen. Zudem wurden im zweiten Quartal 2016 Geschäftsbereiche von Deutsche Asset Management auf Global Markets übertragen, die gemäß IFRS auch die Übertragung des Geschäfts- oder Firmenwert nach einer vergleichenden Analyse auf der Grundlage ähnlicher am Markt beobachtbarer Transaktionen und in Übereinstimmung mit der Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts von Deutsche Asset Management auf Global Markets vorsehen.

Postbank („PB“) – Vor dem Hintergrund der geplanten Entkonsolidierung gemäß der Strategie 2020 wurde die PB mit Wirkung vom ersten Quartal 2016 als separates Segment ausgewiesen. Darin wurden die zum Kerngeschäft und Nichtkerngeschäft der PB gehörenden Aktivitäten zusammengeführt, die zuvor über die NCOU erfasst wurden. Die berichteten Zahlen in PB werden von den Angaben in der separaten Berichterstattung der Postbank abweichen. Ursächlich hierfür sind beispielsweise Konsolidierungseffekte und die Auswirkungen der Allokation des Kaufpreises.

Non-Core Operations Unit („NCOU“) – Eine wesentliche Veränderung gegenüber der früheren Struktur ist, dass die NCOU mit Wirkung vom ersten Quartal 2016 nicht mehr die vorgenannten, nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktivitäten der Postbank umfasst.

Die im Ergebnis für 2015 in CB&S und PBC erfassten Verluste aus Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert wurden den neuen Segmenten Global Markets/Corporate & Investment Banking und PW&CC/Postbank entsprechend ihrem jeweiligen Anteil am Geschäfts- oder Firmenwert vor der im dritten Quartal 2015 erfassten Wertminderung zugewiesen.

Bestimmte Aktivitäten im Liquiditätsmanagement, die zuvor Teil der Geschäftssegmente waren, werden zentral von Treasury gesteuert. Daher wurden sie im ersten Quartal 2016 auf Consolidation & Adjustments übertragen und den einzelnen Geschäftssegmenten zugewiesen sowie entsprechend ausgewiesen. Im zweiten Quartal 2016 wurde das Liquidity-Portfolio-Geschäft für Asien (ohne Japan) von Global Markets auf Treasury übertragen.

Die Bankenabgabe für den Einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund; „SRF“) wurde mit dem vollen Jahresbetrag im ersten Quartal direkt in den Geschäftssegmenten erfasst. Entsprechend wird keine Abgrenzung über das Jahr in den Geschäftsbereichen gezeigt und keine zeitliche Differenz in Consolidation & Adjustments ausgewiesen. Wir haben die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2015 angepasst, um diese zeitliche Verschiebung widerzuspiegeln.

Im ersten Quartal 2016 wurde eine striktere Definition der Invested Assets angewendet und Client Assets als neue Kennzahl eingeführt. Daher sind in den Invested Assets Vermögenswerte, die wir für Kunden zu Investmentzwecken halten, Kundenvermögenswerte, die der Konzern auf Beratungs- oder diskretionärer Basis verwaltet, und Vermögenswerte, die vom Konzern verwahrt werden, enthalten. Zudem umfassen Client Assets neben den Invested Assets auch Vermögenswerte, für die der Konzern keine Anlagedienstleistungen, wie Wertpapierverwahrung und -verwaltung, Risikomanagement, Administration und Berichterstattung (einschließlich Dienstleistungen, die nur die Ausführung von Wertpapiergeschäften beinhalten), anbietet.

Investitionen und Desinvestitionen

In den ersten neun Monaten 2016 hat der Konzern die nachstehenden Investitionen beziehungsweise Desinvestitionen getätigt:

Im September 2016 hat die Bank zugestimmt, das Abbey Life-Geschäft (Abbey Life Assurance Company Limited, Abbey Life Trustee Services Limited und Abbey Life Trust Securities Limited) an eine Tochter der Phoenix Group Holdings (Phoenix-Gruppe) zu verkaufen. Die Transaktion ist vorbehaltlich regulatorischer Zustimmung inklusive der Prudential Regulatory Authority als auch der Zustimmung der Anteilseigner der Phoenix-Gruppe and der Kapitalerhöhung der Phoenix-Gruppe, um die Akquisition zu finanzieren.

Im vierten Quartal 2015 hat die Bank bekanntgegeben, dass Sie eine Vereinbarung mit Raymond James Financial Inc. eingegangen ist, um ihre US-amerikanische Private Client Services-Einheit zu veräußern. Im September 2016 wurde diese Transaktion erfolgreich beendet.

Im August 2016 hat die Bank eine Vereinbarung getroffen, um ihre Tochter in Argentinien, die Deutsche Bank S.A., an die Banco Comafi S.A. zu veräußern. Die Transaktion ist Teil der Strategie 2020, um die weltweite Präsenz der Bank effizienter zu gestalten. Der Abschluss der Transaktion wird für das erste Halbjahr 2017 erwartet, vorbehaltlich der regulatorischen Zustimmung und weiterer Auflagen.

Im November 2015 gab Visa Inc. bekannt, eine endgültige Vereinbarung über den Erwerb von Visa Europe Ltd. erzielt zu haben. In diesem Zusammenhang hat Visa Europe Ltd. alle Aktionäre gebeten, darunter auch verschiedene Einheiten des Deutsche Bank-Konzerns, ihre Aktien gegen eine Barabfindung zurückzugeben. Die Deutsche Bank hat dies im Januar 2016 getan und bei Abschluss der Transaktion am 21. Juni 2016 eine Barabfindung erhalten. Darüber hinaus besteht ein Anspruch auf eine spätere Zahlung einschließlich einer Zinszahlung am dritten Jahrestag des Abschlusses der Transaktion.

Am 15. April 2016 hat die Bank bekannt gegeben, eine Vereinbarung mit Macquarie Infrastructure Partners III („MIP III“), einem von Macquarie Infrastructure and Real Assets verwalteten Fonds, über den Verkauf von Maher Terminals USA, LLC, einem Containerterminal in Port Elizabeth, New Jersey, getroffen zu haben. Im Rahmen der Transaktion hat MIP III zugesagt, 100 % der Maher Terminals USA, LLC, zu erwerben. Aufsichtsrechtliche Genehmigungen stehen noch aus und der Abschluss wird im vierten Quartal 2016 erwartet.

Allokation des durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals

Der zugewiesene Gesamtbetrag des durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals wird nach dem höheren Wert des ökonomischen Risikos und des aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarfs des Konzerns bestimmt. Ab 2016 berücksichtigt der Konzern das durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital anstelle des durchschnittlichen Active Equity bei der Kapitalallokation auf die Segmente basierend auf den bekannt gegebenen Kapital- und Verschuldungszielen. Nach der neuen Methode wird das dem Geschäfts- oder Firmenwert und anderen immateriellen Vermögenswerten zurechenbare Kapital umfassender allokiert, so dass die Ermittlung des allokierten durchschnittlichen materiellen Eigenkapitals und der kommunizierten Profitabilitätskennzahlen ermöglicht wird. Der Bedarf der Bank für das ökonomische Risiko wird von dem Risikotoleranz-Schwellenwert zur Erreichung einer internen Kapitaladäquanzquote für das Niveau „Normal“ gemäß Rahmenwerk für die Risikotoleranz bestimmt. Der interne Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital wird auf Basis der extern kommunizierten Zielquoten ermittelt, das heißt basierend auf einer angestrebten Tier-1-Kernkapitalquote von 12,5 % (10 % Anfang 2015, 11 % ab Juni 2015) und einer Zielverschuldungsquote nach CRD 4 von 4,5 % (3,5 % Anfang 2015, 5 % ab Juni 2015), jeweils auf Konzernebene und ausgehend von einem voll implementierten CRR/CRD 4-Regelwerk, berechnet. Übersteigen die Tier-1-Kernkapitalquote und die Verschuldungsquote des Konzerns die Zielwerte, wird das überschüssige durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital C&A zugeordnet. Die Allokation des durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals auf die Segmente spiegelt deren Beitrag zu den vorgenannten Zielen wider.

Segmentergebnisse

Weitere Informationen zu den Segmentergebnissen einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS enthält der Abschnitt „Lagebericht: Überblick über die Geschäftsentwicklung: Geschäftsergebnisse: Segmentergebnisse“ dieses Zwischenberichts.

Angaben zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (nicht testiert)

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

in Mio €	3. Quartal		Jan. – Sep.	
	2016	2015	2016	2015
Zinsüberschuss	3.525	3.693	11.142	12.025
Handelsergebnis ¹	435	145	836	3.688
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ²	-45	555	1.275	591
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	390	700	2.111	4.279
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.915	4.392	13.253	16.304
Sales & Trading (Equity)	509	537	1.598	2.465
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	1.978	1.860	5.817	6.956
Sales & Trading insgesamt	2.487	2.397	7.415	9.420
Sonstige	-34	-101	-86	-368
Global Markets	2.453	2.296	7.329	9.052
Corporate & Investment Banking	531	526	1.577	1.616
Private, Wealth & Commercial Clients	810	1.083	3.205	3.079
Deutsche Asset Management	206	-28	333	131
Postbank	548	663	1.682	1.863
Non-Core Operations Unit	-345	-111	-1.158	-166
Consolidation & Adjustments	-287	-37	284	729
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	3.915	4.392	13.253	16.304

¹ Das Handelsergebnis beinhaltet Gewinne und Verluste aus Derivaten, die die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung nicht erfüllen.

² Beinhaltet ein Ergebnis von 0 Mio € für das dritte Quartal 2016 (drittes Quartal 2015: Verluste von 32 Mio €) und ein Ergebnis von 0 Mio € für den Neunmonatszeitraum 2016 (Neunmonatszeitraum 2015: Gewinne von 29 Mio €) aus strukturierten Verbriefungen. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts korrespondierender Instrumente in Höhe von 0 Mio € für das dritte Quartal 2016 (drittes Quartal 2015: minus 34 Mio €) und von 0 Mio € für den Neunmonatszeitraum 2016 (Neunmonatszeitraum 2015: 22 Mio €) werden im Handelsergebnis gezeigt. Beide Komponenten werden unter Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) ausgewiesen. Die Summe dieser Gewinne und Verluste stellt den Anteil der Deutschen Bank an den Verlusten dieser konsolidierten strukturierten Verbriefungen dar.

Provisionsüberschuss

in Mio €	3. Quartal		Jan. – Sep.	
	2016	2015	2016	2015
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	1.095	1.169	3.148	3.355
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	815	1.009	2.591	3.334
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	1.116	931	3.086	3.147
Provisionsüberschuss insgesamt	3.027	3.108	8.825	9.836

Pensions- und sonstige Versorgungszusagen

in Mio €	3. Quartal		Jan. – Sep.	
	2016	2015	2016	2015
Dienstzeitaufwand	62	79	217	242
Nettozinsaufwand/-ertrag (-)	-2	-1	-8	-3
Gesamtaufwand leistungsdefinierter Pläne	60	78	209	239
Gesamtaufwand beitragsdefinierter Pläne	101	101	334	316
Pensionsaufwendungen insgesamt	161	179	543	555
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland	62	55	178	171

Die erwarteten regulären Zuführungen des Konzerns zum Planvermögen der leistungsdefinierten Pensionspläne werden im Geschäftsjahr 2016 voraussichtlich 750 Mio € betragen. Rückübertragungen aus dem Planvermögen an den Konzern während des Geschäftsjahres 2016 werden nicht erwartet.

Diskontierungszinssatz zur Bestimmung der leistungsdefinierten Verpflichtung

in %	30.9.2016	31.12.2015
Deutschland	1,2	2,4
Großbritannien	2,3	3,9
USA	3,4	4,2

Sachaufwand und sonstiger Aufwand

in Mio €	3. Quartal		Jan. – Sep.	
	2016	2015	2016	2015
EDV-Aufwendungen	932	849	2.853	2.572
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	484	447	1.391	1.424
Aufwendungen für Beratungsleistungen	511	507	1.633	1.575
Kommunikation und Datenadministration	185	196	568	601
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	105	121	337	364
Aufwendungen für Bank- und Transaktionsdienstleistungen	170	145	487	430
Marketingaufwendungen	51	66	177	200
Konsolidierte Beteiligungen	89	103	258	320
Sonstige Aufwendungen ¹	964	1.738	2.743	6.088
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	3.490	4.171	10.447	13.575

¹ Einschließlich Belastungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten von 501 Mio € für das dritte Quartal 2016 (drittes Quartal 2015: Belastungen von 1,2 Mrd €) und Belastungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten von 809 Mio € (Belastungen von 193 Mio € verrechnet mit Einkünften aus der Kirch-Vereinbarung über 73 Mio €) für den Neunmonatszeitraum 2016 (Neunmonatszeitraum 2015: Belastungen von 4 Mrd €). Des Weiteren Bankabgaben von 6 Mio € für das dritte Quartal 2016 (drittes Quartal 2015: 4 Mio €) und Bankabgaben von 531 Mio € für den Neunmonatszeitraum 2016 (Neunmonatszeitraum 2015: 581 Mio €).

Restrukturierung

Die Restrukturierung ist Bestandteil der Strategie 2020, die im Jahr 2015 angekündigt wurde. Die Strategie 2020 umfasst die Neupositionierung des Investmentbankings, die Neuausrichtung des Privatkundengeschäfts, die Straffung der regionalen Präsenz sowie die Transformation des operativen Modells mit dem Ziel, Nettoeinsparungen von 1 bis 1,5 Mrd € bis zum Jahr 2018 zu realisieren.

Der Restrukturierungsaufwand beinhaltet sowohl Abfindungszahlungen und Aufwand zur beschleunigten Amortisation von noch nicht amortisierten aufgeschobenen Vergütungskomponenten aufgrund der Verkürzung der zukünftigen Restdienstzeiten als auch Aufwendungen für vorzeitige Kündigungen von Immobilienmietverträgen.

Restrukturierungsaufwand aufgegliedert nach Bereichen

in Mio €	3. Quartal		Jan. – Sep.	
	2016	2015	2016	2015
Global Markets	-20	-2	-122	-24
Corporate & Investment Banking	-19	-1	-152	-7
Private, Wealth & Commercial Clients	7	1	-113	1
Deutsche Asset Management	-12	-0	-44	0
Non-Core Operations Unit	-0	0	-4	-2
Restrukturierungsaufwand insgesamt	-45	-2	-435	-31

Die Mehrheit des Restrukturierungsaufwandes fiel in den Infrastrukturbereichen an. Dieser Aufwand wird auf die Geschäftsbereiche verrechnet, während die durch die Restrukturierung betroffenen Mitarbeiter der Infrastrukturbereiche separat in der unteren Tabelle gezeigt werden.

Restrukturierungsaufwand aufgegliedert nach Aufwandsart

in Mio €	3. Quartal		Jan. – Sep.	
	2016	2015	2016	2015
Restrukturierungsaufwand - Personalaufwand	-46	-1	-444	-32
davon:				
Abfindungsleistungen	-27	-3	-395	-25
Beschleunigte Amortisation aufgeschobener Vergütung	-18	1	-45	-7
Sozialversicherung	-1	0	-4	-0
Restrukturierungsaufwand - Sachaufwand ¹	0	-1	9	1
Restrukturierungsaufwand insgesamt	-45	-2	-435	-31

¹ Aufwand für vorzeitige Vertragsbeendigung, vornehmlich für Mietverhältnisse für vom Konzern genutzte Gebäude und Technologien.

Die Restrukturierungsrückstellungen betragen am 30. September 2016 884 Mio € (31. Dezember 2015: 651 Mio €). Der überwiegende Teil der aktuellen Restrukturierungsrückstellung wird voraussichtlich in den beiden nächsten Jahren verbraucht werden.

In den ersten neun Monaten des Jahres 2016 wurde die Mitarbeiterzahl auf Basis von Vollzeitkräften als Bestandteil unserer Restrukturierungsmaßnahmen um 727 reduziert. Diese Reduzierungen betreffen die Bereiche wie folgt:

	Jan. – Sep.
Global Markets	142
Corporate & Investment Banking	135
Private, Wealth & Commercial Clients	86
Deutsche Asset Management	81
Infrastructure/Regional Management	283
Mitarbeiterzahl insgesamt	727

Effektive Steuerquote

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

Der Ertragsteueraufwand lag im Berichtsquartal bei 340 Mio € (drittes Quartal 2015: 77 Mio € Steuerertrag). Die effektive Steuerquote von 55 % (drittes Quartal 2015: 1 %) wurde im Wesentlichen durch steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten beeinflusst.

Neunmonatsvergleich 2016 versus 2015

In den ersten neun Monaten 2016 belief sich der Ertragsteueraufwand auf 1,1 Mrd € (Vergleichszeitraum 2015: 1,3 Mrd €). Die effektive Steuerquote von 67 % (Vergleichszeitraum 2015: minus 37 %) wurde im Wesentlichen durch steuerlich nicht abzugsfähige Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und Steuereffekte im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungen beeinflusst.

Angaben zur Konzernbilanz (nicht testiert)

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen

in Mio €	30.9.2016	31.12.2015
Finanzielle Vermögenswerte des Handelsbestands:		
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	160.590	179.256
Sonstige Handelsaktiva ¹	15.865	16.779
Handelsaktiva insgesamt	176.456	196.035
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	542.205	515.594
Finanzielle Vermögenswerte des Handelsbestands insgesamt	718.661	711.630
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	65.507	51.073
Forderungen aus Wertpapierleihen	19.072	21.489
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	9.745	12.451
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	22.194	24.240
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	116.518	109.253
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	835.179	820.883

¹ Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 14,0 Mrd € zum 30. September 2016 (31. Dezember 2015: 15,5 Mrd €).

in Mio €	30.9.2016	31.12.2015
Finanzielle Verpflichtungen des Handelsbestands:		
Handelspassiva:		
Wertpapiere	61.291	51.327
Sonstige Handelspassiva	494	977
Handelspassiva insgesamt	61.785	52.304
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	524.113	494.076
Finanzielle Verpflichtungen des Handelsbestands insgesamt	585.899	546.381
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	43.499	31.637
Kreditzusagen	43	79
Langfristige Verbindlichkeiten	7.607	8.710
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	3.818	4.425
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	54.967	44.852
Investmentverträge ¹	7.822	8.522
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	648.687	599.754

¹ Aufgrund der Vertragsbedingungen entsprechen bei diesen Investmentverträgen die Rückkaufswerte den beizulegenden Zeitwerten.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

in Mio €	30.9.2016	31.12.2015
Festverzinsliche Wertpapiere	63.694	68.266
Nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.207	1.241
Sonstiger Anteilsbesitz	1.127	974
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.893	3.102
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	68.921	73.583

Mit Wirkung zum 4. Januar 2016 hat der Konzern zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 3,2 Mrd € in die Bilanzkategorie „Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere“ umgewidmet. Weitere Details hierzu finden Sie in der in diesem Zwischenbericht enthaltenen Anhangangabe „Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere“.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

In Übereinstimmung mit den im Oktober 2008 veröffentlichten Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7 wurden im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „Zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ und „Zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. Seit dem ersten Quartal 2009 wurden keine weiteren Umwidmungen vorgenommen.

Es wurden gemäß den Änderungen qualifizierende Vermögenswerte umgewidmet, für die sich zum Umwidmungsstichtag die Zweckbestimmung eindeutig geändert hatte. Statt einer kurzfristigen Verkaufs- oder Handelsabsicht bestand die Absicht und Möglichkeit, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu halten. Die Umwidmungen erfolgten zum beizulegenden Zeitwert des Vermögenswerts zum jeweiligen Umwidmungsstichtag.

Umgewidmete finanzielle Vermögenswerte

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft
Buchwert am Umwidmungsstichtag	26,6	11,4
Unrealisierte Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst wurden	0,0	- 1,1
Effektivzinssätze am Umwidmungsstichtag:		
Obere Grenze	13,1 %	9,9 %
Untere Grenze	2,8 %	3,9 %
Erwartete erzielbare Zahlungsströme am Umwidmungsstichtag	39,6	17,6

Buchwerte und beizulegende Zeitwerte der in 2008 und 2009 umgewidmeten Vermögenswerte je Bilanzkategorie

in Mio €	30.9.2016		31.12.2015	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte	578	451	1.382	1.346
Schuldtitel	50	59	396	405
Kredite	262	242	916	857
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft, insgesamt	890	752	2.695	2.608
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte	506	476	1.540	1.470
Schuldtitel	0	0	168	179
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft, insgesamt	506	476	1.708	1.648
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	1.396¹	1.229	4.403¹	4.256

¹ Zusätzlich zu den Buchwerten der umgewidmeten Vermögenswerte, die in der Tabelle dargestellt werden, existiert ein dazugehöriger Effekt auf die Buchwerte der Derivate, die zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts, hier zur Absicherung gegen Marktinsänderungen, genutzt werden. Dieser Effekt führte zu einem Anstieg des Buchwerts um 2 Mio € zum 30. September 2016 und einem Rückgang des Buchwerts um 3 Mio € zum 31. Dezember 2015.

Alle umgewidmeten Vermögenswerte werden in der NCOU verwaltet und Verkaufsentscheidungen über dieses Portfolio werden von der NCOU entsprechend ihrer Zuständigkeit, Entscheidungen zum Risikoabbau zu fällen, getroffen. In den ersten neun Monaten 2016 verkaufte der Konzern umgewidmete Vermögenswerte mit einem Buchwert von 2,6 Mrd €. Die Verkäufe haben im Berichtszeitraum zu einem Verlust von 72 Mio € geführt.

Zusätzlich zu den erwähnten Verkäufen reduzierte sich der Buchwert der umgewidmeten Vermögenswerte aufgrund von Rückzahlungen um 374 Mio €. Der Buchwert wurde in diesem Zeitraum durch Währungseffekte weiter reduziert.

Unrealisierte Gewinne/Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt worden wären, sowie Nettogewinne/-verluste, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst worden wären, wenn keine Umwidmungen vorgenommen worden wären

in Mio €	3. Quartal		Jan. – Sep.	
	2016	2015	2016	2015
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert aus umgewidmeten Handelsaktiva – vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2	150	– 11	132
Wertminderungen (–) aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen eine Wertminderung vorlag	0	0	0	0
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag	7	– 25	– 4	– 30

Ergebnisbeitrag vor Steuern der umgewidmeten Vermögenswerte

in Mio €	3. Quartal		Jan. – Sep.	
	2016	2015	2016	2015
Zinserträge	9	29	41	108
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2	15	– 74	37
Sonstige Erträge ¹	6	6	33	56
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten Handelsaktiva	17	50	0	202
Zinserträge	2	– 5	6	37
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0	1	3	1
Sonstige Erträge ¹	– 51	22	– 105	73
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten	– 50	17	– 96	111

¹ Dies ist auf Gewinne und Verluste aus der Veräußerung umgewidmeter Vermögenswerte zurückzuführen.

Umgewidmete finanzielle Vermögenswerte: Buchwerte und beizulegende Zeitwerte je Bilanzkategorie

Alle gemäß IAS 39 umgewidmeten Vermögenswerte wurden in die NCOU übertragen, nachdem dieser neue Unternehmensbereich im vierten Quartal 2012 gegründet worden war. Die NCOU wurde damit beauftragt, den Risikoabbau zu beschleunigen, um den Kapitalbedarf und die Bilanzsumme zu reduzieren. Zur Bestimmung, ob und wann Vermögenswerte verkauft werden sollen, werden zahlreiche Faktoren berücksichtigt. Dazu zählen die Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung, das Aufsichtsrechtliche Eigenkapital und Auswirkungen auf die Verschuldungsquote. Die Veränderungen des Buchwerts und des beizulegenden Zeitwerts werden in der folgenden Tabelle dargestellt:

Buch- und Marktwerte von Vermögenswerten, die in den Jahren 2008 und 2009 umgewidmet wurden

in Mio €	30.9.2016			31.12.2015		
	Buchwert	Marktwert	Unrealisierte Gewinne/ (Verluste)	Buchwert	Marktwert	Unrealisierte Gewinne/ (Verluste)
Umgewidmete Verbriefungen und mit Forde- rungen aus dem Kreditgeschäft besicherte Wertpapiere						
US-Kommunalschuldverschreibungen	0	0	0	405	423	19
Durch Studentenkredite besicherte Wertpapiere	249	231	-18	1.456	1.478	22
CDO/CLO	303	248	-55	534	498	-36
Pfandbriefe	298	235	-63	298	234	-64
Durch gewerbliche Hypothekendarlehen besicherte Wertpapiere	30	32	1	175	176	1
Durch Wohn-Hypothekendarlehen besicherte Wertpapiere	50	59	8	92	93	1
Andere ¹	204	182	-22	529	498	-31
Summe Umgewidmete Verbriefungen und mit Forderungen aus dem Kreditgeschäft besicherte Wertpapiere	1.134	986	-148	3.487	3.400	-88
Umgewidmete Forderungen aus dem Kreditgeschäft						
Gewerbliche Hypothekendarlehen	32	34	2	56	54	-1
Wohn-Hypothekendarlehen	184	164	-20	810	753	-57
Andere	46	45	-1	50	49	-1
Summe Umgewidmete Forderungen aus dem Kreditgeschäft	262	242	-19	916	857	-59
Summe Finanzielle Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	1.396	1.229	-167	4.403	4.256	-147

¹ Enthält durch Wertpapiere abgesicherte Vermögenswerte der Luftfahrtindustrie und andere verbrieft Vermögenswerte und Schuldverschreibungen.

Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere

Im ersten Quartal 2016 begann der Konzern die neue Kategorie „Bis zur Endfälligkeit gehalten“ zu verwenden, um die Ertrags- und Kapitalvolatilität in seinem Anlagebuch sachgerechter darzustellen. Die neue Bilanzkategorie steuert die mit einem Zinsänderungsrisiko behafteten Positionen des Anlagebuchs und unterstützt den Konzern dabei, spezifische Ziele seines Aktiv-Passiv-Managements, wie die Transformation von Kapitalbindungsfristen, zu erreichen.

Der Konzern hat mit Wirkung zum 4. Januar 2016 Wertpapiere in Höhe von 3,2 Mrd € aus der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ in „Bis zur Endfälligkeit gehalten“ umgewidmet. Bei allen umgewidmeten finanziellen Vermögenswerten handelt es sich um erstklassige Staatsanleihen, sonstige supranationale und staatsnahe Anleihen, die von Treasury als Teil der strategischen Liquiditätsreserve (Strategic Liquidity Reserve; SLR) verwaltet werden.

Buchwerte und beizulegende Zeitwerte von aus der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ in „Bis zur Endfälligkeit gehalten“ umgewidmeten Wertpapieren

in Mio €	4.1.2016	30.9.2016	
	Buchwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Umgewidmete festverzinsliche Wertpapiere:			
G7-Staatsanleihen	432	429	455
Sonstige Staatsanleihen, supranationale und staatsnahe Anleihen	2.809	2.786	2.903
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die in "Bis zur Endfälligkeit gehalten" umge- widmet wurden	3.241	3.215	3.358

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente

Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts

Die zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente wurden den drei Kategorien gemäß der IFRS-Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet.

Level 1 – mittels notierter Preise in aktiven Märkten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert direkt von Preisen an aktiven, liquiden Märkten abgeleitet werden kann und bei denen das im Markt beobachtbare Finanzinstrument repräsentativ für das im Bestand des Konzerns zu bewertende Instrument ist.

Hierzu zählen Staatsanleihen, börslich gehandelte Derivate sowie Eigenkapitaltitel, die in aktiven und liquiden Märkten gehandelt werden.

Level 2 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren sämtliche Eingangsparameter beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Hierzu zählen eine Vielzahl der außerbörslichen Derivate, börsennotierte Investment-Grade-Kreditanleihen, einige CDS, eine Vielzahl der forderungsbesicherten Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligation, „CDO“) sowie viele der weniger liquiden Aktien.

Level 3 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Parameter bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann und die ein anderes Bewertungsverfahren benötigen. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die nicht beobachtbar ist und einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat.

Hierzu zählen komplexere außerbörsliche Derivate, notleidende Kredite, hochgradig strukturierte Anleihen, illiquide Asset Backed Securities (ABS), illiquide CDOs (Kassa und synthetisch), Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern, einige Private-Equity-Investments, viele gewerbliche Immobilienkredite, illiquide Kredite und einige Kommunalanleihen.

Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente¹

in Mio €	30.9.2016			31.12.2015		
	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungs- methode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungs- methode (Level 3)	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungs- methode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungs- methode (Level 3)
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Handelsaktiva	86.990	78.254	11.212	90.031	93.253	12.751
Wertpapiere des Handelsbestands	86.730	68.376	5.485	89.718	82.869	6.669
Sonstige Handelsaktiva	261	9.878	5.727	313	10.384	6.082
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	9.797	524.883	7.525	5.629	500.520	9.445
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	17.046	96.816	2.656	18.024	86.751	4.478
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	37.472	27.041	4.407	43.260	25.449	4.874
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	4.157 ²	6	0	3.136 ²	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	151.305	731.152	25.806	156.943	709.109	31.549
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:						
Handelsspassiva	45.076	16.683	26	40.185	12.102	18
Wertpapiere des Handelsbestands	45.076	16.189	26	40.154	11.155	18
Sonstige Handelsspassiva	0	494	0	30	947	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	6.087	510.852	7.174	5.528	480.668	7.879
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	4	51.729	3.234	2	41.797	3.053
Investmentverträge ³	0	7.822	0	0	8.522	0
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	0	3.864 ²	-955 ⁴	0	6.492 ²	-1.146 ⁴
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	51.167	590.950	9.479	45.715	549.581	9.805

¹ Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit den in der Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ im Geschäftsbericht 2015 dargestellten Rechnungslegungsgrundsätzen zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

² Dies bezieht sich hauptsächlich auf zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate.

³ Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 41 „Versicherungs- und Investmentverträge“ im Geschäftsbericht 2015 für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

⁴ Dies bezieht sich auf Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate können sowohl positive als auch negative Marktwerte aufweisen, werden aber aus Konsistenzgründen in obiger Tabelle in der Kategorie des beizulegenden Zeitwerts des Basisvertrags ausgewiesen. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate werden laufend zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Zum Zweck dieser Angabe wird das getrennt ausgewiesene eingebettete Derivat auf verschiedene Kategorien des beizulegenden Zeitwerts aufgeteilt.

Bewertungsverfahren

Nachstehend werden die Bewertungsmethoden erläutert, die zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der verschiedenen Arten von Finanzinstrumenten eingesetzt werden.

Festverzinsliche Wertpapiere von staatlichen und quasistaatlichen Emittenten und Unternehmen sowie Eigenkapitaltitel – Sofern es keine in jüngster Zeit durchgeführten Transaktionen gibt, kann der beizulegende Zeitwert auf Basis des letzten Marktpreises, bereinigt um alle seither erfolgten Risiko- und Informationsänderungen, ermittelt werden. Werden auf einem aktiven Markt vergleichbare Instrumente notiert, wird der beizulegende Zeitwert durch Anpassung des Vergleichswerts um die jeweiligen Differenzen in den Risikoprofilen dieser Instrumente bestimmt. Sind keine vergleichbaren Werte verfügbar, wird der beizulegende Zeitwert anhand komplexerer Modellierungstechniken bestimmt. Diese Techniken umfassen DCF-Verfahren, die die aktuellen Marktkonditionen für Kredit-, Zins-, Liquiditäts- und sonstige Risiken berücksichtigen. Bei Modellierungstechniken für Eigenkapitaltitel können auch Ertragsmultiplikatoren eingesetzt werden.

Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere („MBS/ABS“) – Zu diesen Instrumenten gehören private und gewerbliche MBS sowie sonstige ABS einschließlich CDOs. ABS weisen besondere Merkmale auf, da sie mit unterschiedlichen zugrunde liegenden Vermögenswerten besichert sind und die Kapitalstruktur der Emittenten variiert. Die Komplexität steigt darüber hinaus, wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte selbst ABS sind, wie dies beispielsweise bei vielen forderungsbesicherten Schuldverschreibungen der Fall ist.

Wenn es keine zuverlässigen externen Preisermittlungen gibt, werden ABS entweder anhand einer vergleichenden Analyse auf der Grundlage ähnlicher am Markt beobachtbarer Transaktionen oder anhand branchenüblicher Modelle unter Berücksichtigung verfügbarer beobachtbarer Daten bewertet. Die externen, branchenüblichen Modelle kalkulieren die Zins- und Tilgungszahlungen im Rahmen einer Transaktion auf der Grundlage von Annahmen, die unabhängigen Preistests unterzogen werden können. Die Eingangsparameter beinhalten Annahmen über vorzeitige Tilgungen, Verlustannahmen (Zeitpunkt und Verlusthöhe) und einen Diskontierungszinssatz (Spread, Rendite oder Diskontierungsmarge). Diese Eingangsgrößen/Annahmen basieren auf tatsächlichen Transaktionen, externen Marktanalysen und gegebenenfalls Marktindizes.

Kredite – Bei bestimmten Krediten lässt sich der beizulegende Zeitwert anhand des Marktpreises einer erst kürzlich erfolgten Transaktion unter Einbeziehung sämtlicher Risiko- und Informationsveränderungen seit dem Transaktionsdatum ermitteln. Sofern keine aktuellen Markttransaktionen vorliegen, wird der beizulegende Zeitwert anhand von Kursangaben von Brokern, Konsenspreisfeststellungen, vergleichbaren Instrumenten oder mithilfe von DCF-Verfahren bestimmt. In den DCF-Verfahren werden je nach Angemessenheit Eingangsparameter für Kredit-, Zins- und Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen ausgenutzten Beträge verwendet. Die Parameter Kreditrisiko, geschätzte Ausfallverluste und Ausnutzung zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar und angemessen, anhand von Informationen über die betreffenden Kredit- oder CDS-Märkte ermittelt.

Leveraged-Finance-Kredite können sich durch transaktionsspezifische Merkmale auszeichnen, die die Relevanz der am Markt beobachtbaren Transaktionen einschränken. Gibt es vergleichbare Transaktionen, für die beobachtbare Parameter externer Pricing Services vorliegen, werden diese Informationen entsprechend den Transaktionsunterschieden angepasst. Gibt es keine vergleichbaren Transaktionen, wird ein DCF-Verfahren angewandt, bei dem die Kreditrisikoaufschläge aus dem entsprechenden Index für Leveraged-Finance-Kredite abgeleitet werden. Dabei werden die Branchenklassifizierung, die Nachrangigkeit des Kredits sowie sonstige relevante Informationen über den Kredit und den jeweiligen Kontrahenten berücksichtigt.

Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente – Transaktionen, die dem Marktstandard entsprechen und an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G-7-Währungen –, sowie Aktienswaps und Optionskontrakte auf börsennotierte Wertpapiere oder Indizes werden anhand von branchenüblichen Standardmodellen mit notierten Eingangsparametern bewertet. Die Eingangsparameter können, soweit möglich, von Pricing Services oder Konsens-Pricing-Services eingeholt beziehungsweise aus kürzlich durchgeführten Transaktionen an aktiven Märkten abgeleitet werden.

Für komplexere Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken verwendet, die für das Finanzinstrument spezifisch und anhand verfügbarer Marktpreise kalibriert sind. Ist eine Kalibrierung des Bewertungsergebnisses anhand relevanter Marktpräferenzen nicht möglich, werden Bewertungsanpassungen genutzt, um das Bewertungsergebnis um alle Differenzen zu bereinigen. In weniger aktiven Märkten werden Informationen aus weniger häufig stattfindenden Markttransaktionen, Kursangaben von Brokern sowie Extrapolations- und Interpolationsverfahren abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Preise oder Eingangsgrößen vorhanden, ist eine Einschätzung durch das Management erforderlich, um den beizulegenden Zeitwert mithilfe anderer relevanter Informationsquellen zu bestimmen, die historische Daten, die Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und vergleichbare Daten von ähnlichen Transaktionen beinhalten.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen unter der Fair Value Option – Der beizulegende Zeitwert der zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter Anwendung der Fair Value Option in diese Kategorie klassifiziert wurden, enthält sämtliche Marktrisikofaktoren einschließlich des mit dieser finanziellen Verpflichtung in Verbindung stehenden Kreditrisikos des Konzerns. Zu den finanziellen Verpflichtungen gehören strukturierte Anleihen, strukturierte Einlagen und sonstige durch konsolidierte Gesellschaften emittierte strukturierte Wertpapiere, die unter Umständen nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden. Der beizulegende Zeitwert dieser finanziellen Verpflichtungen wird durch die Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme mithilfe der relevanten kreditrisikoadjustierten Zinsstrukturkurve ermittelt. Die Marktrisikoparameter werden entsprechend vergleichbaren Finanzinstrumenten bewertet, die als Vermögenswerte gehalten werden. So werden Derivate, die in die strukturierten Finanzinstrumente eingebettet sind, anhand der im Abschnitt „Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente“ erläuterten Methode bewertet.

Sind die zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter der Fair Value Option klassifiziert wurden, wie beispielsweise Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos), besichert, wird die Verbesserung der Kreditqualität bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts der Verpflichtung berücksichtigt.

Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen – Der Konzern hält Vermögenswerte, die mit Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen im Zusammenhang stehen. Der Konzern ist vertraglich verpflichtet, diese Vermögenswerte zu nutzen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Aus diesem Grund wird der beizulegende Zeitwert für die Verbindlichkeiten aus den Investmentverträgen, das heißt der Rückkaufswert der Verträge, durch den beizulegenden Zeitwert der zugrunde liegenden Vermögenswerte bestimmt.

Analyse der Finanzinstrumente mit einem beizulegenden Zeitwert, der mithilfe von Bewertungsverfahren ermittelt wurde, die wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level 3)

Zu einigen der Finanzinstrumente in der dritten Kategorie bestehen identische oder ähnliche kompensierende Positionen bezüglich der nicht beobachtbaren Parameter. Die diesbezüglichen IFRS-Vorschriften fordern jedoch, dass diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten brutto dargestellt werden.

Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere – In dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind bestimmte illiquide Unternehmensanleihen aus Wachstumsmärkten und illiquide strukturierte Unternehmensanleihen enthalten. Darüber hinaus werden hier bestimmte Bestände an Anleihen ausgewiesen, die von Verbriefungsgesellschaften emittiert wurden, sowie private und gewerbliche MBS, forderungsbesicherte Schuldverschreibungen und andere ABS. Der Rückgang im Berichtszeitraum ist im Wesentlichen auf Verkäufe und Abwicklungen zurückzuführen, die teilweise von Umklassifizierungen von Vermögenswerten zwischen den Kategorien 2 und 3 der Hierarchie und Käufen aufgehoben wurden.

Positive und negative Marktwerte aus derivativen Instrumenten dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts werden auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet. Diese nicht beobachtbaren Parameter können bestimmte Korrelationen umfassen, bestimmte langfristige Volatilitäten, bestimmte Raten für vorzeitige Tilgungen sowie bestimmte Kreditrisikoaufschläge und andere transaktionsspezifische Faktoren.

Level-3-Derivate enthalten kundenspezifische Derivate forderungsbesicherter Schuldverschreibungen, deren zugrunde liegender Referenzpool aus Unternehmensvermögenswerten nicht mit regelmäßig gehandelten Indizes vergleichbar ist, bestimmte Tranchen von Indexkreditderivaten, bestimmte Optionen, deren Volatilität nicht beobachtbar ist, bestimmte Basketoptionen, in denen die Korrelationen zwischen den zugrunde liegenden Vermögenswerten nicht beobachtbar sind, langfristige Zinsoptionen und Fremdwährungsderivate, die sich auf mehrere Währungen beziehen, sowie bestimmte Credit Default Swaps, für die der Kreditrisikoaufschlag nicht beobachtbar ist. Der Rückgang im Berichtszeitraum war auf Abwicklungen und Umklassifizierungen zwischen den Kategorien 2 und 3 zurückzuführen.

Andere zu Handelszwecken gehaltene Instrumente in der dritten Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beinhalten in erster Linie handelbare Kredite, deren Wert anhand von Bewertungsmodellen auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bestimmt wird. Level-3-Kredite umfassen illiquide Leveraged Loans und illiquide private und gewerbliche Hypothekendarlehen. Der Rückgang im Berichtszeitraum ist auf Verkäufe und Abwicklungen zurückzuführen, die teilweise von Käufen aufgehoben wurden.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte/Verpflichtungen – Bestimmte Unternehmenskredite und strukturierte Verbindlichkeiten, welche unter der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert designiert wurden, sind in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts enthalten. Die Unternehmenskredite werden mithilfe von Bewertungsmethoden bewertet, die beobachtbare Kreditrisikoaufschläge, Erlösquoten und nicht beobachtbare Ausnutzungsgrade berücksichtigen. Revolvierende Kreditzusagen werden der dritten Kategorie der Hierarchie zugewiesen, da der Ausnutzungsgrad bei einem Ausfall einen wesentlichen Parameter darstellt, der nicht beobachtbar ist. Darüber hinaus enthalten bestimmte emittierte Hybridanleihen, die zum beizulegenden Zeitwert klassifiziert wurden, eingebettete Derivate, die auf Basis wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet wurden. Diese nicht beobachtbaren Parameter umfassen die Korrelationen der Volatilitäten einzelner Aktien. Die Abnahme der Vermögenswerte im Berichtszeitraum beruht hauptsächlich auf Abwicklungen und Umklassifizierungen zwischen den Kategorien 2 und 3. Die Erhöhung der Verbindlichkeiten ist auf Emissionen zurückzuführen, die teilweise von Abwicklungen aufgehoben wurden.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte enthalten notleidende Kredite, für die keine Handelsabsicht besteht, sowie börsennotierte Eigenkapitalinstrumente, wenn es keine angemessenen Vergleichsinstrumente gibt und der Markt als sehr illiquide angesehen wird. Die Verringerung der Vermögenswerte ist im Wesentlichen auf Abwicklungen zurückzuführen, die teilweise von Käufen aufgehoben wurden.

Überleitung der Finanzinstrumente in der Level-3-Kategorie

30.9.2016

in Mio €	Bestand am Jahres- anfang	Verände- rung des Konsoli- dierungs- kreises	Gewinne/ Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emissio- nen ²	Abwick- lungen ³	Umwid- mungen in Level 3 ⁴	Umwid- mungen aus Level 3 ⁴	Bestand am Perioden- ende
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:										
Wertpapiere des Handelsbestands	6.669	-0	68	1.441	-2.896	0	-884	1.923	-836	5.485
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	9.445	0	-159	0	0	0	-1.009	1.160	-1.912	7.525
Sonstige Handelsaktiva	6.082	0	-146	1.682	-2.393	428	-1.090	1.903	-739	5.727
Zum Zeitwert klassifi- zierte finanzielle Vermögenswerte	4.478	0	-52	26	-90	64	-603	48	-1.217	2.656
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	4.874	-0	73 ⁵	738	-411	0	-1.047	215	-36	4.407
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	6	0	6
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	31.549	-0	-215^{6,7}	3.887	-5.789	492	-4.633	5.254	-4.740	25.806
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:										
Wertpapiere des Handelsbestands	18	0	-1	0	0	0	8	0	0	26
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7.879	0	-436	0	0	0	-742	1.626	-1.153	7.174
Sonstige Handels- passiva	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert klassifi- zierte finanzielle Verpflichtungen	3.053	0	-41	0	0	806	-610	409	-384	3.234
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	-1.146	0	53	0	0	0	10	-41	169	-955
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	9.805	0	-425^{6,7}	0	0	806	-1.334	1.995	-1.367	9.479

¹ Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind, sowie unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, erfasst werden. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level-1- oder Level-2-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abgesichert, die zugehörige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Instruments in der Level-3-Kategorie der Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

² Die Spalte „Emissionen“ zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

³ Die Spalte „Abwicklungen“ beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitel und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.

⁴ Umwidmungen in und Umwidmungen aus Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beziehen sich auf Veränderungen der Beobachtbarkeit von Eingangsparametern. Sie werden im Berichtszeitraum zu ihrem beizulegenden Zeitwert zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Zahlungsströme der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Zahlungsströme der Instrumente, die im Berichtszeitraum aus Level 3 der Hierarchie transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

⁵ Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Verlust von 27 Mio €, der in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Gewinn von 127 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

⁶ Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung einen Verlust von 199 Mio € und für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen einen Gewinn von 143 Mio €. Die Wechselkursänderungen werden in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

⁷ Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

	30.9.2015									
in Mio €	Bestand am Jahresanfang	Veränderung des Konsolidierungskreises	Gewinne/Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emissionen ²	Abwicklungen ³	Umwidmungen in Level 3 ⁴	Umwidmungen aus Level 3 ⁴	Bestand am Periodenende
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:										
Wertpapiere des Handelsbestands	8.957	0	472	1.659	-1.645	0	-779	720	-1.596	7.789
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	9.559	0	834 ⁵	0	0	0	-873	1.669 ⁵	-826	10.363
Sonstige Handelsaktiva	4.198	0	344	714	-1.178	1.149	-882	926	-224	5.049
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte										
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	4.152	0	209	305	-33	895	-1.010	247	-493	4.272
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	4.427	-0	265 ⁶	755	-258	0	-850	173	-16	4.496
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	31.294	-0	2.124^{7,8}	3.433	-3.114	2.044	-4.394	3.736	-3.155	31.968
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:										
Wertpapiere des Handelsbestands	43	0	4	0	0	0	10	0	-38	19
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	6.553	0	550 ⁵	0	0	0	-613	1.857 ⁵	-743	7.604
Sonstige Handelspassiva	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	2.366	0	84	0	0	1.761	-402	160	-48	3.921
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	-552	0	-356	0	0	0	-103	-16	403	-624
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	8.410	0	282^{7,8}	0	0	1.761	-1.108	2.001	-425	10.920

¹ Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind, sowie unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, erfasst werden. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level-1- oder Level-2-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abgesichert, die zugehörige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Instruments in der Level-3-Kategorie der Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

² Die Spalte „Emissionen“ zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

³ Die Spalte „Abwicklungen“ beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitel und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.

⁴ Umwidmungen in und Umwidmungen aus Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beziehen sich auf Veränderungen der Beobachtbarkeit von Eingangsparametern. Sie werden im Berichtszeitraum zu ihrem beizulegenden Zeitwert zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Zahlungsströme der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Zahlungsströme der Instrumente, die im Berichtszeitraum aus Level 3 der Hierarchie transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

⁵ „Gewinne/Verluste insgesamt“ wurde in der Kategorie „Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten“ um 186 Mio € angepasst. „Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten“ wurde um -22 Mio € angepasst. „Umwidmungen in Level 3“ wurde in der Kategorie „Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten“ um -186 Mio € angepasst. „Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten“ wurde um 22 Mio € angepasst.

⁶ Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Gewinn von 43 Mio €, der in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Verlust von 4 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

⁷ Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung einen Gewinn von 370 Mio € und für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen einen Verlust von 123 Mio €. Die Wechselkursänderungen werden in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

⁸ Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern

Basiert der Wert eines Finanzinstruments auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern, kann der hierfür zu verwendende Wert dieser Parameter zum Bilanzstichtag aus einer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen ausgewählt werden. Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses werden für diese nicht beobachtbaren Parameter angemessene Werte ausgewählt, die den herrschenden Marktgegebenheiten und dem vorstehend ausgeführten Bewertungskontrollansatz des Konzerns entsprechen. Hätte der Konzern am 30. September 2016 zur Bewertung der betreffenden Finanzinstrumente Parameterwerte zugrunde gelegt, die am äußeren Ende der Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen lagen und zu diesem Zeitpunkt verfügbar waren, hätte sich der ausgewiesene beizulegende Zeitwert um bis zu 1,6 Mrd € erhöht beziehungsweise um bis zu 1,1 Mrd € verringert. Zum 31. Dezember 2015 wäre der beizulegende Zeitwert um bis zu 2,1 Mrd € gestiegen beziehungsweise um bis zu 1,5 Mrd € gesunken.

Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen darstellen, die sich aus der relativen Unsicherheit bei der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten ergeben, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern basiert. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass in der Praxis alle nicht beobachtbaren Parameter gleichzeitig am jeweils äußeren Ende ihrer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen liegen. Aus diesem Grund dürften die vorgenannten Schätzwerte bezüglich der Unsicherheitsfaktoren die tatsächlichen Unsicherheitsfaktoren bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts zum Bilanzstichtag übertreffen. Ferner sind die vorliegenden Angaben weder eine Vorhersage noch eine Indikation für künftige Änderungen des beizulegenden Zeitwerts.

Für viele der hier berücksichtigten Finanzinstrumente, insbesondere für Derivate, stellen nicht beobachtbare Parameter lediglich eine Teilmenge der Parameter dar, die für die Preisermittlung des Finanzinstruments erforderlich sind. Bei der verbleibenden Teilmenge handelt es sich um beobachtbare Parameter. Daher dürfte der Gesamteffekt für diese Instrumente, der aus der Verschiebung der nicht beobachtbaren Parameter an das äußere Ende ihrer Bandbreite resultiert, im Vergleich zum gesamten beizulegenden Zeitwert relativ gering ausfallen. Für andere Instrumente wird der beizulegende Zeitwert auf der Grundlage des Preises für das gesamte Instrument ermittelt. Dies erfolgt beispielsweise durch Anpassung des beizulegenden Zeitwerts eines angemessenen Vergleichsinstruments. Zusätzlich werden alle Finanzinstrumente bereits zu solchen beizulegenden Zeitwerten bilanziert, die Bewertungsanpassungen für die Kosten der Schließung beinhalten und daher bereits die Unsicherheitsfaktoren berücksichtigen, mit denen Marktpreise behaftet sind. Ein in den vorliegenden Angaben ermittelter negativer Effekt aus diesen Unsicherheitsfaktoren wird daher stets das Ausmaß der Auswirkungen übersteigen, das bereits für die Berechnung des beizulegenden Zeitwerts im Konzernabschluss berücksichtigt wird.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern¹

	30.9.2016		31.12.2015	
	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen
in Mio €				
Wertpapiere:				
Schuldtitle	176	129	212	158
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	14	13	12	11
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	55	47	38	31
Unternehmensschuldinstrumente, Schuldinstrumente staatlicher Emittenten und andere Schuldinstrumente	108	69	161	116
Durch Grundpfandrechte und andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	110	86	179	105
Derivate:				
Kreditderivate	225	202	489	627
Aktienderivate	253	178	183	131
Zinsderivate	293	191	364	147
Wechselkursderivate	19	10	17	13
Sonstige	152	97	161	100
Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	414	217	539	261
Kreditzusagen	0	0	0	0
Sonstige	0	0	0	0
Insgesamt	1.641	1.111	2.144	1.542

¹ Gleicht sich eine aufgrund eines nicht beobachtbaren Parameters bestehende Risikoposition innerhalb verschiedener Instrumente aus, wird lediglich der Nettoeffekt in der Tabelle ausgewiesen.

Quantitative Informationen zur Sensitivität wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter

Die nicht beobachtbaren Parameter für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Level-3-Vermögenswerten sind häufig voneinander abhängig. Ferner bestehen oft dynamische Zusammenhänge zwischen nicht beobachtbaren und beobachtbaren Parametern sowie zwischen den Erstgenannten. Wirken sich diese wesentlich auf den beizulegenden Zeitwert eines bestimmten Instruments aus, werden sie explizit über Korrelationsparameter erfasst oder alternativ über Bewertungsmodelle und -verfahren überprüft. Basiert ein Bewertungsverfahren auf mehreren Parametern, schränkt die Wahl eines bestimmten Parameters häufig die Spanne anderer Parameter ein. Allgemeine Marktfaktoren (wie Zinssätze, Aktien-, Anleihe- oder Rohstoffindizes und Wechselkurse) können ebenfalls Auswirkungen haben.

Die unten aufgeführte Spanne zeigt den höchsten und niedrigsten Wert, der der Bewertung signifikanter Engagements in der Level-3-Kategorie zugrunde gelegt wird. Die Diversität der Finanzinstrumente, aus denen die Anhangangabe besteht, ist signifikant und deshalb können die Spannen bestimmter Parameter groß sein. Beispielsweise repräsentiert die Spanne der Bonitätsaufschläge auf hypothekarisch besicherte Wertpapiere nicht leistungsgestörte, liquider Positionen mit niedrigeren Aufschlägen als weniger liquide, leistungsgestörte Positionen mit höheren Aufschlägen. Diese umfasst die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Instrumente mit geringerer Liquidität. Die unten aufgeführte weite Spanne ist zu erwarten, da bei der Bewertung der verschiedenen Engagementarten eine starke Differenzierung erfolgt, um relevante Marktentwicklungen zu erfassen. Im Folgenden werden die wesentlichen Parameterarten kurz beschrieben und signifikante Zusammenhänge zwischen diesen erläutert.

Kreditparameter werden verwendet, um die Bonität eines Geschäftspartners durch die Ermittlung der Ausfallwahrscheinlichkeit und der daraus resultierenden Verluste zu bewerten. Der Bonitätsaufschlag ist die Hauptkennzahl zur Bewertung der Bonität. Er stellt die Prämie auf das referenzierte Benchmark-Instrument (üblicherweise den LIBOR oder das jeweilige Treasury-Instrument, abhängig vom bewerteten Vermögenswert) oder die im Vergleich zum referenzierten Benchmark-Instrument höhere Rendite dar, die ein Anleiheinhaber als Gegenleistung für den Bonitätsunterschied zwischen dem Vermögenswert und der entsprechenden Benchmark fordern würde. Höhere Bonitätsaufschläge

sind ein Zeichen für geringere Bonität und senken den Wert von Anleihen oder Krediten, die vom Kreditnehmer an die Bank zurückzuzahlen sind. Die Erlösquote entspricht einer Schätzung des Betrags, den ein Kreditgeber beim Ausfall eines Kreditnehmers beziehungsweise ein Anleiheemittent beim Ausfall eines Anleiheemittenten erhalten würde. Eine höhere Erlösquote führt dazu, dass eine Anleiheposition besser bewertet wird, sofern die anderen Parameter unverändert bleiben. Die konstante Ausfallrate (Constant Default Rate – „CDR“) und die konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen (Constant Prepayment Rate – „CPR“) ermöglichen eine Bewertung komplexerer Kredite und Schuldtitel. Diese Parameter dienen zur Schätzung der kontinuierlichen Ausfälle bei geplanten Rück- und Zinszahlungen oder zeigen, ob der Kreditnehmer zusätzliche (normalerweise freiwillige) vorzeitige Rückzahlungen vornimmt. Sie sind bei der Schätzung des beizulegenden Zeitwerts von Hypotheken- oder anderen Krediten besonders relevant, die der Kreditnehmer über einen bestimmten Zeitraum zurückzahlt oder vorzeitig zurückzahlen kann, wie zum Beispiel bei einigen Wohnungsbaukrediten. Eine höhere CDR hat eine schlechtere Kreditbewertung zur Folge, da der Kreditgeber letztlich eine geringere Rückzahlung erhalten wird.

Zinssätze, Bonitätsaufschläge, Inflationsraten, Wechsel- und Aktienkurse liegen einigen Optionsinstrumenten oder anderen komplexen Derivaten zugrunde, bei denen die Zahlung an den Derivateinhaber von der Entwicklung der zugrunde liegenden Referenzwerte abhängig ist. Volatilitätsparameter beschreiben wesentliche Attribute der Entwicklung von Optionen, indem sie eine Bewertung der Schwankungen bei den Erträgen aus dem zugrunde liegenden Instrument ermöglichen. Diese Volatilität ist ein Indikator für die Wahrscheinlichkeit einer Entwicklung. Eine höhere Volatilität bedeutet eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass ein bestimmtes Ergebnis eintritt. Die zugrunde liegenden Referenzwerte (Zinssätze, Bonitätsaufschläge etc.) wirken sich auf die Bewertung von Optionen aus. Sie beschreiben die Höhe der Zahlung, die bei einer Option erwartet werden kann. Daher ist der Wert einer Option vom Wert des zugrunde liegenden Instruments und von dessen Volatilität abhängig, die die Höhe und Wahrscheinlichkeit der Zahlung bestimmt. Bei einer hohen Volatilität ist der Wert einer Option höher, da die Wahrscheinlichkeit eines positiven Ertrags höher ist. Der Optionswert ist ebenfalls höher, wenn die entsprechende Zahlung signifikant ist.

Korrelationen werden verwendet, um Zusammenhänge zwischen zugrunde liegenden Referenzwerten zu beschreiben, wenn ein Derivat oder anderes Instrument mehr als einen Referenzwert hat. Einige dieser Zusammenhänge, zum Beispiel die Korrelation zwischen Rohstoffen sowie die Korrelation zwischen Zinssätzen und Wechselkursen, basieren üblicherweise auf makroökonomischen Faktoren wie den Auswirkungen der globalen Nachfrage auf die Rohstoffpreise oder dem Effekt der Zinsparität auf Wechselkurse. Bei Kreditderivaten und Aktienkorb-Derivaten können spezifischere Zusammenhänge zwischen Kreditreferenzwerten und Aktien bestehen. Kreditkorrelationen werden verwendet, um den Zusammenhang zwischen der Performance mehrerer Kredite zu bewerten. Aktienkorrelationen sollen den Zusammenhang zwischen den Renditen mehrerer Aktien beschreiben. Ein Derivat mit einem Korrelationsrisiko ist entweder eine Kauf- oder eine Verkaufsoption auf das Korrelationsrisiko. Eine hohe Korrelation legt nahe, dass ein starker Zusammenhang zwischen den zugrunde liegenden Referenzwerten besteht. Dadurch steigt der Wert dieser Derivate. Bei einer negativen Korrelation entwickeln sich die zugrunde liegenden Referenzwerte gegensätzlich, das heißt, ein Kursanstieg bei einem zugrunde liegenden Referenzwert führt zu einem Kursrückgang bei dem anderen.

Ein EBITDA („Earnings before interest, taxes, depreciation and amortization“ – Ertrag vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) multipler Ansatz kann für die Bewertung weniger liquider Wertpapiere genutzt werden. Bei diesem Ansatz wird der Unternehmenswert einer Gesellschaft geschätzt, indem die Kennzahl von Unternehmenswert zu EBITDA einer vergleichbaren, beobachtbaren Gesellschaft mit dem EBITDA der Gesellschaft, für die eine Bewertung erfolgen soll, ins Verhältnis gesetzt wird. Hierbei wird eine Liquiditätsanpassung vorgenommen, um dem Unterschied in der Liquidität des notierten Vergleichsunternehmens gegenüber der zu bewertenden Gesellschaft Rechnung zu tragen. Ein höheres Vielfaches eines Unternehmenswerts/EBITDA resultiert in einem höheren beizulegenden Zeitwert.

Finanzinstrumente, die der dritten Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet wurden, und Zusammenhänge zwischen nicht beobachtbaren Parametern

30.9.2016						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren ¹	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögens- werte	Verbind- lichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente – Handelsbestand, zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:						
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere des Handelsbestands:						
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	341	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.)	0 % 65	101 % 2.000
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	1.098	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote Konstante Ausfallrate Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	0 % 115 0 % 0 % 0 %	107 % 2.200 100 % 14 % 23 %
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere insgesamt	1.438	0				
Festverzinsliche Wertpapiere und andere Schuldtitel	4.249	1.827	Kursverfahren	Kurs	0 %	169 %
Handelsbestand	3.787	26	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	28	1.791
Unternehmensschuldinstrumente, Schuldinstrumente staatlicher Emittenten und andere Schuldinstrumente	3.787					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	292					
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	170	1.801				
Eigenkapitaltitel	887	0	Marktansatz	Kurs-/Nettoinventarwert Unternehmenswert/EBITDA (Vielfaches)	63 % 1	100 % 15
Handelsbestand	260	0				
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	21					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	607		DCF-Verfahren	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten	8 %	22 %
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	10.107	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	147 %
Handelsbestand	5.720	0	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	147	4.612
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	1.857			Konstante Ausfallrate	0 %	24 %
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	2.530			Erlösquote	25 %	82 %
Kreditzusagen	0	44	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote Ausnutzungsgrad	25 30 % 0 %	522 65 % 93 %
Sonstige finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen	1.600 ²	1.390 ³	DCF-Verfahren	IRR Repo Rate (Bp.)	3 % 83	23 % 131
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene nicht derivative Finanzinstrumente insgesamt	18.281	3.260				

¹ Die Bewertungsverfahren und die anschließenden signifikanten nicht beobachtbaren Parameter beziehen sich jeweils auf die Gesamtposition.

² Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte beinhalten 7 Mio € sonstige Handelsaktiva, 608 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte und 979 Mio € sonstige zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.

³ Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten 1,3 Mrd € zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) und 59 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen.

31.12.2015

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren ¹	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögens- werte	Verbind- lichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente – Handelsbestand, zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:						
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere des Handelsbestands:						
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere						
	224	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.)	0 % 370	105 % 1.500
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere						
	1.891	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote Konstante Ausfallrate Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	0 % 32 0 % 0 % 0 %	111 % 2.000 100 % 24 % 51 %
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere insgesamt						
	2.115	0				
Festverzinsliche Wertpapiere und andere						
Schuldtitel						
	4.721	1.654	Kursverfahren	Kurs	0 %	230 %
Handelsbestand						
	4.229	18	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	9	984
Unternehmensschuldinstrumente, Schuldinstrumente staatlicher Emittenten und andere Schuldinstrumente						
	4.229					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte						
	330					
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen						
	163	1.636				
Eigenkapitaltitel						
	1.248	0	Marktansatz	Kurs-/Nettoinventarwert Unternehmenswert/EBITDA (Vielfaches)	70 % 1	100 % 18
Handelsbestand						
	325	0				
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen						
	21					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte						
	901		DCF-Verfahren	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten	8 %	12 %
Forderungen aus dem Kreditgeschäft						
	12.626	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	146 %
Handelsbestand						
	6.076	0	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	103	2.787
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte						
	3.672			Konstante Ausfallrate	0 %	24 %
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte						
	2.879			Erlösquote	10 %	82 %
Kreditzusagen						
	0	84	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	5	1.257
				Erlösquote	20 %	75 %
			Kreditpreismodell	Ausnutzungsgrad	0 %	100 %
Sonstige finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen						
	1.394 ²	1.333 ³	DCF-Verfahren	IRR Repo Rate (Bp.)	4 % 125	24 % 277
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene nicht derivative Finanzinstrumente insgesamt						
	22.104	3.071				

¹ Die Bewertungsverfahren und die anschließenden signifikanten nicht beobachtbaren Parameter beziehen sich jeweils auf die Gesamtposition.² Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte beinhalten 6 Mio € sonstige Handelsaktiva, 623 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte und 765 Mio € sonstige zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.³ Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten 1,2 Mrd € zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) und 84 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen.

		30.9.2016				
		Beizulegender Zeitwert				
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Vermögens- werte	Verbind- lichkeiten	Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewie- sene Finanzinstrumente:						
Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten:						
Zinsderivate	3.676	2.658	DCF-Verfahren	Zinssatz bei Swaps (Bp.)	10	2.244
				Zinssatz bei Inflationsswaps	-1 %	7 %
				Konstante Ausfallrate	0 %	18 %
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	0 %	19 %
			Optionspreismodell	Inflationsvolatilität	0 %	5 %
				Zinsvolatilität	5 %	130 %
				Korrelation zwischen Zins- sätzen	-25 %	100 %
				Korrelation zwischen Basiswerten hybrider Kapitalinstrumente	-85 %	95 %
Kreditderivate	944	1.520	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	2	19.112
				Erlösquote	0 %	70 %
			Korrelationspreis- modell	Kreditkorrelation	13 %	85 %
Aktienderivate	906	1.295	Optionspreismodell	Aktienvolatilität	15 %	70 %
				Indexvolatilität	10 %	44 %
				Korrelation zwischen Indizes	46 %	98 %
				Korrelation zwischen Aktien	8 %	100 %
				Aktien Forward	7 %	67 %
				Index Forward	2 %	10 %
Devisenderivate	1.193	1.072	Optionspreismodell	Volatilität	2 %	32 %
Sonstige Derivate	805	- 326 ¹	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	-	-
			Optionspreismodell	Indexvolatilität	60 %	85 %
				Korrelation zwischen Roh- stoffen	44 %	72 %
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewie- sene derivative Finanzinstrumente						
insgesamt	7.525	6.219				

¹ Beinhaltet Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird.

31.12.2015						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögens- werte	Verbind- lichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente:						
Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten:						
Zinsderivate	3.775	2.337	DCF-Verfahren	Zinssatz bei Swaps (Bp.)	- 20	915
				Zinssatz bei Inflationsswaps	0 %	8 %
				Konstante Ausfallrate	0 %	6 %
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	2 %	19 %
			Optionspreismodell	Inflationsvolatilität	0 %	8 %
				Zinsvolatilität	9 %	176 %
				Korrelation zwischen Zinssätzen	- 25 %	100 %
				Korrelation zwischen Basiswerten hybrider Kapitalinstrumente	- 70 %	99 %
Kreditderivate	2.626	1.771	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	3	8.526
				Erlösquote	0 %	100 %
			Korrelationspreismodell	Kreditkorrelation	13 %	89 %
Aktienderivate	695	1.402	Optionspreismodell	Aktienvolatilität	9 %	89 %
				Indexvolatilität	12 %	85 %
				Korrelation zwischen Indizes	45 %	93 %
				Korrelation zwischen Aktien	5 %	93 %
Devisenderivate	1.613	1.604	Optionspreismodell	Volatilität	2 %	24 %
Sonstige Derivate	736	- 380 ¹	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	-	-
			Optionspreismodell	Indexvolatilität	7 %	36 %
				Korrelation zwischen Rohstoffen	- 21 %	90 %
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene derivative Finanzinstrumente insgesamt						
	9.445	6.733				

¹ Beinhaltet Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird.

Unrealisiertes Ergebnis aus zum Bilanzstichtag gehaltenen Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie

Die unrealisierten Ergebnisse basieren nicht ausschließlich auf nicht beobachtbaren Parametern, sondern zahlreiche der Parameter, die zur Bewertung der Finanzinstrumente in dieser Kategorie herangezogen werden, sind beobachtbar. Somit basiert die Veränderung der Ergebnisse teilweise auf Veränderungen der beobachtbaren Parameter im Laufe der Berichtsperiode. Viele der Positionen in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die den anderen Kategorien der Hierarchie zugeordnet sind. Die kompensierenden Gewinne und Verluste, die aus den entsprechenden Absicherungsgeschäften erfasst wurden, sind nicht in der folgenden Tabelle reflektiert. Diese beinhaltet gemäß IFRS 13 nur die Gewinne und Verluste, die aus den am Bilanzstichtag gehaltenen, originären Level-3-Instrumenten resultieren. Das unrealisierte Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie ist sowohl im Zinsüberschuss als auch im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

in Mio €	Jan. – Sep.	
	30.9.2016	30.9.2015
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	69	483
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1.130	963 ¹
Sonstige Handelsaktiva	-85	241
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	70	51
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	8	94
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.192	1.833
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:		
Wertpapiere des Handelsbestands	0	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	-42	-814 ¹
Sonstige Handelspassiva	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	-44	-31
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	-62	359
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	-147	-486
Insgesamt	1.044	1.347

¹ Die Kategorie „Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten“ wurde um 186 Mio € angepasst, „Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten“ wurde um -22 Mio € angepasst.

Erfassung des Handelstaggewinns („Trade Date Profit“)

Soweit in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Parameter für Bewertungsmodelle zugrunde gelegt werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis und jeglicher am Handelstag ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Veränderung der Handelstaggewinne seit Jahresbeginn, die aufgrund der Anwendung wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter für zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente abgegrenzt wurden. Die Bestände setzen sich vorwiegend aus Derivaten zusammen.

in Mio €	30.9.2016	30.9.2015
Bestand am Jahresanfang	955	973
Neue Geschäfte während der Periode	241	345
Abschreibung	- 236	- 267
Ausgelaufene Geschäfte	- 159	- 109
Nachträgliche Veränderung der Beobachtbarkeit	- 81	- 27
Wechselkursveränderungen	- 4	3
Bestand am Periodenende	717	918

Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden

Dieser Abschnitt sollte in Zusammenhang mit der Anhangangabe 15 „Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden“ im Geschäftsbericht 2015 des Konzerns gelesen werden.

Die Bewertungstechniken zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten des Konzerns, die in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden, entsprechen denen, die in Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ des Geschäftsberichts 2015 aufgeführt sind. Wie im Abschnitt „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“, erläutert, hat der Konzern bestimmte geeignete Vermögenswerte aus „zu Handelszwecken gehalten“ und „zur Veräußerung verfügbar“ in „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. Der Konzern wendet weiterhin die in Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ des Geschäftsberichts 2015 erläuterten relevanten Bewertungstechniken auf die umgewidmeten Vermögenswerte an.

Andere Finanzinstrumente, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden nicht auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert. Dies gilt zum Beispiel für Konsumentenkredite, Einlagen und an Firmenkunden ausgegebene Kreditfazilitäten. Für solche Instrumente wird der beizulegende Zeitwert nur für Zwecke der Anhangangabe kalkuliert und hat weder einen Einfluss auf die Konzernbilanz noch auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung. Zusätzlich sind zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts in erheblichem Umfang Einschätzungen durch das Management notwendig, da diese Instrumente normalerweise nicht gehandelt werden.

Ermittelte beizulegende Zeitwerte der in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente¹

in Mio €	30.9.2016		31.12.2015	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Finanzaktiva:				
Barreserven und Zentralbankeinlagen	108.250	108.250	96.940	96.940
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	10.608	10.608	12.842	12.842
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	22.327	22.327	22.456	22.456
Forderungen aus Wertpapierleihen	29.096	29.096	33.557	33.557
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	422.979	423.432	427.749	426.365
Zum Verkauf bestimmt	3.215	3.358	0	0
Sonstige Finanzaktiva	148.594	148.582	101.901	101.868
Finanzpassiva:				
Einlagen	540.609	540.336	566.974	566.652
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	20.484	20.484	9.803	9.803
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.572	2.572	3.270	3.270
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	22.352	22.362	28.010	28.003
Sonstige Finanzpassiva	182.108	182.108	149.994	149.994
Langfristige Verbindlichkeiten	162.277	159.581	160.016	160.065
Hybride Kapitalinstrumente	6.135	5.879	7.020	7.516

¹ Die Beträge werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit dem in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ des Geschäftsberichts 2015 dargestellten Rechnungslegungsgrundsatz zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Der Konzern ist berechtigt, bestimmte finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen nach Maßgabe der Kriterien im Sinne von Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen: Aufrechnung von Finanzinstrumenten“ unseres Geschäftsberichts 2015 zum Nettowert in seiner Bilanz auszuweisen.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zu den Aufrechnungseffekten auf die Konzernbilanz sowie die finanziellen Auswirkungen einer Aufrechnung im Fall von Instrumenten, die Gegenstand einer rechtlich durchsetzbaren Aufrechnungs-Rahmenvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung sind, sowie zu verfügbaren Barmitteln und Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten.

Vermögenswerte

in Mio €	30.9.2016						
	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Nicht bilanzierte Beträge		Nettobetrag
					Bar-sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten ¹	
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich durchsetzbar)	19.554	- 1.802	17.752	0	0	- 17.744	8
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	4.576	0	4.576	0	0	- 4.576	0
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	24.737	0	24.737	0	0	- 2.057	22.680
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	4.359	0	4.359	0	0	- 4.040	319
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Handelsaktiva	176.946	- 490	176.456	0	- 125	- 760	175.571
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	687.719	- 165.835	521.884	- 434.840	- 56.227	- 11.402	19.415
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	20.321	0	20.321	0	- 2.443	- 1.752	16.126
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich durchsetzbar)	115.538	- 42.416	73.122	- 3.016	- 1.044	- 51.133	17.929
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich nicht durchsetzbar)	43.396	0	43.396	0	0	- 23.081	20.315
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.043.921	- 208.742	835.179	- 437.856	- 59.839	- 88.127	249.357
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	422.985	- 6	422.979	0	- 15.029	- 48.648	359.302
Sonstige Aktiva	195.398	- 29.134	166.264	- 46.961	- 979	- 111	118.213
Davon: Positive Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	10.257	- 6.100	4.157	- 3.167	- 804	- 111	75
Übrige nicht aufzurechnende Vermögenswerte	213.105	0	213.105	0	- 517	- 355	212.233
Summe der Aktiva	1.928.634	- 239.683	1.688.951	- 484.817	- 76.364	- 165.658	962.112

¹ Enthält keine Immobiliensicherheiten oder andere nicht finanzielle Sicherheiten.

Verbindlichkeiten

	30.9.2016						
				Nicht bilanzierte Beträge			
in Mio €	Finanzielle Verpflich- tungen (brutto)	Aufge- rechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verpflich- tungen (netto)	Effekt von Aufrech- nungs- Rahmenver- einbarungen	Bar- sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanz- instrumenten	Nettobetrag
Einlagen	540.615	- 6	540.609	0	0	0	540.609
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich durchsetzbar)	14.478	- 1.802	12.676	0	0	- 12.676	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	7.808	0	7.808	0	0	- 7.679	129
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	2.380	0	2.380	0	0	- 1.464	916
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	192	0	192	0	0	- 56	136
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
Handelsspassiva	62.536	- 751	61.785	0	0	0	61.785
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	667.526	- 161.908	505.618	- 435.505	- 43.794	- 13.419	12.900
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	18.495	0	18.495	0	- 2.142	- 1.155	15.198
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich durchsetzbar)	74.953	- 40.950	34.003	- 3.016	0	- 29.285	1.702
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar)	28.786	0	28.786	0	- 4.258	- 11.883	12.645
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	852.296	- 203.609	648.687	- 438.521	- 50.194	- 55.742	104.230
Sonstige Passiva	241.724	- 34.266	207.458	- 60.170	- 986	0	146.302
Davon: Negative Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	5.751	- 1.923	3.828	- 2.502	- 944	0	382
Übrige nicht aufzurechnende Verpflichtungen	202.413	0	202.413	0	0	0	202.413
Summe der Passiva	1.861.907	- 239.683	1.622.224	- 498.691	- 51.180	- 77.617	994.736

Vermögenswerte

in Mio €	31.12.2015						
	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Nicht bilanzierte Beträge		Nettobetrag
					Bar-sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten ¹	
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich durchsetzbar)	21.309	- 5.174	16.135	0	0	- 16.127	8
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	6.321	0	6.321	0	0	- 5.910	411
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	13.956	0	13.956	0	0	- 13.448	508
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	19.601	0	19.601	0	0	- 18.583	1.018
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Handelsaktiva	196.478	- 442	196.035	0	- 12	- 592	195.431
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	612.412	- 113.977	498.435	- 407.171	- 55.896	- 13.218	22.150
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	17.159	0	17.159	0	0	0	17.159
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich durchsetzbar)	86.596	- 30.801	55.796	- 2.146	- 1.167	- 44.437	8.045
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich nicht durchsetzbar)	53.457	0	53.457	0	0	- 28.793	24.664
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	966.102	- 145.219	820.883	- 409.317	- 57.075	- 87.041	267.449
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	427.768	- 19	427.749	0	- 14.296	- 49.117	364.335
Sonstige Aktiva	134.742	- 16.605	118.137	- 58.478	- 7	0	59.652
Davon: Positive Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	8.272	- 5.137	3.136	- 2.461	0	0	674
Übrige nicht aufzurechnende Vermögenswerte	206.348	0	206.348	0	- 555	- 549	205.245
Summe der Aktiva	1.796.146	- 167.016	1.629.130	- 467.795	- 71.933	- 190.775	898.627

¹ Enthält keine Immobiliensicherheiten oder andere nicht finanzielle Sicherheiten.

Verbindlichkeiten

in Mio €	31.12.2015						
	Finanzielle Verpflichtungen (brutto)	Aufge- rechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verpflichtungen (netto)	Nicht bilanzierte Beträge			Nettobetrag
			Effekt von Aufrech- nungs- Rahmenver- einbarungen	Bar- sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanz- instrumenten		
Einlagen	566.993	- 19	566.974	0	0	0	566.974
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich durchsetzbar)	9.089	- 5.135	3.954	0	0	- 3.954	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	5.849	0	5.849	0	0	- 5.130	719
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	1.795	0	1.795	0	0	- 1.795	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	1.475	0	1.475	0	0	- 951	524
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
Handelsspassiva	53.215	- 910	52.304	0	0	0	52.304
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	588.281	- 117.306	470.975	- 403.267	- 53.149	- 14.559	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	23.101	0	23.101	0	0	- 2.867	20.234
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich durchsetzbar)	50.690	- 29.929	20.761	- 2.105	0	- 18.657	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar)	32.612	0	32.612	0	0	- 11.077	21.535
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	747.899	- 148.145	599.754	- 405.372	- 53.149	- 47.160	94.073
Sonstige Passiva	188.723	- 13.718	175.005	- 68.626	0	0	106.379
Davon: Negative Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	8.615	- 2.250	6.365	- 6.365	0	0	0
Übrige nicht aufzurechnende Verpflichtungen	206.699	0	206.699	0	0	0	206.699
Summe der Passiva	1.728.522	- 167.016	1.561.506	- 473.998	- 53.149	- 58.990	975.368

Eine inhaltliche Beschreibung der einzelnen Spalten befindet sich in der Anhangangabe 18 „Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen“ unseres Geschäftsberichts 2015.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Jan. – Sep. 2016							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			Insgesamt
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	
Bestand am Jahresanfang	2.252	2.776	5.028	144	168	312	5.340
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	508	370	878	-6	19	12	891
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminder- ten Krediten	3	-16	-13	0	0	0	-13
Nettoabschreibungen:	-585	-653	-1.238	0	0	0	-1.238
Abschreibungen	-613	-740	-1.353	0	0	0	-1.353
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	29	86	115	0	0	0	115
Sonstige Veränderungen	14	-121	-107	-8	-4	-12	-119
Bestand am Periodenende	2.189	2.372	4.562	129	183	312	4.874
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	333	33	366	-57	5	-52	314
In %	190	10	72	-113	39	-81	55
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	-266	-118	-384	0	0	0	-384
In %	83	22	45	0	0	0	45

Jan. – Sep. 2015							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			Insgesamt
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	
Bestand am Jahresanfang	2.364	2.849	5.212	85	141	226	5.439
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	176	337	512	51	14	64	576
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminder- ten Krediten	-56	-45	-100	0	0	0	-100
Nettoabschreibungen:	-319	-535	-854	0	0	0	-854
Abschreibungen	-360	-623	-983	0	0	0	-983
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	41	87	129	0	0	0	129
Sonstige Veränderungen	30	-4	27	2	7	9	36
Bestand am Periodenende	2.251	2.646	4.897	137	162	300	5.197
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	-125	-105	-230	40	1	41	-189
In %	42	-24	-31	387	5	175	-25
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	441	-108	333	0	0	0	333
In %	-58	25	-28	0	0	0	-28

Sonstige Aktiva und Passiva

Sonstige Aktiva

in Mio €	30.9.2016	31.12.2015
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	66.924	60.421
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	13.389	10.575
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	6.186	4.221
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	53.446	19.722
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	139.946	94.939
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	2.420	2.649
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	3.596	3.491
Sonstige	20.302	17.058
Sonstige Aktiva insgesamt	166.264	118.137

Sonstige Passiva

in Mio €	30.9.2016	31.12.2015
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	79.782	71.161
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	25.702	40.854
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	5.146	3.847
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	56.655	18.776
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	167.285	134.637
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	2.300	2.607
Zum Verkauf bestimmte Verbindlichkeiten	147	37
Sonstige	37.726	37.725
Sonstige Passiva insgesamt	207.458	175.005

Einlagen

in Mio €	30.9.2016	31.12.2015
Unverzinsliche Sichteinlagen	192.664	192.010
Verzinsliche Einlagen		
Sichteinlagen	135.945	153.559
Termineinlagen	120.620	124.196
Spareinlagen	91.380	97.210
Verzinsliche Einlagen insgesamt	347.945	374.964
Summe der Einlagen	540.609	566.974

Rückstellungen

Entwicklung der Rückstellungsarten

in Mio €	Rückstel- lungen im Bauspar- geschäft	Operatio- nelle Risiken	Zivil- prozesse	Prozesse mit Regu- lierungs- behörden	Restruktu- rierung	Rückkauf von Hypotheken- krediten	Sonstige ¹	Insgesamt
Bestand zum 1. Januar 2016	1.132	315	1.418	4.048	656	409	922	8.900
Veränderung des Konsoli- dierungskreises	0	0	0	0	-8	0	-6	-14
Zuführungen zu Rück- stellungen	132	94	873	237	466	2	471	2.275
Verwendungen von Rück- stellungen	166	16	322	22	149	0	514	1.189
Auflösungen von Rück- stellungen	21	25	210	20	80	3	168	527
Effekte aus Wechselkurs- veränderungen/Änderung des Diskontierungssatzes	-4	-7	-16	-147	-2	-13	-6	-195
Transfers	0	-13	75	-45	4	0	-21	0
Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0
Bestand zum 30. September 2016	1.074	347	1.818	4.050	887	395	679	9.250

¹ Für die übrigen in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen wird auf die Anhangangabe „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ verwiesen, in der die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft offengelegt werden.

Rückstellungsarten

Bausparrückstellungen entstehen im Bauspargeschäft der Deutschen Postbank-Gruppe und der Deutschen Bank Bauspar-Aktiengesellschaft. Beim Bausparen schließt der Kunde einen Bausparvertrag ab, mit dem er berechtigt wird, ein Baudarlehen aufzunehmen, sobald der Kunde bei der kreditgebenden Bank einen bestimmten Geldbetrag angelegt hat. Im Zusammenhang mit dem Bausparvertrag werden Bearbeitungsgebühren verlangt und der angelegte Betrag wird zu einem Zinssatz verzinst, der üblicherweise unter dem Zinssatz anderer Geldeinlagen liegt. In dem Fall, dass der Kunde sich entschließt, das Baudarlehen nicht in Anspruch zu nehmen, ist er zu einem rückwirkenden Zinsbonus berechtigt, der die Differenz zwischen dem niedrigen Zins des Bausparvertrags und einem Festzinssatz widerspiegelt, der momentan wesentlich über dem Marktsatz liegt. Die Bausparrückstellungen entsprechen dem möglichen Zinsbonus und der Verpflichtung zur Rückzahlung der Bearbeitungsgebühr. Das Modell zur Berechnung des möglichen Zinsbonus beinhaltet Parameter für den Prozentteil der betroffenen Kunden, die anwendbare Bonusrate, den Kundenstatus und den Zeitpunkt der Zahlung. Andere Faktoren, die diese Rückstellung beeinflussen, sind verfügbare statistische Daten in Bezug auf das Kundenverhalten und das allgemeine Umfeld, das zukünftig diese Geschäftssparte beeinflussen könnte.

Operationelle Rückstellungen entstehen aus operationellen Risiken und beinhalten keine Rückstellungen für Zivilverfahren und aufsichtsbehördliche Verfahren, die als separate Rückstellungsarten dargestellt werden. Ein operationelles Risiko ist das Risiko eines Verlustes, welches durch unangemessene oder fehlerhafte interne Prozesse und Systeme, durch menschliches Fehlverhalten oder durch außerbetriebliche Ereignisse entsteht. Die für die Zwecke dieser Ermittlung verwandte Definition von operationellen Rückstellungen unterscheidet sich von der des Risikomanagements, da hier keine Verlustrisiken aus Zivilverfahren oder aufsichtsbehördlichen Verfahren berücksichtigt werden. Im Risikomanagement ist das Rechtsrisiko ein Bestandteil des operationellen Risikos, da Zahlungen an Kunden, Gegenparteien und Aufsichtsbehörden in Zivilverfahren und aufsichtsbehördlichen Verfahren Verlustereignisse aufgrund operationeller Defizite begründen, Geschäfts- und Reputationsrisiken sind jedoch ausgeschlossen.

Rückstellungen für Zivilverfahren resultieren aus gegenwärtigen oder möglichen Forderungen und Verfahren aufgrund behaupteter Nichteinhaltung von vertraglichen oder sonstigen rechtlichen oder gesetzlichen Pflichten, welche zu Ansprüchen von Kunden, Gegenparteien oder anderen Parteien in Zivilverfahren geführt haben oder führen könnten.

Rückstellungen für die aufsichtsbehördliche Durchsetzung von Forderungen werden gebildet aufgrund von aktuellen oder potenziellen Klagen beziehungsweise Verfahren wegen behaupteter Nichteinhaltung rechtlicher oder gesetzlicher Pflichten, welche dazu geführt haben oder führen könnten, dass eine Festsetzung von Geld- oder sonstigen Strafen staatlicher Aufsichtsbehörden, Selbstregulierungsorganisationen oder sonstiger Vollzugsbehörden vorgenommen wird.

Restrukturierungsrückstellungen entstehen aus Restrukturierungsaktivitäten. Zur Verbesserung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit beabsichtigt der Konzern in den kommenden Jahren, Kosten, Redundanzen und Komplexität in erheblichem Umfang zu verringern. Zu Einzelheiten siehe Anhangangabe „Restrukturierung“.

Rückstellungen für Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten entstehen im mit Wohnimmobilien abgesicherten Hypothekenkreditgeschäft der Deutschen Bank in den Vereinigten Staaten. Von 2005 bis 2008 verkaufte die Deutsche Bank im Rahmen dieses Geschäfts Kredite in Form von Verbriefungen in Höhe von rund 84 Mrd US-\$ sowie in Höhe von rund 71 Mrd US-\$ über die Veräußerung von Krediten („Whole Loans“). Gegenüber der Deutschen Bank werden Forderungen geltend gemacht, Kredite von Käufern, Investoren oder Kreditversicherern zurückzukaufen oder diese von Verlusten freizustellen, die angeblich durch eine wesentliche Verletzung von Zusicherungen und Gewährleistungen verursacht wurden. Das übliche Vorgehen der Deutschen Bank ist begründete Rückkaufansprüche, die in Übereinstimmung mit vertraglichen Rechten geltend gemacht werden, zu erfüllen.

Zum 30. September 2016 bestanden gegenüber der Deutschen Bank Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten, die nicht Gegenstand von Rückabwicklungsvereinbarungen sind, in Höhe von circa 2,4 Mrd US-\$ (berechnet auf der Grundlage des ursprünglichen Gesamtkreditbetrags). Diese bestehen in erster Linie aus Forderungen im Hinblick auf Verbriefungen mit einem Dritten seitens der Treuhänder oder deren Service. Für diese Forderungen hat die Deutsche Bank zum 30. September 2016 Rückstellungen in Höhe von 444 Mio US-\$ (395 Mio €) bilanziert. Die Deutsche Bank ist Begünstigte in Haftungsüberenahmevereinbarungen der Originatoren oder Verkäufer bestimmter Hypothekenkredite, auf die sich diese Forderungen beziehen. In diesem Zusammenhang hat die Deutsche Bank zum 30. September 2016 Ansprüche von 110 Mio US-\$ (98 Mio €) bilanziert. Die Nettorückstellungen für die Forderungen beliefen sich zum 30. September 2016 nach Abzug solcher Ansprüche auf 334 Mio US-\$ (297 Mio €).

Zum 30. September 2016 hat die Deutsche Bank für Kredite mit einem ursprünglichen Betrag in Höhe von rund 7,3 Mrd US-\$ Rückkäufe getätigt, Vereinbarungen über eine Rückabwicklung erzielt, unrichtige und nicht fristgerecht eingereichte Klagen zurückgewiesen oder Ansprüche auf andere Weise beigelegt. Im Zusammenhang mit diesen Rückkäufen, Vereinbarungen und Vergleichen hat sich die Deutsche Bank von möglichen Ansprüchen, die aus den oben geschilderten Kreditverkäufen der Deutschen Bank resultieren könnten, in Höhe von circa 93,1 Mrd US-\$ befreit.

Die Deutsche Bank hat mit einigen juristischen Personen, die Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten gegen die Deutsche Bank angedroht haben, Vereinbarungen über einen Verjährungsverzicht abgeschlossen. Diese potenziellen Forderungen könnten eine wesentliche Auswirkung auf die Deutsche Bank haben.

Die Deutsche Bank rechnet damit, dass zusätzliche Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten in Bezug auf die verkauften Hypothekenkredite gestellt werden. Deren Zeitpunkt und Höhe können jedoch nicht zuverlässig geschätzt werden. Der New York Court of Appeals hat am 11. Juni 2015 eine Entscheidung veröffentlicht, welche die Abweisung der Rückkaufforderungen von Hypothekengeschäften im Zusammenhang mit einem von der Deutschen Bank begebenen sogenannten Residential Mortgage-Backed Security (durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherten Wertpapier) bestätigt, da die Klage nicht fristgerecht erhoben worden sei. Diese und weitere damit im Zusammenhang stehende Entscheidungen könnten das Ausmaß und die Erfolgsaussichten der künftigen Rückkaufforderungen gegen die Deutsche Bank beeinflussen. Die Deutsche Bank fungierte nicht als Servicer für an Dritte als Whole Loans veräußerte Kredite (die rund die Hälfte aller zwischen 2005 und 2008 verkauften US-amerikanischen Wohnimmobilienkredite ausmachen) und hatte nach dem Verkauf keinen Zugang mehr zu deren Performancedaten. Zur Performance der verbrieften Hypothekenkredite stehen öffentliche Informationen zur Verfügung. Es ist jedoch keine direkte Korrelation zwischen der Performance und den gestellten Rückkaufforderungen zu beobachten. Es sind Forderungen in Bezug auf ausgefallene, laufende und vollständig zurückgezahlte Kredite eingegangen.

Sonstige Rückstellungen umfassen verschiedene andere Rückstellungen, die aufgrund unterschiedlicher Umstände entstehen. Zu diesen gehören Rückerstattungen von Kreditbearbeitungsgebühren und Abschlussgebühren für Kunden, die Rückstellungen für Bankenabgaben sowie eine Rückstellung im Zusammenhang mit der Kooperation im Kreditkartengeschäft zwischen Deutscher Bank und Hua Xia Bank Co. Ltd.

Rückstellungen und Eventualverbindlichkeiten

Der Konzern bildet nur dann Rückstellungen für den potenziellen Eintritt von Verlusten, wenn eine gegenwärtige Verpflichtung aus einem Ereignis in der Vergangenheit entsteht, die wahrscheinlich zu einem Mittelabfluss führt und verlässlich geschätzt werden kann. In den Fällen, in denen eine solche Verpflichtung nicht verlässlich geschätzt werden kann, wird keine Rückstellung gebildet und die Verpflichtung gilt als Eventualverbindlichkeit. Eventualverbindlichkeiten umfassen ebenfalls eventuelle Verpflichtungen, bei denen die Möglichkeit eines Mittelabflusses nicht ausgeschlossen, aber eher unwahrscheinlich ist. In den Fällen, in denen eine Rückstellung im Hinblick auf eine spezifische Forderung gebildet wurde, wird keine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen; bei Rechtsverfahren, die auf mehr als einer Forderung beruhen, können jedoch für einige Forderungen Rückstellungen gebildet und für andere Forderungen wiederum Eventualverbindlichkeiten (beziehungsweise weder eine Rückstellung noch eine Eventualverbindlichkeit) ausgewiesen werden.

Das rechtliche und regulatorische Umfeld, in dem sich der Konzern bewegt, birgt erhebliche Prozessrisiken. Als Folge davon ist der Konzern in Deutschland und einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt. In den vergangenen Jahren wurden die Bankenregulierung und -aufsicht auf vielen Gebieten verschärft. Es kam zu einer verstärkten Aufsicht und Überwachung von Finanzdienstleistern durch Aufsichtsbehörden, Verwaltungs- und andere Behörden. Dies führte zu zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Untersuchungen und Vollstreckungsmaßnahmen, welchen oft Zivilverfahren nachfolgen. Dieser Trend wurde durch die globale Finanzkrise und die europäische Staatsschuldenkrise deutlich beschleunigt.

Um zu bestimmen, für welchen Anspruch die Möglichkeit eines Verlusts wahrscheinlich oder zwar eher unwahrscheinlich, aber nicht ausgeschlossen ist, und um den möglichen Verlust zu schätzen, berücksichtigt der Konzern eine Vielzahl von Faktoren. Diese umfassen unter anderem die Art des Anspruchs und des zugrunde liegenden Sachverhalts, den Stand und Hergang der einzelnen Verfahren, Entscheidungen von Gerichten und Schiedsstellen, die Erfahrung des Konzerns und Dritter in vergleichbaren Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), vorausgehende Vergleichsgespräche, Vergleiche Dritter in ähnlichen Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), verfügbare Freistellungen sowie die Gutachten und Einschätzungen von Rechtsberatern und anderen Fachleuten.

Die in der Konzernbilanz zum 30. September 2016 ausgewiesenen Rückstellungen für Zivilverfahren und aufsichtsbehördliche Verfahren sind in der obigen Tabelle aufgeführt. Für bestimmte Fälle, bei denen der Konzern einen Mittelabfluss für wahrscheinlich hält, wurden keine Rückstellungen ausgewiesen, da der Konzern die Höhe des potenziellen Mittelabflusses nicht zuverlässig einschätzen konnte.

Für die Verfahren der Bank, bei denen eine verlässliche Schätzung möglich ist, schätzt der Konzern derzeit, dass sich zum 30. September 2016 die zukünftigen Verluste, deren Eintritt nicht ausgeschlossen, aber eher unwahrscheinlich ist, bei Zivilverfahren auf insgesamt rund 1,0 Mrd € (31. Dezember 2015: 1,4 Mrd €) und bei aufsichtsbehördlichen Verfahren auf rund 0,7 Mrd € (31. Dezember 2015: 1,0 Mrd €) belaufen. In diesen Beträgen sind auch die Verfahren berücksichtigt, bei denen der Konzern möglicherweise gesamtschuldnerisch haftet beziehungsweise erwartet, dass eine solche Haftung von Drittparteien übernommen wird. Bei anderen signifikanten Zivilverfahren und aufsichtsbehördlichen Verfahren nimmt der Konzern an, dass ein Mittelabfluss zwar nicht nur fernliegend, aber nicht überwiegend wahrscheinlich, dessen Höhe jedoch nicht zuverlässig einzuschätzen ist, so dass diese Fälle daher in der Schätzung der Eventualverbindlichkeiten nicht berücksichtigt sind. Bei wiederum anderen signifikanten Zivilverfahren und aufsichtsbehördlichen Verfahren geht der Konzern davon aus, dass die Möglichkeit eines Mittelabflusses fernliegend ist, und hat daher weder eine Rückstellung gebildet noch diese Fälle bei der Schätzung der Eventualverbindlichkeiten berücksichtigt.

Der geschätzte mögliche Verlust sowie die gebildeten Rückstellungen basieren auf derzeit verfügbaren Informationen und sind Gegenstand von erheblichen Beurteilungsspielräumen und einer Vielzahl von Annahmen, Variablen sowie bekannten und unbekanntem Unsicherheiten. Diese Unsicherheiten können Ungenauigkeiten oder die Unvollständigkeit der dem Konzern zur Verfügung stehenden Informationen, insbesondere in frühen Verfahrensstadien, umfassen. Ferner können sich Annahmen des Konzerns zu künftigen Entscheidungen von Gerichten und anderen Schiedsstellen sowie zu den wahrscheinlichen Maßnahmen und Positionen von Aufsichtsbehörden oder Prozessgegnern später als unrichtig herausstellen. Außerdem eignen sich Schätzungen möglicher Verluste aus diesen Verfahren häufig nicht für die Anwendung statistischer oder anderer quantitativer Analyseverfahren, die vielfach bei Beurteilungen und Schätzungen verwendet werden, und unterliegen noch größeren Unsicherheiten als andere Gebiete, auf denen der Konzern Beurteilungen und Schätzungen vornehmen muss. Der geschätzte mögliche Verlust sowie die gebildeten Rückstellungen können, und tun dies in vielen Fällen, erheblich niedriger als der anfänglich von den Aufsichtsbehörden oder Prozessgegnern geforderte Betrag sein beziehungsweise unterhalb des potenziellen maximalen Verlusts im Falle eines für den Konzern nachteiligen finalen Gerichtsentscheids liegen. In einigen Regionen, in denen der Konzern tätig ist, braucht die jeweilige Gegenpartei den von ihr eingeklagten Betrag nicht anzugeben beziehungsweise unterliegt der Forderungsbetrag, auch wenn er anzugeben ist, unter Umständen nicht den allgemeinen Anforderungen an das Vorbringen des behaupteten Sachverhalts oder der Rechtsansprüche.

Die Verfahren, für die der Konzern annimmt, dass ein zukünftiger Verlust nicht bloß unwahrscheinlich ist, ändern sich von Zeit zu Zeit. Dasselbe gilt für die Verfahren, für die eine verlässliche Schätzung vorgenommen werden kann, und für den geschätzten möglichen Verlust aus diesen Verfahren. Die tatsächlichen Ergebnisse können sich als erheblich höher oder niedriger als der für diese Verfahren ursprünglich geschätzte mögliche Verlust erweisen. Zusätzlich können Verluste aus Verfahren erwachsen, bei denen der Konzern die Möglichkeit eines Verlusts für unwahrscheinlich gehalten hat. Insbesondere stellt der geschätzte Gesamtbetrag möglicher Verluste nicht das maximale Verlustpotenzial des Konzerns aus diesen Verfahren dar.

Der Konzern kann gerichtliche und aufsichtsbehördliche Verfahren oder Untersuchungen vergleichen, bevor ein Endurteil ergangen ist oder über die Haftung endgültig entschieden wurde. Er kann dies tun, um Kosten, Verwaltungsaufwand oder negative Geschäftsauswirkungen, negative aufsichtsrechtliche Folgen oder negative Folgen für die Reputation aus einer Fortsetzung des Bestreitens einer Haftung zu vermeiden, auch wenn der Konzern der Auffassung ist, dass begründete Einwände gegen die Haftung bestehen. Dies kann auch geschehen, wenn die möglichen Folgen einer negativen Entscheidung in keinem angemessenen Verhältnis zu den Kosten eines Vergleichs stehen. Außerdem kann der Konzern aus ähnlichen Gründen Gegenparteien deren Verluste auch in solchen Situationen ersetzen, in denen er der Auffassung ist, dazu rechtlich nicht verpflichtet zu sein.

Laufende Einzelverfahren

Nachstehend werden Zivilverfahren und aufsichtsbehördliche Verfahren oder solche Fallgruppen dargestellt, für die der Konzern wesentliche Rückstellungen gebildet hat, bei denen wesentliche Eventualverbindlichkeiten nicht bloß unwahrscheinlich sind oder wesentliche Geschäfts- oder Reputationsrisiken bestehen können; vergleichbare Fälle sind in Gruppen zusammengefasst, und einige Fälle beinhalten verschiedene Verfahren oder Forderungen. Die offengelegten Verfahren können auch Fälle beinhalten, bei denen ein Verlust mehr als unwahrscheinlich ist, für die jedoch der mögliche Verlust nicht zuverlässig geschätzt werden kann.

Esch-Fonds-Rechtsstreitigkeiten. Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA („Sal. Oppenheim“) war vor dem Erwerb durch die Deutsche Bank in 2010 an der Vermarktung und Finanzierung von Beteiligungen an geschlossenen Immobilienfonds beteiligt. Diese Fonds waren als Personengesellschaften bürgerlichen Rechts in Deutschland organisiert. In der Regel führte die Josef Esch Fonds-Projekt GmbH die Planung und Projektentwicklung durch. Sal. Oppenheim war über ein Joint Venture indirekt an dieser Gesellschaft beteiligt. In Bezug darauf wurden zahlreiche zivilrechtliche Klagen gegen Sal. Oppenheim eingereicht. Einige dieser Klagen sind auch gegen ehemalige Geschäftsführer von Sal. Oppenheim und andere Personen gerichtet. Die gegen Sal. Oppenheim erhobenen Ansprüche betreffen Investitionen von ursprünglich rund 1,1 Mrd. €. Nachdem einige Forderungen entweder abgewiesen oder per Vergleich beigelegt wurden, sind noch Forderungen in Bezug auf Investments von ursprünglich circa 400 Mio. € schwebend. Derzeit belaufen sich die in den anhängigen Verfahren geltend gemachten Beträge auf insgesamt rund 480 Mio. €. Die Investoren

verlangen eine Rücknahme ihrer Beteiligung an den Fonds und eine Haftungsfreistellung für mögliche Verluste und Schulden aus der Investition. Die Ansprüche basieren teilweise auf der Behauptung, Sal. Oppenheim habe nicht ausreichend über Risiken und andere wesentliche Aspekte informiert, die für die Anlageentscheidung wichtig gewesen seien. Auf Grundlage der Fakten der Einzelfälle haben manche Gerichte zugunsten und manche zulasten von Sal. Oppenheim entschieden. Die Berufungsurteile stehen noch aus. Der Konzern hat für diese Fälle Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten angesetzt, aber keine Beträge offengelegt, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren wesentlich beeinflussen wird.

Untersuchungen und Verfahren im Devisenhandel. Die Deutsche Bank hat weltweit Auskunftsersuchen von bestimmten Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, die den Devisenhandel und andere Aspekte des Devisenmarkts untersuchen, erhalten. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen. Hierzu hat die Deutsche Bank eigene interne Untersuchungen des Devisenhandels und anderer Aspekte ihres Devisengeschäfts weltweit durchgeführt.

Am 19. Oktober hat die Vollstreckungsabteilung der US. Commodity Futures Trading Commission ("CFTC") ein Schreiben ("CFTC Schreiben") an die Deutsche Bank gerichtet, mit dem die Deutsche Bank darüber informiert wurde, dass die CFTC „aktuell keine weiteren Schritte unternehmen wird und die Untersuchung [des Devisenhandels] der Deutschen Bank beendet hat“. Wie in solchen Fällen üblich, enthält das CFTC Schreiben die Aussage dass die CFTC „sich das Ermessen vorbehält, zu einem späteren Zeitpunkt die Entscheidung zu treffen, die Untersuchung wieder aufzunehmen“. Das CFTC Schreiben hat keine bindende Wirkung im Hinblick auf Untersuchungen anderer Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, die den Devisenhandel der Deutschen Bank betreffen und die weitergeführt werden.

Die Deutsche Bank wurde auch als Beklagte in mehreren als Sammelklage bezeichneten Verfahren im Zusammenhang mit der angeblichen Manipulation von Devisenkursen, die beim United States District Court for the Southern District of New York angestrengt wurden, benannt. Darin werden Ansprüche aus Kartellrecht und dem United States Commodity Exchange Act wegen angeblicher Manipulation von Wechselkursen geltend gemacht. Bei den als Sammelklage bezeichneten Verfahren wurden die geforderten Entschädigungssummen nicht detailliert angegeben. Am 28. Januar 2015 gab das für die Sammelklagen zuständige Bundesgericht (Federal Court) dem Klageabweisungsantrag ohne Recht auf erneute Klageerhebung in zwei Klagen von Nicht-US-Klägern statt, wies ihn jedoch für die anhängige Klage von US-amerikanischen Klägern ab. Seit der Verfügung des Gerichts vom 28. Januar 2015 wurden weitere Klagen eingereicht. Derzeit sind vier Klagen anhängig. Die erste anhängige zusammengeführte Klage wird im Rahmen eines als Sammelklage bezeichneten Verfahrens einer Gruppe von OTC-Händlern und eines als Sammelklage bezeichneten Verfahrens einer Gruppe von Devisenhändlern eingereicht, die ihren Wohnsitz in den Vereinigten Staaten oder in US-Gebiet oder dort gehandelt haben. In der Klageschrift wird behauptet, es seien illegale Vereinbarungen getroffen worden, um den Wettbewerb in Bezug auf Benchmark- und Spotsätze zu beeinträchtigen und diese zu manipulieren, insbesondere die für diese Spotsätze notierten Spreads. In einem zweiten Klageverfahren werden die der zusammengeführten Klage vorgebrachten Behauptungen nachverfolgt und es wird geltend gemacht, dass das behauptete Verhalten zu einen Verstoß gegen die treuhänderischen Pflichten der Beklagten nach dem „U.S. Employment Retirement Income Security Act of 1974 (ERISA)“ ermöglicht und diesen Verstoß letztlich begründet habe. Die dritte Sammelklage wurde von Axiom Investment Advisors, LLC bei demselben Gericht am 21. Dezember 2015 eingereicht. Darin wird behauptet, die Deutsche Bank habe Devisenaufträge, die über elektronische Handelsplattformen platziert wurden, mittels einer als „Last Look“ bezeichneten Funktion abgelehnt und diese Order seien später zu für die Klägergruppe schlechteren Preiskonditionen ausgeführt worden. Der Kläger macht Forderungen aus Vertragsverletzung, quasivertragliche Forderungen sowie Forderungen nach New Yorker Recht geltend. In dem am 26. September 2016 angestrengten als Sammelklage bezeichneten vierten Verfahren (die der indirekten Käufer) werden die in der zusammengeführten Klage vorgebrachten Behauptungen nachverfolgt und es wird geltend gemacht, dass das angebliche Verhalten „indirekte Käufer“ von Deviseninstrumenten geschädigt habe. Diese Ansprüche werden nach Maßgabe des US-amerikanischen Sherman Act, des Donnelly Act von New York, des kalifornischen Cartwright Act und des kalifornischen Unfair Competition Law erhoben. Am 20. September 2016 hat das Gericht dem Antrag der Deutschen Bank auf Abweisung der zusammengeführten Klage teilweise stattgegeben und ihn teilweise abgelehnt.

Am 24. August 2016 hat das Gericht dem Antrag der Beklagten auf Abweisung der ERISA-Klage stattgegeben. Die Kläger dieser Klage haben vor dem United States Court of Appeals for the Second Circuit Rechtsmittel eingelegt. Der Antrag der Deutschen Bank auf Abweisung der „Last Look“-Klage ist anhängig. Die Deutsche Bank beabsichtigt, einen

Antrag auf Abweisung der Klage der indirekten Käufer zu stellen. Das Beweisverfahren (Discovery) im Rahmen der zusammengeführten Klage und der „Last Look“-Klage wurde eingeleitet. Das Beweisverfahren (Discovery) im Rahmen der Klage der indirekten Käufer wurde noch nicht eingeleitet.

Die Deutsche Bank ist auch Beklagte in zwei kanadischen Sammelklagen, die in den Provinzen Ontario und Quebec angestrengt wurden. Die am 10. September 2015 erhobenen Sammelklagen stützen sich auf Vorwürfe, die vergleichbar sind mit den in den zusammengeführten Klagen in den USA erhobenen Vorwürfen und sind auf Schadensersatz nach dem kanadischen Wettbewerbsgesetz und anderen Rechtsgrundlagen gerichtet.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten bilanziert hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren stark beeinflussen würde.

Hochfrequenzhandel/Dark-Pool-Handel. Die Deutsche Bank hat von bestimmten Aufsichtsbehörden Auskunftersuchen in Bezug auf den Hochfrequenzhandel und den Betrieb ihres alternativen Handelssystems („ATS“ bzw. „Dark Pool“) SuperX erhalten. Die Deutsche Bank kooperiert hinsichtlich dieser Auskunftersuchen mit den Behörden. Der Konzern hat für diese Angelegenheit eine Rückstellung gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellung nicht offengelegt, da nach Dafürhalten des Konzerns eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren signifikant beeinflussen würde.

Interbanken-Zinssatz. Aufsichtsbehördliche Verfahren. Die Deutsche Bank hat von verschiedenen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden in Europa, Nordamerika und der Region Asien/Pazifik, einschließlich von Attorney-Generals verschiedener US-Bundesstaaten, Auskunftersuchen in Form von Informationsanfragen erhalten. Diese stehen im Zusammenhang mit branchenweiten Untersuchungen bezüglich der Festsetzung der London Interbank Offered Rate (LIBOR), der Euro Interbank Offered Rate (EURIBOR), der Tokyo Interbank Offered Rate (TIBOR) und anderer Zinssätze im Interbankenmarkt. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen.

Wie bereits bekannt gegeben, hat die Deutsche Bank am 4. Dezember 2013 als Teil eines Gesamtvergleichs mit der Europäischen Kommission eine Vereinbarung zum Abschluss der Untersuchungen bezüglich des wettbewerbswidrigen Verhaltens im Handel mit Euro-Zinssatz-Derivaten und Yen-Zinssatz-Derivaten erzielt. Im Rahmen des Vergleichs hat die Deutsche Bank zugestimmt, insgesamt 725 Mio € zu zahlen. Dieser Betrag wurde vollständig gezahlt und ist nicht Teil der Rückstellungen der Bank.

Wie ebenfalls bekannt gegeben, hat die Deutsche Bank am 23. April 2015 separate Vergleichsvereinbarungen mit dem US-Department of Justice (DOJ), der US Commodity Futures Trading Commission (CFTC), der U.K. Financial Conduct Authority (FCA) und dem New York State Department of Financial Services (NYDFS) zur Beendigung von Untersuchungen wegen Fehlverhaltens bezüglich der Festlegung von LIBOR, EURIBOR und TIBOR getroffen. In den Vereinbarungen hat die Deutsche Bank zugestimmt, Strafzahlungen in Höhe von 2,175 Mrd US-\$ an das DOJ, die CFTC und das NYDFS sowie 226,8 Mio GBP an die FCA zu leisten. Diese Beträge wurden vollständig gezahlt und sind nicht Teil der Rückstellungen der Bank, bis auf 150 Mio US-\$, die infolge der Verurteilung der DB Group Services (UK) Ltd. (einer indirekt gehaltenen hundertprozentigen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank) nach deren Schuldanerkenntnis bezüglich des „Wire-Fraud“ vorbehaltlich der Zustimmung des Gerichts an das DOJ zu zahlen sind (das Urteil soll nach aktuellem Stand am 3. April 2017 gesprochen werden). Als Teil der Vereinbarung mit dem DOJ akzeptiert die Deutsche Bank ein sogenanntes „Deferred Prosecution Agreement“ mit dreijähriger Laufzeit. Dieses beinhaltet neben anderen Punkten, dass die Deutsche Bank der Einreichung einer Anklage im United States District Court für den District of Connecticut zustimmt, in welcher der Deutschen Bank „Wire-Fraud“ und ein Verstoß gegen den Sherman-Act im Zusammenhang mit Preisfixings vorgeworfen wird.

Wie oben erwähnt, hat eine Arbeitsgruppe („Working Group“) von US-Generalstaatsanwälten („U.S. state attorneys general“) eine Untersuchung gegen die Deutsche Bank in Bezug auf die Festsetzung des LIBOR, EURIBOR und TIBOR eingeleitet. Die Bank kooperiert weiterhin mit den US-Generalstaatsanwälten hinsichtlich dieser Untersuchung.

Andere aufsichtsbehördliche Untersuchungen gegen die Deutsche Bank, welche die Festsetzungen verschiedener weiterer Interbankenzinssätze betreffen, bleiben anhängig, und die Deutsche Bank bleibt weiteren aufsichtsbehördlichen Maßnahmen ausgesetzt. Der Konzern hat für bestimmte aufsichtsbehördliche Ermittlungen Rückstellungen ge-

bildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellungen nicht offengelegt, da nach Dafürhalten des Konzerns eine solche Offenlegung den Ausgang dieser aufsichtsbehördlichen Untersuchungen erheblich beeinflussen würde.

Überblick über zivilrechtliche Verfahren. Die Deutsche Bank ist Partei von 47 zivilrechtlichen Verfahren betreffend die behauptete Manipulation hinsichtlich der Festsetzung von verschiedenen Interbanken-Zinssätzen, die in den folgenden Absätzen beschrieben werden. Die meisten der zivilrechtlichen Klagen einschließlich als Sammelklage bezeichneter Verfahren wurden beim United States District Court for the Southern District of New York (SDNY) gegen die Deutsche Bank und zahlreiche andere Beklagte eingereicht. Alle bis auf sechs dieser Klagen wurden für Parteien eingereicht, die behaupten, sie hätten aufgrund von Manipulationen bei der Festsetzung des US-Dollar-LIBOR-Zinssatzes Verluste erlitten. Die sechs zivilrechtlichen Klagen gegen die Deutsche Bank, die keinen Bezug zum US-Dollar-LIBOR haben, sind ebenfalls beim SDNY anhängig und umfassen zwei Klagen zum Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR, eine Klage zum EURIBOR, eine zusammengefasste Klage zum GBP-LIBOR-Zinssatz, eine Klage zum CHF-LIBOR sowie eine Klage zu zwei SGD-Referenzzinssätzen, der Singapore Interbank Offered Rate (SIBOR) und der Swap Offer Rate (SOR).

Mit einer Ausnahme werden alle zivilrechtlichen US-Dollar-LIBOR-Klagen, die beim SDNY anhängig sind, in einem distriktübergreifenden Rechtsstreit (US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation) behandelt. Ferner ist eine Sammelklage betreffend den US-Dollar-LIBOR, die nicht zur US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation gehört, abgewiesen worden, für die nun die Berufung vor dem US Court of Appeals for the Ninth Circuit anhängig ist.

Die Schadensersatzansprüche der 47 zivilrechtlichen Klagen, die oben dargestellt wurden, stützen sich auf verschiedene rechtliche Grundlagen einschließlich der Verletzung des US Commodity Exchange Act (CEA), kartellrechtlicher Vorschriften der Bundesstaaten und der USA, des US Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act (RICO) und anderer Bundes- und einzelstaatlicher Gesetze. In allen bis auf fünf Fällen wurde die Höhe des Schadensersatzes nicht formell von den Klägern festgelegt. Bei den fünf Fällen, bei denen spezifische Schadensersatzforderungen gestellt wurden, handelt es sich um Einzelklagen, die zur US-Dollar LIBOR Multidistrict Litigation zusammengefasst wurden. Die Gesamthöhe des von allen Beklagten, einschließlich der Deutschen Bank, geforderten Schadensersatzes beläuft sich auf mindestens 1,25 Mrd US-\$. Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten bilanziert hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren erheblich beeinflussen wird.

US-Dollar-LIBOR. Nachdem das Gericht zwischen März 2013 und November 2015 in mehreren Entscheidungen die Anträge der Kläger eingeschränkt hat, erheben diese zurzeit Ansprüche unter dem CEA, bestimmte landesrechtliche Ansprüche wegen Betrugs, vertragliche Ansprüche, Ansprüche wegen ungerechtfertigter Bereicherung sowie deliktsrechtliche Ansprüche. Ferner hat das Gericht entschieden, die Ansprüche bestimmter Kläger wegen fehlender Zuständigkeit und Verjährung abzuweisen. Diese abweisenden Entscheidungen sind derzeit Gegenstand weiterer Anhörungen. Weitere Entscheidungen stehen noch aus.

Im Mai 2016 hat der U.S. Court of Appeals for the Second Circuit die Entscheidungen des Gerichts zur Multidistrict Litigation aufgehoben, mit der die kartellrechtlichen Ansprüche der Kläger abgelehnt wurden. Der Fall wurde zur weiteren Prüfung der Frage, ob die Kläger berechtigt sind, ihre kartellrechtlichen Ansprüche geltend zu machen an das Prozeßgericht zurückverwiesen. Die Anhörungen haben am Prozeßgericht stattgefunden. Darüber hinaus haben einige Kläger, deren Ansprüche gegen die Deutsche Bank und andere ausländische Beklagte wegen fehlender Zuständigkeit abgewiesen wurden, Berufung gegen diese Entscheidung vor dem U.S. Court of Appeals for the Second Circuit eingelegt.

Schließlich finden gerade die Beweisverfahren (Discovery) für drei der am frühesten eingeleiteten Klagen statt. Die Anhörung zur Zulassung einer Sammelklage soll bis August 2017 abgeschlossen sein.

Das Gericht hat in einem zusätzlichen Verfahren zum US-Dollar-LIBOR, das getrennt von der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation vor dem SDNY verhandelt wird, den Klageabweisungsanträgen der Beklagten stattgegeben. Der Kläger hat einen Antrag auf Erweiterung seiner Klage eingereicht.

Die Deutsche Bank wurde darüber hinaus als Beklagte in einer US-Dollar-LIBOR-Klage vor dem Central District of California benannt. Das Gericht hat dem Klageabweisungsantrag der Deutschen Bank stattgegeben. Der Kläger legt zurzeit Berufung vor dem U.S. Court of Appeals for the Ninth Circuit ein.

Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR. Vor dem SDNY sind zurzeit zwei getrennte Klagen wegen des Vorwurfs der Manipulation des Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR anhängig. Für die erste Klage, *Laydon*, läuft zum aktuellen Zeitpunkt das Beweisverfahren (Discovery). In der zweiten, *Sonterra*, wurde ein Antrag auf Abweisung der Klage vollständig vorgebracht und verhandelt. Die Entscheidung steht noch aus.

EURIBOR, GBP-LIBOR und CHF-LIBOR. Anträge auf Abweisung dieser vor dem SDNY anhängigen Klagen wurden vollständig vorgebracht. Die Entscheidungen stehen noch aus.

SIBOR und SOR. Diese Klage wurde am 1. Juli 2016 beim SDNY eingereicht. Die Kläger haben bis zum 31. Oktober 2016 eine erweiterte Klage einzureichen.

Bank Bill Swap Rate-Ansprüche. Am 16. August 2016 wurde eine Sammelklage vor dem U.S. District Court for the Southern District of New York gegen die Deutsche Bank und andere Beklagte eingereicht, in der Ansprüche wegen angeblicher Absprache und Manipulation in Verbindung mit dem australischen Bank Bill Swap Rate („BBSW“) geltend gemacht wurden. In der Klageschrift wird behauptet, dass die Beklagten unter anderem an Geldmarktgeschäften, die die Beeinflussung des Fixing des BBSW zum Ziel hatten, beteiligt waren, falsche BBSW-Eingaben machten und ihre Kontrolle über die BBSW-Regeln zur Fortsetzung des angeblichen Fehlverhaltens nutzten. Die Kläger reichen die Klagen im Namen von Personen und Rechtsträgern ein, die von 2003 bis heute an US-basierten Transaktionen in BBSW-bezogenen Finanzinstrumenten beteiligt waren.

CLN-Ansprüche von Kaupthing. Im Juni 2012 hat die Kaupthing hf, eine isländische Aktiengesellschaft, (vertreten durch den Liquidationsausschuss), auf isländisches Recht gestützte Anfechtungsklagen über circa 509 Mio € (plus Zinsen basierend auf Schadensquote und Sanktionszins) gegen die Deutsche Bank in Island und England erhoben. Die geltend gemachten Ansprüche stehen im Zusammenhang mit Credit Linked Notes auf Kaupthing, welche die Deutsche Bank im Jahr 2008 an zwei British-Virgin-Island-Spezialvehikel („SPVs“) herausgegeben hat. Diese SPVs gehörten letztlich sehr vermögenden Privatpersonen. Kaupthing behauptet, die Deutsche Bank habe gewusst oder hätte wissen müssen, dass Kaupthing selbst den Risiken aus den Transaktionen ausgesetzt war, weil sie die SPVs finanziert habe. Es wird behauptet, Kaupthing könne die Transaktionen aus verschiedenen Gründen anfechten, da die Transaktionen unter anderem deshalb unzulässig waren, weil es Kaupthing so möglich war, direkten Einfluss auf die Quotierung eigener CDS (Credit Default Swaps) und damit eigener börsennotierter Anleihen zu nehmen. Im November 2012 wurde eine weitere, auf englisches Recht gestützte Klage (gestützt auf Vorwürfe, die den Vorwürfen der auf isländisches Recht gestützten Klagen vergleichbar sind) gegen die Deutsche Bank in London erhoben. Die Deutsche Bank hat eine Klageerwidern für die isländischen Verfahren im Februar 2013 eingereicht und verteidigt sich weiter. Im Februar 2014 wurden die in England anhängigen Verfahren bis zur endgültigen Entscheidung in den isländischen Verfahren ausgesetzt. Darüber hinaus wurden der Deutschen Bank von den SPVs und deren Abwicklern im Dezember 2014 weitere Klagen zugestellt, die sich auf eine weitgehend vergleichbare Anspruchsbegründung stützen, sich auf CLN-Transaktionen beziehen und sich gegen die Deutsche Bank und weitere Beschuldigte in England richten. Die SPVs fordern ferner einen Betrag von rund 509 Mio € (zuzüglich Zinsen), obwohl der Zinsbetrag niedriger ist als in Island. Die Deutsche Bank hat eine Klageerwidern in diesen Verfahren eingereicht und verteidigt sich weiter. Die Deutsche Bank erwartet nicht, dass die von den SPVs erhobenen Klagen die Höhe der möglichen Verpflichtungen der Bank im Zusammenhang mit den CLN-Transaktionen über die bereits von Kaupthing unmittelbar erhobenen Ansprüche hinaus erhöhen. Die Deutsche Bank ist bestrebt, diese Angelegenheiten beizulegen. Der Konzern hat für diese Fälle Rückstellungen gebildet, jedoch die Höhe dieser Rückstellungen nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren erheblich beeinflussen wird.

Kirch. Im Zusammenhang mit dem Kirch-Verfahren ermittelte und ermittelt die Staatsanwaltschaft München I unter anderem gegen mehrere ehemalige Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank. Das Kirch-Verfahren umfasste mehrere zivilrechtliche Verfahren zwischen der Deutschen Bank AG und Dr. Leo Kirch beziehungsweise dessen Medienunternehmen. Die zentrale Streitfrage in den Zivilverfahren war, ob der damalige Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank AG, Dr. Rolf Breuer, durch seine Äußerungen in einem Interview mit dem Fernsehsender Bloomberg im Jahre

2002 die Insolvenz der Kirch Unternehmensgruppe herbeigeführt habe. In diesem Interview äußerte sich Dr. Rolf Breuer zu der mangelnden Finanzierungsmöglichkeit der Kirch Unternehmensgruppe. Im Februar 2014 schlossen die Deutsche Bank und die Erben von Dr. Leo Kirch einen umfangreichen Vergleich, der sämtliche Rechtsstreitigkeiten zwischen den Parteien beendete.

Die Staatsanwaltschaft wirft den betreffenden ehemaligen Vorstandsmitgliedern vor, versäumt zu haben, Tatsachenbehauptungen, die von den für die Deutsche Bank in einem der Kirch-Zivilverfahren tätigen Rechtsanwälten in Schriftsätzen an das Oberlandesgericht München und den Bundesgerichtshof vorgebracht wurden, rechtzeitig zu korrigieren, nachdem sie angeblich Kenntnis erlangt hatten, dass diese Ausführungen nicht korrekt gewesen sein sollen bzw. in diesen Verfahren unzutreffende Aussagen gemacht zu haben.

Im Anschluss an das Verfahren gegen Jürgen Fitschen und vier weitere ehemalige Vorstandsmitglieder vor dem Landgericht München hat das Landgericht München am 25. April 2016 alle vier Beschuldigten sowie die Bank, die Nebenbeteiligte des Verfahrens war, freigesprochen. Am 26. April 2016 legte die Staatsanwaltschaft gegen das Urteil Revision ein. Im Rahmen der Revision werden ausschließlich mögliche rechtliche Fehler überprüft, nicht dagegen Feststellungen zu Tatsachen. Einige Wochen nach Vorlage der schriftlichen Urteilsbegründung hat die Staatsanwaltschaft am 18. Oktober 2016 mitgeteilt, dass sie ihre Revision ausschließlich gegen die Freisprüche für die ehemaligen Vorstandsmitglieder Jürgen Fitschen, Dr. Rolf Breuer und Dr. Josef Ackermann aufrechterhalten und ihre Revision gegen die Freisprüche für die ehemaligen Vorstandsmitglieder Dr. Clemens Börsig und Dr. Tessen von Heydebreck zurückziehen werde. Damit ist der Freispruch für Dr. Börsig und Dr. von Heydebreck rechtsverbindlich.

Die weiteren Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft in diesem Zusammenhang dauern noch an. Die Deutsche Bank kooperiert vollumfänglich mit der Staatsanwaltschaft München.

Der Konzern geht davon aus, dass diese Verfahren keine erheblichen wirtschaftlichen Auswirkungen auf ihn haben, und hat daher diesbezüglich keine Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen.

Auflösung einer Position auf den KOSPI-Index. Nachdem der Korea Composite Stock Price Index 200 („KOSPI 200“) während der Schlussauktion am 11. November 2010 um rund 2,7 % gefallen war, leitete die koreanische Finanzdienstleistungsaufsicht („FSS“) eine Untersuchung ein und äußerte die Sorge, der Fall des KOSPI 200 sei darauf zurückzuführen, dass die Deutsche Bank einen Aktienkorb im Wert von rund 1,6 Mrd € verkauft hatte, der Teil einer Indexarbitrage-Position auf den KOSPI 200 gewesen war. Am 23. Februar 2011 prüfte die koreanische Finanzdienstleistungskommission (Korean Financial Services Commission), die die Arbeit der FSS beaufsichtigt, die Ermittlungsergebnisse und Empfehlungen der FSS und beschloss, folgende Maßnahmen zu ergreifen: (i) Erstellen von Strafanzeige bei der südkoreanischen Staatsanwaltschaft gegen fünf Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns wegen des Verdachts auf Marktmanipulation und gegen die Deutsche Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Securities Korea Co. („DSK“) wegen Haftung für fremde Wirtschaftsstrafsrechtsverstöße sowie (ii) Verhängen eines sechsmonatigen Eigenhandelsverbots zwischen 1. April 2011 und 30. September 2011 gegen die DSK, das sich auf den Handel mit Aktien am Kassamarkt und mit börsengehandelten Derivaten sowie auf den Aktien-Kassahandel über DMA-Systeme (Direct Market Access) erstreckte, und Verpflichtung der DSK, einen bestimmten Beschäftigten für sechs Monate zu suspendieren. Eine Ausnahme vom Eigenhandelsverbot wurde insofern gewährt, als es der DSK weiterhin erlaubt sein sollte, Liquidität für bestehende an Derivate gekoppelte Wertpapiere bereitzustellen. Am 19. August 2011 teilte die koreanische Staatsanwaltschaft ihre Entscheidung mit, gegen die DSK und vier Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns wegen mutmaßlicher Spot-/Futures-Marktmanipulationen Klage zu erheben. Das Strafverfahren hat im Januar 2012 begonnen. Am 25. Januar 2016 hat der Seoul Central District Court einen DSK-Händler sowie DSK für schuldig erklärt. Gegen DSK wurde eine Geldstrafe in Höhe von 1,5 Mrd KRW (weniger als 2,0 Mio €) verhängt. Das Gericht ordnete darüber hinaus die Einziehung der Gewinne aus der in Rede stehenden Handelstätigkeit an. Der Konzern hat die Gewinne aus den zugrunde liegenden Handelsaktivitäten 2011 abgeführt. Sowohl die Strafverfolgungsbehörde als auch die Angeklagten haben Berufung gegen das Strafurteil eingelegt.

Darüber hinaus strengten Parteien, die behaupten, durch den Fall des KOSPI 200 am 11. November 2010 Verluste erlitten zu haben, vor koreanischen Gerichten eine Vielzahl von zivilrechtlichen Verfahren gegen die Deutsche Bank und die DSK an. In einigen dieser Fälle sind seit dem vierten Quartal 2015 erstinstanzliche Gerichtsurteile gegen die Bank und die DSK ergangen. Die derzeit bekannten offenen Forderungen haben einen Gesamtforderungsbetrag von

weniger als 50 Mio € (nach aktuellem Wechselkurs). Der Konzern hat für diese anhängigen Zivilverfahren eine Rückstellung gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellung nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren signifikant beeinflussen würde.

Verfahren im Zusammenhang mit Hypothekenkrediten und Asset Backed Securities und Untersuchungen. *Regulatorische und regierungsbehördliche Verfahren.* Die Deutsche Bank und einige ihrer verbundenen Unternehmen (zusammen in diesen Absätzen die „Deutsche Bank“) haben förmliche Auskunftersuchen in Form von Subpoenas und Informationsanfragen von Aufsichts- und Regierungsbehörden erhalten, einschließlich Mitgliedern der Residential Mortgage-Backed Securities Working Group der US Financial Fraud Enforcement Task Force. Diese Auskunftersuchen beziehen sich auf ihre Aktivitäten bei der Ausreichung, dem Erwerb, der Verbriefung, dem Verkauf von und/oder dem Handel mit Hypothekenkrediten, durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherten Wertpapieren (Residential Mortgage Backed Securities – RMBS), durch Grundpfandrechte auf Gewerbeimmobilien besicherten Wertpapieren (Commercial Mortgage Backed Securities – CMBS), forderungsbesicherten Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligations – CDOs), Asset Backed Securities (ABS) und Kreditderivaten. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Auskunftersuchen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden. Vergleichsgespräche zwischen der Deutschen Bank und dem U.S. Department of Justice (DOJ) zu möglichen Ansprüchen, welche das DOJ ggf. auf der Grundlage seiner Untersuchungen betreffend die Ausreichung und Verbriefung von RMBS seitens der Deutschen Bank geltend machen könnte, begonnen mit einer Forderung des DOJ in Höhe von U.S. \$ 14 Milliarden am 12. September 2016. Die Vergleichsgespräche zwischen der Deutschen Bank und dem DOJ werden derzeit fortgeführt. Im Zusammenhang mit verschiedenen RMBS-Angeboten hat die Deutsche Bank eine Verjährungsverzichtsvereinbarung mit dem DOJ erzielt, um die relevanten Verjährungsfristen zu unterbrechen. Der Konzern hat für einige, aber nicht alle dieser aufsichtsbehördlichen Ermittlungen Rückstellungen gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellungen nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang dieser aufsichtsbehördlichen Untersuchungen erheblich beeinflussen würde.

Zivilrechtliche Verfahren als Emittent und Platzeur. Die Deutsche Bank wurde als Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren von Privatpersonen im Zusammenhang mit ihren unterschiedlichen Rollen, einschließlich als Emittent und Platzeur von RMBS und anderen ABS, benannt. In diesen im Folgenden beschriebenen Verfahren wird behauptet, dass die Angebotsprospekte in wesentlichen Aspekten hinsichtlich der Prüfungsstandards bei Ausreichung der zugrunde liegenden Hypothekenkredite unrichtig oder unvollständig gewesen oder verschiedene Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf die Darlehen bei Ausreichung verletzt worden seien. Der Konzern hat Rückstellungen für einige, jedoch nicht alle dieser zivilrechtlichen Fälle gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellungen nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren signifikant beeinflussen würde.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in einer Sammelklage, die sich auf ihre Rolle als Platzeur von sechs von der Novastar Mortgage Corporation begebener RMBS bezieht. Es werden keine spezifischen Schäden in der Klage vorgetragen. Das Beweisverfahren (Discovery) läuft.

Die Deutsche Bank ist zurzeit Beklagte in verschiedenen Verfahren, die keine Sammelklagen sind und die von angeblichen Käufern von RMBS, Gegenparteien in Geschäften mit RMBS und mit ihnen verbundenen Unternehmen eingeleitet wurden. Zu diesen Parteien gehören: (1) Azora Bank, Ltd. (Schadensersatzforderungen von 31 Mio US-\$); (2) Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC) als Zwangsverwalter („receiver“) für: a) Colonial Bank (Schadensersatzforderungen von mindestens 189 Mio US-\$ gegen alle Beklagten), b) Guaranty Bank (Schadensersatzforderungen von mindestens 901 Mio US-\$ gegen alle Beklagten) und c) Citizens National Bank und Strategic Capital Bank (Schadensersatzforderungen von mindestens 66 Mio US-\$ gegen alle Beklagten); (3) Federal Home Loan Bank of San Francisco und (4) Royal Park Investments (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die geschaffen wurden, um bestimmte Vermögenswerte der Fortis Bank zu erwerben). Die genaue Höhe des geforderten Schadensersatzes wurde in den Klageschriften der letzten beiden Angelegenheiten nicht detailliert angegeben.

Am 14. Januar 2015 gab das Gericht dem Antrag der Deutschen Bank AG und ihrer Tochtergesellschaft Deutsche Bank Securities Inc. auf Abweisung der von der Aozora Bank, Ltd. gegen beide Unternehmen eingereichten Klage in Bezug auf eine forderungsbesicherte Schuldverschreibung (CDO) der Blue Edge ABS CDO, Ltd. statt. Aozora legte gegen diese Entscheidung Berufung ein, und am 30. März 2016 bestätigte ein Berufungsgericht die Abweisung der Klage durch die vorherige Instanz. Deutsche Investment Management Americas, Inc., eine Tochtergesellschaft der

Deutschen Bank, ist gemeinsam mit der UBS AG und verbundenen Unternehmen Beklagte in einem von der Aozora Bank, Ltd. angestregten Verfahren in Bezug auf eine CDO der Brooklyn Structured Finance CDO, Ltd. Am 14. Oktober 2015 hat das Gericht den Antrag der Beklagten auf Abweisung der von Aozora wegen Betrugs gestellten Ansprüche abgelehnt, wogegen die Beklagten Berufung eingelegt haben. Das Beweisverfahren (Discovery) ist während der anhängigen Berufung ausgesetzt.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in drei Klagen, die von der FDIC in Bezug auf Ausreichungen von RMBS erhoben wurden. In getrennten Klagen der FDIC als Zwangsverwalter für die Colonial Bank und Guaranty Bank haben die Berufungsgerichte Ansprüche erneut zugelassen, die zuvor wegen Verjährung abgewiesen worden waren. Das Beweisverfahren (Discovery) in diesen Fällen läuft. In der Klage in Bezug auf die Guaranty Bank wurden der Antrag auf erneute Anhörung und der Revisionsantrag („petition for certiorari“) vor dem United States Supreme Court abgelehnt. In der Klage zur Colonial Bank wurde ein Antrag auf erneute Anhörung abgewiesen. Ein vergleichbarer Antrag ist in der Klage der FDIC als Zwangsverwalter für die Citizens National Bank und die Strategic Capital Bank anhängig.

Die Deutsche Bank hat kürzlich dem Grundsatz nach einen Vergleich betreffend Ansprüche der Federal Home Loan Bank San Francisco im Hinblick auf zwei Angebote, die als Weiterverbriefung von RMBS-Zertifikaten beschrieben werden, geschlossen. Die finanziellen Bedingungen dieses Vergleichs sind nicht wesentlich für die Bank. Nach diesem Vergleich dem Grundsatz nach und zwei vorherigen Teilvergleichen, bleibt die Deutsche Bank nach wie vor Beklagte in einem Verfahren zu einem RMBS-Angebot, bei dem die Deutsche Bank als Underwriter einen vertraglichen Freistellungsanspruch erhalten hat. Es werden keine spezifischen Schäden in der Klage vorgetragen.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in einer von Royal Park Investments (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen einer Zweckgesellschaft, die geschaffen wurde, um bestimmte Vermögenswerte der Fortis Bank zu erwerben) erhobenen Klage, in der Ansprüche im Zusammenhang mit dem Erwerb von RMBS nach dem Common Law geltend gemacht wurden. Am 29. April 2016 stellte die Deutsche Bank einen Antrag auf Klageabweisung, der zurzeit anhängig ist.

Im März 2012 haben die RMBS Recovery Holdings 4, LLC und die VP Structured Products, LLC im Staat New York Klage gegen die Deutsche Bank eingereicht, die auf angeblichen Verletzungen von Garantien und Gewährleistungen seitens der Deutschen Bank im Zusammenhang mit Hypothekendarlehen in der ACE Securities Corp. 2006-SL2 RMBS-Emission (offering) beruht. Die Klageschrift enthält keine detaillierten Angaben zur genauen Höhe des geforderten Schadensersatzes. Am 13. Mai 2013 wies das Gericht den Antrag der Deutschen Bank auf Klageabweisung als verspätet zurück. Am 19. Dezember 2013 hob das Berufungsgericht die Entscheidung des Gerichts auf und wies die Klage ab. Am 11. Juni 2015 bestätigte der New York Court of Appeals die Entscheidung des Berufungsgerichts. Das Gericht führte aus, dass das für die Klägerin klagebegründende Ereignis mehr als sechs Jahre vor dem Zeitpunkt stattgefunden hatte, zu dem die Ansprüche geltend gemacht wurden, und die Klage deshalb verjährt sei. Am 29. März 2016 wies das Gericht eine im Wesentlichen vergleichbare Klage seitens HSBC als Treuhänder ab und am 29. April 2016 legte der Kläger Rechtsmittel ein.

Am 18. Februar 2016 erzielten die Deutsche Bank und Amherst Advisory & Management LLC („Amherst“) Vergleichsvereinbarungen, um Klagen wegen Vertragsverletzung bezüglich fünf RMBS-Treuhandvermögen beizulegen. Nach einer Abstimmung der Zertifikateinhaber, bei der die Zertifikateinhaber den Vergleichsvereinbarungen zustimmten, nahm der Treuhänder die Vergleichsvereinbarungen an und zog die Klagen zurück. Ein wesentlicher Anteil des Vergleichsbetrags, der von der Deutschen Bank im Hinblick auf eines der fünf Treuhandvermögen gezahlt wurde, wurde von einem nicht am Verfahren beteiligten Dritten übernommen. Die wirtschaftliche Netto-Belastung der Vergleiche ist im Wesentlichen durch gebildete Rückstellungen in Vorperioden abgegolten.

Die Deutsche Bank war Beklagte in einer von der Phoenix Light SF Limited (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die von der ehemaligen WestLB AG entweder gegründet oder geführt werden) eingereichten Klage, in der Ansprüche im Zusammenhang mit dem Erwerb von RMBS nach dem Common Law und bundesrechtlichen Wertpapiergesetzen geltend gemacht wurden. Zur Beilegung der Rechtsstreitigkeit schlossen die Parteien am 14. Oktober 2016 einen Vergleich, dessen finanzielle Bedingungen nicht wesentlich für die Bank sind.

Am 3. Februar 2016 erhob Lehman Brothers Holding, Inc. („Lehman“) eine Klage (adversary proceeding) beim United States Bankruptcy Court for the Southern District of New York gegen, unter anderem, MortgageIT, Inc. („MIT“) und die Deutsche Bank AG als vermeintliche Rechtsnachfolgerin von MIT, in der Verstöße gegen Zusicherungen und Garantien geltend gemacht werden, die in bestimmten Darlehenskaufverträgen aus 2003 und 2004 betreffend 63 Hypothekendarlehen enthalten sind, die MIT an Lehman und Lehman wiederum an die Federal National Mortgage Association („Fannie Mae“) und an die the Federal Home Mortgage Corporation („Freddie Mac“) verkaufte. Die Klage zielt auf Ausgleich für Verluste, die Lehman erlitt im Zusammenhang mit Vergleichen, die Lehman mit Fannie Mae und Freddie Mac im Rahmen des Lehman-Insolvenzverfahrens schloss, um Ansprüche betreffend diese Darlehen beizulegen. In der Klage werden keine spezifischen Schäden vorgebracht. Die Frist zur Klageerwiderung ist noch nicht abgelaufen.

In den Klagen gegen die Deutsche Bank allein wegen ihrer Rolle als Platzeur von RMBS anderer Emittenten hat die Bank vertragliche Ansprüche auf Freistellung gegen diese Emittenten. Diese können sich jedoch in Fällen, in denen die Emittenten insolvent oder anderweitig nicht zahlungsfähig sind oder werden, als ganz oder teilweise nicht durchsetzbar erweisen.

Zivilrechtliche Verfahren als Treuhänder. Die Deutsche Bank ist Beklagte in acht getrennten zivilrechtlichen Klageverfahren, die von verschiedenen Anlegergruppen wegen ihrer Rolle als Treuhänder bestimmter RMBS-Treuhandvermögen angestrengt wurden. Die Kläger machen Ansprüche wegen Vertragsbruchs, des Verstoßes gegen treuhänderische Pflichten, des Verstoßes gegen die Vermeidung von Interessenkonflikten, Fahrlässigkeit und/oder Verletzungen des Trust Indenture Act of 1939 geltend. Sie stützen diese Ansprüche auf die Behauptung, die Deutsche Bank habe es versäumt, bestimmte Verpflichtungen und/oder Aufgaben als Treuhänder der Treuhandvermögen angemessen zu erfüllen. Die acht Klagen umfassen zwei als Sammelklage bezeichnete Verfahren, die von einer Anlegergruppe, einschließlich von BlackRock Advisors, LLC, PIMCO-Advisors, L.P. und anderen Unternehmen verwalteter Fonds, angestrengt wurden (die BlackRock-Sammelklagen). Ferner beinhalten die Verfahren ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren, das von Royal Park Investments SA/NV eingereicht wurde, und fünf Einzelklagen. Eine der BlackRock-Sammelklagen ist vor dem United States District Court for the Southern District of New York anhängig. Darin wird behauptet, 62 Treuhandvermögen hätten insgesamt Sicherheitenverluste von 9,8 Mrd US-\$ erlitten. Die Klageschrift enthält jedoch keine Schadensersatzforderung in einer bestimmten Höhe. Am 15. Juli 2016 wurde ein Antrag auf Abweisung dieser Klage gestellt, und das Beweisverfahren (Discovery) läuft. Die zweite BlackRock-Sammelklage ist vor dem Superior Court of California anhängig. Darin wird behauptet, 465 Treuhandvermögen hätten insgesamt Sicherheitenverluste von 75,7 Mrd US-\$ erlitten. Die Klageschrift enthält jedoch keine Schadensersatzforderung in einer bestimmten Höhe. Die Treuhänder machten einen Einspruch auf Abweisung der von den Klägern gemachten Ansprüche aus Deliktsrecht geltend sowie einen Antrag auf Verweigerung bestimmter Aspekte der Ansprüche wegen Vertragsbruchs. Am 3. Oktober hat das Gericht den Einspruch auf Abweisung der deliktsrechtlichen Ansprüche stattgegeben aber den Antrag auf Verwerfung bestimmter Aspekte der Ansprüche wegen Vertragsbruchs abgelehnt. Der Einwand und der Antrag auf Abweisung wurden zum 3. Oktober 2016 vollständig vorgetragen. Mit der Beweiserhebung wurde noch nicht begonnen. Die von Royal Park Investments SA/NV angestregte Sammelklage ist vor dem United States District Court for the Southern District of New York anhängig. Sie betrifft zehn Treuhandvermögen, die angeblich insgesamt Sicherheitenverluste von über 3,1 Mrd US-\$ verbucht hätten. Die Klageschrift enthält jedoch keine Schadensersatzforderung in einer bestimmten Höhe. Am 23. September 2016 wurde in diesem Verfahren ein Antrag auf Abweisung des Antrags auf Zulassung einer Sammelklägergruppe gestellt, und das Beweisverfahren (Discovery) läuft.

Die anderen fünf Einzelverfahren umfassen Klagen (a) des National Credit Union Administration Board („NCUA“) als Investor in 97 Treuhandvermögen, der einen behaupteten Sicherheitenverlust von insgesamt 17,2 Mrd US-\$ erlitten hat, wenngleich die Klageschrift keine Schadensersatzforderung in einer bestimmten Höhe enthält; (b) von bestimmten CDOs (nachstehend zusammen „Phoenix Light“), die RMBS-Zertifikate von 46 RMBS-Treuhandvermögen halten und Schadensersatzansprüche von über 527 Mio US-\$ stellen; (c) der Western and Southern Life Insurance Company und fünf verbundener Unternehmen (nachstehend zusammen „Western & Southern“) als Investoren in 18 RMBS-Treuhandvermögen, gegen die DBTNC als Treuhänder für zwölf dieser Treuhandvermögen, die angeblich Sicherheitenverluste von insgesamt 1 Mrd US-\$ verbucht hätten, obwohl die Klageschrift keine Schadensersatzforderung in einer bestimmten Höhe enthält; (d) der Commerzbank AG als Investor in 50 RMBS-Treuhandvermögen, die Schadensersatzansprüche für angebliche „Verluste in Höhe von mehreren hundert Millionen US-\$“ stellt, sowie (e) der IKB International, S.A. in Liquidation und der IKB Deutsche Industriebank AG (zusammen als „IKB“ bezeichnet) als Investo-

ren in 37 RMBS-Treuhandvermögen, die Schadensersatzansprüche von über 268 Mio US-\$ stellen. Im NCUA-Fall ist ein Antrag der Deutschen Bank auf Klageabweisung wegen mangelnder Anspruchsbegründung anhängig, und das Beweisverfahren (Discovery) wurde ausgesetzt. Beim Western & Southern Verfahren wurde am 27. September 2016 ein Antrag auf Änderung der Klage gestellt, durch die die Anzahl der in Rede stehenden Treuhandvermögen auf 10 reduziert würde, und das Beweisverfahren (Discovery) dauert an. Im Commerzbank-Fall ist ein Antrag der Deutschen Bank auf Klageabweisung wegen einer mangelnden Anspruchsbegründung anhängig, und das Beweisverfahren (Discovery) im Hinblick auf 19 Treuhandvermögen läuft, wurde jedoch für 31 Treuhandvermögen ausgesetzt. Im IKB-Fall wurde am 5. Oktober 2016 ein Klageabweisungsantrag eingereicht und ist anhängig, und ein eingeschränktes Beweisverfahren (Discovery) hat begonnen. Im Phoenix-Light-Fall wurden bestimmte Ansprüche abgewiesen, während andere nach der Zurückweisung von Abweisungsanträgen weiter geltend gemacht werden können. Das Beweisverfahren (Discovery) für letztgenannte Ansprüche läuft grundsätzlich weiter.

Der Konzern hält eine Eventualverbindlichkeit für diese acht Fälle für bestehend, deren Höhe derzeit aber nicht verlässlich eingeschätzt werden kann.

Untersuchungen und Rechtsstreitigkeiten im Bereich Edelmetalle. Die Deutsche Bank hat von bestimmten Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Anfragen erhalten, unter anderem zur Bereitstellung von Informationen und Dokumenten, die für Untersuchungen in Bezug auf den Handel mit Edelmetallen und damit zusammenhängende Vorgänge relevant sind. Die Deutsche Bank kooperiert bei den Untersuchungen und arbeitet in geeigneter Weise mit den entsprechenden Behörden zusammen. In diesem Zusammenhang führt die Deutsche Bank eigene interne Untersuchungen ihrer früheren Beteiligung an der Festlegung von Edelmetall-Benchmarks und anderen Aspekten ihres Handels und sonstigen Geschäfts mit Edelmetallen durch.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in zwei zusammengeführten Sammelklagen vor dem United States District Court for the Southern District of New York. Darin wird die Verletzung US-amerikanischen Kartellrechts, des US Commodity Exchange Act und damit in Verbindung stehender einzelstaatlicher Gesetze aufgrund angeblicher Manipulationen bei der Ermittlung des Gold- und Silberpreises über das Londoner Gold- und Silberfixing behauptet, der eingeklagte Schadensersatz jedoch nicht beziffert. Die Deutsche Bank hat in beiden Verfahren Vergleichsvereinbarungen erzielt, deren finanzielle Bedingungen nicht wesentlich für die Deutsche Bank sind. Die Vergleichsvereinbarungen unterliegen der Genehmigung des Gerichts.

Darüber hinaus ist die Deutsche Bank Beklagte in kanadischen Sammelklagen, die im Zusammenhang mit Goldgeschäften in der Provinz Ontario stehen und im Zusammenhang mit Silbergeschäften in den Provinzen Ontario und Quebec anhängig sind. In den Sammelklagen wird auf Schadensersatz wegen angeblicher Verstöße gegen den Canadian Competition Act sowie wegen anderer Gründe geklagt.

Der Konzern hat für bestimmte dieser Fälle Rückstellungen gebildet. Er hat weder deren Höhe offengelegt noch veröffentlicht, ob er für andere der vorgenannten Fälle Rückstellungen gebildet oder für irgendeinen dieser Fälle Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung die Verfahrensergebnisse erheblich beeinflussen würde.

Untersuchungen von Einstellungspraktiken. Einige Aufsichtsbehörden untersuchen zurzeit unter anderem, inwieweit die Deutsche Bank bei der Einstellung von Kandidaten, die von bestehenden oder potenziellen Kunden und Staatsbediensteten empfohlen worden waren, sowie bei der Beauftragung von Arbeitsvermittlern und Beratern den US-Foreign Corrupt Practices Act und andere Gesetze eingehalten hat. Die Deutsche Bank liefert die erforderlichen Informationen und kooperiert auch weiterhin bei diesen Untersuchungen. Der Konzern hat für bestimmte aufsichtsbehördliche Ermittlungen eine Rückstellung gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellung nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang dieser aufsichtsbehördlichen Untersuchungen erheblich beeinflussen würde.

Untersuchung der Handelsgeschäfte in russischen/britischen Aktien. Die Deutsche Bank hat Untersuchungen im Zusammenhang mit Aktienhandelsgeschäften zwischen Kunden und der Deutschen Bank in Moskau und London durchgeführt, die sich gegenseitig gespiegelt haben. Das Gesamtvolumen der zu untersuchenden Transaktionen ist erheblich. Die Untersuchungen der Deutschen Bank bezüglich eventueller Verstöße gegen Gesetze, Verordnungen und Richtlinien sowie des internen Kontrollsystems wurden abgeschlossen, und die Deutsche Bank bewertet die im Rahmen der Untersuchung gewonnenen Feststellungen. Bisher wurden bestimmte Verstöße gegen interne Bankvorschriften und Mängel im Kontrollumfeld der Deutschen Bank festgestellt. Die Deutsche Bank hat die zuständigen Aufsichts- und Ermittlungsbehörden in mehreren Zuständigkeitsbereichen (inklusive Deutschland, Russland, Großbritannien und der USA) über die Untersuchungen informiert. Die Deutsche Bank hat disziplinarische Maßnahmen gegen bestimmte Personen eingeleitet und wird weiterhin auch gegen andere Personen vorgehen, falls dies gerechtfertigt ist. Der Konzern hat für diese Angelegenheit eine Rückstellung gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellung nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinflussen würde.

Untersuchung und Rechtsstreitigkeiten zu Staatsanleihen, supranationalen und staatsnahen Anleihen (SSA). Die Deutsche Bank hat Anfragen von bestimmten Regulatoren und Strafverfolgungsbehörden erhalten, unter anderem Auskunftersuchen und Dokumentenanfragen, die sich auf den Handel mit SSA-Bonds beziehen. Die Deutsche Bank kooperiert in diesen Untersuchungen.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in verschiedenen als Sammelklage bezeichneten Verfahren vor dem United States District Court for the Southern District of New York, in denen die Verletzung des US-amerikanischen Kartellrechts und des Common Law im Hinblick auf die angebliche Manipulation des Sekundärmarktes für SSA-Bonds behauptet wird. Diese Verfahren befinden sich in einem frühen Stadium und werden zurzeit zusammengeführt.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob eine Rückstellung oder Eventualverbindlichkeit im Hinblick auf diesen Vorgang gebildet wurde, da man zu dem Ergebnis gekommen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Untersuchungen gravierend beeinflussen könnte.

Rechtsstreitigkeiten zu genussscheinähnlichen Wertpapieren. Die Deutsche Bank und bestimmte mit ihr verbundene Unternehmen sowie ehemalige leitende Angestellte sind Gegenstand eines als zusammengeführte Sammelklage bezeichneten Verfahrens, das vor dem United States District Court for the Southern District of New York angestrengt wurde. Im Rahmen der Klage werden im Namen von Personen, die bestimmte von der Deutschen Bank und ihren verbundenen Unternehmen im Zeitraum zwischen Oktober 2006 und Mai 2008 begebene genussscheinähnliche Wertpapiere erworben haben Ansprüche aufgrund bundesrechtlicher Wertpapiergesetze geltend gemacht. Der District Court lehnte die zweite erweiterte Klageschrift der Kläger ohne Recht auf erneute Klageerhebung ab, und der United States Court of Appeals for the Second Circuit bestätigte die Abweisung. Am 8. Juni 2015 gab der Supreme Court dem Revisionsantrag der Kläger („petition for a writ of certiorari“) statt, hob das Urteil auf und verwies den Fall an den Second Circuit zur weiteren Prüfung angesichts seiner jüngsten Entscheidung in Sachen *Omnicare, Inc. vs. Laborers District Council Construction Industry Pension Fund* zurück. Am 16. Juni 2015 reichte die Deutsche Bank beim Second Circuit einen Antrag auf Fristgewährung zur Einreichung einer Stellungnahme hinsichtlich der Frage ein, ob die vorangegangene Entscheidung des Second Circuit in diesem Fall mit der Entscheidung des Supreme Court in Sachen *Omnicare* im Einklang steht, ein. Am 21. Juli 2015 verwies der Court of Appeals die Klage an den District Court zur weiteren Prüfung angesichts der *Omnicare*-Entscheidung zurück und lehnte den Antrag der Deutschen Bank als irrelevant ab. Die Deutsche Bank reichte ihren Antrag erneut bei dem District Court ein. Der District Court lehnte den Antrag der Deutschen Bank als verfrüht ab und gewährte den Klägern eine Fristverlängerung zur Einreichung einer dritten zusammengeführten erweiterten Klage bis zum 15. Oktober 2015, ohne weitere Verlängerungen. Am 15. Oktober 2015 reichten die Kläger ihre dritte zusammengeführte erweiterte Klage ein, in der die Kläger nicht quantifizierte, jedoch wesentliche Verluste in Verbindung mit angeblichen Käufen der Sammelklägergruppe von genussscheinähnlichen Wertpapieren in fünf verschiedenen Emissionen vortrugen. Am 14. Dezember 2015 stellten die Beklagten einen Antrag auf Abweisung der dritten zusammengeführten erweiterten Klage. Am 25. Juli 2016 verfügte das Gericht die Abweisung bestimmter Ansprüche aus der Klage einschließlich aller Ansprüche in Bezug auf drei der in Rede stehenden fünf Emissionen, ließ jedoch die anderen Ansprüche zu. Die Deutsche Bank reichte einen Antrag auf Überprüfung ein, der am 8. September 2016 abgelehnt wurde.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Angelegenheit eine Rückstellung gebildet oder eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinflussen würde.

US-Embargo. Die Deutsche Bank hat seitens bestimmter US-amerikanischer Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Informationsanfragen hinsichtlich der früheren Abwicklung von Zahlungsaufträgen in US-Dollar erhalten, die sie in der Vergangenheit durch US-amerikanische Finanzinstitute für Vertragsparteien aus Ländern abgewickelt hat, die US-Embargos unterlagen. Die Anfragen richten sich darauf, ob diese Abwicklung mit US-amerikanischem Bundes- und Landesrecht in Einklang standen. Im Jahr 2006 hat die Deutsche Bank freiwillig entschieden, dass sie kein US-Dollar-Neugeschäft mit Kontrahenten im Iran und Sudan, in Nordkorea und auf Kuba sowie mit einigen syrischen Banken tätigen wird. Ferner hat sie beschlossen, aus bestehenden US-Dollar-Geschäften mit diesen Kontrahenten auszusteigen, soweit dies rechtlich zulässig ist. Im Jahr 2007 hat die Deutsche Bank entschieden, dass sie kein Neugeschäft in jeglicher Währung mit Kontrahenten im Iran und Sudan sowie in Syrien und Nordkorea eingehen wird beziehungsweise aus dem bestehenden Geschäft in allen Währungen mit diesen Kontrahenten auszusteigen, soweit dies rechtlich zulässig ist. Darüber hinaus hat sie beschlossen, ihr Nicht-US-Dollar-Geschäft mit Kontrahenten auf Kuba zu beschränken. Am 3. November 2015 hat die Deutsche Bank mit dem New York State Department of Financial Services und der Federal Reserve Bank of New York Vereinbarungen über den Abschluss ihrer Untersuchungen hinsichtlich der Deutschen Bank geschlossen. Die Deutsche Bank hat an die beiden Behörden 200 Mio US-\$ beziehungsweise 58 Mio US-\$ gezahlt und zugestimmt, bestimmten Mitarbeitern zu kündigen, bestimmte ehemalige Mitarbeiter nicht wieder einzustellen und für ein Jahr einen unabhängigen Monitor einzusetzen. Darüber hinaus hat die Federal Reserve Bank of New York bestimmte Abhilfemaßnahmen angeordnet. Dazu gehört insbesondere die Sicherstellung eines effizienten OFAC-Compliance-Programms sowie eine jährliche Überprüfung desselben durch einen unabhängigen Dritten, bis sich die Federal Reserve Bank of New York von deren Effizienz überzeugt hat. Die Untersuchungen der US-Strafverfolgungsbehörden dauern an.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Angelegenheit eine Rückstellung gebildet oder eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinflussen würde.

Untersuchungen und Ermittlungen im Bereich US-Staatsanleihen. Die Deutsche Bank hat von bestimmten Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Anfragen erhalten, unter anderem zur Bereitstellung von Informationen und Dokumenten, die für Untersuchungen in Bezug auf Auktionen für und den Handel mit US-Staatsanleihen sowie damit zusammenhängende Marktaktivitäten relevant sind. Die Deutsche Bank kooperiert bei diesen Untersuchungen.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in verschiedenen Sammelklagen. Darin werden Verstöße gegen das US-amerikanische Kartellrecht, den CEA und Common Law in Bezug auf die vermeintliche Manipulation des Marktes für US Treasuries geltend gemacht. Die Verfahren befinden sich in einem frühen Stadium und wurden zentral auf den Southern District of New York übertragen.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung die Verfahrensergebnisse erheblich beeinflussen wird.

Langfristige Verbindlichkeiten

in Mio €	30.9.2016	31.12.2015
Vorrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen		
Mit fester Verzinsung	81.466	86.255
Mit variabler Verzinsung	36.598	38.963
Nachrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen		
Mit fester Verzinsung	4.817	4.602
Mit variabler Verzinsung	1.846	1.811
Sonstige	37.550	28.385
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten	162.277	160.016

Ausgegebene Stammaktien und ausstehende Stammaktien

in Mio	30.9.2016	31.12.2015
Ausgegebene Stammaktien	1.379,3	1.379,3
Eigene Aktien im Bestand	0,4	0,4
Davon:		
Aktienrückkaufprogramm	0,1	0,3
Sonstige Bestände	0,3	0,1
Ausstehende Stammaktien	1.378,8	1.378,9

Sonstige Finanzinformationen (nicht testiert)

Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten

Unwiderrufliche Kreditzusagen und ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten

Der Konzern übernimmt generell im Auftrag seiner Kunden unwiderrufliche Kreditzusagen, unter anderem auch Fronting Commitments, sowie ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten, die sich aus Finanz- und Vertragserfüllungsbürgschaften, Akkreditiven und Kredithaftungen zusammensetzen. Gemäß diesen Verträgen ist der Konzern verpflichtet, entweder einer Vereinbarung entsprechend zu handeln oder Zahlungen an einen Begünstigten zu leisten, wenn ein Dritter seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Der Konzern weiß nicht im Detail, ob, wann und in welcher Höhe eine Inanspruchnahme aus diesen Haftungsverhältnissen erfolgt. Für den Fall, dass der Konzern Zahlungen an einen Begünstigten von Fronting Commitments zu leisten hat, würde der Konzern sofort seine Rückgrifforderung an die anderen Kreditgeber des Konsortiums stellen. Die oben genannten Verträge werden jedoch berücksichtigt, indem der Konzern das Kreditrisiko überwacht. Zudem verlangt er gegebenenfalls Sicherheiten, um inhärente Kreditrisiken zu reduzieren. Ergeben sich aus der Überwachung des Kreditrisikos hinreichende Erkenntnisse, dass ein Verlust aus einer Inanspruchnahme zu erwarten ist, wird eine Rückstellung gebildet und in der Bilanz ausgewiesen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die unwiderruflichen Kreditzusagen und ausleihebezogenen Eventualverbindlichkeiten ohne Berücksichtigung von Sicherheiten und in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen. Außerdem sind in der Tabelle die Maximalbeträge enthalten, die vom Konzern zu zahlen wären, falls alle diese Verpflichtungen erfüllt werden müssten. Die Tabelle bildet nicht die zukünftig aus diesen Verpflichtungen zu erwartenden Zahlungsabflüsse ab, da viele auslaufen, ohne dass sie in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahmen, die durch die Auftraggeber oder Erlöse aus der Sicherheitenverwertung ausgeglichen werden, sind ebenfalls nicht in der Tabelle enthalten.

in Mio €	30.9.2016	31.12.2015
Unwiderrufliche Kreditzusagen	159.684	174.549
Eventualverbindlichkeiten	52.096	57.325
Insgesamt	211.780	231.874

Unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen hinsichtlich Bankenabgaben

Unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen hinsichtlich der Bankenabgabe zur Sanierung und Abwicklung von Finanzinstituten (EU-Richtlinie), des Einheitlichen Abwicklungsfonds (SRF) und des deutschen Einlagensicherungsfonds beliefen sich zum 30. September 2016 auf 280 Mio € und zum 30. Dezember 2015 auf 155,5 Mio €.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Dritte Parteien gelten als nahestehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahestehenden Dritten des Konzerns gehören:

- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält,
- Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierte Unternehmen und deren jeweilige Tochterunternehmen und
- Pensionspläne für Deutsche Bank-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten des Deutsche Bank Konzerns direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands in seiner aktuellen Aufstellung und des Aufsichtsrats der Muttergesellschaft für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen. Zum 30. September 2016 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 15 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 9 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Zum 31. Dezember 2015 betragen die Kredite und Zusagen an Personen in Schlüsselpositionen 11 Mio € und die Einlagen von Personen in Schlüsselpositionen 8 Mio €. Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und ihren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, assoziierten und gemeinschaftlich geführten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten als Geschäfte mit nahestehenden Dritten. Sofern diese Transaktionen bei der Konsolidierung eliminiert werden, werden sie nicht als Geschäfte mit nahestehenden Dritten offengelegt. Geschäfte zwischen dem Konzern und seinen assoziierten und gemeinschaftlich geführten Unternehmen und deren jeweiligen Tochterunternehmen gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Dritten.

Begebene Kredite und gewährte Garantien

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	30.9.2016	31.12.2015
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Anfangsbestand	396	321
Im Laufe des Jahres begebene Forderungen aus dem Kreditgeschäft	134	464
Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	204	376
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	-31
Wechselkursveränderungen/Sonstige	2	18
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Endbestand¹	328	396
Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:		
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle	1	1
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	0	0
Garantien und sonstige Verpflichtungen	64	263

¹ Davon waren zum 30. September 2016 1 Mio € Forderungen überfällig (31. Dezember 2015: 4 Mio €). Für die Forderungen aus dem Kreditgeschäft hielt der Konzern zum 30. September 2016 Sicherheiten in Höhe von 22 Mio € (31. Dezember 2015: 69 Mio €).

Erhaltene Einlagen

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	30.9.2016	31.12.2015
Einlagen, Anfangsbestand	162	128
Einlagenzuflüsse ¹	687	326
Einlagenabflüsse ¹	741	295
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	-0
Wechselkursveränderungen/Sonstige	-3	2
Einlagen, Endbestand	105	162

¹ Erhöhung der Einlagenzu- und -abflüsse aufgrund einer verfeinerten Darstellungsmethodik. Die Angaben unterjähriger Zu- und Abflüsse werden für die aktuelle Periode brutto gezeigt, während die Darstellung für die Vorperiode netto erfolgt.

Sonstige Geschäfte

Zum 30. September 2016 bestanden Handelsaktiva und positive Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 11 Mio € (31. Dezember 2015: 32 Mio €). Zum 30. September 2016 bestanden Handelspassiva und negative Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 47 Mio € (31. Dezember 2015: 0 Mio €).

Geschäfte im Rahmen von Pensionsplänen

Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe seiner Versorgungseinrichtungen für Leistungen nach Beendigung von Arbeitsverhältnissen, für die er Finanzdienstleistungen einschließlich der Vermögensanlage erbringt. Diese Versorgungseinrichtungen können Aktien oder Wertpapiere der Deutschen Bank AG halten oder mit diesen handeln. Zum 30. September 2016 waren die Geschäfte mit diesen Versorgungseinrichtungen für den Konzern nicht wesentlich.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen

In der Bilanz werden die zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen unter den Sonstigen Aktiva und Sonstigen Passiva ausgewiesen. Dieser Abschnitt erläutert die Art der zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen und deren finanzielle Auswirkungen zum 30. September 2016.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen zum Bilanzstichtag

Zum 30. September 2016 betragen die zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte insgesamt 3,6 Mrd € (31. Dezember 2015: 3,5 Mrd €) und die Veräußerungsgruppen enthielten zum 30. September 2016 und 31. Dezember 2015 Verbindlichkeiten in Höhe von jeweils 147 Mio € und 37 Mio €.

Im Einklang mit der strategischen Absicht der Bank und im Zuge der Umsetzung der Strategie 2020 kündigte die Deutsche Bank an, dass sie ihre gesamte Beteiligung (19,99 %) an der Hua Xia Bank Company Limited („Hua Xia“) an die PICC Property and Casualty Company Limited verkaufen wird. Dementsprechend hatte die Deutsche Bank den Buchwert ihrer nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung von 3,3 Mrd €, der im Unternehmensbereich PW&CC gehalten wird, zum Jahresende 2015 in die Kategorie „Zum Verkauf bestimmt“ umgesetzt. Die Neubewertung der Beteiligung führte im Neunmonatszeitraum 2016 zu einer Wertminderung auf das Investment in Höhe von 453 Mio €. Dadurch reduzierte sich zum 30. September 2016 der Buchwert auf 2,8 Mrd €. Die Wertminderung ist unter den „Sonstigen Erträgen“ erfasst und reflektiert im Wesentlichen den Rückgang des Aktienkurses der Hua Xia, eine ungünstige Wechselkursentwicklung sowie eine im dritten Quartal 2016 erhaltene Dividendenausschüttung. Aufgrund der erwarteten Gegenleistung für Hua Xia führen andere transaktionsbezogene Effekte, die teilweise den Rückgang des Aktienkurses kompensieren, im Neunmonatszeitraum 2016 zu einem Nettoverlust von insgesamt 132 Mio €. Zusammen mit der Klassifikation als zum Verkauf bestimmt wurden kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen von 662 Mio € im Zusammenhang mit der Hua Xia- Beteiligung innerhalb des Eigenkapitals in die unrealisierten Gewinne/Verluste aus zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten umgegliedert. Der Abschluss der Transaktion unterliegt den üblichen Vollzugsbedingungen und behördlichen Genehmigungen einschließlich der von der China Banking Regulatory Commission vorzunehmenden Prüfung über die Eignung der PICC Property & Casualty als wesentlicher Anteilseigner einer Bank in der Volksrepublik China. Der Antrag zur Genehmigung wurde von der China Banking Regulatory Commission angenommen und der Genehmigungsprozess wird nun voraussichtlich innerhalb des vierten Quartals 2016 abgeschlossen werden.

Am 15. April 2016 teilte die Bank mit, dass sie sich mit Macquarie Infrastructure Partners III („MIP III“) - einem von Macquarie Infrastructure and Real Assets („MIRA“) verwalteten Fonds - auf den Verkauf von Maher Terminals USA, LLC („Maher Terminals“), einem Containerterminal in Port Elizabeth, New Jersey, geeinigt hat. Im Rahmen der Transaktion hat MIP III zugesagt, 100 % an Maher Terminals zu erwerben. Dies unterliegt aufsichtsrechtlichen Genehmigungen, deren Abschluss für das vierte Quartal 2016 erwartet wird. Infolge der weiteren Entwicklung im dritten Quartal 2016 wurde Maher Terminals zum 30. September 2016 als eine zum Verkauf bestimmte Veräußerungsgruppe klassifiziert. Bis zu seiner Umklassifizierung war Maher Terminals in der NCOU als ein nicht-strategisches Investment konsolidiert worden.

Am 28. September hat die Deutsche Bank bekanntgegeben, dass sie eine Vereinbarung über den Verkauf ihrer Beteiligung am britischen Versicherer Abbey Life (Abbey Life Assurance Company Limited, Abbey Life Trustee Services Limited und Abbey Life Trust Securities Limited) an die Phoenix Life Holdings Limited ("Phoenix Life"), eine Gesellschaft der Phoenix Group Holdings ("Phoenix Group"), getroffen hat. Diese sieht vor, dass Phoenix Life 100 % von Abbey Life zum Preis von 935 Mio GBP (1.085 Mio € zum aktuellen Wechselkurs) erwirbt. Abbey Life ist derzeit Teil der Deutschen Asset Management. Die Transaktion steht unter dem Vorbehalt behördlicher Genehmigungen einschließlich der der Prudential Regulatory Authority sowie der Zustimmung der Aktionäre der Phoenix Group und des Abschlusses einer Kapitalerhöhung der Phoenix Group zur Finanzierung der Transaktion. Mit Ausnahme der Beschlussfassung der Aktionäre, die am 24. Oktober 2016 ihre Zustimmung erteilt haben, werden diese Bedingungen voraussichtlich nicht vor der Veröffentlichung dieses Berichtes erfüllt sein. Unter diesen Umständen hält der Konzern eine Bilanzierung von Abbey Life als zum Verkauf bestimmte Veräußerungsgruppe zum 30. September 2016 nicht für zutreffend und wird die Veräußerungsgruppe erst als zur Veräußerung bestimmt klassifizieren, sobald eine größere Sicherheit hinsichtlich der Erfüllung dieser Bedingungen vorliegt. Der Verkauf wird sich nach Abschluss der Transaktion positiv auf das Eigenkapital auswirken und hätte, auf einer Pro-forma-Basis, die Tier-1-Kapitalquote (CRR/CRD 4 Vollumsetzung) der Deutschen Bank zum 30. September 2016 um etwa zehn Basispunkte verbessert. Aus der Transaktion wird ein Verlust vor Steuern in Höhe von rund 800 Mio € erwartet, der im Wesentlichen aus der Wertminderung auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte resultiert und mit der zukünftigen Klassifizierung von Abbey Life als eine zum Verkauf bestimmte Veräußerungsgruppe erfasst werden wird. Die Transaktion wird voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf die zur Verfügung stehenden ausschüttbaren Posten der Deutschen Bank haben.

Zum 30. September 2016 und 31. Dezember 2015 wurden unrealisierte Gewinne in Höhe von 662 Mio € im Zusammenhang mit den zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ausgewiesen.

Veräußerungen im Jahr 2016

Unternehmensbereich	Verkauf	Finanzielle Auswirkungen	Zeitpunkt des Verkaufs
Private, Wealth & Commercial Clients	Die Deutsche Bank hat die zuvor angekündigte Vereinbarung über die Veräußerung ihres Private Client Services (PCS) Geschäfts in den USA an Raymond James Financial, Inc. am 6. September 2016 abgeschlossen.	Keine im Jahr 2016.	Drittes Quartal 2016.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Am 19. Oktober 2016 unterzeichnete die Deutsche Bank eine Vereinbarung über den Verkauf eines spanischen Portfolios mit Wohnungsbaukrediten, gewerblichen Krediten sowie zurückgenommenen Vermögenswerten mit einem Buchwert in Höhe von 149 Mio €. Der Abschluss des Verkaufs wird zwischen November 2016 und Januar 2017 stattfinden und zu einem Verlust in Höhe von 81 Mio € führen, der voraussichtlich im vierten Quartal 2016 gebucht wird. Die risikogewichteten Aktiva werden sich um ungefähr 300 Mio € reduzieren.

Sonstige Informationen (nicht testiert)

Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen

Dieses Dokument und andere Dokumente, die der Konzern veröffentlicht hat oder gegebenenfalls veröffentlichen wird, beinhalten finanzielle Messgrößen, die nicht nach IFRS ermittelt werden. Diese Messgrößen sind Kennzahlen des bisherigen oder zukünftigen Erfolgs, der Finanzlage oder der Cashflows des Konzerns, die durch Eliminierung oder Berücksichtigung bestimmter eingeschlossener oder ausgeschlossener Beträge im Vergleich zu den am ehesten direkt vergleichbaren und gemäß IFRS ermittelten und ausgewiesenen Größen im Konzernabschluss angepasst werden.

Vollumgesetzte CRR/CRD 4-Messgrößen

Als Teil ihrer Messgrößen verwendet der Konzern CRR/CRD 4-Metriken auf Basis der Vollumsetzung, insbesondere bezüglich der regulatorischen Kapitalanforderungen der risikogewichteten Aktiva, des Kernkapitals und den daraus resultierenden Quoten. Solche nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen sind in diesem Zwischenbericht im Abschnitt „Lagebericht: Risikobericht“ in den Kapiteln „Risiko und Kapital Performance“ und „Verschuldungsquote“ beschrieben und stellen ebenso eine Überleitung der CRR/CRD 4 oder der dazugehörigen IFRS-Werte zur Verfügung.

Eigenkapitalrendite-Quoten

Der Konzern weist eine Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital und eine Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital aus. Beides sind nicht nach IFRS ermittelte Messgrößen.

Die Eigenkapitalrenditen nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital und durchschnittlichen materiellen Eigenkapital werden als Ergebnis nach Steuern ermittelt, das den Deutsche Bank-Aktionären als prozentualer Anteil am durchschnittlichen Eigenkapital und durchschnittlichen materiellen Eigenkapital zuzurechnen ist.

Das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Ergebnis nach Steuern ist eine nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgröße und ist definiert als Ergebnis nach Steuern, ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Ergebnis nach Steuern. Für den Konzern reflektiert diese Messgröße die berichtete effektive Steuerquote, die im dritten Quartal 2016 bei 55 % und im dritten Quartal 2015 bei 1 % lag. In den ersten neun Monaten 2016 betrug die effektive Steuerquote 67 % und im Vergleichszeitraum des Vorjahres minus 37 %. Für die Segmente belief sich die verwendete Steuerquote in allen Berichtsperioden auf 35 %.

Das materielle Eigenkapital auf Konzernebene wird ermittelt, indem der Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte von dem Eigenkapital in der Konzernbilanz subtrahiert werden. Das materielle Eigenkapital der Segmente wird ermittelt, indem der Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte von dem den Segmenten allokierten Eigenkapital subtrahiert werden, wie im Abschnitt „Allokation des durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals“ beschrieben. Das Eigenkapital und materielle Eigenkapital werden mit Durchschnittswerten ausgewiesen.

Der Konzern ist der Ansicht, dass die Darstellung der Messgröße des durchschnittlichen materiellen Eigenkapitals den Vergleich mit seinen Wettbewerbern vereinfacht, und bezieht sich auf diese Messgröße bei mehreren ausgewiesenen Kapitalrenditequoten. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach IFRS. Bei einem Vergleich der Kennzahlen des Konzerns, die auf dieser Messgröße basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Unterschiede bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden.

Die Überleitung der vorstehenden Quoten wird in der folgenden Tabelle beschrieben:

	3. Quartal 2016							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Manage- ment	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments	Konzern insgesamt
Ergebnis vor Steuern	330	640	117	216	68	- 538	- 215	619
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)								- 340
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	216	419	77	141	45	- 352	- 267	278
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	0	0	0	0	0	0	- 22	- 22
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	216	419	77	141	45	- 352	- 289	256
Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	25.092	12.098	8.805	6.222	6.084	4.027	- 321	62.008
Zuzüglich (abzüglich)								
Durchschnittliche Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	- 1.930	- 1.230	- 1.429	- 4.529	- 357	- 546	175	- 9.846
Durchschnittliches materielles Eigenkapital	23.162	10.868	7.376	1.694	5.727	3.482	- 147	52.162
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital) (in %)	3,4	13,8	3,5	9,1	2,9	N/A	N/A	1,6
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) (in %)	3,7	15,4	4,2	33,3	3,1	N/A	N/A	2,0

N/A – Nicht aussagekräftig

	3. Quartal 2015							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Manage- ment	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments	Konzern insgesamt
Ergebnis vor Steuern	- 1.989	- 188	- 1.135	142	- 2.486	- 192	- 255	- 6.101
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)								77
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	- 1.285	- 121	- 733	92	- 1.606	- 124	- 2.247	- 6.024
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	0	0	0	0	0	0	12	12
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	- 1.285	- 121	- 733	92	- 1.606	- 124	- 2.236	- 6.013
Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	25.263	12.973	10.950	5.698	8.183	5.891	75	69.034
Zuzüglich (abzüglich)								
Durchschnittliche Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	- 2.972	- 1.665	- 2.772	- 4.838	- 2.876	- 597	1.451	- 14.268
Durchschnittliches materielles Eigenkapital	22.292	11.308	8.179	860	5.308	5.293	1.526	54.766
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital) (in %)	- 20,3	- 3,7	- 26,8	6,4	- 78,5	N/A	N/A	- 34,8
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) (in %)	- 23,1	- 4,3	- 35,9	42,7	- 121,0	N/A	N/A	- 43,9

N/A – Nicht aussagekräftig

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Jan. – Sep. 2016							Konzern insgesamt
	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Manage- ment	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments	
Ergebnis vor Steuern	753	1.387	367	549	369	- 1.703	- 116	1.606
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)								- 1.071
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	492	907	240	359	241	- 1.113	- 591	534
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	0	0	0	0	0	0	- 47	- 47
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	492	907	240	359	241	- 1.113	- 638	488
Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	24.504	12.036	9.057	6.311	5.903	4.560	- 79	62.292
Zuzüglich (abzüglich)								
Durchschnittliche Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	- 1.728	- 1.154	- 1.592	- 4.723	- 307	- 559	90	- 9.973
Durchschnittliches materielles Eigenkapital	22.776	10.882	7.465	1.588	5.595	4.001	11	52.319
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital) (in %)	2,7	10,0	3,5	7,6	5,5	N/A	N/A	1,0
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) (in %)	2,9	11,1	4,3	30,1	5,8	N/A	N/A	1,2

N/A – Nicht aussagekräftig

	Jan. – Sep. 2015							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Manage- ment	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments	Konzern insgesamt
Ergebnis vor Steuern	- 863	1.130	- 247	511	- 2.285	- 1.379	- 260	- 3.393
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)								- 1.254
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	- 558	730	- 160	330	- 1.476	- 891	- 2.623	- 4.647
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	0	0	0	0	0	0	- 26	- 26
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	- 558	730	- 160	330	- 1.476	- 891	- 2.650	- 4.674
Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	24.683	12.459	10.563	5.620	8.393	7.012	1.717	70.447
Zuzüglich (abzüglich)								
Durchschnittliche Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	- 2.358	- 1.409	- 2.451	- 4.779	- 2.835	- 579	- 611	- 15.022
Durchschnittliches materielles Eigenkapital	22.325	11.050	8.112	841	5.558	6.433	1.106	55.425
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital) (in %)	- 3,0	7,8	- 2,0	7,8	- 23,4	N/A	N/A	- 8,8
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) (in %)	- 3,3	8,8	- 2,6	52,4	- 35,4	N/A	N/A	- 11,2

N/A – Nicht aussagekräftig

Bereinigte Kosten

Die bereinigte Kostenbasis ist eine Kernfinanzkennzahl aus der Strategie 2020. Sie ist eine nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgröße und am ehesten direkt vergleichbar mit der IFRS-Messgröße der Zinsunabhängigen Aufwendungen. Die bereinigte Kostenbasis wird errechnet, indem die nach IFRS ermittelten Zinsunabhängigen Aufwendungen um (i) Wertberichtigungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte, (ii) Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, (iii) Aufwendungen im Versicherungsgeschäft und (iv) Restrukturierung und Abfindungszahlungen angepasst werden. Der Konzern ist der Ansicht, dass die Darstellung der Zinsunabhängigen Aufwendungen ohne Berücksichtigung dieser Komponenten eine aussagekräftigere Darstellung der Kosten im Zusammenhang mit den operativen Geschäftsbereichen ermöglicht.

in Mio €	3. Quartal	
	2016	2015
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	6.547	13.224
Wertberichtigungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-49	5.770
Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten	501	1.209
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	167	-29
Restrukturierung und Abfindungszahlungen	76	63
Bereinigte Kostenbasis	5.852	6.210

in Mio €	Jan. – Sep.	
	2016	2015
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	20.450	29.700
Wertberichtigungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	236	5.770
Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten	809	3.980
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	285	134
Restrukturierung und Abfindungszahlungen	568	176
Bereinigte Kostenbasis	18.552	19.640

Nettovermögen und materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)

Das Nettovermögen und das materielle Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) sind finanzielle Messgrößen, die nicht nach IFRS ermittelt werden. Sie werden von Investoren und Analysten als verlässliche Kennzahlen zur Beurteilung der Kapitaladäquanz genutzt. Das Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) errechnet sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital dividiert durch die Anzahl der zum Bilanzstichtag ausstehenden Stammaktien (unverwässert). Das materielle Nettovermögen ergibt sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital abzüglich der Position „Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte“. Das materielle Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) entspricht dem materiellen Nettovermögen dividiert durch die Anzahl der zum Bilanzstichtag ausstehenden Stammaktien (unverwässert).

Materielles Nettovermögen

in Mio €	30.9.2016	31.12.2015
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital (Nettovermögen)	61.770	62.678
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-9.560	-10.078
Materielles Nettovermögen	52.210	52.600

Ausstehende Stammaktien (unverwässert)

in Mio (sofern nicht anders angegeben)	30.9.2016	31.12.2015
Anzahl ausgegebene Stammaktien	1.379,3	1.379,3
Aktien im Eigenbestand	- 0,4	- 0,4
Gewährte Aktienrechte (unverfallbar)	11,9	8,9
Ausstehende Stammaktien (unverwässert)	1.390,7	1.387,8
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) in €	44,42	45,16
Materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) in €	37,54	37,90

Bewertungsanpassungen

Der vorliegende Bericht sowie andere frühere und künftige Veröffentlichungen des Konzerns beziehen sich auf die forderungsbezogene Bewertungsanpassung (Debt Valuation Adjustment, DVA), refinanzierungsbezogene Bewertungsanpassung (Funding Valuation Adjustment, FVA) und kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (Credit Valuation Adjustment, CVA), die einen Einfluss auf die Erträge und die Gewinn- und Verlustrechnung haben.

Die DVA berücksichtigt die Auswirkungen des Kreditrisikos des Konzerns bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der finanziellen Verpflichtungen (einschließlich Derivatekontrakte).

Die FVA wird auf nicht vollständig mit Sicherheiten unterlegte Derivatepositionen angewandt. Sie reflektiert die marktimplizierten Refinanzierungskosten für Aktiva sowie Passiva und berücksichtigt bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts nicht vollständig mit Sicherheiten unterlegter Derivatepositionen den Barwert der Refinanzierungskosten.

Die CVA stellt das Kontrahentenausfallrisiko in den Marktwert von Finanzinstrumenten inklusive Derivaten dar. Die CRR/CRD 4-Kapitalvorschriften erhöhen die risikogewichteten Aktiva (RWA) des Konzerns für CVA. Der Konzern versucht, diese Erhöhung der RWA durch die Absicherung über Kreditderivate abzufangen. Diese regulatorische Absicherung der CVA-RWA erfolgt zusätzlich zur Absicherung für CVA-Exposures gemäß den IFRS-Vorschriften für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften und führt daher zu Marktwertschwankungen in der Gewinn- und Verlustrechnung, die als Ertragsposten ausgewiesen werden.

Der Konzern ist der Ansicht, dass die Darstellung der Erträge sowie der Gewinn- und Verlustrechnung ohne Berücksichtigung dieser Komponenten eine aussagekräftigere Darstellung der zugrunde liegenden Fundamentaldaten der betroffenen Geschäftsbereiche ermöglicht.

Impressum

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Taubusanlage 12
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (0 69) 9 10 00
deutsche.bank@db.com

Aktionärshotline:
(08 00) 9 10 80 00

Hauptversammlungshotline:
(08 00) 1 00 47 98

Investor Relations:
(0 69) 9 10 3 80 80
db.ir@db.com

Veröffentlichung
Veröffentlicht am 27. Oktober 2016.

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben. Sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen gelten deshalb nur an dem Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse anzupassen.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, in denen wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen und einen erheblichen Teil unserer Vermögenswerte halten, die Preisentwicklung von Vermögenswerten und die Entwicklung von Marktvolatilitäten, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer strategischen Initiativen, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren haben wir in unserem SEC-Bericht nach „Form 20-F“ vom 11. März 2016 unter der Überschrift „Risk Factors“ im Detail dargestellt.

2017

Wichtige Termine

2. Februar 2017

Vorläufiges Jahresergebnis für das
Geschäftsjahr 2016

17. März 2017

Geschäftsbericht 2016 und Form 20-F

27. April 2017

Zwischenbericht zum 31. März 2017

18. Mai 2017

Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

27. Juli 2017

Zwischenbericht zum 30. Juni 2017

26. Oktober 2017

Zwischenbericht zum 30. September 2017